Heft 9 September 1991 6,80 DM

C 12027 E

konkret

Konkret: Politik & Kultur

- Der Weg ins 4. Reich:
- Vom KZ zum EKZ
- Deutsch ist der Balkan
- Polizeistaat rüstet auf
- Unsere Ehre heißt Treuhand
- Deutsche liebt Deutsche!
- Eichmann Honecker
- Heile, heile Nazi

in konkret September 1991

von konkret

an konkret

Rätselhaftes Rußland von Hermann L. Gremliza

Deutsche Liebe von Thomas Ebermann

Plötzlicher Sympathieverlust? Zunehmender deutsch-deutscher Haß im Jahr 1 nach der Wiedervereinigung? Alles Quatsch: Die Deutschen konnten ihre Landsleute noch nie leiden, aus dem einfachen Grund, weil sie ihnen zutrauten, was sie selbst gern täten

Siegerrecht von Otto Köhler

Sie kam zu spät, die Niederlage des DDR-Sozialismus: Jetzt haben wir einfach nicht mehr genug erfahrene NSDAP-, SS- und SD-Leute, um all die Positionen zu besetzen, die bis zur Wende von der SED gehalten wurden

Beim Bau der Mauer von Eckhard Voss

Buch des Monats: »Ich habe die Bande gepflegt« von Michael Schilling

Bonn Berlin - Die Debatte. Alle Bundestagsreden vom 20. Juni 1991. Herausgegeben vom Deutschen Bundestag/Referat Öffentlichkeitsarbeit. Kiepenheuer und Witsch, Köln 1991, 653 Seiten, 19.80 Mark

»Teuflische Arrangements« von Oliver Tolmein

Der Sicherheitsapparat der Bundesrepublik wird zusammengelegt. Unter allen möglichen Vorwänden wird die Trennung von Geheimdiensten und Polizei abgeschafft, ihre bisher illegal geübte Zusammenarbeit legalisiert und ausgebaut

Willy de Klerk von Ulli K.

Südafrika soll reformiert werden: von der Herrschaft der weißen Rasse zur Herrschaft einer weißen Klasse. USA, CDU, SPD, EG - alle spenden Beifall. Hat der ANC gegen diese Front noch eine Chance?

Vor dem Verlust der Hegemonie? von Kurt Hübner

Wie zutreffend ist die Annahme, daß der Golfkrieg keineswegs zur Stabilisierung der Position der USA im kapitalistischen Weltsystem beigetragen habe, sondern vielmehr ein weiterer Schritt auf ihrem Weg zum Verlust der Vorherrschaft gewesen sei? Der Berliner Ökonom Kurt Hübner gibt einen detaillierten Überblick über die Situation der US-amerikanischen Wirtschaft, beschreibt das Mißverhältnis zwischen militärpolitischem Aufwand zur Sicherung des Weltsystems und schwindenden finanziellen Ressourcen und diskutiert einige Entwicklungsszenarien, die sich daraus ergeben

Entscheidung in Jugoslawien von Wolfgang Pohrt

Von der anti-serbischen zur profaschistischen Kampagne: Beschreibung und Analyse der Verlaufsform des deutschen publizistischen und politischen Engagements im jugoslawischen Bürgerkrieg

Im Ofen der Gänsemagd von Gerhard Henschel

Die Uelzener Psychagogin Christa Meves denkt jahrein, jahraus bei Tag und Nacht immer nur an das Eine und wie sie es den Leuten verleiden kann

Ernst macht Kahl von Ernst Kahl

Ein Mischgebiet von Karl Anton & Vororth

Wie die Auseinandersetzungen um »Nutzung« und »Neupositionierung« der KZ-Gedenkstätten Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen zeigen, sind die Deutschen mit der Entsorgung ihrer Vergangenheit nach der Wiedervereinigung bereits ein gutes Stück vorangekommen

Unsre Ehre heißt Treuhand von Hans Jacobus

Deutschlands Zusammenwachsen macht Fortschritte. Schon sind dem Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand die Konten gesperrt

Freispruch für den Volksgenossen von Jürgen Elsässer

Mehr als 40 Jahre hat es gedauert, bis die Bundesrepublik Deutschland, die zwar die Rechtsnachfolge des NS-Staates angetreten ist, für dessen Untaten dennoch aber nicht haften will, damit begann, einem der grausamsten Nazi-Verbrecher den Prozeß zu machen: Seit Juni wird in Stuttgart der Fall des ehemaligen KZ-Kommandanten Josef Schwammberger verhandelt

Heile, heile, Nazi, es wird schon wieder gut von Birgit Rommelspacher

Obwohl empirische Untersuchungen das Gegenteil belegen, erklären Sozialwissenschaftler den zunehmenden Rechtsextremismus in Deutschland als Effekt eines ‘Modernisierungsprozesses`, der immer mehr Menschen in Armut und Vereinzelung treibe. Warum?

Der deutsche Charakter von Werner Hofmann

Vorbilder, Voraussetzungen, Mängel und Qualitäten der Studie, die Wolfgang Pohrt über »Elemente des Massenbewußtseins« in der Bundesrepublik des Jahres 1990 erstellt hat

Tomayers ehrliches Tagebuch von Horst Tomayer

Ein Poet macht sich bemerkbar von Eckhard Henscheid

Zu Ror Wolfs drittem und letztem Ratschlägerbuch, einem Nachschlagwerk zur neueren Welt- und Wirklichkeitslehre

Prädikat: harmlos von Detlef zum Winkel

Irwin Winklers Film »Schuldig bei Verdacht« über die Jagd auf Kommunisten im Hollywood der 50er Jahre ist nett gemeint und perfekt inszeniert: »so daß, genau besehen, einfach nichts stimmt«

DER ANHANG von Diedrich Diederichsen

Gremlizas express von Hermann L. Gremliza

Konkret 09/91, S. 4

von konkret

Die Westberliner Kinder-»FAZ« trotzt ein bißchen:

Ach, all die Karl Krause, diese so spitzzüngigen, heute aber meist fremdfinanzierten Presseausschelter! Hermann L. Gremliza wird in seiner (aber wem gehört sie eigentlich?) KONKRET nicht müde, die »TAZ«, die als linke Zeitung immer sozialismuskritisch war, in eine Reihe mit der »FAZ« zu stellen. »Sogar ein Hartung müßte wissen«, schreibt Gremliza in seiner jüngsten Kolumne, »daß die Kroaten im `jugoslawischen Völkergefängnis' wie die Balten unter Breschnews Diktatur und erst recht die Deutschen im geteilten Land die ersten halbwegs anständigen, unblutigen Jahre ihrer Geschichte verbracht haben.« Zwanzig Millionen Stalin-Tote danken für die Information.

In Jugoslawien, in Litauen zur Breschnew-Zeit und im geteilten Deutschland hat Stalin zwanzig Millionen Menschen umbringen lassen? Das hat noch nicht mal der Reißmüller von der Elternzeitung »FAZ« behauptet, sowenig Gremliza behauptet hatte, die Deutschen im geteilten Land hätten die ersten halbwegs anständigen Zeitungen gegründet, obwohl er einräumen würde, daß sich die Eltern dabei nicht halb so verlogen aufgeführt haben wie ihre Brut.

Und nun auch noch ganz profane Hochstapelei: Eberhard Hamer, rassistischer Scharlatan und »Spiegel«-Kronzeuge für einen »Volkssport Krankfeiern«, dem Otto Köhler in KONKRET 7/91 auf seine krummen Touren gekommen war (»Müßiggang ist aller Neger Anfang«), ließ sich bei seinem vorerst letzten Talkshow-Auftritt im Bayerischen Fernsehen als »Professor an der Universität Bielefeld« vorstellen. Die hat das langsam satt. »Macht der Herr das schon wieder«, klagte ihr Pressesprecher Dr. Gerhard Trott. Hamer war bereits mehrfach abgemahnt worden, weil er sich als Professor der Bielefelder Universität ausgegeben hatte. Sein vom Parteifreund und einstigen CDU-Kultusminister Johann-Tönjes eifrigst unterstützter Versuch, irgendeinen Universitätsstuhl in Niedersachsen zu erklettern, ist bislang erfolglos geblieben - die Universitäten wehrten sich. Hamer ist als Professor der Bielefelder Fachhochschule angestellt - und die hätte, wie zu hören ist, nichts dagegen, wenn er statt dessen Professor der Universität wäre. Vielleicht findet er ja jetzt im Anschlußgebiet einen richtigen Lehrstuhl: Sein »Mittelstandsinstitut« hat er jedenfalls schon von Hannover nach Magdeburg verlegt.

Es würde den Rahmen des Editorials sprengen, wollte KONKRET jedesmal eine Meldung draus machen, wenn, was in dieser Zeitschrift prognostiziert wurde, sich wiedereinmal erfüllt hat. Zwischendurch und ausnahmsweise aber möchten wir uns (und Ihnen) das unschuldige Vergnügen doch gönnen: In einem Beitrag zum »Krieg« gegen/um/mit/für Drogen (»The war goes on«) hatte Günter Amendt in KONKRET 2/90 prophezeit: »Die kolumbianische Regierung wird das Verhandlungsangebot der einheimischen 'Mafia' akzeptieren. Das Kartell wird aus dem Geschäft aussteigen unter der Bedingung einer Amnestie - auch einer Vermögensamnestie - und der Streichung des Auslieferungsabkommens mit den USA.« Am 2. August 1991 meldete AFP Vollzug: »Fast die gesamte Führungsschicht des kolumbianischen Kokainkartells von Medellin ist mittlerweile im Gefängnis.« Die französische Nachrichtenagentur wußte auch, warum: »Das kolumbianische Parlament hatte vor zehn Monaten ein Gesetz verabschiedet, das Rauschgifthändlern, die sich freiwillig stellen, Strafminderung zugesteht.«

Frau Antje dagegen lag vollmer daneben: »Die europäische Welt hat keine Angst mehr vor den Deutschen, weil wir 1968 aufgebrochen sind, ... weil wir, eine andere Generation, diese deutsche Gesellschaft gründlich zivilisiert haben«, predigte sie vor einem Jahr denen, die eine Generation vor ihr, mit dem bescheideneren Ziel, die deutsche Gesellschaft wenigstens in wohldefinierten Grenzen zu halten, einen anderen Marsch als den durch die Institutionen antreten mußten. Nun hat der »Spiegel« von einem »Spitzenbeamten von Außenminister Roland Dumas« erfahren, was die französische Regierung gegen das gründlich zivilisierte deutsche Recht auf kroatische Selbstbestimmung hat: »weil sie sonst als nächstes das Selbstbestimmungsrecht für Schlesien und das Elsaß verlangen«. Und da wundert sich Alfred Dregger, daß Franois Mitterand neue Kurzstreckenraketen stationiert, die gerade »bis Würzburg oder Prag« reichen, nach Deutschland also und ins Protektorat Böhmen und Mähren! Der Franzos ist eben übelnehmerisch und nachtragend. Vielleicht weiß er aber auch nur um die Qualität der Exportware *Dany le Rouge*.

In KONKRET 7/91 hatte Chris Toffel über den Auflagenschwund der linken Zeitschriften berichtet und unter anderem geschrieben:

Die »Weltbühne«, einst »Bückware« in der DDR, hat über zwei Drittel ihrer bezahlten Auflage verloren und noch höchstens 6.000 Abonnements.

Der Herausgeber der »Weltbühne« widerspricht: Die Zeitschrift habe per 1. Juli 1991 9.850 Abonnenten und insgesamt eine verkaufte Auflage von 15.000 Exemplaren.

Neu im Konkret Literatur Verlag: Jochen Hippler: Die Neue Weltordnung. Das Buch beschäftigt sich mit der Herausbildung eines völlig neuen internationalen Systems nach dem Zusammenbruch des Realsozialismus. Es umfaßt 184 Seiten, kostet 22 Mark und erscheint in diesen Tagen.

4 KONKRET 9/91

Konkret 09/91, S. 6

an konkret

Kurios

KONKRET 8/91: »von konkret«

Ihr behauptet, *»der Streit um die anti-zionistische Propaganda des links-alternativen 'Radio Dreyeckland', die im Mai zur Besetzung des Senders führte ... ist weiter eskaliert. Einige der Besetzer fühlen sich mittlerweile durch Drohungen aus dem linksradikalen Freiburger Spektrum auch körperlich bedroht.«*

Es ist kurios, in der Spalte nebendran regt ihr euch recht ausführlich darüber auf, daß ein »max.« euch in der Juli-Ausgabe des »ak« falsch zitiert und ihr stellt fest: »Er fälschte, vorsätzlich.« Aber ihr könnt auch ganz nett kleine Kunststückchen aus Zitaten basteln, hier ein bißchen Zusammenhang weg, da noch ein bißchen dazu...

Angesichts der Tatsache, daß die von euch behaupteten Drohungen gegen die RadiobesetzerInnen weder ausgesprochen wurden, noch zu irgendwelchen Handgreiflichkeiten geführt haben, mußtet ihr euch diese eben aus den Fingern saugen. So schreibt ihr: *»So hat etwa die Redaktion des Autonomen-Blattes 'Ausbruch', die den Radio-Kritikern 'deutsche Überheblichkeit' und 'extrem rassistischen und arroganten Schwung' attestierte, dazu aufgerufen, Konsequenzen zu ziehen und den Kampf gegen derartige 'nach vorne drängende rassistische und nationalistische ... Strukturen zu verstärken ... 'Einige Seiten weiter werden die verheißungsvollen Pünktchen dann konkretisiert: 'Das Recht auf physische Unversehrtheit für sich haben die Schweine verspielt.'«*

Es gibt aber selbst in Freiburg noch wichtigeres, als verbale Schlammschlachten zu führen, und genau darauf bezieht sich das letzte Zitat aus der 'Ausbruch': *»Wie geht es weiter? Es wird - unabhängig von ihrem Abtritt (die RadiobesetzerInnen) - notwendig bleiben, die Erforschung geschichtlicher Ereignisse so genau wie möglich zu betreiben, die Geschichte nationalsozialistischer Eroberungspolitik genauso wie die rassistischen und kolonialistischen Strukturen eines Staates wie Israel (Entstehungsgeschichte inbegriffen), sich mit den nach vorne drängenden rassistischen und nationalistischen, aber auch frauenfeindlichen Strukturen zu befassen und - daraus die möglichen Konsequenzen zu ziehen... .«*

Die 'Konsequenzen' haben also recht wenig mit den RadiobesetzerInnen zu tun. Aber das Glanzstück kommt erst noch. Ihr stellt zwar selbst noch fest, daß ihr die angebliche Konkretisierung der »verheißungsvollen Pünktchen« erst einige Seiten später gefunden habt, aber ihr verschweigt tunlichst, aus welchem Zusammenhang ihr es habt. Dieses Zitat ist aus einer Dokumentation der Erklärung zu dem Anschlag gegen Klein in Berlin ('Ausbruch` 22. Juli 91, S. 19). Der einzige Zusammenhang, der zwischen dem Artikel »Zur Mitgliederversammlung von RDL« ('Ausbruch` 22, S.3) und besagter Dokumentation besteht, ist der, daß beide in der gleichen Ausgabe abgedruckt sind, und der, den ihr selbst hergestellt habt. Wer sucht der findet... Hoffentlich auch die Glaubwürdigkeit.

B. Spies

Freiburg

Hausfrau

KONKRET 8/91: »Wer hat Angst vor Madonna?« Corinne Schelbert über den »misogynen Müll« der männlichen Filmkritiker

Ich geb's zu: Ich habe Angst vor Madonna, genauer: Berührungsangst, geboren aus der Furcht vor einer Dioxinvergiftung, welche man sich u.U. schon beim bloßen Hinsehen holen kann.

Als ich zufällig ihren Auftritt in Cannes in ihrem Raumfahrer-BH und der aus einem Klobürstenuntersetzer gestanzten Plastikfratze, die in ihrer Widerlichkeit nahezu an Joan Collins und Annie Lennox heranreicht, sah, habe ich vorsichtshalber für eine Woche auf alle liebesmäßigen Aktivitäten verzichtet. Ich war mir halt nicht sicher, ob dieses Bild nicht doch unvermittelt vor meinem geistigen Auge auftauchen würde und ich dann Schließmuskel bzw. Brechreiz nicht unter Kontrolle würde halten können. Bei Bezeichnungen wie »starke Frau« und »Sex-Göttin« kann ich nur lachen. Für mich ist sie maximal eine verklemmte, exibitionistische Hausfrau - und Hausfrau meine ich durchaus abwertend.Siegfried

A. Christmann

Koblenz

Nicht gewählt

KONKRET 8/91: »Schreiber und Schläger«, Wolfgang Pohrt über die Nachsicht gegenüber Neonazis

Die deutsche Bevölkerung hat sich nicht per demokratischer Abstimmung für den Faschismus entschieden. Sofern man die Reichstagswahlen Anfang der 30er Jahre überhaupt demokratisch nennen kann, war das beste Ergebnis brauner Niedertracht mit ca. 37 % im Sommer 1932 zu verzeichnen. Als Hindenburg am 30.1.33 Hitler das Amt des Reichskanzlers übertrug, mag die Kamarilla demokratisch abgestimmt haben, die deutsche Bevölkerung war hingegen nicht gefragt worden. Selbst am 5. März 1933, nachdem bereits alle kommunistischen Funktionäre verschleppt und eingekerkert worden waren, nach fünf Wochen ununterbrochenen und konkurrenzlosen Propagandagetrommels der Nazis, lag das Ergebnis bei 44 %.

(Bei einer Volksabstimmung im Jahre 1947 im heutigen Bundesland Hessen stimmten 71 % der Bevölkerung für Verstaatlichung der Großbetriebe, da man Urheber und Drahtzieher des deutschen Faschismus sehr genau zu erkennen in der Lage war. Das Abstimmungsergebnis wurde von der amerikanischen Besatzungsmacht selbstverständlich liquidiert; man wolle einer späteren deutschen Regierung nicht vorgreifen, hieß es. Hier hatte sich die Bevölkerung per demokratischer Abstimmung für etwas sehr deutlich entschieden.)

Nicht einer der ekelhaften Kreaturen, die das Hakenkreuz trugen oder tragen, soll verziehen werden, jedenfalls nicht vor Wiedergutmachung des angerichteten Schadens und erkennbarer einsichtiger Reue (natürlich kann man Morde nicht »wiedergutmachen«), doch finde ich, daß es an der Zeit ist, die jahrhundertealte Tradition perversester Unterdrückung jedweder Befreiungsbewegung und der daraus resultierenden Freiheitsgedanken, die in West- wie in Ostdeutschland bis in die Gegenwart andauert, aufzuarbeiten und, wo immer dies möglich ist, bewußt zu machen.

Jürgen Freitag

Essen

Objektiv richtig

KONKRET 8/91: »Mehr Toleranz!«, Thomas Ebermann über die salonfähige PDS

Lieber Thomas Ebermann, bei aller Sympathie: So jemand wie Du produziert allenfalls putschistische Unruheherde im Bauch. Natürlich, wenn man sich das Selbst-Image des proletarischen Revolutionärs zulegt und sich lebenslang daran vergnügen will, schert einen nicht oder kaum die reale psycho-sozial-ökonomische Lebenssituation der Menschen, dann hat man die absolutistische Gewißheit der eigenen Größe und kann prachtvoll jeden verurteilen, der sich an der schlichten Tatsache orientiert, daß wir vom deutschen Kapitalismus auszugehen haben, weil er mal da ist. Mitsamt dem ganzen anderen Dreck. (An dem Du Dich wohl kaum wirst schmutzig machen wollen, Edler!) Ernsthafte Arbeit an transitorisch-transformatorischer Dialektik besteht darin, die Elemente im Vorhandensein aufzuspüren, die eine Chance zu einer allmählichen Umwandlung im Sinne einer positiv bewahrenden dialektischen Aufhebung versprechen. Das ist hier und heute revolutionäre Arbeit! Das macht allerdings Mühe. Das wird in der PDS versucht. Es ist doch Wahnkram zu glauben, hier könne eine proletarische Revolution stattfinden! Ich möchte sie nicht einmal! Bei dem Proletariat! Dein Artikel hat bei mir den Eindruck hinterlassen, als hätte Dein Urteil von vornherein festgestanden. Du hast garnicht erst versucht, Dich in die Lage der PDS zu versetzen... Das soll aber nicht heißen, daß Du nicht womöglich objektiv recht hast. Das weiß ich nicht. Und weiß es nach Deinem Artikel auch nicht wesentlich besser.

Thomas Steinforth

Bonn

Sozialdemokratismus

KONKRET 8/91: »Serbien muß sterbien« von Hermann L. Gremliza

Gremliza liegt völlig daneben, wenn er die Bonner Macher als im Auftrage von F(T)AZ und deren »gesellschaftlicher Herrschaft« handeln sieht. Im Gegenteil: Erst deren immer weiter sich ausdehnende Einmischungen beflügeln die Journaillekrähen loszuhacken! Ebenso falsch - und dies ist die ganze Linie - ist der ständige Bezug auf das »schlechte Deutschland« von dazumal: in dieser ständigen Inbezugsetzung kommen die heutige Demokratie und ihre Sauereien immer noch gut weg, ihre Macher werden von ihrem Tun freigesprochen. So kommt man dazu, gar noch einen Krieg zu rechtfertigen, kritisiert dabei die »Linksnationalisten« und merkt gar nicht, daß man dabei selbst dazu gehört! Köhler kann dem Weizensack scheinbar aus dessem heutigen Tun nichts anhängen, Pohrt will das Zuschlagen »unserer« sauberen

Demokratie - gegen Rechts abwechslungsweise - und der Chef findet, daß sie - solange nichts anderes da ist - immer noch das kleinere Übel ist. Da bleibt wirklich nur radikalisierter Sozialdemokratismus übrig!

Karin Thurau

Berlin

Konkret 09/91, S. 8

Hermann L. Gremliza

Rätselhaftes Rußland

Vor sechs Jahren noch herrschten zwischen Boizenburg und Wladiwostok, zwischen Riga und Tblissi die Bolschewiken, eine brutale, blutige, machtbesesse-ne, rücksichtslose Hunnenhorde, die vor keiner Schandtat zurückschreckte, wenn es darum ging, ihre den notleidenden Völkern abgepreßten Reichtümer zu verteidigen. Zu diesem Zweck unterhielten die Bolschewiken eine bis an die Zähne bewaffnete, nach Millionen zählende und zu allen Verbrechen bereite Soldateska sowie eine zig Millionen starke Truppe von Polizisten, Bereitschaftspolizisten, Geheimpolizisten, Milizionären, Agenten, Spitzeln, Zuträgern und Informanten. Weitere Einzelheiten bitte nachzulesen in den Publikationen der diversen Springer- und Jahr-Verlage und anderer Gesellschaften zur Rettung der Freiheit der bedrohten Osteuropakomitees, Stichwort »Totalitarismus«, unter dem die Bolschewiken als Fortsetzung der Nazis mit schlimmeren Mitteln aufgeführt sind.

Heute, sechs Jahre später, herrschen zwischen Boizenburg und Wladiwostok, zwischen Riga und Tblissi keine Bolschewiken mehr. Obwohl die Völker wußten, daß die Vertreibung der braunen Faschisten das Leben von 50 Millionen Menschen und die Zerstörung Europas gekostet hatte und darum auch die roten nichts als verbrannte Erde hinterlassen würden, haben sie, die lieber tot sein wollten als rot und gehört hatten, daß es wichtigeres gab als den Frieden, keine Kosten gescheut, auch die »rotlackierten Faschisten« (Kurt Schumacher) auf den »Misthaufen der Geschichte« (Ronald Reagan) zu werfen.

Hundert Millionen Leichen säumten den Weg dorthin, und weil die Bolschewiken die Wunderwaffen schon besaßen, mit denen die deutschen Fühsiker ihren Phyrer nicht rechtzeitig hatten versorgen können, taten sie, was die Nazis gewollt und deren Rechtsnachfolger deshalb ihren Gegnern stets unterstellt hatten: Sie machten Europa durch den Einsatz sowjetischer Atomwaffen auf Jahrtausende unbewohnbar. Nicht einmal das Ozonloch war ihnen heilig.

Man treibe nicht mit dem Entsetzen Spott, das die Nachfolger der Antikomintern vier Jahrzehnte lang an die Wand gemalt haben? Wie es beliebt. Dann also:

Die Vertreibung der bösartigsten Diktatoren in der Geschichte der modernen Menschheit, der totalitären Bolschewiken, aus dem Land zwischen Boizenburg und Wladiwostok, zwischen Riga und Tblissi hat, den Sturz des rumänischen Herrscherhauses unberücksichtigt, in sechs Jahren so viele Menschenleben gekostet wie die freie Fahrt für freie Bürger an einem beliebigen deutschen Urlaubswochenende (und mit Rumänien etwas weniger als in einem gewöhnlichen Ferienmonat). Im letzten Gefecht, das die bolschewistischen Putschisten in der Sowjetunion unter Einsatz der Roten Armee, des KGB und der berüchtigten »Schwarzen Barette« des Innenministers im August geschlagen haben, starben ein Zehntel der Menschen, die tagtäglich, also auch gestern, heute und morgen, von den salvadorianischen Todesschwadronen unter Mithilfe von George Bush und begleitet von munteren Reden der Konrad Friedrich Seidel-Stiftung ermordet werden.

Es scheint nun gerade dies zu sein, was die Sieger und besonders die deutschen Sieger zur Tollwut treibt: eine in der Weltgeschichte unerhörte, dem Bürgertum allgemein fremde und speziell ganz undeutsche Art, die einmal errungene Herrschaft und die mit ihr verbundenen Privilegien aufzugeben; abzutreten, ohne den undankbaren Rest der Menschheit oder wenigstens so viele Feinde wie nur möglich mitzunehmen; verlieren zu können, ohne Verräter, Deserteure oder auch bloß »Defätisten« noch fünf nach zwölf einem Filbinger zur Hinrichtung vorzuführen.

Zeitungen, die Hitlers Generale stets mit Ehrfurcht und nie ohne lobende Erwähnung des für völkermörderischen Eifer verliehenen Ritterkreuzes genannt, Lohnschreiber, die Gnade für Heß verlangt haben, heißen Honecker einen Mörder, Jaruzelski einen Verbrecher. Noch im selben Atem, der die »ewiggestrigen, menschenverachtenden Putschisten« ausstößt, verbellen sie »die dilettantische Vorbereitung des Putsches« und »die klägliche Unentschlossenheit der Junta«. Es ist nicht zu überhören, daß sie sich von einem kommunistischen Putsch im zweitgrößten Staat der Erde etwas mehr versprochen hatten als das in Panik vergossene Blut dreier jugendlicher Mollywerfer. Fast konnte es scheinen, als hätten die Putschisten mit ihrem zu jedem anderen vernünftigen Zweck erkennbar untauglichen Putsch nichts anderes im bösen Sinn gehabt, als die reichsdeutschen Totalitarismusforscher und Debattenhistoriker mit einem Abgang der letzten Realsozialisten von der historischen Bühne zu blamieren, der die Verbrechen für immer unvergleichlich macht, welche die Deutschen an der Menschheit noch begangen haben, als ihre Schlacht längst verloren war.

Von der Verteidigung des Sozialismus war jedenfalls keine Rede mehr in dem Aufruf des Notstandskomitees, nur davon, daß »der Stolz und die Ehre des sowjetischen Volkes vollständig wiederhergestellt werden« müßten etwa, wie man hoffen konnte, dadurch, daß der nächste Präsident einer Weltmacht, die im Kalten Krieg vernichtend geschlagen und von den amerikanischen und deutschen Siegern zum hungernden Entwicklungsland degradiert wurde, es sich verbitten würde, in der Öffentlichkeit vom vollgefressenen Kanzler der Deutschen geduzt zu werden und geherzt, als wäre er ein Bitburger SS-

Mann oder jener durch Arisierung einer Präservativfabrik reich gewordene Nazi, der Helmut Kohls Weg in die Politik geebnet hat. Doch dies war viel zuviel verlangt in einer Zeit, in der die Deutschen ihr Recht nicht nur auf kroatische Selbstbestimmung, sondern auch auf russische, ungarische, tschechische, polnische Dankbarkeit und Bescheidenheit längst durchgesetzt haben.

Rätselhafte Russen: Sie wollten Helmuts Micha (You can say you to me) gar nicht aus seiner Datscha befreien, sondern bloß auch seine früheren Genossen aus der Regierung des Zentralstaats eingesperrt sehen. Sie erwiesen sich als undankbar und unbescheiden gegenüber einer freien Welt, die ihnen einen Präsidenten mit Nobelpreis geschenkt hatte, und besonders gegenüber den Pfälzern und Sachsen und anderen Stämmen, die zum ersten Mal in ihrer Geschichte den Generalsekretär einer kommunistischen Partei umjubelt hatten, sie wollten sich partout nicht darüber freuen, daß sie nun, da die Perestroika ihren Lebensstandard auf das Niveau von 1945 gebracht hat, in mehrere freie Kanäle der Glasnost-Röhre gucken dürfen. Daß die Auslieferung der Sowjetunion an Weltbank und Weltmarkt illuminiertes Elend bedeutet, haben sie erlebt; nun rüsten sie zum nationalistischen Verteilungskampf, hoffend, sich selbst zu retten, wenn sie den noch ärmeren Republiken, mit denen die nicht so armen bisher geteilt haben, die Hilfe verweigern. Rußland den Russen, Lettland den Letten, die Ukraine den Ukrainern, Kirgisien den Geiern.

Gorbatschow hat seine Schuldigkeit getan, indem er bei den Weltbanken seine Schulden gemacht hat, Gorbatschow kann gehen oder bleiben. Das Drama des nationalistischen Populismus, das nun gespielt wird, heißt: Jelzin oder Rette sich wer kann. Sein Text kann derzeit in Kroatien studiert werden, wie dort wird es demnächst in der Ukraine, in Estland, in Moldawien zugehen. Niemand lasse sich von Landsbergis und anderen hochedel dreinschauenden Herren täuschen. Das erste, was dem berühmten Freiheitsdichter Vaclav Havel zum Putsch von Moskau einfiel, war die Verlegung von sechstausend Soldaten an die tschechoslowakische Ostgrenze, die das Land gegen russische Flüchtlinge verteidigen sollten. Und Havel, der doch schlimm genug ist, ist nicht der Schlimmste. Auch verfügt er, wie Tudjman, nicht über die Waffen, die in der Sowjetunion überall herumliegen.

Die Gewißheit, daß am Ende dieses Jahrzehnts viele der Verächter und Zerstörer der Nachkriegsordnung zwischen Boizenburg und Wladiwostok, zwischen Riga und Tblissi sich heulend und zähneklappernd den guten alten, den ärmlichen aber friedlichen Realsozialismus zurückwünschen werden, ist kein Trost. Besser als garnichts ist sie doch.

Konkret 09/91, S. 10

Thomas Ebermann

Deutsche Liebe

Plötzlicher Sympathieverlust? Zunehmender deutsch-deutscher Haß im Jahr 1 nach der Wiedervereinigung? Alles Quatsch: Die Deutschen konnten ihre Landsleute noch nie leiden, aus dem einfachen Grund, weil sie ihnen zutrauten, was sie selbst gern täten

Keine Zeitung oder Zeitschrift, die sich des Themas noch nicht angenommen hätte: Die Ostdeutschen und die Westdeutschen mögen sich immer weniger. »Ein Sympathieverlust dieser Größenordnung, noch dazu binnen weniger Monate, stellen die Meinungsforscher selten fest, wenn es um Gruppen oder Völker geht« (»Spiegel« 30/91). Das Kotzblatt »Freitag« knüpft hieran Befürchtungen, die unter anständigen Leuten Hoffnungen sein müßten, was allerdings gleichermaßen unrealistisch wäre: »Es scheint, als drohe das eben einig gewordene Deutschland erneut zu zerfallen.« Um dies zu verhindern, druckt man über viele Ausgaben Artikel ab (»deutlich und überzeichnet«), deren Zweck natürlich sein soll, »die gegenseitigen Vorbehalte auszuräumen« (»Freitag«, 7.6.), also auf keinen Fall zu einem begründeten Urteil zu kommen.

Auch zwei Psychotherapeuten, die Herren Maaz (Ost) und Möller (West) arbeiten an dem Projekt, Verständnis und Sympathie der Deutschen füreinander zu fördern, und sie exerzieren diese Ambition schon einmal an den eigenen Leibern vor. Ihr Buch heißt »Die Einheit beginnt zu zweit«, und die beiden Therapeuten haben ein solides Fundament ausgemacht, von dem aus sie zur Verständigung finden. Möller (West): »Wie viele damals, habe auch ich während der Ereignisse im Herbst 1989 fassungslos und heulend vor dem Fernseher gesessen... Ich war tief ergriffen, denn für mich persönlich hatte sich eine Heimat wieder hergestellt... vielleicht weil ich mit der einen Hälfte meiner Kindheitsseele aus Schlesien, also aus Ostdeutschland (!) stamme... Ich habe es trotzdem kaum fassen können, wie physisch, wie physiologisch, wie körperlich dieses Erleben der Vereinigung bei mir war... Und in mir ist auch wirklich etwas geheilt. Es muß etwas mit dem Gefühl zu tun haben, jetzt einer ganzen Nation anzugehören.«

Herr Maaz (Ost) weiß, wie man zurückliegendes Heulen übertrifft: »Die Bilder von damals lösen bei mir noch heute Tränen und Schluchzen aus. Ich empfinde eine schmerzliche Genugtuung über etwas, das ich nie für möglich gehalten, aber doch so sehr ersehnt hatte. Tief im Innersten muß mich die Grenze sehr verletzt haben, eine große Ungerechtigkeit - und jetzt schien endlich Gerechtigkeit zu werden« (zitiert nach »Psychologie heute«, 8/91). Offensichtlich sind zwei Dinge. Erstens verstehen die beiden einander, zweitens lügen sie, denn ich weiß, man kann Herrn Maaz »Bilder von damals« zeigen, ohne daß er schluchzen muß. Drittens hätte ich nichts dagegen, wenn die heutigen Freunde sich zukünftig spinnefeind werden sollten, z.B. wegen Unregelmäßigkeiten bei der Honorarabrechnung des gemeinsamen Buchs oder aus privaten Gründen.

Ähnlich mitleidslos bin ich, was viele Zerwürfnisse der Deutschen (West) mit den Deutschen (Ost) betrifft. Schließlich gibt es bei allen unterschiedlichen Meinungen doch in einer Frage einen überwältigenden Konsens. »In Ost und West gleich groß ist die Aversion gegen den Zustrom von Aussiedlern und Ausländern« (»Spiegel« 31/91). Das macht deutlich, wen man gemeinsam zusammenschlagen möchte, und daß das schöne Wort von der »Deutschstämmigkeit« da auch nichts hilft. Es macht aber auch klar, was gemeint ist, wenn Ostdeutsche Klage führen, »die ehemaligen DDR-Bürger werden fast wie Ausländer behandelt (»Spiegel« 31/91), nämlich daß man mit ihnen umgeht (was nicht stimmt), wie sie es für Ausländer angemessen finden.

Ist das erst einmal klargestellt, fällt die Erkenntnis leicht, daß es Blödsinn ist, von einem eskalierenden Sympathie-Verlust der Westdeutschen bei den Ostdeutschen zu reden, wie’s überall geschieht. Was die neuen Bundesbürger da als ihren »negativsten Eindruck« von den Westdeutschen formulieren, lese ich überwiegend als wachsende Bewunderung: »Sind oft überheblich... Fühlen sich als Sieger... Arrogant, gehen über Leichen... Das Geld wird uns ganz schön aus der Tasche gezogen... zu raffig... egoistisch... fühlen sich wertvoller... Wenn’s ums Geld geht, hört die Mitmenschlichkeit auf«, und so weiter und so weiter. Alles Eigenschaften, deren Feststellung richtig ist und die man gerne gemeinsam gegen »Fremde« austoben würde.

Übrigens bin ich der Meinung, daß die Westdeutschen vergleichsweise milde auf den »Ossis« rumhacken, wenn man sie mit inzwischen im Westen etablierten »Ehemaligen« vergleicht, und erst recht, wenn man die Worte ehemaliger Führer der »ersten gewaltfreien Revolution« zum Maßstab nimmt. Friedrich Schorlemmer z.B., der, als man die Leipziger Demonstranten noch Helden nannte, von Podium zu Talkshow zu Symposium und zurück hetzte, um die Großartigkeit seiner Landsleute zu preisen, ist jetzt richtig zornig auf die, die anzuführen er einst glaubte. »Eine Mehrheit wollte wohl nicht zuerst das Brot der Freiheit, sondern 27 Brotsorten... Was dann aber rief ‘Wir sind ein Volk’, entpuppte sich bald als eine Wohlstandsbewegung, also als ein ganz normales Volk, dienstbar jedem, der ihm das Maul auf eine angenehme Weise stopft... Wäre es ihnen um die Freiheit der Meinung gegangen, dann würden sie sich nicht als obskure Objekte gegeneinander buhlender Boulevardzeitungen eignen... Sie sind aber nichts weiter als wieder das geworden, was sie stets waren: Privatpöbel« (»Freitag«, 9.8.).

Um dem Mißverständnis zu widersprechen, die Sorte Schorlemmer habe völlig unbegründet zeitweise denjenigen gefallen, die heute von ihr als »Privatpöbel« bezeichnet werden, kann man entweder nachschlagen, was die Schorlemmers damals so redeten, oder zur Kenntnis nehmen, was sie heute noch schreiben: »Diese Kosten« - gemeint sind die in Ravensbrück verbauten Millionen - »sind leichter abzutragen, als der nicht bezifferbare moralische Schaden, der für unser Land in der Welt wieder entstanden ist.« Oder: »Ich verstehe es gut, daß die Fürstenberger wie die Dachauer nicht wollen, daß ihre kleinen, so schön liegenden Städtchen immer mit dem Namen von KZs verbunden werden. Aber gerade das haben sie durch ihre... moralische Instinktlosigkeit erreicht.« Auch wenn so etwas heute nicht mehr gut ankommt, weil man die Pro-Supermarkt-Demonstranten (einfühlsam) kritisiert, bleibt das nationalistischer Dreck. Aber um die verbitterten Führer der »demokratischen Revolution« soll es hier nicht gehen.

Die Westdeutschen kennen sich viel zu gut, um niemandem geglaubt zu haben, bei dem ganzen Zauber in (Ost-)Berlin, Leipzig und an der ungarischen Grenze gehe es um Meinungs- und andere Freiheiten. Und so haben sie eine andere Kritik an den Brüdern und Schwestern: Die nämlich erweisen sich nicht nur nicht kostenneutral, sondern ihretwegen, so die staatliche Begründung, werden den Westdeutschen Opfer auferlegt.

Also: Als hier Verbrüderung gefeiert wurde, in der Vorweihnachtszeit des Jahres ‘89 und auch später noch, hatte das eine klar definierte Geschäftsgrundlage. Das war die Zeit, als auf dem Hamburger Dom (= Jahrmarkt) an jedem Karussell und selbstverständlich auch an der Bude, wo es die vietnamesische Reispfanne gibt, ein Schild stand: »DDR-Bürger zahlen die Hälfte.« (Hätten die Vietnamesen dieses Angebot ihren Landsleuten oder allen Asylsuchenden offeriert, wäre ihnen der Laden zertrümmert worden.) Die westdeutschen Subalternen (die Herrschenden feiern aus anderen Gründen) waren nicht zuletzt deswegen so frohgelaunt, weil die Begegnung mit den dankbaren DDRlern ihnen das Gefühl vermittelte, richtig gelebt zu haben. Angepaßt, gehorsam, arbeitsam. Daß es eben richtig war, sich immer wieder eingeredet zu haben, zufrieden sein zu können. Daß es richtig war, den Frust, die Erschöpfung, die Aggression, die kleine Wohnung, die Ehe, die Überstunden, die Sozialhilfe zu ertragen; mit dem Gedanken daran, daß Aufbegehren einem noch mehr Ärger macht. Dieser Teil der Jubelstimmung hatte etwas schauerlich »ehrliches«, und die Trabi-Fahrer bildeten einen wunderbaren Resonanzboden, indem sie den »Wessis« bestätigten, wie großartig sie seien und wie gut sie es getroffen hätten.

Der zweite Teil der Geschäftsgrundlage war, daß die hiesigen Subalternen an eine Art Gewohnheitsrecht glauben, wonach bei Siegen ihrer Nation, ihrer Herrschaft, auch immer etwas für sie abfällt, daß also andere Nationen zu besiegen jeweils das eigene materielle Wohlergehen steigert. Deutschland würde reicher werden, wenn die östlichen Märkte sich öffneten, der Kommunismus verschwände, Kornkammern und Reviere sich auftäten - all das war so oft behauptet worden, daß es Allgemeingut geworden war. Natürlich kombiniert mit konkreten Phantasien. So ist es in unserer Gesellschaft bekanntlich kein Widerspruch, jemandem eine Karussellfahrt zum halben Preis zu gönnen und in ihm gleichzeitig den Kunden zu sehen, der einen Gebrauchtwagen zum Doppelten des hier üblichen Preises kaufen wird. Von diesem Vorgang gibt es viele Varianten.

Wenn »damals« etwas nicht im Spiel war, dann irgendeine zweckfreie zwischenmenschliche Freundlichkeit. Wer das glaubt, ist so dumm wie die Erbtante, die meint, ihr Neffe habe sein Verhältnis zu ihr geändert. Früher war er jede Woche zu Besuch gekommen und hatte sie zum Weihnachtsfest eingeladen. Seitdem man ihm aber gesagt hat, die Tante habe alles dem Tierschutz-Verein vermacht, gibt es nicht einmal mehr einen Kartengruß. Das Verhältnis des Neffen zur Tante blieb im Wesen ebenso konstant, wie das Verhältnis der Westdeutschen zu den neuen Bundesbürgern. Eben berechnend. Und die Russen, die laut »Spiegel« gegenwärtig in der Beliebtheits-Skala ein Pünktchen vor den Ostdeutschen rangieren, können ja mal ausprobieren, wo sie landen, wenn sie sich entweder nicht mehr dankbar zeigen oder die Reisefreiheit einführen.

Man spricht heute im Westen schlechter über die Ostdeutschen als im letzten Sommer, das stimmt. Trotzdem ist vieles noch immer geschönt. Wenn z.B. 35 Prozent der Ostdeutschen meinen, man »könne den meisten Menschen in Westdeutschland trauen«, und 42 Prozent der Westdeutschen zu Protokoll geben, sie würden »den meisten Menschen in Ostdeutschland trauen« - dann biegen sich die Balken. Hierzulande jedenfalls gilt bei mindestens 98 Prozent das Lebensmotto, daß es klug sei, »niemandem zu trauen«, bzw. höchstens einer Person.

Das schlechte Reden über die »Zonis« ist übrigens nicht einmal besonders »persönlich« gemeint, was kein Trost ist, sondern die Gehässigkeit eher verstärkt. Es hat sich ganz schlicht herumgesprochen, daß die staatlichen Transferzahlungen, die in den Osten Deutschlands fließen, zu einem erheblichen Teil den hiesigen unteren Klassen abgeknöpft werden. Da der Zeitgeist verbietet, diesen Tatbestand mit antikapitalistischer Stoßrichtung zu kritisieren, setzt sich ein Gedanke durch, den der Chefredakteur der »Wirtschaftswoche« (5.7.91) in von ihm selten gesehenem Populismus zu formulieren wußte: »Immer mehr Wessis fühlen sich als die Dummen, von den Ossis mit Bonner Hilfe als DM-Esel mißbraucht. Müssen die Ostdeutschen, fragen sie, ein Jahr nach der Währungsunion schon mehr verdienen als die Spanier, Griechen, Portugiesen oder Iren? Ginge es nicht auch eine Nummer kleiner?«

Die Deregulierung im Osten noch weniger abzumildern als bisher, das entpuppt sich als gemeinsamer Wunsch von (Teilen des) Kapitals und den sogenannten »breiten Massen« Westdeutschlands. Daß Herrn Baron von der »Wirtschaftswoche«

dabei vorschwebt, die unteren Klassen zugunsten des Akkumulationsfonds zu schröpfen (Vorbereitung auf den europäischen Binnenmarkt nennt man das), stellt er weniger in den Vordergrund.

Nun hat sich hierzulande eingebürgert, daß man nicht einfach eine Gruppe schröpfen darf, ohne ihr diverse negative Eigenschaften und das Stigma anzuhängen, sie habe ihre Lage selbst verschuldet. Die negativsten aller Eigenschaften, die dem durchschnittlichen deutschen Mitglied einer Stammbelegschaft bekannt sind, heißen »Leistungsdruck nicht gewachsen« und Faulheit. 81 Prozent der Westdeutschen sind überzeugt: »Die Arbeiter und Angestellten in der Ex-DDR sind westlichem Leistungsdruck nicht gewachsen.« 73 Prozent der Wessis stimmen dem Satz zu: »Viele frühere DDR-Bürger machen es sich zu einfach, sie wollen leben wie im Westen und nur so arbeiten, wie früher im Osten.« (Kleine Anmerkung: Daß das Wort »leben« dort steht, wo konsumieren gemeint ist, deutet ungewollt darauf hin, daß für die mit Lohnarbeit verbrachte Zeit kein Anspruch auf »leben« besteht, sondern lediglich Anspruch auf Entschädigung für die Tortur in der Freizeit.) Natürlich behauptet eine satte Mehrheit der Ostdeutschen, ihr sehnlichster Wunsch sei, zu knüppeln wie im Westen. Gar 91 Prozent der Ostdeutschen stimmen dem zu, was eine knappe Hälfte der Wessis ihnen nicht abnimmt: »Fast alle Deutschen in der Ex-DDR würden gern (!) mehr (!) und besser arbeiten, aber die derzeitige Lage läßt es nicht zu.«

Nun habe ich einen Fragebogen konzipiert. Darin darf jeder Ostzonale beteuern, er würde sehr gerne mehr, schneller, billiger auch nachts und am Wochenende, an jedem Ort, in jeder Branche arbeiten. Aber was wäre die Antwort des durchschnittlichen westdeutschen Mitglieds einer Stammbelegschaft? Es würde kontern, diese Lüge kenne man schon von den hiesigen Arbeitslosen, Sozialhilfeempfängern und sonstigen Schmarotzern.

Und wirklich, es hat gegen die einen nicht mehr als gegen die anderen.

Thomas Ebermann schrieb in KONKRET 8/91 über die salonfähige PDS

Konkret 09/91, S. 12

Otto Köhler

Siegerrecht

Sie kam zu spät, die Niederlage des DDR-Sozialismus: Jetzt haben wir einfach nicht mehr genug erfahrene NSDAP-, SS- und SD-Leute, um all die Positionen zu besetzen, die bis zur Wende von der SED gehalten wurden

Sie wurde wenig beachtet, aber es war eine Meldung vom Endsieg. Die Deutsche Presseagentur verbreitete sie aus der neuen Stadt der Bewegung: »dpa. Dresden. Der Antrag des früheren DDR-Gewerkschaftschefs Harry Tisch auf Arbeitslosengeld ist abgelehnt worden. Dies berichtet die in Dresden erscheinende `Morgenpost am Sonntag'. Der 64jährige: `Meine Frau und ich leben von dem Geld, das unser verkaufter Privat-Lada gebracht hat. In Kürze ist davon nichts mehr vorhanden.'« Im Mutterblatt, der Hamburger »Morgenpost«, erschien die Jubelnachricht rot unterlegt mit der Überschrift: »Ganz pleite - Tisch mußte sein Auto verkaufen.«

Obwohl Harry Tisch mutmaßlich nicht ganz so korrupt war wie ein freier Mann aus Baden-Württemberg - dafür aber viel einfacher dem Zugriff einer Staatsanwaltschaft ausgesetzt, die weiß, wo man zupackt, und wo besser nicht - wurde er wegen Untreue zu eineinhalb Jahren Gefängnis verurteilt, die durch Untersuchungshaft abgegolten sind. Rente gibt's nicht. Denn dort, wo er lebt, gilt jetzt unser Recht, weil die DDR - Pg. Kiesinger hatte das schon früher erkannt - nur ein Phänomen gewesen ist: Eine Krankenschwester, die dort jahrzehntelang gearbeitet hat, kann nach unserem Maßstab nur Berufsanfängerin sein, und wurde mit Zustimmung der neuen - der westdeutschen - Gewerkschaft tarifvertraglich auch so eingeschätzt. Ein Mann wie Tisch, der auch nichts für seine Mitglieder tat, müßte da eigentlich Ehrenvorsitzender werden können.

Harry Tisch immerhin könnte heute angemessen in Saus & Braus & Mercedes statt ohne Lada weiterleben, hätte er die Kriegsverbrecherlaufbahn eingeschlagen. So wie einst der von Hitler selbst eingesetzte Führer-Nachfolger Großadmiral Karl Dönitz, der noch 1953 im Spandauer Kriegsverbrechergefängnis der Alliierten davon ausging, daß er noch immer das legale deutsche Staatsoberhaupt sei und nicht der alte Ja-Sager Theodor Heuß. Als Dönitz aus seiner von deutschen Behörden unverschuldeten Haft - die Bundesregierung hatte alles für seine vorzeitige Entlassung unternommen - endlich freikam, gab es selbstverständlich keine Amtsstelle, die es gewagt hätte, den legalen Nachfolger Hitlers so zu behandeln wie heutzutage einen Harry Tisch. Dönitz mußte schon deshalb keine Arbeitslosenhilfe beantragen, weil er für die Berufslaufbahn, in der er seine Verbrechen beging, von der Bundesrepublik so lange eine schöne Admiralspension empfing, bis er 1980 mit friderizianischem Gepränge in die Grube fuhr. Ein Kranz des schleswig-holsteinischen Ministerpräsidenten Dr.Dr. Uwe Barschel, der schon in jungen Jahren als Schulsprecher den »Großadmiral« verehrungsvoll als Redner in seine Schule geladen hatte, lag am reichskriegsflaggenumwehten Grab.

»Das Recht, Ihren in der NVA erworbenen Dienstgrad zu führen, ist erloschen; er darf auch nicht mit dem Zusatz a.D. oder d.R. geführt werden. Die Berechtigung, den Dienstgrad Oberstleutnant der Bundeswehr zu führen, war ausdrücklich vorläufig und ist mit der Entlassung aus der Bundeswehr ebenfalls erloschen.« Diesen Brief bekam der ehemalige Oberstleutnant der Nationalen Volksarmee R. Schneider, der auch das nun nicht mehr gewesen sein kann und der darum in einem Leserbrief ans »Neue Deutschland« dialektisch lamentierte: »Die Revolution im Oktober 1989 verlief aus zwei wesentlichen, dialektischen Faktoren unblutig. Ein Grund war die Disziplin der Menschen, die damals auf die Straße gingen, der andere die Besonnenheit der Menschen, die in der DDR Waffen trugen und sie trotz bestehender Befehle aus eigenem Entschluß - der Verantwortung dem Volke gegenüber - nicht einsetzten.«

Diese Dialektik verbindet sie weiterhin: Sie sitzen gemeinsam auf der Straße, und die Bundeswehr zieht mit klingendem Spiel durch das Brandenburger Tor in die neuen Standorte ein. Die SED-Blockpartei CDU in Berlin richtet zur gefälligen Denunziation das »Telefon gegen rote Bonzen« ein. Und Blüm in Bonn kürzt die Renten. Zuerst - da gab`s viel Beifall - für die Stasi-Leute. Jetzt für die technische Intelligenz, die bisher ein Altersruhegeld von rund dreitausend Mark bezog, einst sehr viel, doch verglichen mit Westbezügen wenig. Das wird jetzt alles - drüben - auf einen Höchstbetrag von 2010 Mark gekürzt und reicht für die erhöhte Miete. »Bis auf ganz wenige«, so läßt Blüm seinen Schritt rechtfertigen, hätten die Betroffenen ihre führenden Tätigkeiten nur aufgrund des Wohlwollens der SED erhalten.

Da kann Freislers Witwe nur lachen. Die Ehefrau des bei einem Luftangriff im Februar 1945 ums Leben gekommenen Präsidenten des Volksgerichtshofes mußte nie befürchten, daß ihr die Versorgungsbezüge gekürzt würden, die ihr aus der anstrengenden, aber staatstragenden Tätigkeit Roland Freislers zustanden: Hunderte von justizförmig vollzogenen Morden zwischen August 1942 und Februar 1945. Freislers Witwe hatte nur einmal Kummer, als ein ihr - oder ihm - wohlaffektionierter und freigiebiger Staat ein Draufgeld gezahlt hatte. Der Freistaat Bayern konnte nämlich aus »rechtsstaatlichen Gründen« - wie er betonen ließ - nicht davon ausgehen, daß der Präsident des Volksgerichtshofes im Falle seines Überlebens »zum Tode oder zumindest zum lebenslangen Freiheitsentzug verurteilt worden wäre« (dieser Gefahr war der Präsident allenfalls durch alliierte Militärgerichte ausgesetzt). Für »ebenso wahrscheinlich« hielt es der Freistaat Bayern aufgrund der tatsächlichen Entwicklung in der schnell souverän gewordenen Bundesrepublik Deutschland

vielmehr, daß der Präsident des Volksgerichtshofs, »in seinem erlernten oder einem anderen Beruf weitergearbeitet hätte, zumal da eine Amnestie oder ein zeitlich begrenztes Berufsverbot ebenso in Betracht zu ziehen« sei. Freisler wäre also »nach dem 8. Mai 1945 entweder als Rechtsanwalt oder als Beamter des höheren Dienstes tätig geworden«. Und für diesen durch den vorzeitigen Tod des obersten Blutrichters entgangenen Gewinn bezog die Witwe seit 1974 eine zusätzliche Schadensausgleichsrente, bis das alles 1985 öffentlich und - mutmaßlich - rückgängig gemacht wurde.

Die realbundesrepublikanische Vor-stellung des Freistaats Bayern von der weiteren Karrierefähigkeit eines robentragenden Massenmörders wurde von der Justiz bestätigt. 1986 gab der damalige Westberliner Justizsenator Professor Rupert Scholz - aus ihm wurde später völlig zu Recht ein Bundesverteidigungsminister - bekannt, daß trotz »intensiver Bemühungen«, das »dunkelste Kapitel deutscher Justizgeschichte strafrechtlich aufzuarbeiten«, alle Ermittlungen gegen frühere Richter und Staatsanwälte des Volksgerichtshofs leider, leider eingestellt werden müßten. Es sei nun einmal nicht möglich gewesen, ihnen nachzuweisen, daß sie das Recht vorsätzlich gebeugt haben. Und da die Karriereleiter der Blutjuristen Hitlers bis in die höchsten Instanzen der bundesdeutschen Justiz reichte - Bundesverfassungsrichter Willi Geiger, der 1975 die Berufsverbotsentscheidung formulierte, war so einer , mußte kein NS-Jurist je unfreiwillig seinen Richterstuhl verlassen.

Wie froh ist da der Professor Scholz, daß das jetzt ganz anders geht. Tausend von rund dreitausend Richtern in Deutsch-Ost sind bereits ausgeschieden. Scholz, der nun endlich Vergangenheit bewältigen kann, tritt für unnachsichtige Strenge ein: Das jetzt entstandene personelle Defizit an Richtern im Anschlußgebiet soll, so verlangt er, ausschließlich im Wege der Rechtspflegehilfe durch Abordnung von Richtern aus den westlichen Bundesländern gedeckt werden.

Und die zweitausend Richter, die noch im Amt sind, dürfen dort auch nicht so ungeprüft bleiben, wie es unsere Nazirichter konnten. Alle Ostrichter müssen zwecks Prüfung vor Richterwahlausschüsse und dürfen erst nach Bestehen einer mehrjährigen Probezeit im Amt bleiben. Die Ausschüsse sollen prüfen, was bei uns nach 1945 ungeprüft blieb, ob nämlich ein Bewerber die sachlichen und persönlichen Voraussetzungen für das Richteramt mitbringt: Treue zum freiheitlichen, demokratischen, föderativen, sozialen, ökologisch orientierten Staat, moralische und politische Integrität, fachliche Eignung und Fortbildungsbereitschaft. Und dann wird schließlich noch untersucht, ob sie auch die nötigen »berufsethischen Eigenschaften« mitbringen.

In der BRD war es bisher umgekehrt, hier konnten und mußten Nazirichter im Amt bleiben oder Pension beziehen, wenn sie nicht wußten, daß sie Unrecht getan hatten, wenn ihnen also jegliche berufsethische Eignung fehlte. Hätten sie die gehabt, dann hätten sie ja gemerkt, daß sie Mordurteile fällten - man hätte sie wegen Rechtsbeugung anklagen, aus dem Amt entfernen und bestrafen können. So kommt’s, daß wir heute von einem Ostrichter berufsethische Eigenschaften fordern, obwohl man jahrzehntelang in hohen und höchsten Instanzen der bundesdeutschen Justiz um keinen anderen Beweis so sehr bemüht war als um den, daß der deutsche Richter der Mann ohne berufsethische Eigenschaften ist.

Aber das bringt unser freiheitlich-demokratischer Rechtsstaat nun einmal so mit sich. Ein erfahrener Rechtslehrer wie Carl Hermann Ule, emeritierter Professor an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften in Speyer, sagt es ganz deutlich: »Wer auf Parteilichkeit als Wesen der sozialistischen Gesetzlichkeit eingeschworen war, kann nicht erwarten, in einem rechtsstaatlichen System, das durch Unabhängigkeit und Unparteilichkeit der Richter bestimmt wird, weiter verwendet zu werden.«

Das schrieb Ule jetzt im »Deutschen Verwaltungsblatt«, dem Nachfolgeorgan des »Reichsverwaltungsblattes«, in dem er publizierte, als er selbst noch auf die nationalsozialistische Volksgemeinschaft und ihren Führer Adolf Hitler eingeschworen war. Ule hatte sich stets auf die Internalisierung des totalen Zwangsstaates verlassen, die auch ohne überflüssige Inanspruchnahme der Justiz auskommt: »Der Aufruf des zuständigen Reichsministers für Volksaufklärung und Propaganda an das deutsche Volk, aus einem bestimmten Anlaß zu flaggen, oder der entsprechende Aufruf eines Gauleiters, Kreisleiters oder Bürgermeisters bei einem örtlichen begrenzten Anlaß stellt eine Weisung dar, die nicht Gehorsam, sondern Folge finden will. Sie vertraut auf die Einsicht jedes Volksgenossen, daß er den festlichen Tag durch Flaggenschmuck würdig ausgestalten hilft, auch wenn es ihm nicht befohlen und ihm Zwang oder Strafe nicht angedroht wird.«

Solche Richter, die wissen, was not tut, ohne daß es befohlen werden muß, braucht das Land. Die Kollegen drüben dagegen, die vierzig Jahre lang nicht wußten, was Recht war, hätten, sagt auch Ule-Kollege Scholz, ihre Legitimation zur Rechtspflege in ihrer jetzigen Struktur und personellen Ordnung auf Dauer verwirkt. Nehmen wir nur ein einziges praktisches Beispiel. Ule, der schon immer unabhängig und unparteiisch wußte, was Recht ist - 1935 trat er für die »notwendigen Maßnahmen zur Ausschaltung der Juden aus dem kulturellen und wirtschaftlichen Leben« ein , und der deshalb so streng mit den unwissenden Ostrichtern umgehen muß, schrieb damals auch: »Es widerspricht dem Führergrundsatz, daß der Verwaltungsleiter, der durch das Vertrauen des Führers in sein Amt berufen ist, von dem zu seiner Beratung bestellten Beirat überwacht wird.«

Ein Grundsatz, der schon zwei Monate nach dem Anschluß von Deutsch-Ost eisern durchgesetzt wurde: Der durch das Vertrauen des Kanzlers in sein Amt berufene Generalgouverneur für das ostdeutsche Rundfunkwesen, Rudolf Mühlfenzl,

lieferte als eine seiner ersten Amtshandlungen die Frequenzen des DFF-Hauptprogramms an die ARD aus, ohne dabei - wie juristisch erforderlich - den Medienbeirat zu fragen, den es damals noch gar nicht gab.

Zurück zu den Richtern. Um den Rechtsstaat total durchzusetzen, will es Bundesjustizminister Klaus Kinkel »nicht hinnehmen, wenn die Unrechtstäter von einst« - nein, nicht die Nazirichter, sondern die anderen - »nun als Wahrer oder gar Verfechter des Rechtsstaates aufträten«. Damit meint Kinkel, die ausgeschiedenen Richter der DDR sollen nicht Rechtsanwälte werden dürfen, was noch ganz selbstverständlich war, wenn bei uns einmal ein Nazi-Richter auf diese Idee kam - zwingen konnte man ihn schließlich nicht , sich aus seinem blutbesudelten Richteramt zurückzuziehen.

Solche Strenge steht insbesondere Klaus Kinkel gut, der ja schließlich einmal als Präsident einer Vereinigung vorstand, für die zahlreiche NS-Verbrecher arbeiteten - wie der frisch aus dem alliierten Kriegsverbrechergefängnis entlassene Massenmörder und Eichmann-Kumpan Franz Alfred Six. Kinkel war Präsident des Bundesnachrichtendienstes und dachte gar nicht daran, diese Organisation von den Hinterlassenschaften ihres Gründers, des Hitler-Generals Gehlen, zu reinigen, der bis zu seinem Tod eine tiefe Freundschaft zum bundesdeutschen Extremistenführer Gerhard Frey (»Deutsche Volksunion«) pflegte. Kinkel holt nun seine Bedürfnisse nach der Bestrafung von Unrechtstätern nach, indem er besonders lautstark die Sowjetunion zur Auslieferung Honeckers auffordert.

So breitet sich mehr und mehr Ordnung im neuen großen Deutschland aus. Die Tragödie ist nur, daß der Anschluß viel zu spät kam. Der Schnitter Tod hat seine Ernte gehalten, wir haben einfach nicht mehr genug erfahrene NSDAP-, SS- und SD-Leute, um all die Positionen zu besetzen, die bis zur Wende von der SED gehalten wurden. (Noch in den 50er Jahren saßen aufgrund des Verfassungsparagraphen 131 in der Bundesrepublik mehr NSDAP-Mitglieder, ehemalige, in den Ämtern als unter Hitler.) Niemand aber kann bestreiten, daß dort, wo die Vorsehung diesen historisch gebotenen Austausch nicht mehr zuließ, doch wenigstens Zeichen unseres guten Willens gesetzt wurden. So gelang es, wie die »TAZ« am 17. August berichtete, dem sächsischen Ausschuß zur Untersuchung der Vorgänge in der ehemaligen Stasi-Nervenklinik Hohenschweitzen-Waldheim, einen hervorragenden und kompetenten Mitarbeiter zu gewinnen: Professor Dr. Gerhard Harrer. Er wirkte schon als SS-Mitglied und Assistent des bekannten NS-Hygieneforschers Max Eugling, dem bedeutende wissenschaftliche Beiträge für die »Vernichtung lebensunwerten Lebens« zu danken sind. Als engagierter Anhänger der Elektroschock-Therapie und erfahren im Experimentieren an Patientengehirnen wäre Harrer der beste Mann, eine Klinik zu übernehmen, derem Leiter heute Gehirnoperationen ohne Wissen der Patienten vorgeworfen werden.

Ach ja, vergessen wir es nicht: Wofür wurde die Revolution im Oktober 1989 eigentlich gemacht? Das kann einer - den wir nicht mit Namen, aber ZDF-weit kennen - heute ganz einfach und schlicht formulieren. Am Tag von Potsdam, nach dem realanachronistischen Zug von Hohenzollern und Bundeswehr, Burschenschaftern und schwarzweißroten Reichskriegsflaggen, als eine kleine Gruppe in historischer Kostümierung ihre abweichende Meinung über die Toleranz des großen Fritz kundtat, da schrie dieser Mann von der Straße: »Macht, daß ihr rauskommt - wir haben nicht umsonst 1989 die Revolution gemacht.«

Otto Köhler schrieb in KONKRET 8/91 über Richard von Weizsäckers Marsch auf Moskau

Konkret 09/91, S. 14

Eckhard Voss

Beim Bau der Mauer

»Wenn alle nachträglich eingesetzten Vorhänge, Klappen und Läden sich als unzureichend erwiesen haben, muß das Tor neu gestaltet werden. Bundesinnenminister Schäuble ... hat die Behelfsgitter beseitigen lassen, um aller Welt zu zeigen, wie überdimensional das Schlupfloch geworden ist, das die Väter des Grundgesetzes einst politisch verfolgten Ausländern in das neu geschaffene freiheitliche Deutschland geöffnet hatten.«
(»FAZ«, 7.8.91)

Was am letzten Juliwochenende durch Gauweiler, Stoiber und Dregger in »Welt« und »Bild« losgetreten wurde und die xte Neuauflage der allsommerlichen Hetzkampagne gegen Flüchtlinge und den Artikel 16 des Grundgesetzes als »Masseneinwanderungsparagraph« (Gauweiler) zu sein schien, hat sich innerhalb kürzester Zeit als bislang umfassendster und ernsthaftester Versuch entpuppt, das Asylrecht endlich seiner ursprünglichen Bestimmung zuzuführen: »Es handelt sich um ein Versprechen, das der Grundgesetzgeber 1949 abgegeben hat in der sicheren Annahme, daß es folgenlos bleibt« (»FAZ«, 2.8.91).

Wer glaubte, daß das hieraus resultierende Prinzip der Abschreckung, das die bundesrepublikanische Asyl- und Flüchtlingspolitik seit jeher dominiert hat, irgendwelche Grenzen kennen würde, der ist durch die Asyldebatte der vergangenen Wochen eines Besseren belehrt worden. Wie im Zeitraffer jagen sich die Vorschläge, welches der effektivste Weg sei, die Flucht nach Deutschland entweder vollends zu verunmöglichen oder sie zumindest ein für allemal den Kalkülen Bonns und der Willkür des BGS zu unterstellen. Keine der Bonner Parteien möchte heute zur Fraktion der »Asylanpassungs-Verweigerer« (»Welt«) zählen: Ein Bremer SPD-Bürgermeister praktiziert an rumänischen und polnischen Flüchtlingen, wovon ein Stoiber noch träumt; Nordrhein-Westfalen, Bremen und Bayern führen einen Kleinkrieg, in dem hin- und hergeschobene Flüchtlinge als Druckmittel eingesetzt werden. Während die grüne Parteiführung sich auch nach mehrjähriger Diskussion nicht darauf einigen kann, ob die Quotierung von Einwanderern fremdenfeindlich sei oder umgekehrt gerade diese Behauptung Fremdenangst schüre, übt sich ein grüner Minister in Niedersachsen in Realpolitik, verfügt einen Aufnahmestop und kürzt das Taschengeld für Asylbewerber. Der SPD-Chef kritisiert das Asylrecht als »aus dem Herzen und Bauch« kommende Regelung: »Wir machen die Pforten auf, und alle Welt kommt zu uns.« Als »realistische Möglichkeit« schlägt er »Quoten für Flüchtlinge aus den am härtesten bedrängten Gebieten der Welt« vor - »und wenn die Quoten erfüllt sind, dann ist für ein bestimmtes Jahr auch Schluß«.

Fast zeitgleich zur Veröffentlichung einer Studie, aus der hervorgeht, daß 40 Prozent aller Ostjugendlichen Ausländer als »lästig« empfinden und in Leipzig 25 Prozent aller Schüler und Lehrlinge »Aktionen gegen Ausländer« für gerechtfertigt halten, empfiehlt nicht der rassistische Populist Schönhuber, sondern die Vizevorsitzende der Sozialdemokraten eine Volksabstimmung über das Asylrecht. Einige Tage zuvor hatte Frau Däubler-Gmelin vorgeschlagen, Asylschnellverfahren einzurichten, die innerhalb einer Woche alle ankommenden Flüchtlinge beurteilen, selektieren und in der Regel der unverzüglichen Abschiebung zuführen sollen. Die frisch gekührte Vorsitzende der SPD-Asylkommission liegt dabei voll auf Linie: Alle drei großen Parteien fordern heute eine Einschränkung des gerichtlichen Instanzenweges in Asylverfahren, oder anders ausgedrückt, eine Außerkraftsetzung des Artikels 19 des Grundgesetzes für Flüchtlinge. Der FDP-Außenminister macht sich Gedanken über die Vorteile zentraler Sammellager für sämtliche Flüchtlinge und rät seinen Kollegen, doch in Zukunft unverzüglicher abzuschieben. Der Innenminister berichtet von »ca. 15.000 in Polen, die nur auf eine günstige Gelegenheit zum Wechsel in die Bundesrepublik warten«, verordnet massive Militärpräsenz und den Einsatz von Aufklärungs- und Transporthubschraubern und berichtet eher beiläufig, daß »eine unmittelbare Zurückschiebung von Deutschland auf dem Luftwege erwogen« werde.

Wenn sich in den nächsten Tagen die schon vertraute große Bonner Koalition zu Gesprächen über die Lösung der laut Kohl wichtigsten innenpolitischen Frage neben der Geldwertstabilität treffen wird, werden die Ergebnisse für die Betroffenen schlimmer sein, als alle Verschärfungen ihrer Lebenssituation, die vergangene Antiflüchtlingskampagnen mit sich brachten. Ob am Ende eine Außerkraftsetzung bzw. Änderung des Artikels 16 stehen oder ob einfach der Ausnahmezustand praktiziert wird, wie Innenminister Schäuble erwägt - »notfalls machen wir es ohne Grundgesetzänderung« , wird in der Praxis keinen großen Unterschied machen.

Aber es geht nicht mehr nur allein um die nachträgliche Anpassung des Asylrechts an die längst gängige Praxis bei gleichzeitiger Verschärfung dieser Praxis. Es geht um neue Dimensionen des »gemeinsamen Dammbaus« des reichen Westeuropas gegen Flüchtlinge, die über die traditionellen nationalstaatlichen Mittel der Abschreckung hinausweisen. Schäuble spricht von einem »besonderen Risikofaktor für Westeuropa« und davon, daß die »künstliche Erzeugung von Abschreckungseffekten durch gezielte Verschlechterung der Lebensbedingungen, wie etwa das früher verhängte

Arbeitsverbot«, im Ergebnis untauglich seien (»FAZ«, 8.8.91). Zur Begründung seines Quotenvorschlags hatte Engholm bereits vorher von der »Existenzfrage der Bundesrepublik und für den ganzen Kontinent« gesprochen. Seit den Berichten Schäubles oder Rühes über die Lage an den östlichen Grenzen und spätestens seitdem die Bilder aus Bari über den Bildschirm flimmerten, ist herrschender Konsens, daß neben den bestehenden nationalen und EG-weiten Abwehrmechanismen neue Wohlstandsdämme errichtet werden müssen.

Nachdem durch die Schengener Abkommen und durch die Beschlüsse des EG-Ministerrates in den letzten Jahren Grenzkontrollen, Visapflichten, Informationsaustausch und Asylrechtspraxis beständig perfektioniert, verschärft und vereinheitlicht worden sind, konzentriert sich gegenwärtig alles auf den Versuch, die Flucht vor allem aus Osteuropa und Nordafrika zu verunmöglichen. Die bilateralen Abkommen Spaniens und Portugals mit den Maghrebstaaten, die Konzeption einer »Sicherheitskonferenz« aller Mittelmeerländer oder die Abkommen der BRD mit Polen weisen in diese Richtung. Wie gegenwärtig am Beispiel Albaniens deutlich wird, beschränkt sich die »Bekämpfung der Fluchtursachen« dabei keineswegs auf Wirtschaftshilfe, sondern schließt polizeiliche Zusammenarbeit und Hilfen beim Ausbau des Repressions- und Überwachungsapparates mit ein - beide dienen dem gleichen Ziel der Fluchtverhinderung.

Vor diesem Hintergrund wird im Oktober auf Initiative der Bundesregierung ein internationales Treffen zwischen den Staaten des »Wiener Clubs« (Frankreich, Italien, Österreich, Schweiz) und Polen, der CSFR, Ungarn, Rumänien, Bulgarien und der Sowjetunion stattfinden und sich vielleicht ein »Berliner Club« konstituieren, um diese Ansätze der Vorneverteidigung weiterzutreiben und zu verallgemeinern. Die »FAZ« träumt bereits von einem »Migrationsauffangbecken im östlichen Mitteleuropa«, und der »Experte« Jonas Widgren, der im Auftrag der UNHCR Konzepte der Asyl- und Immigrationspolitik für die westlichen Nationen entwirft, hält einen »Rio Grande an der polnisch-sowjetischen Grenze« als Folge der deutsch-polnischen Kooperation für »unvermeidlich«, gegen den es »auch nichts zu sagen (gibt), wenn man es mit einer Einwanderungspolitik ernst meint« (»taz«, 14.8.91).

Wir stehen zur Zeit vor einer neuen und ungleich längeren »Berliner Mauer«, deren Errichtung in Westeuropa mit der gleichen Erleichterung begrüßt wird, wie der Fall der alten vor kaum zwei Jahren. Die neuen »Mauerschicksale« ereignen sich heute in Bari, der Meerenge von Gibraltar oder an der deutsch-polnischen Grenze. Betroffenheit oder Anteilnahme daran ist schwerlich auszumachen, schließlich geht es um die Wahrung der eigenen Privilegien.

Konkret 09/91, S. 16

Michael Schilling

Buch des Monats: »Ich habe die Bande gepflegt«

Bonn Berlin - Die Debatte. Alle Bundestagsreden vom 20. Juni 1991. Herausgegeben vom Deutschen Bundestag/Referat Öffentlichkeitsarbeit. Kiepenheuer und Witsch, Köln 1991, 653 Seiten, 19.80 Mark

»Die Bundestagsdebatte vom 20. Juni 1991, in der die Frage des künftigen Sitzes von Parlament und Regierung der Bundesrepublik Deutschland entschieden wurde, war - darüber sind sich die Beobachter einig - eine große Stunde des deutschen Parlamentarismus und hatte zweifellos historischen Charakter. Frei von parteipolitischen Bindungen und Fraktionssolidarität wurde nicht nur leidenschaftlich über die Frage `Bonn oder Berlin' diskutiert. Das eigentliche Thema vieler Reden war die Verantwortung der Deutschen vor ihrer Geschichte, die Frage nach der neugewonnenen Identität... Damit ist dieses Buch ein einzigartiges zeitgeschichtliches Dokument und ein wichtiger Beitrag zur politischen Kultur dieses Landes«, spricht der Klappentext, und obwohl also gesagt ist, um welchen Dreck es sich handeln muß, sei dem abgreifenden Verlag die geringe Chance, dennoch auch an das Geld eines KONKRET-Lesers zu kommen, dadurch vermasselt, daß die Höhepunkte des einzigartigen Dokuments hier vorgestellt werden. Es beginnt der politische Kulturschaffende

Norbert Blüm (CDU): Der Nationalstaat Deutschland steht am Ende dieses Jahrhunderts nicht mehr dort, wo er am Anfang stand. Der Nationalstaat Deutschland öffnet sich für Europa, und der Nationalstaat Deutschland steht auf einem kräftigen föderalen Fundament. Der Nationalstaat Deutschland ist also nicht einfach eine Verlängerung der Vergangenheit über die Gegenwart in die Zukunft... Nach all den Wirren der Hitler-Zeit...

in denen der deutsche Nationalstaat sich schon einmal Europa geöffnet hat, will Blüm (»Uhu ist tot, Jesus klebt«) in Bonn bleiben, zusammen mit

Dr. Heiner Geißler (CDU): Gegenwart ist der 3. Oktober, ist Brandenburg und sind die neuen Länder mit den Ängsten und Hoffnungen von Millionen von Menschen, die für die Freiheit, für die Gleichheit und für die Brüderlichkeit auf die Straße gegangen sind

und gerufen haben: Kommt sie nicht, gehn wir zu ihr. Nämlich zur Brüderlichkeit, die ihr gemeinsames vorrangiges Anliegen war. Was aber ist es heute, für einen langjährigen Fellow der außerparlamentarischen Opposition?

Otto Schily (SPD): Wenn es unser gemeinsames vorrangiges Anliegen ist, daß die Arbeits- und Funktionsfähigkeit von Parlament und Regierung unter keinen Umständen beeinträchtigt werden darf...

Fliege-Gedanken getragen von Sehnsucht äußert

Peter Conradi (SPD): In der parlamentarischen Demokratie müssen Parlament und Regierung ständig miteinander arbeiten, sich ständig miteinander auseinandersetzen und ständig miteinander nach der Mehrheit suchen. Parlamentarische Demokratie, das heißt ja gerade die tägliche, intensive und dichte Kommunikation in vielen informellen Kontakten...

dicht aufeinander, intensiv durcheinander. Wenn das so weitergeht, sieht er schwarz, der

Gregor Gysi (PDS/Linke Liste): Ich befürchte, daß die Debatte von heute - wenn sie denn so geführt wird - sicherlich nicht zu einer Sternstunde des Parlaments wird.

Der wird sich noch wundern! Formuliert er doch selber schon wie für Neven DuMont:

Mein entscheidendes Argument für Berlin ist eigentlich eine Frage nicht nur der nationalen Glaubwürdigkeit, sondern auch der internationalen Glaubwürdigkeit.

Die internationale Glaubwürdigkeit erkämpft das Menschenrecht auf die Hauptstadt Berlin?

Sie wissen, daß die Menschen in den neuen Bundesländern auf ein Zeichen warten. Ich finde, sie haben dieses Zeichen und dieses Signal verdient.

Signale, Internationale - und das letzte Gefecht? Im Gegenteil, es kommt, mit einer »beeindruckenden, man muß schon sagen: historischen Rede« (»FAZ«) der Abgeordnete

Dr. Wolfgang Schäuble (CDU): Die Debatte hat natürlich auch dazu beigetragen, daß jeder die Argumente und die Betroffenheit der anderen besser verstanden hat. Auch ich bekenne mich dazu, daß ich die Argumente und die Betroffenheit derer, die für Bonn sind, heute besser verstehe als vor einigen Monaten. Ich will das ausdrücklich sagen und auch meinen Respekt dafür bekunden.

Respekt dafür? Wofür?

Für mich ist es - bei allem Respekt - nicht ein Wettkampf zwischen zwei Städten. Mit allem Respekt darf ich einmal

aller respektablen Dinge sind drei

sagen: Jeder von uns ist nicht nur Abgeordneter seines Wahlkreises und seines Landes, sondern wir sind Abgeordnete für das gesamte deutsche Volk.

Mit allem Respekt gesagt.

Ob wir wirklich ohne Berlin heute wiedervereinigt wären? Ich glaube es nicht... Deutschland, die Deutschen, wir haben unsere Einheit gewonnen, weil Europa seine Teilung überwinden wollte. Deshalb ist die Entscheidung für Berlin auch eine Entscheidung für die Überwindung der Teilung Europas.

(Langanhaltender Beifall bei Abgeordneten der CDU/CSU, der FDP, der SPD und des Bündnisses 90/Grüne - Abgeordnete der CDU/CSU und der SPD erheben sich

und singen mal wieder das Deutschlandlied bzw. Im Grunewald, im Grunewald ist Holzauktion? So ähnlich:

Abg. Willy Brandt gratuliert Abg. Dr. Wolfgang Schäuble)

Mit allem Respekt. Mutig widerspricht das bekannte Symbol des Widerstands

Gerhart Rudolf Baum (FDP): Ich stimme Wolfgang Schäuble ausdrücklich zu: Es geht nicht um die beiden Städte... Wolfgang Schäuble, Sie haben recht: Berlin ist in besonderer Weise ein Symbol für Freiheit und Rechtsstaatlichkeit. Ich stimme ihnen ausdrücklich zu. Aber es geht heute - da stimme ich allen Vorrednern zu - im Kern um die Entscheidung: Wo bleibt der Deutsche Bundestag? Ich stimme dem zu, was gesagt wurde.

Ich stimme mir zu:

Ich meine, in dieser Zeit, in der wir leben, ist nichts mehr so, wie es war.

Am Abend wird ihm sein Parteichef streng aber gerecht zustimmen:

Hans-Dietrich Genscher (FDP): Nichts wird mehr so sein, wie es war, weder im Westen noch im Osten. Vereinigung heißt auch: aufeinander zugehen.

Gerne der Zeiten gedenk ich, da alle Glieder gelenkig und der Kopf bei Trost. Es ist nichts mehr so, wie es war, wenn er aufs Podium tritt, er verwechselt jetzt schon de Gaulle mit Marschall Pétain, der

Willy Brandt (SPD): Es geht um eine nationale Weichenstellung. In Frankreich wäre übrigens niemand auf den Gedanken gekommen, im relativ idyllischen Vichy zu bleiben, als fremde Gewalt der Rückkehr in die Hauptstadt an der Seine nicht mehr im Weg stand. (Beifall bei der SPD und beim Bündnis 90/Grüne sowie bei Abgeordneten der FDP - Oh-Rufe und Widerspruch bei der CDU/CSU - Dr. Jürgen Rüttgers CDU/CSU: Jetzt wird es ganz schlimm! - Zuruf des Bundeskanzlers Dr. Helmut Kohl)

Sie wollen den Vergleich mit fremder Gewalt nicht akzeptieren?

(Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl: Nicht mit Vichy!)

Da sind die nun mal hingegangen.

(Nach diesen historisch-altersschwachsinnigen Worten sprach der Abgeordnete Dr. Theodor Waigel (CSU) - nüchtern, dröge, langweilig, und viel zu anständig, um in der hier geführten Liste pathetischer Dummheiten und Lügen auch nur zitiert zu werden. Gar zwischen Willy Brandt und diesem Unsäglichen:)

Dr. Wolfgang Ullmann (Bündnis 90/Grüne): In Berlin endete am Abend des 20. Juli 1944 der letzte Versuch des deutschen Volkes, sich aus eigenen Kräften... In Berlin wehten schließlich die Flaggen der Anti-Hitler-Koalition, weil nur die Weltmacht Demokratie die Deutschen befreien konnte...

Wir sind die Stauffenbergs, und die »Weltmacht Demokratie« bildete die Anti-Hitler-Koalition. So schreibt ein Kirchengeschichtler deutsche Geschichte. Und so weiter:

Die Luftbrücke vom August 1948 bis Sommer 1949 wird für immer an diesen Beistand erinnern, eines der wenigen Symbole, die sich vom blutrünstigen Horizont des Wolfsjahrhunderts leuchtend abheben,

das aber weniger ein Jahrhundert der Wölfe war als eines der Kojoten aller Konfessionen.

Ein Pope kommt selten allein:

Rainer Eppelmann (CDU): Tragen Sie mit Ihrer Abstimmung auch dazu bei, daß die moralische Glaubwürdigkeit des Deutschen Bundestages erhalten bleibt. Kein Mensch darf heute abend auf den Gedanken kommen, wir hätten 40 Jahre wie die jungen Männer gehandelt, die ihrer schönen Freundin die Ehe versprochen haben, um sie ins Bett zu ziehen, und sich dann, nachdem sie die Freundin da hatten, an das Eheversprechen nicht mehr erinnern können.

Pfaffen denken immer nur ans Ficken, wozu doch bei Bonn Berlin sowenig animiert wie bei Paris Texas. An alles aber denkt, und deshalb an furchtbar viel mehr als er kann, der

Peter Glotz (SPD): An dieser Stelle will ich mich an Sie persönlich wenden, Herr Bundeskanzler. Ich weiß, daß Sie ein regionalistisch verwurzelter Europäer und kein Nationalist sind. Vielleicht ist es in dieser Debatte erlaubt, über die Parteigrenzen hinweg und, so wie Sie es sagen würden, als eingefleischter Sozialdemokrat Ihnen zu sagen: Bewahren Sie die supranationale Europa-Idee Konrad Adenauers. Sie ist das wichtigste Erbe dieses großen Politikers.

Noch eine Öffnung da, in die über Parteigrenzen hinweg gekrochen werden könnte? Aber gewiß doch:

Als Axel Springer das große Haus seines Verlages an die Mauer gebaut hat, da haben ihn viele Deutsche und auch ich für einen Phantasten gehalten. Ich bin bereit, einzuräumen, daß Springers Hoffnung größer war als das, was ich für meinen Realismus gehalten habe.

Darauf der regionalistisch in Bitburg und Potsdam verwurzelte Europäer

Dr. Helmut Kohl (CDU): Es ist ganz verständlich und auch ganz richtig, daß diese Debatte mit dem Herzen und mit dem Verstand geführt wird und daß auch die Frage des Umgangs miteinander für uns eine Chance darstellt, politische Kultur praktizieren zu können.

Politische Kultur? Politische Kultur:

Auch das kann man nicht einfach wegtun, nicht nur weil wir in unseren Reden gesprochen haben - auch ich - , sondern weil unsere Landsleute in der früheren DDR - in den neuen Bundesländern, wie wir jetzt sagen - bei dem, was sie dachten, was sie empfanden, was sie spürten - übrigens auch bei all ihrem Ärger gegenüber dem Berlin Walter Ulbrichts, was ebenfalls in dieses Bild gehört , natürlich das Berlin vor Augen hatten, das Hauptstadt eines freien, friedlichen und geeinten Deutschland sein würde. Auch deswegen bin ich für die Hauptstadt Berlin; im vollen Sinne des Wortes.

Sternstunde im vollen Sinne des Wortes. Und fraktionsübergreifend:

Dr. Hans-Jochen Vogel (SPD): Vertrauen, Glaubwürdigkeit und Verläßlichkeit sind hohe Güter. Wer sie, wenn auch unwillentlich, beschädigt, wer Berlin mit einem Titel versieht, dem kein Inhalt entspricht, der schlägt Wunden über den Tag hinaus. Wie sehr hier die Glaubwürdigkeit in ihrem Kern berührt ist... Ich spreche für Berlin, weil ich mich sonst als Person vor denen schämen würde, die in dieser Stadt die Blockade überwunden, der Teilung widerstanden, der Mauer getrotzt und in einer friedlichen Revolution ihre Freiheit errungen haben. Ich müßte mich vor der Stadt schämen, die wie keine andere die deutsche Geschichte in ihren dunklen, aber auch in ihren hellen Abschnitten repräsentiert.

Welche wären, für einen deutschen Sozialdemokraten, die hellen? Ich kenne nur einen: den 13. August 1961. Zeit, daß wir zum Thema kommen:

Ingrid Roitsch (CDU): Am meisten wird wieder einmal die Glaubwürdigkeit der Politiker in Frage gestellt. Dieser Vorwurf macht mich betroffen; aber er trifft nicht zu.

Betroffenes bitte streichen.

Ich habe die Menschen gefragt. Ich habe viel Verwandtschaft. Ich habe sie nicht erst nach der Einigung entdeckt, sondern ich habe die Bande arg gepflegt...

Familienbande und der Beigeschmack von Wahrheit. Es war lange nicht mehr von Glaubwürdigkeit die Rede, Herr Bürgermeister

Eberhard Diepgen (CDU): Bei den Argumenten, die für Berlin sprechen, steht für mich das Thema Glaubwürdigkeit an oberster Stelle.

Auch für Genossen?

Dr. Dietmar Keller (PDS/Linke Liste): Der Gordische Knoten des Pro und Kontra läßt sich nach meinem Selbstverständnis nicht dadurch entwirren, daß man zwischen dem Entweder-Oder auf kompromißbereite Lösungsversuche geht...

Und die Glaubwürdigkeit?

Mir scheint, es spricht nicht für politische Glaubwürdigkeit...

Und jetzt alle miteinander:

Dr. Burkhard Hirsch (FDP): Damit ist nicht nur die politische Glaubwürdigkeit von Aussagen in Frage gestellt...

Gabriele Iwersen (SPD): Die Glaubwürdigkeit dieses Parlaments steht auf dem Spiel.

Dr. Christine Lucyga (SPD): ...politische Glaubwürdigkeit...

Dr. Horst Ehmke (SPD): ... Argument der Glaubwürdigkeit... Zunächst einmal ist Glaubwürdigkeit eine personale Kategorie... das Glaubwürdigkeitsargument... glaubwürdig...

Peter Kittelmann (CDU/CSU): ein wichtiger Beitrag zur Glaubwürdigkeit vor der Geschichte.

Dr. Jürgen Schmude (SPD): So groß ist unser Konto an Glaubwürdigkeit nicht...

Wird Zeit, daß mal einer sagt, was für eine faire Debatte hier geführt wird - sonst merkts am Ende keiner und nicht mal der Lektor von Kiepenheuer:

Dr. Wolfgang Bötsch (CDU/CSU): Wir haben die heutige Debatte fair geführt...

Peter Harald Rauen (CDU/CSU): Ich danke dafür, daß die Diskussion hier so fair verläuft.

Dr. Rita Süßmuth (CDU): Die heutige Debatte zeigt, daß wir die Argumente fair miteinander austragen...

Das genügt. Zurück von der Form zum Inhalt:

Dr. Cornelia von Teichmann (FDP): Es ist auch eine Frage von Glaubwürdigkeit...

Ernst Waltemathe (SPD): Ich sage einmal vorweg: Wie immer die Entscheidung heute abend ausfällt, sie ist eine glaubwürdige.

Markus Meckel (SPD): Die Entscheidung für Bonn würde das Vertrauen in die Glaubwürdigkeit von Politik schwer beschädigen.

Michaela Geiger (CSU): Für mich wiegt die Frage der Glaubwürdigkeit am schwersten.

Ulla Titze (SPD): Wenn ein jeder von Ihnen hier mit der Elle der Glaubwürdigkeit gemessen würde, wäre dieser Raum fast leer.

Na na, Frau Titze, das ist hier eine gute, große Debatte, merken Sie sich das!

Gert Weisskirchen (SPD): Das ist eine gute Debatte. Dieses Parlament ist in der Lage, über die Frage der Hauptstadt mit politischer Kultur zu streiten. Vielen Dank schon einmal dafür!

Helmut Schäfer (FDP): Dies ist sicher eine große Debatte gewesen... Nun wird plötzlich an dem Wort Glaubwürdigkeit Kritik geübt. Ich möchte etwas zur Glaubwürdigkeit nach außen hin sagen.

Nein danke, jetzt reichts!

Horst Eylmann (CDU/CSU): Es geht, auch wenn einige das nicht mehr hören wollen, um Glaubwürdigkeit.

Dr. Karl-Heinz Hornhues (CDU/CSU): ... vor allen Dingen das Thema Glaubwürdigkeit...

Wolfgang Kubicki (FDP): ... eine Frage der Glaubwürdigkeit...

Wilfried Böhm (CDU): ... die persönliche Glaubwürdigkeit der Politiker...

Dr. Liesel Hartenstein (SPD): ... schon so oft beschworene Glaubwürdigkeit...

Gunter Huonker (SPD): Ich möchte mich auf einen Punkt beschränken, auf das Thema Glaubwürdigkeit.

Die Debatte wird so groß, daß ihnen der Mund überlaufen muß:

Dr. Christian Schwarz-Schilling (CDU): Ich erinnere mich an diesem Tag an die Debatte, die wir hier über die Verjährung gehabt haben. Es war eine große Debatte, es war eine Sternstunde des Parlaments, und keiner war in einer bestimmten Schublade.Das gibt es selten. Das ist auch heute wieder der Fall, und wir können stolz sein, wie diese Debatte geführt wurde.

Dr. Rupert Scholz (CDU): Wir sind uns einig darüber, daß dieses eine großartige Debatte gewesen ist, eine Sternstunde des Parlaments... Ich möchte keinen Hehl daraus machen, daß mich etwas erschüttert hat, wie man mit dem Wort Glaubwürdigkeit umgeht...Glaubwürdigeit ist nicht rückwärts gewendet, sondern vorwärts gewendet.

Hans Klein (CSU): Diese Debatte hat sich auf einem hohen und würdigen Niveau abgespielt.

Karl Lamers (CDU): ... eine hervorragende Debatte...

Hans Wallow (SPD): Ich glaube, daß diese Debatte dem deutschen Parlament zur Ehre gereicht hat. Wir haben unabhängig von Zwängen, unabhängig von vorher festgeklopften Bestimmungen allein entschieden, und das ist Glaubwürdigkeit.

Sternstunde der Glaubwürdigkeit.

Michael Schilling lebt im Zonenrandgebiet

Konkret 09/91, S. 20

Oliver Tolmein

»Teuflische Arrangements«

Der Sicherheitsapparat der Bundesrepublik wird zusammengelegt. Unter allen möglichen Vorwänden wird die Trennung von Geheimdiensten und Polizei abgeschafft, ihre bisher illegal geübte Zusammenarbeit legalisiert und ausgebaut

Sicherheit kann nicht mehr als Summe von Einzelgefährdungen gesehen werden. Sie ist in ihrer Totalität zu sehen. Aus diesem Grund hat sich der Verfasser für die Schaffung einer Generaldirektion für Innere Sicherheit beim Bund eingesetzt. Dr. Alfred Stümper, 1980, damals Polizeipräsident von Stuttgart

Schließlich kann wohl gesagt werden, daß eine gute Repression die beste Prävention darstellt Kriminalistisches Lehrbuch der Polizei

Die Militärgouverneure sind, wie folgt, übereingekommen:
1. Der Bundesregierung ist es gestattet, unverzüglich Bundesorgane zur Verfolgung von Gesetzesübertretungen und Bundespolizeibehörden ... zu errichten... 2. Der Bundesregierung wird auch gestattet, eine Stelle zur Sammlung und Verbreitung von Auskünften über umstürzlerische, gegen die Bundesregierung gerichtete Tätigkeiten einzurichten. Diese Stelle soll keine Polizeibefugnis haben.

Der sogenannte »Polizeibrief« der alliierten Kommandeure vom 14. April 1949 ist heute bestenfalls noch Thema für den Kriminologen-Stammtisch: Wie war das noch, damals, als die Siegermächte versucht haben, die Wiedereinführung einer Geheimen Staatspolizei in Deutschland zu verhindern... Seit den siebziger Jahren ist das gegen Trennungsgebot zwischen Polizei und Geheimdiensten systematisch verstoßen worden, geblieben ist lediglich eine effiziente Arbeitsteilung. Seit einigen Monaten wird es konsequent zu einem Zusammenarbeitsgebot umgeschrieben:

Am 29. Dezember 1990 sind unter dem Tarnnamen »Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes« die seit Jahren heftig kritisierten Geheimdienstgesetze, die vor allem einen reibungslosen Informationsaustausch mit den Polizeien ermöglichen sollen, in Kraft getreten; am 3. Mai 1991 wurde auf Beschluß der Innenministerkonferenz der Länderdie »Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung« eingerichtet, in der unter Federführung des Bundeskriminalamtes Polizei, Justiz und Geheimdienst auch operativ weitgehend verbindlich und »unter voller Ausschöpfung des rechtlich Zulässigen« zusammenarbeiten sollen; im Bundesrat bereits verabschiedet und vom Kabinett gebilligt ist der »Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des illegalen Rauschgifthandels und anderer Erscheinungsformen der organisierten Kriminalität«, der, neben anderem, den in den Polizeigesetzen der Länder bereits vorgezeichneten Ausbau der Polizei zu einer Geheimpolizei, die mit nachrichtendienstlichen Ermittlungsmethoden arbeiten, Rasterfahndung und V-Leute einsetzen kann, jetzt auch in der Strafprozeßordnung in weitem Umfang zuläßt; als Zugabe zu diesem Paket hat der Bundesrat auch noch den Entwurf des »Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege« verabschiedet, der z.B. das Recht der Angeklagten im Strafverfahren erheblich reduziert.

Pünktlich zur Restauration Deutschlands ist mit der Billigung dieser in unscheinbare Namen gefaßten Gesetze (und der parallel dazu in den Ländern beschlossenen ähnlich weitreichenden Polizeigesetze) auch der Rechtsstaat traditioneller Prägung faktisch eliminiert. Der Staatsschutz und die Polizei haben sich »von nahezu allen Zugriffsschranken emanzipiert: Allein taktische und operative Überlegungen und kapazitäre Möglichkeiten bestimmen die Aktivitäten«, resümierte 1987 Professor Heinz Wagner in seinem »Kommentar zum Musterentwurf eines einheitlichen Polizeigesetzes des Bundes und der Länder« den damals erst eingeschlagenen, mittlerweile bis zur nächsten Kreuzung gegangenen Weg. Daß es darüber nicht zum Eklat oder wenigstens einer breiter geführten öffentlichen Kontroverse kommt, sagt nichts über den Charakter der aktuellen Beschlüsse und Gesetzestexte - es ist Ausdruck der gedankenlosen Gewöhnung an die bereits vor Jahren in Gang gebrachte Rechts-Entwicklung. Dazu kommt, daß Medien, denen der Skandal, die spektakuläre Enthüllung einer Gesetzesübertretung, alles gilt, der etappenweisen Veränderung des Normalzustandes erfahrungsgemäß wenig Interesse abgewinnen können.

Geheimdienst-Gesetze

Sowohl die bereits verabschiedeten Geheimdienst-Gesetze als auch die wesentlichen Vorschriften des jetzt zur Beratung im Bundestag anstehenden Gesetzes »zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität« gehen auf das 1983 ergangene »Volkszählungsurteil« des Bundesverfassungsgerichts zurück. Das darin festgeschriebene Recht auf »informationelle Selbstbestimmung« ist allerdings in beiden Paketen nur als Phrase enthalten.

Das sogenannte »Datenschutz-Gesetz«, das korrekterweise allerdings als »Datenweitergabe«-Gesetz bezeichnet werden müßte, wurde im Sommer 1985 auf den Weg gebracht. Damals noch »Zusammenarbeitsgesetz« genannt, erntete es scharfe Kritik von Datenschützern, FDP und Oppositionsparteien und wurde schließlich zurückgezogen. Herausgelöst und verabschiedet wurden 1986 die Gesetze über die Schleppnetzfahndung (Paragraph 163 d Strafprozeßordnung), über den Zugriff der Fahndung auf das Zentrale Verkehrsinformationssystem (ZEVIS) und das Gesetz über den maschinenlesbaren Personalausweis.

1989 wurde ein neuer Versuch für das Gesamtpaket unternommen: Wieder konnten sich die Koalitionsparteien über das Artikelgesetz, in dem die vormals namensgebende »Zusammenarbeit« der Geheimdienste auf die einzelnen Artikel verteilt worden war, nicht endgültig einigen. Am 13. März 1990 wurde ein erneuter Formulierungsvorschlag ausgehandelt, der nun, unter dem Eindruck der Wiedervereinigung, zur Eilsache befördert wurde. Innerhalb von zweieinhalb Monaten passierte er den Bundestag, wurde im Bundesrat erst einmal gestoppt, am 12. September im Vermittlungsausschuß verhandelt, eine Woche später mit erneuten Änderungen, die den Abgeordneten aber nicht schriftlich vorgelegt wurden, endgültig vom Bundestag und zwei Tage später vom Bundesrat verabschiedet.

Im »Gesetz zur Fortentwicklung der Datenverarbeitung und des Datenschutzes« wird vor allem die Überwachungs-Praxis der Geheimdienste, die bis dahin nur für den Verfassungsschutz gesetzlich geregelt war, sowie der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel (Abhörmaßnahmen, Observationen, V-Leute etc.) umfassend legalisiert. Daten sollen von den Diensten zwar nur erhoben und gespeichert werden, soweit es »zur Erfüllung der Aufgaben erforderlich« ist. Da die Aufgaben der Dienste nur vage formuliert und noch weiter gefaßt sind als die der Polizei und der Justiz, die wenigstens formal noch einen Anfangsverdacht oder eine konkrete Gefährdung benötigen, um zu ermitteln, ist das aber keine Einschränkung. Die gewonnenen Informationen, das ist jenseits der Datenschutz-Rhetorik die zentrale Aussage des Gesetzes, können Verfassungsschutz, MAD, BND, LKAs und BKA, Zoll und Staatsanwaltschaften freizügig untereinander austauschen und gegenseitig voneinander anfordern, wenn es um sogenannte Staatsschutzdelikte geht oder auch nur, wenn »der Empfänger die Daten... sonst für Zwecke der öffentlichen Sicherheit benötigt« (Artikel 2, Paragraph 19). Zoll und Bundesgrenzschutz können von den Geheimdiensten zusätzlich eingesetzt werden, um Daten zu erheben - damit wird eine Praxis legalisiert, in der der Verfassungsschutz zumindest mittelbar Polizeibefugnisse erhält.

Gesetz gegen »organisierte Kriminalität«

Seit 1988 ist »organisierte Kriminalität« der neue Schlüsselbegriff, mit dem Sicherheitspolitiker und Polizei-Strategen operieren, wenn sie weitreichende Gesetzesverschärfungen einfordern. BKA-Präsident Hans-Ludwig Zachert warnte auf der BKA-Fachtagung »Organisierte Kriminalität in einem Europa durchlässiger Grenzen« vor »teuflischen Arrangements«: »Staat und Gesellschaft sind als Ganzes bedroht... Es kann nicht oft genug wiederholt werden: Motor des organisierten Verbrechens ist das Gewinnstreben.« Vielleicht fügt sich die »organisierte Kriminalität« auch deswegen so gut in diese Gesellschaft ein und bedient sich keineswegs nur illegaler Methoden: »Der `legale' Teil des organisierten Verbrechens verdient besondere Beachtung.« Konsequenterweise muß der polizeiliche Zugriff »... über alle Grenzen hinweg«, weit im Vorfeld und umfassend erfolgen: »Eine intensivere Zusammenarbeit beispielsweise mit Arbeitsämtern, Sozialbehörden, Ausländer-, Gewerbe- und Ordnungsämtern, aber auch mit der Versicherungsbranche, den Kraftfahrzeugherstellern, gewerblichen Autovermietern, Geldinstituten, Kreditkartenunternehmen sowie dem Hotelgewerbe wäre wünschenswert. Noch fehlen dazu die Rechtsgrundlagen.« Dem soll der »Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung... der organisierten Kriminalität« abhelfen. Wir dürfen vermuten: vorläufig, denn angesichts der neuen Bedrohung, die den »Terrorismus« in den siebziger Jahren in den (Daten)Schatten stellt, erscheinen weitergehende Vorschläge zur Bekämpfung der Verbrechen, die perfiderweise kaum mehr als solche zu erkennen sind, geradezu naturnotwendig.

Eigentlich wirkt der neue Gesetzesentwurf allerdings wie ein, zugegeben etwas abgespeckter, ganz alter Bekannter: Er weist wesentliche Übereinstimmungen mit dem Arbeitsentwurf für eine Strafprozeßnovelle vom 31.Juli 1986 auf, dessen 1987 erfolgter Ergänzung und dem daraus entwickelten Strafverfahrensänderungsgesetz vom 15. Februar 1988, das nach scharfer Kritik 1989 noch einmal überarbeitet vorgelegt wurde. Wie auch in anderen Fällen scheint die beharrliche Neuvorlage unter stets verändertem Namen bei geringfügig veränderter Substanz auch hier zum Erfolg zu führen.

Bei Lektüre des umfangreichen Artikelgesetzes fällt zunächst auf, daß sein Gegenstand, die »organisierte Kriminalität«, nicht einmal versuchsweise definiert wird - wie schon mit der »terroristischen Vereinigung« wird hier ein unbestimmter und dementsprechend beliebig anwendbarer Be-griff als Ansatzpunkt für weitgehende Eingriffe in Grundrechte benutzt. Neben der öffentlichkeitswirksamen Einführung eines Straftatbestandes »Geldwäsche« und einer »Vermögensstrafe« für bestimmte Delikte regelt der Entwurf nämlich vor allem die Auflösung des Trennungsgebotes zwischen Polizei, Geheimdiensten und Justiz von innen, indem es den Ermittlern die Anwendung von Geheimdienst-Methoden erlaubt.

Die Strafprozeßordnung, ursprünglich ein Gesetzeswerk, das die Rechte von Beschuldigten und Angeklagten regelte, wird so an das Polizeirecht angepaßt: Rechte, die Beschuldigte gegenüber der Polizei nicht haben, werden ihnen jetzt auch noch in der Strafprozeßordnung genommen. Eine nachhaltige Verschlechterung für Beschuldigte können die Maßnahmen zur

Verbesserung des Zeugenschutzes mit sich bringen: Die Identität von Zeugen kann demnach geheimgehalten werden, wenn sonst ihnen oder anderen Personen Gefahren drohen. Grundgedanke dieser Regelung ist, daß sich in den ins Auge gefaßten Verfahren »Sachbeweise ... häufig nur unzureichend führen lassen. Um so größere Bedeutung kommt deshalb Zeugen zu« - deren Aussagen (und deren Zustandekommen) dafür umso weniger überprüfbar sein werden.

Noch problematischer ist die Legalisierung des Einsatzes verdeckter Ermittler, die unter einer auf Dauer angelegten Legende auftreten und auch berechtigt sein sollen, fremde Wohnungen zu betreten. Die Einsatzschwelle ist in mehrfacher Hinsicht niedrig: Der Straftatenkatalog, der den Einsatz rechtfertigt, ist umfangreich und beginnt bei der »gewerbsmäßigen Hehlerei«; verdeckte Ermittler können schon tätig werden, wenn die »Erforschung des Sachverhalts« mit anderen Methoden »wesentlich erschwert« (nicht etwa unmöglich) wäre; es bedarf auch lediglich der Zustimmung der Staatsanwaltschaft. Weitreichende Möglichkeiten, die Identität der verdeckten Ermittler im Ermittlungsverfahren und in der Hauptverhandlung geheim zu halten und die Beamten selber für die Verfahren zu sperren, machen sie und ihre Arbeit weitgehend unkontrollierbar.

Die Anwesenheit eines verdeckten Ermittlers in einer Wohnung hebt deren Unverletzlichkeit auch für andere nachrichtendienstliche Methoden auf, wie in Paragraph 100 c festgeschrieben wird: »Das in einer Wohnung nichtöffentlich gesprochene Wort darf abgehört und aufgezeichnet werden, soweit es im Beisein eines nicht offen ermittelnden Beamten geäußert wird. Unter den Voraussetzungen dürfen in einer Wohnung auch Lichtbilder und Bildaufzeichnungen von Personen und von Beweismitteln hergestellt werden.« Ziel dieser Lauschangriffe auf die Wohnung können nicht nur Beschuldigte, sondern auch »andere Personen« sein, wenn »aufgrund bestimmter Tatsachen« - also mit einiger Wahrscheinlichkeit - »anzunehmen ist, daß sie mit dem Täter in Verbindung stehen oder eine solche Verbindung hergestellt wird« - sie ihn also kennen oder vielleicht kennenlernen werden.

Ansonsten werden die gesetzlichen Schwellen für eine »Überwachung des Fernmeldeverkehrs« gesenkt, die personenbezogenen Informationen, die sich aus Abhörmaßnahmen ergeben, dürfen künftig außerdem auch in anderen Strafverfahren als Beweismittel verwendet werden. Neu ist auch, daß bei Vorliegen »bestimmter« Verdachtsmomente »das nichtöffentlich gesprochene Wort« (außerhalb der Wohnung) abgehört und aufgezeichnet werden darf und, fast gleichlautend wie im Verfassungsschutzgesetz, daß »sonstige für Observationszwecke bestimmte technische Mittel zur Erforschung des Sachverhalts verwendet werden« dürfen. Auch hier können ohne allzu große Umstände Nicht-Beschuldigte Zielpersonen werden: »Die Maßnahmen dürfen auch durchgeführt werden, wenn Dritte unvermeidbar betroffen werden.« Benachrichtigt werden sollen die Betroffenen zwar über die gegen sie eingeleiteten Maßnahmen, sie müssen es aber nicht, wenn dadurch der »Untersuchungszweck« oder, noch allgemeiner, »die öffentlich Sicherheit« gefährdet würden.

Des weiteren regelt der neue Gesetzentwurf erstmals die Rasterfahndung. Wieder ist die Anordnung der Maßnahme nur davon abhängig, daß »die Erforschung des Sachverhalts... auf andere Weise erheblich weniger erfolgversprechend« wäre. Gerastert werden darf schon auf der Suche nach Tätern, die »unerlaubt ein Glücksspiel veranstaltet« oder einen »Bandendiebstahl« begangen haben. Bei Gefahr im Verzug darf die Rasterfahndung auch von der Staatsanwaltschaft angeordnet werden. Die in Vorentwürfen enthaltene Vorschrift, daß der anordnende Richter bzw. Staatsanwalt den Datenabgleich selbst kontrollieren muß, fehlt jetzt. Die durch die Rasterfahndung gewonnenen personenbezogenen Daten dürfen solange gespeichert werden, wie sie für das Strafverfahren benötigt werden. Sie dürfen auch für andere als die ursprünglich ins Auge gefaßten Strafverfahren verwendet werden. In die Rasterfahndung dürfen auch personenbezogene Daten aus einem Strafverfahren mit anderen, z.B. zur Gefahrenabwehr gespeicherten Daten abgeglichen werden: Faktisch sind die Kombinationsmöglichkeiten also unbegrenzt.

Neu in die Strafprozeßordnung soll außerdem ein Paragraph 163 e: »Polizeiliche Beobachtung«. Er legalisiert und erweitert die Erstellung von Bewegungsbildern. »Nach meiner Einschätzung«, schreibt dazu der Leitende Kriminaldirektor Winfred Tabarelli in einem Aufsatz über »aktive Informationsbeschaffung«, »ist die Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung eines der wichtigsten Fahndungsinstrumente *im Vorfeld der konkreten Verdachtsgewinnung...* Dieses Persönlichkeitsbild der ZP (Zielperson) kann aber nur dann vollständig sein, wenn ich weiß, in welchem regionalen undpersonalen Umfeld sich meine auszuforschende Person bewegt.« Die polizeiliche Beobachtung, die einen Anfangsverdacht nicht zum Anlaß, sondern zum Ziel hat, wird Tabarelli zufolge vor allem angesichts der fortfallenden Grenzkontrollen in der EG an Bedeutung gewinnen und intensiviert werden müssen: »Belassen wir es bei dem Kontrollverhalten im Inland, wird die polizeiliche Beobachtung mit Wegfall der europäischen Innengrenzen 1993 zu einem stumpfen Schwert. Mit nur noch einem Fünftel der Anhaltefälle erhalten wir dann kein Bewegungsbild mehr oder Hinweise auf weitere Verdächtige.«

Gravierend sind die vorgesehenen Änderungen der Strafprozeßordnung nicht nur, weil sie heute bereits praktizierte Ermittlungsmethoden legalisieren (und damit deren Ausbau und Weiterentwicklung vorbereiten). Bemerkenswert ist vor allem, daß sie sich zusehends in Richtung »vorbeugende Verbrechensbekämpfung« orientieren - ein Begriff, der auf Erlasse des Reichssicherheitshauptamtes und deren Kommentierung zurückgeht und dem bereits 1938 vom Strafrechtler Dahm entgegengehalten wurde: »Danach liegt die Versuchung recht nahe, daß die Polizei mit Hilfe ihrer eigentlich polizeilichen

Mittel zu erreichen versuche, was sie im Strafverfahren nicht habe durchsetzen können, oder daß sie von vornherein von der Erhebung der Anklage absehe und sich mit polizeilichen Mitteln behelfe.«

Charakteristisch für die neuen, altem Gedankengut verhafteten Vorschriften ist, daß der Schutz der Grundrechte regelmäßig hinter die vermeintlichen polizeitaktischen Erfordernisse zurücktritt. Zudem sind gegen sie tatsächlich keine Rechtsmittel möglich: Während sich gegen offene Ermittlungsmethoden, z.B. eine Wohnungsdurchsuchung, wenigstens protestieren oder Beschwerde einlegen läßt, erhalten die Betroffenen vom Eindringen eines verdeckten Ermittlers in die Wohnung oder von Lauschangriffen, Bildaufzeichnungen und Datenabgleichen in der Regel nicht einmal Kenntnis. Gleichzeitig wird durch die Heimlichkeit der Ermittlungsmethoden das Recht auf Aussage- und Zeugnisverweigerung und das auf Verteidigung bei Anhörung faktisch ausgehebelt. Der »unverdächtige Bürger kann den Staat nicht mehr durch legales Betragen auf Distanz halten«, resümiert der Regensburger Jurist Prof. Jürgen Wolter diesen totalitären Zugriff auf jedefrau und jedermann.

Entwurf eines Gesetzes zur Entlastung der Rechtspflege

Auch dieser Entwurf, angeblich aufgrund der »besonderen Situation der Justiz im geeinten Deutschland« entwickelt, beinhaltet wenig neue Vorschläge. Im wesentlichen beschneidet er die Rechte von Angeklagten und verkürzt den Rechtsweg in Zivil- und einigen Strafverfahren. Er bildet so in gewisser Weise das Pendant im Alltag zu den neuen Befugnissen im Bereich der politischen Justiz. Die Möglichkeit, Beweisanträge, die nach Schluß der Beweisaufnahme gestellt werden, abzulehnen und die Reduzierung der Anforderungen an »Ablehnungsbeschlüsse wegen Verschleppungsabsicht« zielen allerdings eindeutig auf politische Strafverfahren.

»Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung«

Die Einrichtung der »Koordinierungsgruppe Terrorismusbekämpfung« (KGT) belegt, wie schnell die bundesdeutsche Politik reagieren kann, wenn sie will: Am 3. Mai 1991 faßte die Innenministerkonferenz aufgrund einer Initiative der AG Kripo, der Verfassungsschutzämter und zweier IMK-Arbeitsgruppen »einmütig« den Beschluß, die Koordinierungsgruppe einzurichten. Am 31. Mai konnten die Bundesminister Schäuble und Kinkel die regelmäßig zusammentretende Koordinierungsgruppe bereits bei der Arbeit besuchen und anschließend erklären, die »konzeptionellen Arbeiten« seien weitgehend abgeschlossen, jetzt gehe es »um die praktische Umsetzung der beschlossenen Maßnahmen«. Das Parlament, und zwar nur der Innenausschuß, wurde von dieser weitreichenden Initiative allerdings erst am 12. Juni unterrichtet - erste präzisere Informationen erreichten die Innenausschuß-Mitglieder am 21.Juni mit einem als »VS - Nur für den Dienstgebrauch!« klassifizierten »Bericht des Bundesinnenministeriums«.

Eine Diskussion des Themas ist erst für den Herbst vorgesehen. Für die innenpolitische Sprecherin der Abgeordneten-Gruppe der PDS, Ulla Jelpke, ist diese Installierung vorbei an allen parlamentarischen Gremien ein »leiser Putsch«. Mit einer »kleinen Anfrage« versucht sie jetzt, ein paar zusätzliche Informationen über das neue Gremium zu erlangen. Vor allem will sie wissen: »Wie ordnet sich diese KGT in die bisherigen Strukturen und Zuständigkeitsregelungen der Justiz ein... insbesondere in bezug auf Weisungsbefugnisse, operative Zielsetzungen, Personal- und Einsatzplanungen?«

Außer der Abgeordneten Jelpke und der PDS hat sich allerdings bisher niemand weiter für die KGT interessiert. Lediglich die »Frankfurter Rundschau« wurde von »einem, der in einem sozialdemokratischen Land mit der KGT beschäftigt ist«, über Hintergründe informiert - und gab Entwarnung: Zwar fiel auch dem »kritischen Beamten« sofort der Vergleich mit den (außergesetzlichen) »Krisenstäben früherer Zeiten« ein, in denen bekanntlich bis hin zur Gefangenen-Erschießung alle »Lösungsmöglichkeiten« diskutiert worden waren; auch räumte er ein, daß die Aufgabenstellung, in merkwürdigem Kontrast zum Tempo der Einrichtung dieser Gruppe, noch »reichlich diffus« ist. Aber er sieht ausreichende Sicherungsmechanismen gegen einen Mißbrauch der KGT: Indem nämlich »die Bedenken möglicherweise noch einmal thematisiert werden« und die Beteiligten »eben genau darauf achten, im Einklang mit den Gesetzen zu handeln«. Bekanntlich eine ihrer stärksten Übungen, zumal im Beschluß zur Einrichtung der KGT festgeschrieben ist, daß die Beteiligten »unter Ausschöpfung des rechtlich Zulässigen« agieren sollen, was auch die »Frankfurter Rundschau« merkwürdig findet: »Da kaum anzunehmen ist, daß die Sicherheitsorgane die rechtlichen Möglichkeiten bislang nicht genutzt haben, kann das nur heißen, den rechtlichen Rahmen durch Neuinterpretation auszudehnen.«

In der »Beschlußniederschrift« zur Einrichtung der KGT fällt vor allem das schneidige Vokabular auf: »konsequente Durchführung aller bundesweiten Maßnahmen«, »einheitlich hoher Standard«, »Intensivierung des Informationsaustausches«, »volle Ausschöpfung des rechtlich zulässigen«, »vollständige Erfassung«. Alles weist daraufhin, daß die KGT sehr wohl Weisungsbefugnisse haben soll, um »bundesweit einen einheitlichen Mindeststandard« durchzusetzen, wie es im Abschnitt über die Ausschreibung zur polizeilichen Beobachtung heißt. »Nach einheitlichen Kriterien zu erstellende Landes- und Bundeslagebilder unter möglichst umfassender Verwertung der Erkenntnisse sämtlicher Sicherheitsbehörden sowie des Justizbereichs« werden als eine weitere Aufgabe der KGT bezeichnet. »Da die

Koordinierungsgruppe auf der Grundlage gemeinsamer einstimmiger Beschlußfassung der Innenminister/-senatoren von Bund und Ländern tätig wird, wird ihren Vorschlägen ungeachtet der bestehenden gesetzlichen Zuständigkeitsregelungen eine gewisse Verbindlichkeit zukommen«, heißt es in dem Bericht zur Einrichtung der Koordinierungsgruppe. »Dies läßt erwarten, daß die bisher praktizierten und ggf. fortzuschreibenden Bekämpfungsinstrumente künftig weitestgehend bundeseinheitlich nach festgelegtem Mindeststandard eingesetzt werden. Die Zusammenarbeit zwischen Polizei, Verfassungsschutz und Justiz sowohl auf Bundes- und Landesebene als auch zwischen Bund und Ländern wird verdichtet.«

Vor allem soll sie wohl die Vorverlagerung und Intensivierung von Polizeimaßnahmen initiieren: »Die Aufklärung und Informationsgewinnung muß in allen terrorismusrelevanten Bereichen in den Rekrutierungsfeldern durchgeführt werden. Angesetzt werden muß insbesondere bei Personen mit Nahtstellenfunktion.« Ausdrücklich wird die Zusammenarbeit von Verfassungsschutz und Polizei bei Fahndungsmaßnahmen im Rahmen des Konzepts 106 (Schutz besonders gefährdeter Peronen) vorgeschlagen. »Die Verarbeitung aller gefährdungsrelevanten Erkenntnisse... insbesondere aus Maßnahmen nach K 106, müssen in einer bundesweiten Datei verarbeitet werden, um so länderübergreifende Ausspähungen erkennen zu können. Damit die Bedürfnisse der Praxis ausreichend berücksichtigt werden, ist die Einrichtung einer Spurendokumentationsdatei POS/K 106 erforderlich.« Damit wird diese umfassende Dateiform, angeblich zur Aufklärung schwerwiegender Verbrechen konzipiert, künftig auch für Ermittlungen weit im Vorfeld konkreter Taten eingesetzt.

Befaßt werden soll die KGT auch mit der »Verbesserung der Häftlingsüberwachung«, »insbesondere (um) den Leserichtern bei der Überwachung der Häftlingspost die sachkundige Unterstützung der Polizei und des Verfassungsschutzes anzubieten«. Ähnlich freundlich, wie ein Dienstleistungsangebot, klingt eine weitere Aufgabe der KGT: »Ständige und anlaßbezogene Presse- und Öffentlichkeitsarbeit zur Sensibilisierung der Bevölkerung«.

»Wir müssen davon ausgehen, daß alles, was in den letzten Monaten z.B. in Sachen RAF, Haftsituation, angeblicher Hungerstreik- oder Anschlagpläne, Infosystem veröffentlicht worden ist, Ergebnis der Desinformationspolitik dieser KGT ist«, kommentiert Ulla Jelpke - und, wen wunderts, kein Journalist greift es auf. Zumal der Zeitplan dieser Kampagne gegen die Gefangenen aus der RAF Jelpkes These durchaus stützt: Seit 1990 wollen die Ermittlungsbehörden von der Existenz des angeblichen »Infosystems« wissen, im März 1991 wurden die berüchtigten »7.000 Blatt« in den Zellen beschlagnahmt - aber erst mit der »Panorama«-Sendung vom 14. Mai (elf Tage nach Einrichtung der KGT) wird nachhaltig und mit eindeutiger Stoßrichtung berichtet. Was allerdings dafür spricht, daß mittlerweile auch das von den Militärgouverneuren nie formulierte, weil für selbstverständlich gehaltene Trennungsgebot zwischen Polizei, Geheimdiensten und Medien systematisch aufgehoben wird.

Von einer »Arbeitstagung« des Bundeskriminalamts über »organisierte Kriminalität« berichtet die Fachzeitschrift »Kriminalistik«: »Unter der Leitung von BKA-Vizepräsident Dr. Gerhard Köhler stellten sich fünf Diskutanten den Fragen: Christoph Kulenkampff, Generalstaatsanwalt in Frankfurt/M., Kriminaldirektor Wolfgang Pauleit, GLKA Berlin, Dr. Werner Raith, Journalist und Italien-Korrespondent der ‘Tageszeitung`, Rechtsanwalt Dr. Christoph Rückel, München, sowie Dr. Engelmar Wenk, Fachgebietsleiter Sicherheitstechnik der Dornier GmbH, Friedrichshafen.«

Oliver Tolmein schrieb in KONKRET 7/91 über »Geschichten aus 1001 RAF«

Konkret 09/91, S. 24

Ulli K.

Willy de Klerk

Südafrika soll reformiert werden: von der Herrschaft der weißen Rasse zur Herrschaft einer weißen Klasse. USA, CDU, SPD, EG - alle spenden Beifall. Hat der ANC gegen diese Front noch eine Chance?

Mandela meets Castro! Zum 38. Jahrestag der kubanischen Revolution gratulierte neben anderen der kurz zuvor gewählte Präsident des African National Congress (ANC). Das Bild der beiden alten Revolutionäre ging um die Welt - ein Dumpfbeutel, wer sich daran nicht freuen konnte. Auch wenn es den Kommentatoren nicht so recht ins Bild paßte, so war Mandela außer zum Gratulieren doch auch gekommen, um sich in Kuba für die intensive und verläßliche Unterstützung der Befreiungskämpfe im südlichen Afrika zu bedanken. Im Unterschied zu manchen anderen, die über Jahre hinweg die kubanische Revolution gern als Projektionsfläche für ihre eigenen politisch-praktischen Defizite und ihre quasi-militanten Theorieübungen benutzten, um schließlich doch nur höhnisch das Scheitern Kubas abzuwarten, blieb und bleibt Mandela seriös. Er besuchte Castro, wohl wissend, daß Kuba kaum noch Unterstützung leisten kann, eher selbst zunehmend hilfsbedürftig wird.

Welche Perspektive gibt es für den ANC und die anderen Gruppen und Strömungen der südafrikanischen Befreiungsbewegung? Im Kampf um die nicht nur formelle, sondern auch materielle Beseitigung der Apartheid werden sie in Zukunft auf sich gestellt sein. Die internationale Solidarität, die über zwei Jahrzehnte ein wichtiger und stabiler Faktor war - in Gestalt beständiger diplomatischer und materieller Unterstützung durch die nichtkapitalistischen Staaten und durch eine breite moralische Intervention in den imperialistischen Staaten - hat sich weltweit verflüchtigt.

So fanden sich kürzlich, quasi als Gegenbild zur Mandela-Castro-Begegnung, der Apartheid- und der stellvertretende sowjetische Außenminister zu einer Ideenbörse über die gemeinsame neue Weltordnung zusammen. In den Wochen zuvor waren durch die US-Regierung mehr oder weniger im politischen Handstreich - u.a. gegen die noch gültige UNO-Beschlußlage - die meisten der gegen das Apartheidregime verhängten Sanktionen aufgehoben worden. Kohl und Genscher drängen die EG zum Nachvollzug und werden dabei weniger von der nichtregierenden Hälfte des Bonner Parlaments (SPD etc.) als vielmehr von den Dänen vorläufig gebremst. Gleichwohl soll erstmals seit sechs Jahren dem Rassisten-System wieder mit Millionen-Krediten und Anleihen ausgeholfen werden - deutsche Mark voran! Also Business as usual? Nein.

Wie die großen Konzerne, die wegen des »unsicheren politischen Klimas« noch nicht in das angeblich neue Südafrika investieren mögen, müssen die grünen und rosigen Prediger einer »Zivilen Weltgesellschaft« sich langsam verabschieden von der schönen Lüge eines friedlichen Übergangs von der alten Apartheid- in die neue soziale Marktwirtschaft. Es ist in der Tat nicht ausgemacht, wohin der Übergang führen und welche Kämpfe es noch geben wird. Die Interessen und Ziele der beteiligten Klassen und Parteien sind in vielen Bereichen unvereinbar, so daß Konfliktlösungen allein durch Verhandlungen kaum wahrscheinlich sind.

Die teils englisch-weltläufig, teils burisch-provinziell geprägte südafrikanische Bourgeoisie hat einiges zu verlieren, vor allem schwarze Arbeitssklavinnen und -sklaven in großer Zahl. Weil durch deren Ausbeutung besondere Profite eingebracht werden konnten, war den 6 Millionen Weißen bislang ein überdurchschnittlicher Lebensstandard gesichert, einzigartig für die Länder des Trikont. De Klerks Job ist es nun, in Umsetzung der Strategie des geheimen und alle gesellschaftlichen Bereiche dominierenden »Broederbond«, einen Teil der weißen Gesellschaft der normalen kapitalistischen Konkurrenz mit der Mehrheit der afrikanischen Bevölkerung auszusetzen, ihn also verarmen zu lassen, um für den anderen Teil weiterhin Stabilität und Profite garantieren zu können. Denn das hatten die Herren vom Broederbond kapiert: Ohne Reformen wären sie verloren gewesen.

Daß sich die von der Pauperisierung bedrohten weißen Klassen- und Rassenkameraden nicht still in ihr Schicksal fügen könnten, ist dabei für De Klerk weniger bedrohlich als geradezu nützlich. Denn einerseits verbessern die verbalen Attacken der rechtsradikalen Parteien auf seine Regierung sein Image als Friedensbringer, der es sogar im eigenen Lager schwer habe mit seiner »mutigen Versöhnungspolitik«. Andererseits tobt sich die Aggression der Apartheid-trainierten Weißen als realer Terror gegen die schwarze Opposition aus, eine Art Teil-Privatisierung des staatlichen Gewaltmonopols, die De Klerks Polizei die Arbeit erleichtert.

Als ein effektives Instrument aus der Abteilung Marktwirtschaft und Terror erweist sich nach wie vor die Inkatha-Partei des Mangosuthu Buthelezi, die ideologisch durch die national-chauvinistischen Elemente der Zulu-Tradition, organisatorisch durch Gewalt und Zwang und realpolitisch durch die Subventionen des Apartheid-Regimes und anderer befreundeter Parteien zusammengehalten wird. Eine davon ist die deutsche CDU, die über ihre Konrad-Adenauer-Stiftung (KAS) seit langem Millionen-Beträge aus Steuergeldern an Inkatha transferiert - zur »Förderung des demokratischen Verständnisses«, wie es bei der KAS heißt. Buthelezi war der von den westlichen Regierungen auserwählte und von Helmut Kohl gesponsorte schwarze Prinz, der das allseits gewünschte marktgerechte Nach-Apartheid-Südafrika als südafrikanischer Lech Walesa regieren sollte.

Zwar kann aus diesem Vorhaben nichts werden, weil weder Inkathas Beliebtheit bei den Reaktionären in aller Welt noch sein mörderischer Krieg gegen den ANC Buthelezis Ansehen in der Bevölkerung verbessert haben. Gleichwohl wird Inkatha weiterhin eingesetzt werden, um den ANC und insbesondere seinen linken Flügel und die Gewerkschaften mit Mord und Terror zu schwächen. So hat sich die weiße Bourgeoisie rechtzeitig neben ihren Nazitrupps ein Instrument geschaffen, mit dem sie den zu erwartenden Verlust der politisch-parlamentarischen Macht militärterroristisch parieren kann. Darin ist die Rolle der Inkatha vergleichbar mit derjenigen, die die Renamo in Moambique oder die Contra in Nicaragua gespielt haben.

Auch wenn es zwischen De Klerks Nationaler Partei, den weißen Nazi-Trupps und Buthelezis Inkatha erhebliche Konkurrenzen gibt, die sich aber weniger auf das gemeinsame Ziel als vielmehr auf die jeweiligen Anteile an der Macht beziehen, so sind der ANC und die anderen Befreiungsorganisationen doch heute schon mit einer wohldurchdachten und -vorbereiteten Nach-Apartheid-Struktur konfrontiert, in der ihnen nur noch die Rolle des reformerischen Mitspielers zugedacht ist. Bisweilen konnte es dem deutschen Zeitungsleser auch so scheinen, als hätten sich Mandela und der ANC auf diese Rolle eingelassen: schöne Worte für und über De Klerk, Händeschütteln mit Buthelezi, Suspendierung des bewaffneten Kampfes, Hymnen auf Willy Brandt. Zudem darf angenommen werden, daß der lange Arm der SPD qua Friedrich-Ebert-Stiftung und Sozialistische Internationale, die mit ihrer Art »Solidarität« schon manche Revolution markt- und bankgerecht aufbereitet haben, auch bis in den ANC reicht.

Tatsächlich spricht »objektiv« fast alles gegen eine Chance für den ANC, sein altes Ziel einer von Ausplünderung und Unterdrückung freien Gesellschaft in einer südafrikanischen Viel-Völker-Nation durchzusetzen. »Objektiv« zielt fast alles auf eine Apartheid-gereinigte und IWF-geprüfte freie Marktwirtschaft, in der Freiheit und Recht nicht mehr nach Rassen zugeteilt werden, sondern nach Klassen. Allerdings gibt es da noch den subjektiven Faktor, der die Geschichte durcheinanderbringen wird: Millionen schwarzer Frauen, Männer und Kinder, die in der langen Geschichte ihres Befreiungskampfes ein Bewußtsein dafür entwickelt haben, daß sie - ob als Rasse oder als Klasse - erst dann frei sein werden, wenn keine andere Gruppe - ob als Rasse oder als Klasse - mehr über sie verfügen kann. Deswegen gibt es in Südafrika starke Gewerkschaften, eine expandierende Frauenbewegung, eine prosperierende Partei mit kommunistischen Perspektiven, einen militärischen Arm der Befreiungsbewegung, z.Zt. im Waffenstillstand, und einen ANC, der nicht totzukriegen ist.

Ulli K. schrieb in KONKRET 6/91 über das Ende des KB

Konkret 09/91, S. 26

Kurt Hübner

Vor dem Verlust der Hegemonie?

Wie zutreffend ist die Annahme, daß der Golfkrieg keineswegs zur Stabilisierung der Position der USA im kapitalistischen Weltsystem beigetragen habe, sondern vielmehr ein weiterer Schritt auf ihrem Weg zum Verlust der Vorherrschaft gewesen sei? Der Berliner Ökonom Kurt Hübner gibt einen detaillierten Überblick über die Situation der US-amerikanischen Wirtschaft, beschreibt das Mißverhältnis zwischen militärpolitischem Aufwand zur Sicherung des Weltsystems und schwindenden finanziellen Ressourcen und diskutiert einige Entwicklungsszenarien, die sich daraus ergeben

Seit US-Präsident Bush im September letzten Jahres das Wort von der »Neuen Weltordnung« in Umlauf gesetzt hat, läßt sich wieder trefflich über die gegenwärtige und zukünftige Rolle der USA in Weltwirtschaft und Weltpolitik spekulieren. Solche Spekulationen sind aus wenigstens zwei Gründen angebracht. Zum ersten, weil offensichtlich selbst innerhalb der US-amerikanischen Administration und des inneramerikanischen Machtblocks sich Einigkeit über auch nur die Konturen einer neuen geopolitischen Strategie kaum ausmachen läßt. Der Golfkrieg hat zwar deutlich gemacht, daß die USA nach dem Ende des bipolaren Ost-West-Konfliktes mehr denn je bereit zu sein scheinen, ihre politischen und ökonomischen Interessen innerhalb ihres Einflußgebietes mit allen Mitteln durchzusetzen. Bemerkenswert ist freilich auch, daß bereits wenige Monate nach der Geburt des Begriffs der Neuen Weltordnung dessen Entwertung zu konstatieren ist, gleichsam als Folge seiner inflationären Verwendung. Diese schnelle Abnutzung hat durchaus triftige Gründe. So muß man sich nur die Mühsal der politischen »Aufräumarbeiten« im Nahen Osten ansehen, um zu begreifen, daß die USA weder über ein konsistentes Konzept für eine politische Ordnung dieser Region noch über die erforderliche Autorität verfügen, um - im eigenen Herrschaftsinteresse liegende - kooperative Lösungen in Gang zu bringen.

Der zweite Anlaß für Spekulationen über die zukünftige weltpolitische und weltökonomische Rolle der USA ist die Verfassung der US-amerikanischen Ökonomie, die sich seit einigen Monaten in einer Rezession befindet - mit der Möglichkeit, daß diese in eine tiefere, in eine zyklische Krise umschlägt. Doch von Interesse ist weniger eine derartige Eventualität, als vielmehr das grundlegendere Problem, ob und wie die strukturellen Disparitäten des US-amerikanischen Akkumulationsregimes in nächster Zukunft überwunden werden können. Nicht erst der Golfkrieg hat deutlich gemacht, daß ein Mißverhältnis zwischen militärischer Macht auf der einen und ökonomischer sowie politisch-ideologischer Schwäche auf der anderen Seite existiert. Lange vor dem Waffengang am Golf wurde in den USA intensiv diskutiert, ob, und wenn ja, wie dieses Mißverhältnis korrigiert werden könnte. Von der linken und auch von der rechten Seite des politischen Spektrums sind dabei Forderungen laut geworden, die mit der sich abzeichnenden Auflösung der bipolaren Welt freigesetzte »Friedensdividende« zur Remodernisierung der US-amerikanischen Wirtschaft und vor allem zur Erneuerung der infrastrukturellen Voraussetzungen weltmarktkonkurrenzfähiger Produktion zu verwenden. Leidtragende einer solchen forcierten Politik der Binnenmodernisierung wären vor allem die mehrheitlich im Süden ansässigen Rüstungsunternehmen gewesen, die während der ersten Hälfte der achtziger Jahre dank der gewaltigen Reaganschen Aufrüstungspolitik hohe und politisch garantierte Profite haben erzielen können.

Diesen neo-isolationistischen Kräften standen und stehen die internationalistischen Kapital- und Machtfraktionen gegenüber, die zum einen das US-amerikanische Gesellschaftsmodell und die dazugehörigen Werte und Normen weltweit durchgesetzt sehen wollen und sich zum anderen die ökonomischen Voraussetzungen ihres Produktions- und Konsumtionsmodells ebenfalls weltweit exklusiv sichern wollen. Militärische Gewalt, insbesondere wenn sie sich völkerrechtlich legitimieren kann, wird von diesen Kräften als probates Mittel ins Kalkül gezogen. Gegenwärtig scheint es so, als ob die internationalistische Fraktion - deren wichtigster Repräsentant Präsident Bush ist - sich in dieser Auseinandersetzung durchgesetzt hat. Davon profitiert ganz direkt die US-amerikanische Rüstungsindustrie, deren geopolitisch bedingter Absatzrückgang zwar nicht vollständig gestoppt, aber doch gebremst werden konnte.

Freilich ist mit diesem abgemilderten sektoralen Strukturwandel für die US-Wirtschaft wenig gewonnen. Ihre strukturellen Wettbewerbsprobleme werden dadurch genausowenig gelöst wie ihre internen Haushaltssorgen. Paul Kennedy etwa, dessen Werk »Aufstieg und Fall Großer Mächte« es sogar geschafft hat, zum Interpretationsmodell einschlägiger Titelgeschichten von Tageszeitungen, Magazinen und Journalen zu werden, sieht die USA einer Scherenbewegung von hohem militärpolitischen Aufwand zur Sicherung des Weltsystems und schwindenden finanziellen Ressourcen ausgesetzt. Vergleichbar früheren Hegemonialmächten sei die gegenwärtige Situation der USA durch einen »imperial overstretch« gekennzeichnet, der den Fall der Großen Macht befördere. Der Golfkrieg war dieser Interpretation zufolge kein Beitrag zur Restabilisierung der US-amerikanischen Position in Weltpolitik und globaler Ökonomie, sondern ein weiterer Schritt auf dem Weg zum Verlust der Vorherrschaft. Auch für den Weltsystemtheoretiker Immanuel Wallerstein ist der Abstieg der USA eine beschlossene Sache: »Es ist ein Faktum«, so hat er erklärt, »daß keine US-Regierung den relativen Niedergang, den der Lebensstandard und die Macht der USA während der nächsten dreißig Jahre erfahren werden, aufhalten kann.« Wallerstein will erkannt haben, was die politische Klasse der USA zwar wahrnimmt, aber nicht zu akzeptieren bereit ist: Wie Venedig um das Jahr 1500, Holland ab etwa 1660 und England ab etwa 1873 befänden sich die USA seit Ende der sechziger Jahre in einer Phase des hegemonialen Abstiegs, der quasi naturgesetzlich verlaufe.

Steht mithin paradoxerweise gerade nach dem Zerfall des Blocks der realsozialistischen Länder der Niedergang der Pax Americana zu erwarten? Solcherart Niedergangsprognosen sind nicht ohne Widerspruch geblieben. So hat etwa Henry R. Nau, einer der außenpolitischen Berater von Expräsident Reagan und bekannter Theoretiker des Systems internationaler Beziehungen, jüngst in einer umfangreichen Studie vehemente Einwände formuliert und die diversen Niedergangsszenarien zu modernen Mythen erklärt. Aus der zeitweiligen Verschlechterung der US-Position im Weltsystem, so Nau, werde methodisch und empirisch unzulässigerweise ein endgültiger Abstieg der Hegemonialmacht abgeleitet und deshalb völlig verkannt, daß die USA in ihrer Geschichte schon öfter solche Positionsverschlechterungen durchgemacht haben.

Auf den ersten Blick scheinen die Krisenbeschwörungen tatsächlich wenig begründet zu sein. Erst im Übergang zum dritten Quartal 1990 endete in den USA ein achtjähriger Wirtschaftsaufschwung mit stetigen Zuwachsraten des Sozialprodukts. Mit Stolz konnten die Verfechter der angebotsorientierten Politik darauf verweisen, daß es sich dabei um den längsten Aufschwung der Nachkriegsgeschichte handelte. Allerdings vermittelt ein solcher erster Blick ein etwas trügerisches Bild: Gemessen am vorherigen Zyklus fielen die jahresdurchschnittlichen Zuwachsraten des Sozialprodukts zwischen 1979 und 1989 gerade einmal um 0,1 Prozent höher aus - eine nahezu vernachlässigenswerte Größe. Noch deutlicher wird die schlechte strukturelle Verfassung der US-Wirtschaft, wenn man die Entwicklungsphase nach dem 2. Weltkrieg analog dem Schema der Langen Wellen in zwei Etappen einteilt. In dieser Perspektive zeigt sich, daß der »Reagan-Aufschwung« im Rahmen einer Phase verlangsamter Akkumulation und gebremsten Wachstums erfolgte. Betrugen während der Hochphase der amerikanischen Vorherrschaft zwischen 1948 und 1973 die jahresdurchschnittliche Zuwachsrate des Bruttoinlandproduktes (BIP) 3,8 Prozent, die Steigerungsraten der Investitionen 4 Prozent und die durchschnittliche Arbeitslosenquote 4,8 Prozent, so verschlechterten sich diese Werte in der zweiten Etappe. Im Zeitraum 1973/88 gingen die Zuwachsraten des BIP auf 2,7 Prozent zurück, sank die jahresdurchschnittliche Steigerungsrate der Investitionen auf 3 Prozent und stieg die durchschnittliche Arbeitslosenquote auf 7,2 Prozent an.

Auf diese seit Anfang der siebziger Jahre verschlechterte makroökonomische Konstellation reagierte die politische Klasse der USA erst mit zeitlicher Verzögerung. Es war allerdings nicht Ronald Reagan, sondern bereits Jimmy Carter, der in seinen letzten beiden Amtsjahren die Weichen für ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm gestellt hatte, das dann von seinem Nachfolger perfektioniert wurde. Das später unter dem Namen »Reaganomics« berühmt-berüchtigt gewordene Fünf-Punkte-Programm enthielt bei genauer Betrachtung wenig neue Elemente. Neu waren allerdings die Bündelung und vor allem die Rigidität, mit der es umgesetzt wurde:

· Um inflationäre Tendenzen zu bekämpfen und hohe Lohnsteigerungen zu unterbinden, wurde von der Federal Reserve (FED), der US-amerikanischen Notenbank, eine Hochzinspolitik eingeleitet, die den Eintritt einer Rezession willentlich in Kauf nahm. Sie zielte freilich auch darauf, den steil abgesackten Dollarkurs wieder nach oben zu treiben, um so die Kosten der globalen militärischen Präsenz der USA zu senken und vor allem einen hohen Importdruck zu erzeugen, der die wettbewerbsschwachen inländischen Produzenten zu massiven Anpassungen zwingen sollte.

· Die staatliche Steuerpolitik wurde konsequent als Umverteilungsinstrument eingesetzt, um die Nettoprofitquoten der Unternehmen zu erhöhen und, so die Absicht, die Leistungsanreize auszuweiten.

· Um die private Akkumulation vor möglichen Überwälzungen der gesellschaftlichen Kosten der Produktion zu schützen, wurde eine breite Deregulierungskampagne entfesselt.

· Die Gewerkschaften wurden unter starken publizistischen und ideologischen Druck gesetzt und anti-gewerkschaftliche Gesetzesinitiativen gestartet.

· Schließlich versuchte die US-Administration, durch eine massive Aufrüstung die militärische Rolle der USA im Weltsystem zu stabilisieren.

Diese wirtschafts- und gesellschaftspolitische Strategie hat ihre Spuren hinterlassen. Am sichtbarsten in der Einkommensverteilung: Während die Realeinkommen der oberen fünf Prozent der Bevölkerung zwischen 1979 und 1987 um 22,5 Prozent und die der oberen zwanzig Prozent um 20 Prozent angestiegen sind, sanken die Realeinkommen der unteren zwanzig Prozent der Bevölkerung um glatte 10 Prozent ab. Mehr als sechs Millionen US-Amerikanerinnen und -Amerikaner rutschten in diesen Jahren unter die staatlich fixierte Armutsgrenze. Kalt erwischt hat es auch die Gewerkschaften. Innerorganisatorische Probleme in Kombination mit hartem staatlichem Druck haben den durchschnittlichen Organisationsgrad der Lohnabhängigen von immerhin 29 Prozent im Jahre 1979 auf weniger als 17 Prozent im Jahr 1987 absinken lassen. Die ehedem kampfstarken US-Gewerkschaften sind heute nahezu bedeutungslos.

Beste Bedingungen für das US-amerikanische Kapital, könnte man meinen, um seine Profitinteressen durchzusetzen und gleichsam en passant auch die internationale Wettbewerbsposition zu verbessern. Genau dies ist aber nicht eingetreten. Zu Beginn der neunziger Jahre haben die USA die seit den frühen siebziger Jahren offen zutage liegenden Strukturprobleme nicht nur nicht überwunden, sondern sogar noch verschärft. Zwar ist die Nettoprofitrate des Unternehmenssektors im Zeitraum 1979/89 gegenüber den Jahren 1973/79 wieder leicht angestiegen, doch bewegt sie sich mit durchschnittlich 6

Prozent nach wie vor weit unter dem 7 Prozent-Niveau der langen Aufschwungsphase 1948/73. Diese Profit- und Akkumulationsschwäche reflektiert sich in dem nach wie vor ungelösten Arbeitsproduktivitätsproblem - einer der Schlüsselgrößen des kapitalistischen Akkumulationsprozesses. Trotz leichter Verbesserungen vor allem in der zweiten Hälfte der achtziger Jahre sind die Zuwachsraten im Vergleich zu den fünfziger und sechziger Jahren geringer ausgefallen. Betrug die durchschnittliche Steigerung zwischen 1948 und 1966 noch 2,6 Prozent, so haben sie sich im Zeitraum 1979/89 auf jahresdurchschnittlich 1,2 Prozent reduziert. Der US-amerikanische Ökonom Paul Krugman hat diese Verlangsamung jüngst treffend veranschaulicht: Die Veteranen des 2. Weltkrieges kehrten zu einer Ökonomie zurück, die in den nächsten 25 Jahren ihre Produktivität verdoppelte. Entsprechend erfuhren sie eine Verbesserung ihres Lebensstandards, wie ihn sich ihre Eltern nicht vorstellen konnten. Die Veteranen des Vietnamkrieges kehrten zu einer Ökonomie zurück, die ihre Produktivität in 15 Jahren gerade einmal um knappe 10 Prozent steigerte. Das Ergebnis war, daß ihr Lebensstandard nie höher - und häufig sogar schlechter - war als der ihrer Eltern.

Statistisch stellen sich diese Erfahrungen so dar, daß der durchschnittliche Stundenlohn eines Industriearbeiters im Jahr 1973 - gemessen in Dollars des Jahres 1988 - 8,75 Dollar betrug. Im Jahr 1988 wurden dem gleichen Arbeiter gerade noch 7,73 Dollar ausbezahlt - die Kaufkraft ist mithin deutlich gesunken. Im gleichen Zeitraum allerdings stieg die durchschnittliche Arbeitszeit pro Kopf der Bevölkerung von 709 auf 790 Stunden an - es wurde also versucht, die geringere Kaufkraft pro Arbeitsstunde durch eine zeitliche Ausdehnung des Arbeitstages zu kompensieren. Makroökonomisch heißt das nichts anderes, als daß die Wertschöpfung der USA sich immer weniger der Verbesserung technischer Produktionsbedingungen als vielmehr der Verlängerung des Arbeitstages verdankt. Marxistisch gesprochen: Während der achtziger Jahre gewinnen Methoden der absoluten Mehrwertproduktion die Oberhand über diejenigen relativer Mehrwertproduktion.

Mit Blick auf die Weltmarktkonkurrenten der USA wird das Bild noch düsterer. Insbesondere Japan und die westeuropäischen Kernländer haben seit den frühen fünfziger Jahren durchschnittlich weit höhere Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität verzeichnen können. In einzelnen Sektoren liegt das Produktivitätsniveau mittlerweile höher als in den USA - entsprechend verbessert haben sich die Weltmarktanteile der Unternehmenssektoren dieser Länder. Die Folge: 1975 war das letzte Jahr, in dem die USA eine überschüssige Handelsbilanz ausweisen konnten. Im Zeitraum 1976 bis 1989 verzeichneten sie dagegen ein kumulatives Defizit der Handelsbilanz von 1.040.118.000.000 (eine Billion, vierzig Milliarden, 118 Millionen US-Dollar). Verantwortlich dafür ist allerdings nicht ein extremer Rückgang des Exports, sondern ein imposanter Anstieg der Importe als Folge mangelhafter internationaler Wettbewerbsfähigkeit vieler US-Produzenten und der deindustrialisierenden Auswirkungen der starken Aufwertung des Dollars zwischen 1981 und 1985. Auch wenn das Handelsbilanz-Defizit sich in den letzten Monaten reduziert hat, sollte dies nicht sofort als Zeichen einer prinzipiellen Besserung interpretiert werden: Wegen des rückläufigen Wachstums der US-Wirtschaft vermindern sich auch die Importe, was die Handelsbilanz entlastet.

Der langfristige Rückgang der Zuwachsraten der Arbeitsproduktivität hat wesentlich zum Umbau des US-amerikanischen Akkumulationsregimes beigetragen. Die Produktion ist - gegen den Trend in den anderen entwickelten kapitalistischen Ländern - extensiver geworden, die über den Markt generierten Verteilungsspielräume für die Lohnabhängigen sind geschrumpft, und der US-Kapitalismus hat seine vorherrschende Position auf vielen Weltmärkten verloren. Diese negative realwirtschaftliche Bilanz der achtziger Jahre wird komplettiert durch eine negative monetäre Bilanz. Berücksichtigt man die Prognose für das laufende Jahr, dann sind im Zeitraum 1980/1991 die Schulden des Bundes um insgesamt 2,1 Billionen US-Dollar auf jetzt knapp 4 Billionen angestiegen. Beeindruckend ist dabei weniger die absolute Höhe der Kreditaufnahme als viel mehr das eingeschlagene Tempo: Die Zuwachsraten der Staatsschulden lagen während der achtziger Jahre weit über den durchschnittlichen Wachstumsraten des Sozialprodukts. Die daraus resultierenden Zinslasten machen mittlerweile den drittgrößten Ausgabeposten des Staatshaushaltes aus.

Weder die absolute Höhe noch das Tempo der staatlichen Schuldenaufnahme sollte allerdings sofort als Indikator einer Krise interpretiert werden. Immerhin liegt die öffentliche Verschuldung der USA gemessen am Sozialprodukt heute nur wenig höher als etwa die der Bundesrepublik und Japans und wesentlich niedriger als beispielsweise die Italiens oder Belgiens. Trister wird es dann, wenn man die Nettoschuld anderer Sektoren berücksichtigt: So weisen der Unternehmenssektor und die Landwirtschaft seit den achtziger Jahren steigende Schuldenkoeffizienten auf und übersteigen die laufenden Zinsverpflichtungen des Unternehmenssektors dessen laufende Profite; die privaten Haushalte haben ihre Konsumentenkredite zwischen 1980 und 1990 mehr als verdoppelt. Diese Kreditgebirge lassen nur einen Schluß zu: Die US-amerikanische Wirtschaft hat während der achtziger Jahre über alle Sektoren hinweg sich dazu entschieden, ihren gegenwärtigen Verbrauch von der nachfolgenden Generation zu borgen. Das in historischer Perspektive niedrige wirtschaftliche Wachstum wurde faktisch kreditfinanziert - und wie bei allen Krediten werden die Gläubiger ihre Rechnungen präsentieren. Hinzu kommt, daß die interne Verschuldung noch durch eine außenwirtschaftliche ergänzt wird. In nur wenigen Jahren sind die USA vom größten Nettogläubiger der Weltwirtschaft zum größten Nettoschuldner geworden. Die internationale Nettovermögensposition wies im Jahr 1989 ein Defizit von etwa 550 Mrd. US-Dollar auf.

An diesem Bild einer instabilen und wettbewerbsschwachen Ökonomie ändert sich wenig, wenn man Einwendungen berücksichtigt, wie sie etwa von konservativen US-amerikanischen Ökonomen vorgetragen werden. Der erste Einwand betrifft das enorme Defizit der Handelsbilanz. Es sei zwar richtig, wird argumentiert, daß die Handelsbilanz ein insgesamt recht zuverlässiges Instrument sei, um die zwischen In- und Ausland laufenden Handelsströme zu erfassen. Ihre strikt geographisch-nationalstaatliche Definition könne jedoch Mißverständnisse produzieren, wenn es um die Bewertung der Konkurrenzfähigkeit einer Ökonomie gehe. Infolge ihrer frühzeitig eingeleiteten Internationalisierungsstrategie wiesen US-Unternehmen eine hohe Zahl ausländischer Produktionsbetriebe auf, die selbst wieder Ex- und Importe tätigten. Empirische Untersuchungen könnten zeigen, daß diese US-kontrollierten Filialen (a) ihre Exporte überdurchschnittlich ausgeweitet haben und (b) solche Exporte zum Teil wieder als Importe in der US-amerikanischen Handelsbilanz erscheinen. Dieser Einwand ist durchaus ernstzunehmen. Allerdings müßte sein Argument auch für die Handelsbilanzen der anderen entwickelten kapitalistischen Länder geltend gemacht werden, die seit den siebziger Jahren ihre Produktionsaktivitäten in höherem Tempo als die USA internationalisiert haben. Es steht zu vermuten, daß eine solche alternative Berechnung der Warenströme an dem Eindruck einer verschlechterten Konkurrenzposition der USA wenig ändern würde.

Die zweite Relativierung betrifft die Nettoschuldnerposition der USA. Gegen diese Behauptung wird eingewendet, der Nettoschuldnerstatus der USA sei deshalb eher eine statistische Fiktion, weil im Falle der Direktinvestitionen eine Bewertung zu den Buch- und nicht zu den Marktwerten erfolge. Da nun die US-Direktinvestitionen generell älteren Datums sind als die ausländischen in den USA und ihr Marktpreis im Lauf der Zeit stark angestiegen ist, ergebe sich eine Verzerrung. Auch dieser Einwand enthält Richtiges. Zweierlei muß er allerdings in Rechnung stellen: Zum einen sind während der achtziger Jahre die neuen ausländischen Direktinvestitionen in den USA regelmäßig sehr viel höher ausgefallen als US-amerikanische Direktinvestitionen im Ausland, und zum anderen berechnet sich die Nettoschuldnerposition nicht nur aus den Direktinvestitionen, sondern vor allem auch aus dem Finanzvermögen. Ausländische Anlagen in diesem Sektor sind in den letzten Jahren sehr viel stärker gestiegen als entsprechende US-amerikanische Anlagen im Ausland. Es mag daher zwar durchaus richtig sein, daß die üblichen Statistiken die Nettoschuldnerposition der USA überzeichnen; an der Feststellung einer wachsenden Auslandsverschuldung ändert diese Relativierung jedoch nichts.

Anders als die verschuldeten Länder der Dritten Welt oder Osteuropas haben die USA freilich keine Auflagenprogramme des Internationalen Währungsfonds oder der Weltbank zu befürchten. Im Gegenteil: Nicht supranationale Institutionen greifen in die wirtschaftspolitische Souveränität der USA ein, sondern die USA bestimmen in wesentlichem Maße den Gang der globalen Ökonomie. Sie können dies nicht nur wegen der schieren Größe ihrer Wirtschaft, sondern vor allem wegen der strukturalen Macht, über die sie verfügen und die es ermöglicht, Spielregeln der globalen Ökonomie zu steuern oder auch einseitig zu verändern. Weil sie nach wie vor das Privileg genießen, sich in ihrer eigenen Währung weltweit verschulden zu können, haben sie - innerhalb gewisser Grenzen jedenfalls - auch die Möglichkeit, selbst die Konditionen der Tilgung und Bedienung festzulegen. Dieses Privileg konnte von der Reagan-Administration während der achtziger Jahre aus zwei Gründen intensiv genutzt werden.

Erstens dank der Bereitschaft der internationalen Vermögensbesitzer, sich an diesem Spiel zu beteiligen und durch den Ankauf von US-Vermögen die benötigten Dollarbeträge zur Verfügung zu stellen. Freilich hatte diese Bereitschaft auch ihren Preis, denn die USA lobten, um ihren Heißhunger nach Krediten zu stillen, eine Prämie in Gestalt eines international überdurchschnittlich hohen Realzinssatzes aus: Im Frühjahr 1981 erhöhte die FED den von ihr festgelegten Zinssatz von 8 auf 16,4 Prozent. Zweitens können die USA dieses Spiel nur dank der überragenden Stellung des US-Dollars im internationalen Handels- und Kreditsystem spielen: Weil gewichtige Teile des Welthandels in US-Dollar denominiert sind und weil die US-Währung die zentrale Währung für Kreditverträge in der Weltwirtschaft darstellt und Währungsreserven in hohem Maße in Dollars gehalten werden, existiert ein enormes Volumen an US-Dollar, das ständig auf der Suche nach Anlagemöglichkeiten ist.

Weltmarktpolitisch markiert die eigensinnige Nutzung dieser vorteilhaften Position im Jahr 1981 den Sündenfall der US-Hegemonie, der deutlich machte, daß die USA endgültig bereit sind, ihre strukturale Macht im Weltsystem einseitig zu ihren Gunsten einzusetzen. Zur Finanzierung des Doppeldefizits in Außenhandel und Staatshaushalt sowie zur Senkung ihrer Inflationsrate wurden in einer abgestimmten Aktion zwischen der Notenbank und der Reagan-Administration die Leitzinsen auf ein Nachkriegsrekordniveau geschraubt und so eine gigantische Umlenkung der internationalen Geld- und Kreditströme zugunsten der US-Ökonomie in Gang gesetzt. Die unmittelbaren Kosten dieses Interessenegoismus' mußten die verschuldeten Ökonomien der Dritten Welt und Osteuropas tragen, die dank des Anstiegs der internationalen Zinssätze nicht allein höhere Schuldendienstlasten zu tragen hatten, sondern auch einem Verdrängungswettbewerb auf den internationalen Kreditmärkten ausgesetzt waren, der sie in die Fänge des Internationalen Währungsfonds und der Weltbank getrieben hat. Mittelbar betroffen waren aber auch die entwickelten kapitalistischen Länder, die angesichts des internationalen Zinsverbundes ihrerseits mit einer Erhöhung der Leitzinsen reagieren und so eine geld-, vor allem aber machtpolitisch induzierte Rezession in Kauf nehmen mußten.

Damit war das machtegoistische Spiel aber keineswegs zuende. Die Kreditgeber der USA bekamen deren strukturale Macht über die Wechselkurspolitik zu spüren: Dank der nach 1985 einsetzenden Abwertung des US-Dollar können die US-Schuldner - rein rechnerisch gesehen - jeden zu Beginn der Dekade aufgenommenen Dollarkredit heute mit 50 Cent zurückzahlen. Infragegestellt werden könnte diese Möglichkeit, als Weltgeldproduzent auch die Bedingungen des eigenen Schuldendienstes festlegen zu können, dadurch, daß der US-Dollar als Weltgeld abgelöst würde. Bis heute gilt allerdings, daß trotz des Aufstiegs der D-Mark und des japanischen Yen zu wichtigen internationalen Reservewährungen der größere Teil der internationalen Handels- und Kreditkontrakte in US-Dollar denominiert werden. Die internationalen Vermögensbesitzer räumen dem US-Dollar im Kreise der um die Weltgeldrolle konkurrierenden Währungen offensichtlich eine Liquiditätsprämie ein, d.h. seine dominante Stellung läßt sich nicht allein mit rein ökonomischen Interessen erklären, sondern hat ihre Gründe auch in einem Vertrauensvorsprung, der dieser Währung eingeräumt wird.

Der Golfkrieg hat gezeigt, daß solches Vertrauen nicht allein mit ökonomischen Mitteln hergestellt und gesichert werden kann. Erfolgreiche militärische Demonstrationen sind ganz offensichtlich geeignet, einen wesentlichen Beitrag zur Vertrauensbildung zu leisten: Immerhin ist es bemerkenswert, daß trotz der Rezession in den USA der US-Dollar nicht, wie zu erwarten wäre, fällt, sondern seinen Außenwert gegenüber den wichtigsten Konkurrenzwährungen stabil halten kann. Aller Voraussicht nach wird eine solche Vertrauensstabilisierung nicht von Dauer sein. Als eine Option der neunziger Jahre sollte die »militärische Karte« dennoch durchaus ernst genommen werden: Die von Bush ins Auge gefaßte »Neue Weltordnung« bedarf eines Weltpolizisten. Der Golfkrieg hat darüber hinaus gezeigt, in welch arbeitsteiliger Weise dessen Funktion zukünftig erfüllt werden könnte: Die USA stellen ihr militärisches Potential zur Verfügung, und ihre Verbündeten tragen die Einsatzkosten. So könnte sich ein burden sharing ergeben, das für die USA den Vorteil hätte, ihre im Vergleich zur Bundesrepublik und Japan überdurchschnittlich hohe Quote von Militärausgaben am Sozialprodukt zurückzufahren und freiwerdende Mittel in zivilen Sektoren zur Revitalisierung der Wirtschaft einzusetzen. Die Floskel von den »partners in leadership« könnte so in den neunziger Jahren gleichsam als modernisierte Version der Trilateralen Kommission der späten siebziger Jahre Realität werden. Eine solche Entwicklung würde zwar die realwirtschaftlichen Probleme der USA nicht oder doch nur in geringem Maße lösen, sie könnte aber die eingeräumte Liquiditätsprämie sichern und es den USA ermöglichen, den bisherigen Weg der Externalisierung der Kosten ihres Akkumulationsregimes weiterzugehen.

Mit Blick auf die Umbruchprozesse in Osteuropa ist aber auch ein ganz anderes Entwicklungsszenario denkbar. Schon jetzt läßt sich erkennen, daß die USA mit dem Zusammenbruch der realsozialistischen Länder strategische Probleme haben. Anders als im Falle Westeuropas in den fünfziger Jahren verfügen sie heute weder über die erforderlichen finanziellen Ressourcen noch über eine kohärente Ordnungsvorstellung, um die ex-realsozialistischen Länder in das kapitalistische Weltsystem zu integrieren. Dieses Defizit könnte von den Ländern der EG genutzt werden, indem diese sich einen ökonomischen Hinterhof schaffen, der als Rohstofflieferant und Absatzmarkt fungiert. Eine solche Orientierung auf Osteuropa würde im Zusammenhang mit dem Binnenmarktprojekt eine Entwicklung fördern, die der Tendenz nach bereits im Gange ist: die Herausbildung von kompakten Handelsblöcken, deren Handelsbeziehungen untereinander relativ schwach sind. Käme es dazu, hätte dies die Etablierung entsprechender militärischer Blöcke zur Konsequenz. In diesem Falle würden die USA zu einer gleichrangigen Macht neben Japan und - vielleicht - den ‘Vereinigten Staaten von Europa’ werden. Das kapitalistische Weltsystem würde zu einem Oligopol, bei dem die dominanten Länder zwar wechselseitig über Vetomacht im Gesamtsystem, aber nicht über strukturale Macht verfügten, dieses zu dominieren. Konflikte und Instabilitäten wären die unweigerliche Folge.

In Rechnung zu stellen ist aber auch ein Szenario der »harten Landung«, ausgelöst durch einen massiven Vertrauensverlust der internationalen Vermögensbesitzer gegenüber dem US-Dollar im Gefolge einer sich vertiefenden ökonomischen Rezession. Dem dann einsetzenden Abzug von Geldvermögen müßten die USA mit einer erneuten Hochzinspolitik begegnen - allerdings im Vergleich zu den frühen achtziger Jahren mit dem Handicap, daß heute alle Sektoren ihrer Wirtschaft in sehr viel höherem Maße verschuldet sind und eine beträchtliche Zahl von Unternehmen einen solchen »Zinsschock« nicht überleben dürfte. Die damit fälligen Konkurse und Entlassungen, das Absinken der Realeinkommen usw. würden die USA auf den Status einer ökonomisch sekundären Macht zurückwerfen, die allerdings über eine ausgeprägte militärisch-atomare Stärke verfügte.

Nicht alle denkbaren und plausiblen Szenarien sind damit benannt. Insbesondere sollte auch die Möglichkeit bedacht werden, daß die USA in einem großen Kraftakt die Remodernisierung ihrer Ökonomie erfolgreich vorantreiben und zu einer neuen und fundierten Hegemonialrolle zurückfinden. Das militärisch effektive Eingreifen am Golf dürfte freilich die Chancen der US-amerikanischen Modernisierungsfraktion zumindest für die Amtszeit George Bushs verschlechtert haben. Vieles spricht jedenfalls dafür, daß die »Neue Weltordnung« in den Nord-Süd-Beziehungen manche Züge der alten Weltordnung, im Verhältnis der sich formierenden Blöcke der kapitalistischen Weltökonomie aber die neuen Züge einer gesteigerten Rivalität aufweisen wird.

Kurt Hübner schrieb in KONKRET 6/91 über das Buch »Honeckers Rache« von Robert Kurz

Konkret 09/91, S. 31

Wolfgang Pohrt

Entscheidung in Jugoslawien

Von der anti-serbischen zur profaschistischen Kampagne: Beschreibung und Analyse der Verlaufsform des deutschen publizistischen und politischen Engagements im jugoslawischen Bürgerkrieg

I. Der Slowenien-Konflikt: Die Empörung der Öffentlichkeit über das ausgebliebene Gemetzel

Als Ende Juni die jugoslawischen Republiken Slowenien und Kroatien zum wiederholten Mal ihren Unabhängigkeitswillen erklärten, war dieser weitere spektakuläre und zugleich nur formelle Akt vor allem der Versuch zweier in die Klemme geratener Regimes, sich selber im Sattel und die abbröckelnde Anhängerschaft bei der Stange zu halten. Nicht anders als in der DDR hatten die vergangenes Jahr noch vermeintlich an ihrem Nationalgefühl sich berauschenden Massen in Zagreb und Ljubljana in Wahrheit den Wohlstand gemeint, die Erlösung von sinkenden Löhnen und steigenden Preisen. Anders als in der DDR jedoch blieb ihnen vor der definitiven Entscheidung genügend Zeit, bislang schon unternommene Schritte zur Eigenstaatlichkeit an ihrem Einfluß auf die Einkommensentwicklung zu messen. Dabei wurde klar, daß innerjugoslawische Handelsbarrieren, Zollgrenzen, Wirtschaftsboykotte und andere Autonomie-Attribute den Reichtum von Teilrepubliken nicht fördern, deren keine auf dem Weltmarkt konkurrenzfähig ist. Die beschleunigte, auch den Mittelstand erfassende Verarmung der Bevölkerung gerade in den letzten Monaten hatte dazu geführt, daß nach seriösen Umfragen der Anteil begeisterter Anhänger nationaler Unabhängigkeit, der im Winter noch rund 90 Prozent betragen hatte, bis zum Juni auf rund 50 Prozent gefallen war. Es vervollständigt das Bild, daß das regierende DEMOS-Bündnis in der slowenischen Presse mehr durch Skandale und politische Betrugsaffären als durch seine Unabhängigkeitsbestrebungen von sich reden machte und Tudjman in Kroatien alle Züge eines nicht mehr ganz zurechnungsfähigen, weil in Torschlußpanik verfallenden Diktators anzunehmen begann.

Etwas lahm, wie die organisierten Unabhängigkeitsfeiern zum 26. Juni waren, fiel dann auch die Reaktion der Zentralregierung aus, deren Interesse an der faktischen Erhaltung der Einheit etwa so kümmerlich entwickelt schien wie der Wille der formell um Autonomie kämpfenden abtrünnigen Teilrepubliken zur faktischen Lösung aus dem Staatsverband. Beide Seiten hatten ein Jahr lang die Entwicklung in Polen, Ungarn und der DDR einerseits, in der Sowjetunion andererseits beobachten können. Beide Seiten verband die Ahnung, daß es allmählich schon gehupft wie gesprungen war, ob man nun auf sozialistische oder kapitalistische Art, gemeinsam oder jeder für sich bankrott ging. Beide Seiten mußten erkennen, daß der vergangenes Jahr noch virulente Streit um Einheit oder Autonomie mittlerweile ein Scheingefecht und ein Streit um Kaisers Bart geworden war. Statt massiv zu intervenieren, also den Ausnahmezustand zu verhängen, den Sitz der abtrünnigen Regierung stürmen und ihre Mitglieder wegen Hochverrats vor Gericht stellen zu lassen, ließ die Zentralregierung deshalb ihre Truppen nur einen zaghaften Vorstoß ausschließlich gegen bewaffnete Verbände slowenischer Separatisten unternehmen. Dabei kamen nach Angaben des Internationalen Roten Kreuzes um: 39 Soldaten der Bundesarmee, 4 Angehörige slowenischer Territorialeinheiten, 4 slowenische Polizisten, 10 Zivilisten und 10 Ausländer. Ferner gerieten 2.300 Soldaten in slowenische Gefangenschaft. Vermutlich zum ersten Mal in der Militärgeschichte nahm eine in Bedrängnis geratene reguläre Armee lieber eigene Verluste hin, als im Kampf gegen paramilitärische Verbände rücksichtslos ihre schweren Waffen einzusetzen. Die wirklichen Gründe dafür sind bis heute nicht geklärt, ein außenstehender Betrachter aber mußte den Eindruck gewinnen, daß man bei der jugoslawischen Bundesarmee offenbar kein Blut sehen kann und sich selbst unter schwierigsten Bedingungen nicht zu Operationen bewegen läßt, aus denen leicht eines der Gemetzel werden kann, wie sie in Sezessionskriegen üblich sind.

Es versteht sich von selbst, daß soviel Verstocktheit in der deutschen Öffentlichkeit als Brüskierung empfunden wurde. Vergeblich hatte man im letzten Krieg fast vier Jahre lang den Jugoslawen eingebleut, welche im Umgang mit einer widerspenstigen Zivilbevölkerung und bewaffneten Aufständischen die richtigen Methoden seien. Als beispielsweise im Oktober 1941 die Wehrmacht nahe Kragujevac bei einem Partisanenüberfall 26 Mann verloren hatte, war der Befehl ergangen, daß für jeden gefallenen deutschen Soldaten 100 Männer aus der Zivilbevölkerung zu erschießen seien. Und weil es in ganz Kragujevac nur 2.400 erwachsene Männer gab, wurden auch 200 Jungen aus den höheren Klassen der örtlichen Schule genommen. Nachdem Maschinengewehrfeuer die 2.600 Geiseln niedergemäht hatte, zeigten die Deutschen, was Gründlichkeit ist. Vor- und zurücksetzende Panzer überrollten die Körper, denn man wollte ganz sicher sein, daß keiner von den Niedergeschossenen überlebte. Dem Massaker von Kragujevac sollten tausende ähnliche folgen, im Zweiten Weltkrieg verlor Jugoslawien rund 11 Prozent seiner Bevölkerung.

War schon die kalte Abfuhr, welche die Jugoslawen den ihnen von den Deutschen erteilten Lehren zeigten, Grund zur Verärgerung genug, so kam noch hinzu, daß die politisch Engagierten unter den Landsleuten grundsätzlich zu hysterischen Anfällen neigen, wann immer eine Nation oder ein Regime weniger gewalttätig und bestialisch handelt, als die verfügbaren Machtmittel erlauben würden und die Situation verlangt. Es bricht dann für sie eine Welt zusammen in dem Sinn, daß die Tatsachen nicht zu ihren vorgefaßten Meinungen über Recht und Ordnung passen, zu ihrem Bild vom natürlichen Lauf der

Dinge. Wie es für Freitag unbegreiflich war, daß Robinson ihn nicht abkochen und aufessen mochte, leiden sie dann an einem Zustand, den man auch als ‘kognitive Dissonanz’ bezeichnet, sie fühlen sich unwohl, unruhig, unsicher, desorientiert, und sie reagieren mit einer Mischung aus Haß und Angst. Geheilt werden sie von der ängstlichen Unruhe, welche die Grundstimmung in ihrem Lebensgefühl ist, beispielsweise durch Akte wie den irakischen Überfall auf Kuweit, weil er die Vorstellungen bestätigte, welche sie von den Rechten und den Ambitionen des Stärkeren besitzen. Als unheimlich, weil unbegreiflich, geradezu widernatürlich hingegen mußte ihnen die amerikanische Politik erscheinen, der Verzicht des Mächtigen darauf, unbeschränkte Machtmittel schrankenlos anzuwenden, und der Verzicht des Siegers auf die Inanspruchnahme ihm zustehender Beuterechte.

So ist die Greuelpropaganda, mit welcher die Deutschen regelmäßig auf das Ausbleiben wirklicher Greuel und erstaunliche Milde reagieren, keineswegs nur das Produkt einer im Dienst sadistischer Wünsche stehenden Phantasie, sondern sie verfolgt zunächst einen viel neutraleren Zweck, nämlich den, die Tatsachen in Einklang mit wesentlichen Ordnungsvorstellungen zu bringen. Wenn die Landsleute sich einreden, die amerikanische Intervention im Irak habe schon Millionen Tote gefordert und sei der Tendenz nach nichts als ein Raubkrieg um Öl, oder wenn sie nicht müde werden, dem früheren DDR-Regime und seinem müden Geheimdienst die scheußlichsten Verbrechen anzudichten, dann geben sie keineswegs nur ihren Vorlieben und Lüsten nach, sie gönnen sich dann gewissermaßen keinen Luxus, auf den man auch verzichten könnte. Vielmehr versuchen sie nur, das temporär erschütterte Vertrauen in die Existenz einer Ordnung zurückzugewinnen, welche lebenswichtig für sie ist, weil sie der einzige Rechtfertigungsgrund wäre für den Wiederaufstieg Deutschlands als Nation.

Gewiß haben die hiesigen Ordnungsvorstellungen eine lange Ahnengalerie, doch wäre es falsch, darin bloß das Fortdauern einer geistesgeschichtlichen Tradition zu sehen, die Weitergabe bestimmter Ideen von einer Generation zur anderen, die Macht der Gewohnheit, die Resistenz einer Mentalität gegen Veränderung. Nicht deshalb, weil ihre Großväter bestimmte Ideen hatten, sondern weil diese Großväter vollendete Tatsachen schufen, hängen deren national gesonnene Enkel heute am Bild einer von nackter Gewalt regierten Welt, und man wird ihnen gerechterweise zubilligen müssen, daß ihr Interesse daran logisch begründet ist. Weil geschaffene Tatsachen nicht mehr ungeschehen zu machen sind, lassen begangene Verbrechen sich nur durch eine andere Bewertung der Fakten tilgen.

Umwertung der von Deutschen geschaffenen Fakten heißt, das Bild von einer Welt zu entwerfen, worin Auschwitz zwar nicht gerade der Normalfall, aber auch nicht besonders außergewöhnlich ist. Temporär auftauchende Zweifel an diesem Weltbild lösen verständlicherweise Abwehrreaktionen aus, und zwar besonders massive dann, wenn es ausgerechnet die ehemaligen Opfer sind, welche sich nicht in dies Weltbild fügen. Daß es in Israel keine Massendeportationen von Palästinensern gibt, keine Massenerschießungen, keine Konzentrationslager, von Vernichtungslagern nicht zu reden, ist der wahre Grund für eine dauernd von Deportationen und Erschießungen sprechende antiisraelische Greuelpropaganda hier, weil der vergleichsweise humane Umgang der Israelis mit ihren erklärten Feinden eine Fiktion zerstört, an welche die Nationalisten unter den Deutschen sich wie ein Ertrinkender an den Strohhalm klammern müssen: Die Juden hätten mit uns das Gleiche gemacht, wären sie in unserer Lage gewesen, wir sind nicht schlechter als sie, es war eben nur so, daß wir die Macht hatten und sie nicht.

Auch die antijugoslawische Medienkampagne in der Bundesrepublik, die so plötzlich und heftig aufschäumte, daß sie den unvorbereiteten Leser wie ein Naturereignis traf, war zunächst eine Abwehrreaktion und beherrscht von dem Willen, an die Stelle wirklicher Fakten Informationen zu setzen, welche sich mit den hier geltenden Ordnungsvorstellungen vertragen. Man kreierte ein Feindbild, worin die jugoslawische Volksarmee im Jahr 1991 nicht mehr wiederzuerkennen war. Umso mehr Ähnlichkeit besaß es dafür mit der deutschen Wehrmacht im Jahr 1941. Eben weil es das Interesse Deutschlands als Nation ist, sich die Existenz einer nach seinem Ebenbild geformten Welt einzureden, kann es nicht ausbleiben, daß die Deutschen in ihrer Greuelpropaganda immer nur von ihrer eigenen Vergangenheit sprechen, zum Befremden der Ausländer zumeist, die zwar den Sinn der Rede begreifen, aber das Motiv nicht verstehen, welches die Deutschen dazu treibt, an ihre eigenen längst vergessenen und vergebenen Verbrechen dergestalt zu erinnern, daß sie anderen vorwerfen, was sie selber taten. Man fragt sich, warum die deutsche Presse unentwegt von einem Großserbien spricht, obgleich dies Wort den Serben wenig schadet, weil sich unter einem Großserbien keiner etwas vorstellen kann, vielmehr dies Wort nur die Assoziation ‘Großdeutschland’ provoziert, also einerseits an vergangene Schrecken erinnert und andererseits offensichtliche Ambitionen der Deutschen selber verrät. Und man argwöhnt, die Erinnerung sei vielleicht gerade der Zweck, es sollen eigene Ansprüche angemeldet und andere Länder eingeschüchtert werden.

II. Mobilmachung in den Medien: Die Wiederkehr der Nazi-Propaganda als anti-serbische Hetzkampagne

Wenngleich zu erwarten war, daß die Schilderung der Vorgänge in Jugoslawien durch die deutsche Presse eine Projektion vergangener eigener Verbrechen in die Gegenwart sein würde, so geben der Eifer und die Einmütigkeit, mit welcher an der Herstellung des Wahnbildes gearbeitet wurde, doch Rätsel auf. Ein »Völkergefängnis« nannte der Spiegel vom 8. Juli Jugoslawien auf der Titelseite, etwa so, als wäre dies Land das verkleinerte Abbild Europas unter deutscher Besetzung.

»Serbien sucht seine Vormachtstellung im Reich der Südslaven mit Terror zu behaupten«, hieß es weiter, als würden noch immer auf dem Balkan Erschießungskommandos der Wehrmacht eine in Geiselhaft genommene Zivilbevölkerung massakrieren. Von einem »Amoklauf Belgrader Panzerkommunisten« war die Rede, als habe gerade General Guderian seine Kettenfahrzeuge Richtung Osten in Marsch gesetzt, wo sie in der Tat nichts als eine breite Spur der Verwüstung hinterließen.

Zu ganzer Pracht entfaltete sich das auf Projektion beruhende Wahnbild in der »FAZ«, wo Mitherausgeber Johann Georg Reißmüller drei Wochen lang beinahe täglich Kolumnen schrieb, deren jede fast den Tatbestand der Volksverhetzung erfüllt. Wohl zum ersten Mal in der Nachkriegsgeschichte wurde von einer als seriös geltenden deutschen Zeitung über einen längeren Zeitraum hinweg kontinuierlich und systematisch eine ethnisch definierte Gruppe als Inbegriff des Bösen schlechthin dargestellt. Offen schlägt politische Polemik in völkische Feindschaft um, wenn Reißmüller etwa am 4. Juli nach der eigentlichen Ursache allen Übels in Jugoslawien sucht und dabei zwar keine Juden, aber immer Serben findet: »Die verfallende jugoslawische Staatsmacht ist seit Jahren ein Verbund aus den führenden Politikern der Republik Serbien, wie Milosevic oder Jovic, und den maßgeblichen Generälen der ‘jugoslawischen Volksarmee’. Alle sind serbischer Nationalität, großserbisch orientiert und Kommunisten. ... Der serbische militär-bolschewistische Komplex führt seit dem Frühjahr 1990, als die Republiken Slowenien und Kroatien sich vom Kommunismus abwandten und sich der großserbischen Herrschaft zu entziehen suchten, einen verbissenen Kampf um die Erhaltung Jugoslawiens als eine Art Eigentum. Dabei bedient er sich vor allem physischer Gewalt und der Drohung mit ihr. ... Einmal trieben die Belgrader Politiker, dann wieder die Belgrader Generale die Erpressungspolitik mit einem neuen Stoß voran. ... Die mißhandelten Völker in dem, was bisher Jugoslawien war, sind in der Hand serbischer Herren, von denen manche Uniform, andere Zivil tragen.«

Keineswegs machen die falschen Tatsachenbehauptungen selber schon in der zitierten Passage deren demagogischen Charakter aus, vielmehr ist es der Trick, das Triviale, das unter bestimmten Prämissen logisch Selbstverständliche wie die Offenbarung eines Geheimnisses darzubieten. Gesetzt den Fall, Serbien würde im jugoslawischen Staatsverband wirklich eine dominierende Rolle spielen: Dann wäre dies ein aus der Geschichte nur zu gut bekanntes Phänomen, welches mit den Serben als besonderer ethnischer Gruppe wenig zu tun hat, viel aber damit, daß sich zwischen Bevölkerungsgruppen leider Machtstrukturen und Machtgefälle herauszubilden pflegen. Eine serbische Dominanz vorausgesetzt, wäre es wiederum das Normalste von der Welt, in führenden Positionen, wenn sie mit Machtausübung verbunden sind, häufiger Serben anzutreffen, und dies läge nicht in einer besonderen serbischen Eigenart begründet, sondern wäre der übliche Ausdruck von Machtverteilung, analog etwa zum Parteien- und Konfessionen-Proporz beim hiesigen Rundfunk. Reißmüller gibt nun in seiner Kolumne vor, diese simplen Zusammenhänge nicht zu verstehen. Er setzt die serbische Dominanz in Jugoslawien einerseits voraus, um andererseits mit gespieltem Erstaunen und wachsendem Grimm festzustellen, daß unter den Generälen und Politikern viele Serben sind. Seine Botschaft heißt: Es muß etwas Besonders, etwas Geheimnisvolles dran sein an den Serben.

Zu den Eigenheiten des faschistoiden Wahrnehmungsmusters gehört, daß ihm die Fremdgruppe am fremdesten ist, wo sie sich normal verhält. Daß die Juden auch aßen, daß sie auch schliefen, daß sie auch lebten, überhaupt daß es sie gab, war der eigentliche Skandal. Wann immer der Faschistoide die Normalität beschreibt, wird daraus folglich eine Enthüllungsgeschichte. Wie in der Nazipropaganda hinter dem Bankier und dem Literaten, dem Spekulanten und dem Bolschewisten, wenn man nur tief genug blickte, immer wieder der Jude zum Vorschein kam, so haben auch Reißmüllers Serben es an sich, daß sie nicht hauptberuflich nur Serben sind, sondern sich hinter vielen Masken verbergen und vielerlei Gestalt annehmen können. Reißmüller zitiert beispielsweise einen Kroaten mit dem Satz: »Die Serben wollen uns umbringen«, um ihn durch eigene Betrachtungen zu ergänzen: »Die Serben in vielerlei Gestalt. Da ist vor allem die jugoslawische Volksarmee mit ihren serbischen Generälen. Dann der Staat Serbien, bedrohlicher Nachbar. Schließlich die serbischen Volksgruppen in Kroatien.«

Die längst noch nicht vollständige Aufzählung dessen, was es, wenn man das Serbische voraussetzt, alles an Serbischem gibt, ist in Deutschland eine beliebte Methode, das Attribut als etwas Wesen- haftes auszugeben, das durch alle Erscheinungsformen hindurch, in denen es sich angeblich manifestiert, mit sich identisch bleibt. Das Frauen-Café ist dann nicht wesentlich Café, sondern wesentlich eine Erscheinungsform des Weiblichen, die jüdische Wissenschaft im Wesen nicht Wissenschaft, sondern jüdisch, und die serbischen Generäle sind nicht vor allem Generäle, sondern Serben. Der Subsumtionsbegriff oder der Zuordnungsbegriff, der zunächst nur klassifikatorischen Zwecken, eben der Zurechnung von Menschen zu Nationen oder Völkern diente, verwandelt sich dabei stillschweigend in einen letzten Erklärungsgrund: Ein Serbe ist, wie er ist, nämlich schlecht, weil er Serbe ist.

Wie die Nazipropaganda den Hilfsbegriff des »Verjudeten« entwickeln mußte, zur Beschimpfung von Gegnern, denen beim besten Willen keine jüdische Urgroßmutter nachzuweisen war, kennt auch Reißmüller neben den Serben von Geblüt solche von Gesinnung: »Die Armee des zerfallenden Vielvölkerstaates Jugoslawien ist ihrer Anlage nach eine Vielvölkerarmee. Eigentlich müßte der Zerfall des Staates auch sie erfassen. Doch bei näherem Hinsehen erweist sich die JVA als ein serbisches Instrument. Die Generalität besteht vorwiegend aus Serben und Montenegrinern. Kroatische,

slowenische, mazedonische, bosnisch-muslimische Generäle gibt es auch; aber nicht viele. Manche von ihnen sind in jahrzehntelangem Dienst in einer serbisch geführten und orientierten Armee zentralistische Jugoslawisten geworden; diese Einstellung kommt der großserbischen nahe.«

Wie die Rassisten an ihrer eigenen Ideologie verzweifeln müßten, hielten sie diese nur konsequent durch, so steht auch Reißmüller bisweilen vor der Schwierigkeit, daß im wirklichen Leben die dort auch kaum noch einwandfrei nachzuweisende Abstammung keineswegs die Denkweisen und Verhaltensweisen der Menschen determiniert. Und wie die Rassisten löst Reißmüller das Problem nach der Devise: Wer Serbe ist, bestimme ich.

Wie in der Nazipropaganda ein als Jude Bezeichneter eigentlich gar nicht mehr beschimpft werden mußte, weil der Name selber schon ein Schimpfwort geworden war, stellt Reißmüller in seinen Artikeln systematisch Konnotationen zum Wort ‘serbisch’ her, die am Ende jede weitere Bewertung des einmal als serbisch identifizierten Gegners überflüssig machen. In einer einzigen Kolumne, der von 2. Juli, empört er sich über: den »brutalen Herrschaftswillen serbischer Politiker und Generäle«; die »serbisch-kommunistische Macht, die sich Jugoslawien nennt«; die »im serbischen Dienst stehende Belgrader Zentralregierung«; die »Belgrader Aggressionslust«; den »gewalttätigen Belgrader Staat«; den »Belgrader Serbo-Kommunismus«; den »großserbischen Machtanspruch«; den »Belgrader Zwangsverband«. Wie ein Kampfblatt der früheren Nazi-Presse setzt die »FAZ« sich über das sonst in bürgerlichen Zeitungen respektierte Gebot hinweg, daß man sich im Ton zu mäßigen habe; daß Polemik erlaubt sei, nicht aber die einfach nur Beleidigungen aneinanderreihende Schimpfkanonade; daß ein blutrünstiges Sprachbild wie etwa das vom »großserbisch-kommunistischen Messer am Hals« der Slowenen und Kroaten allenfalls ins Revolverblatt gehöre oder in den Groschenroman.

Ähneln Reißmüllers Serben einerseits dem antisemitischen Stereotyp vom Juden, der nur schlecht sein kann, so konstruiert er andererseits Greuelgeschichten, worin die Serben wie ein Abziehbild der Deutschen zwischen 1939 und 1945 wirken: »Das erste, königliche Jugoslawien war ein großserbischer Staat, der die anderen Nationen unterdrückte; im Fall der albanischen Volksgruppe im Süden ging das bis zu genozidhafter Verfolgung. Und dieser Staat unterwarf alle seine Untertanen einem grausamen Regime. ... Unter dem kommunistischen Regime, das sich schon in der Kriegszeit festsetzte, wurde das Übel noch größer. Tito begründete seine Herrschaft auf Menschenvernichtungsaktionen, vor allem gegen Kroaten, Albaner, Slowenen.« Auch wer beim Wort von den Menschenvernichtungsaktionen noch nicht hellhörig geworden ist, wer noch nicht verstanden hat, wen der Kolumnist meint, wenn er von den Serben spricht, ist bei Reißmüller kein hoffnungsloser Fall. Damit auch die Tauben und die Begriffsstutzigen ihn verstehen, fordert er: »Die zivilisierte Welt muß die serbische Nation mit allem Ernst und auch mit der Ankündigung von Konsequenzen mahnen, von ihrem Herrenvolk-Wahn abzulassen.«

Man fragt sich schon, von welchem Teufel ein patriotisch- konservativer deutscher Kolumnist geritten sein mag, ausgerechnet jetzt den ‘Herrenvolk-Wahn’ ins Gespräch zu bringen und so dem Ausland das Stichwort für eine plausible Erklärung der aktuellen deutschen Politik zu liefern, aber es kommt noch besser. Als ließe ihn die Erinnerung an die Schuljungen von Kragujevac nicht mehr los, die 1941 von der Wehrmacht als Geiseln erschossen wurden, suggeriert er dem Leser und wohl mehr noch sich selbst, die jugoslawische Geheimpolizei habe eine Massenvergiftung albanischer Kinder versucht: »Im März 1990 erkrankten auf dem Amselfeld plötzlich mehr als tausend albanische Kinder, vor allem Schulkinder, an schwerer Vergiftung. Die von der serbischen Obrigkeit mit der Untersuchung der Ursache beauftragten serbischen Ärzte behaupteten, sie könnten nichts feststellen. Der Verdacht besteht, daß die serbische Geheimpolizei die Kinder mit Gift umzubringen versuchte. Das würde sich in die serbischen Bestrebungen einfügen, die albanische Bevölkerungsgruppe auf dem Amselfeld zu reduzieren.« (Zur Erinnerung: Der Vorgang war die Kopie eines anderen, der sich davor in Israel abgespielt hatte. Das zu Propagandazwecken ausgestreute Gerücht, palästinensische Schulkinder würden von den Israelis vergiftet, hatte dort zu einer Massenhysterie mit ausgeprägten somatischen Symptomen geführt. Weder in Israel noch in Albanien konnten Ärzte eine medizinische Erklärung für das massenhaft auftretende Unwohlsein finden. In beiden Fällen wurde es dennoch propagandistisch ausgeschlachtet, wobei weder die palästinensischen noch die albanischen Agitatoren sich darüber zu wundern schienen, daß vom jeweils zuständigen Geheimdienst hinterrücks verabreichtes Gift nicht besser wirkt: Es gab keine Toten.)

Wie die Nazi-Propaganda keineswegs in sich schlüssig war, so unterstellt Reißmüller einerseits den Serben einen Herrenvolk- Wahn, und andererseits findet er eine gemeine Lust daran, zusammen mit den Slowenen die Serben aus der Herrenvolk-Perspektive als Untermenschen zu betrachten. Der Genuß an der Demütigung armer Leute um ihrer Armut willen spricht aus seinen Worten, wenn er die folgende Episode erzählt, und geschickt, wenn auch gewiß unbewußt, spekuliert er auf das Reaktionsmuster des deutschen Analcharakters, dem eine blitzblanke Klo-Schüssel als Inbegriff von Zivilisation gilt: »Viele Serben wären sogar erleichtert, wenn die ihnen im Wesen fremden, weil gänzlich unbalkanischen Slowenen, deren Blicke und Worte sie oft als hochmütig empfinden, nicht mehr mit im jugoslawischen Staat wären. ‘Nein, wir möchten unbedingt ein Zimmer mit Dusche und WC, so sind wir es halt bei uns daheim in Slowenien gewohnt’, sagt nach langem Hin und Her eine Slowenin am Empfang eines Hotels in einer serbischen Kleinstadt. Man muß die Gesichter der Serben, die danebenstanden, und des Personals gesehen, man muß ihre Bemerkungen dazu gehört haben, um zu wissen, wie ein solches Erlebnis Serben aufbringt.«

Das Bemerkenswerte an der anti-serbischen Medienkampagne war nicht nur, daß wohl erstmals in der Nachkriegsgeschichte auch im Ausland vertriebene deutsche Blätter auf die dort zu erwartenden Reaktionen keine Rücksicht mehr nahmen und Artikel druckten, welche den Vergleich mit der nationalsozialistischen Hetzpropaganda gegen den inneren Feind oder gegen später überfallene Nationen förmlich herausfordern. Bemerkenswert war vielmehr auch die Dynamik dieser Kampagne, ein Entwicklungstempo, bei welchem die rechtsradikale »Nationalzeitung« bald kurzatmig wurde und einfach nicht mehr Schritt hielt. Wie Reißmüller erwähnte zwar auch die »Nationalzeitung« (vom 19. Juli) die »Völkermorde Jugoslawiens«, sie deckte ein weiteres Mal »Jugoslawiens blutiges Geheimnis« auf, nämlich die »Massenmorde an Deutschen«, doch während die »FAZ« Tag um Tag einen Hetzartikel nach dem anderen produzieren konnte, stieß die »Nationalzeitung« bald an die Grenzen ihrer redaktionellen Kapazität. Statt den Leser mit frisch Aufgebrühtem zu beliefern, schlug sie ihm Bücher zur Lektüre vor. Einer der Titel könnte den »Spiegel« zu seiner Cover-Story über das jugoslawische Völkergefängnis inspiriert haben, müßte man von den Redakteuren nicht mittlerweile annehmen, daß sie auch ganz von allein darauf gekommen sind: »Völkermord der Tito-Partisanen: Das blutige Ausmaß der Untaten«; »Titostern über Kärnten: Die Verbrechen der Partisanen«; »Die Peitsche des Tito-Kommissars: Das Schicksal einer Mutter, die die Hölle eines jugoslawischen Vernichtungslagers überlebte«; »Er hat gestanden: Erinnerungen - das wahre Gesicht des jugoslawischen Vielvölkerkerkers«.

Bemerkenswert war ferner, daß die Kampagne ohne Vorwarnung und Vorbereitung kam. Binnen weniger Wochen nur hatten die Medien gleichsam aus dem Nichts kein einfaches, nur flüchtig hingestricheltes Feindbild, sondern eine wahre Kolossalausführung eines Feindbildes an die Wand gezaubert, denn bis vor kurzem noch waren die Serben für die hiesige Öffentlichkeit nichts weiter als ein unbeschriebenes Blatt. Wer vor einem halben Jahr hätte voraussagen müssen, welches Volk das bevorzugte Haßobjekt der deutschen Medien werden würde, hätte vielleicht auf die Polen oder auch die Tschechen, aber bestimmt nicht auf die Serben getippt,denn nach Jugoslawien ist es ein weiter Weg, noch liegt Österreich dazwischen, und sogar die Nazis waren realistisch genug, sich ihre Feinde zunächst nach Maßgabe der Erreichbarkeit auszusuchen.

Bemerkenswert ist obendrein, daß diese Kampagne in dem Sinn eine inszenierte und gesteuerte war, als sie nicht eine schon vorhandene Grundstimmung in der Bevölkerung aufgriff, artikulierte, propagierte und radikalisierte. Vielmehr warfen die Medien ein von ihnen entwickeltes neues Produkt auf den Meinungsmarkt, und es stieß bei den breiten Massen nicht mal auf sonderliche Resonanz. Anders als sonst muß in diesem Fall unterschieden werden zwischen der breiten Masse der Bevölkerung und einer sozialen Schicht, die man früher als die bildungsbürgerliche bezeichnet hätte, während man heute vielleicht besser von den Funktionären der Meinungsindustrie spricht, deren Branchen die Medien, die Parteien, die Verbände und deren Abteilungen für Öffentlichkeitsarbeit sind. Hier, nicht in Wohnghettos mit hoher Arbeitslosen- und Sozialhilfeempfängerquote, entstand binnen kürzester Frist ein System aus Anschauungen und Ideen, wie sie in der deutschen Geschichte das staatlich organisierte Pogrom und den Ausrottungskrieg legitimieren halfen. Während die Aversion gegen Asylbewerber ein ebenso klassen- und schichtenübergreifendes Phänomen ist, wie es die nationale Begeisterung im Herbst 1989 oder im Juli 1990 gewesen war; während auch die antiamerikanische Medienkampagne im Golfkrieg sich auf eine wirkliche Massenbewegung berufen konnte, obgleich diese Massenbewegung keineswegs die überwältigende Mehrheit der Bevölkerung stellte, bot die antiserbische Stimmungshetze sich als eine nur von den Medien erzeugte und ausschließlich auf sie beschränkt bleibende dar, was dem Propagandafeldzug etwas Spukhaftes gab, denn er war zunächst Massenmobilisierung ohne Massen. Einerseits liegt damit die Vermutung nahe, daß ein neuer deutscher Faschismus keiner des Mobs, sondern einer der Elite sein würde, und daß man die Entwicklung nicht an den Rändern, sondern im Zentrum beobachten muß. Andererseits stellt sich die Frage, ob dieser Elitenfaschismus, dessen Kampfblatt beispielsweise die »FAZ« werden könnte, die notwendige massenmobilisierende Kraft aufbrächte. Zur Hoffnung gibt Anlaß, daß die »Bild-Zeitung« sich auffällig zurückhielt.

III. Die erste Balkan-Offensive: Der verlorene Blitzkrieg

Bemerkenswert war schließlich, daß nun schon zum zweiten Mal in diesem Jahr, und wohl auch zum zweiten Mal in der Nachkriegsgeschichte überhaupt, eine heikle außenpolitische Entscheidung von den Medien getroffen wurde, als deren williges Vollzugsorgan sich Parteien und Regierung erwiesen. Wie schon im Golfkrieg, so gab es auch diesmal eigentlich keine Parteien mehr, denn hinsichtlich der Parteinahme für Slowenien und Kroatien waren sich von der NPD bis zur PDS alle einig. Und deutlicher noch als im Golfkrieg ließ unter dem Druck der Medien die Bundesregierung sich ein auf ein außenpolitisches Powerplay, das sie weder durchhalten noch gewinnen konnte. Was die Regimes in Slowenien und Kroatien fortan mit Bonn verband, war nicht nur wechselseitige Sympathie, sondern eine Art Schicksalsgemeinschaft, die Zwangslage von Regierungen, die aus innenpolitischen Gründen außenpolitisch zu hoch gepokert haben.

Das Abenteuerspiel begann damit, daß die Kolumnisten von »FAZ«, »Welt«, »FR« etc. einen Widerhall bei den Parteien fanden, die sämtlich seit der Wiedervereinigung in der Krise stecken und nichts mehr fürchten als weitere Popularitätsverluste und die nächste Wahl. Die »Welt« vom 28. Juni verschwieg, daß die wirklichen Scharfmacher aus der

SPD kamen, nämlich Voigt und Gansel hießen, und meldete: »Union rügt Jugoslawien-Politik. Kurskorrektur von Bonn und EG verlangt.«

Den Forderungen von Parlament und Parteien wiederum konnte eine Regierung sich nicht verschließen, die ihrerseits unter rapidem Popularitätsverlust sowie einem Ohrwurm in Gestalt des Sprüchleins »Wehe, wehe, wenn ich auf das Ende sehe« litt. Wie man den slowenischen und kroatischen Aktionismus nicht verstehen kann, ohne die prekäre Situation der dort amtierenden Regimes zu begreifen, so muß die Haltung der Bundesregierung rätselhaft bleiben, wenn man von den innenpolitischen Motiven für das außenpolitische Vabanque-Spiel abstrahiert. Zur Illustration der Lage in Deutschland wiederum genügt fast schon der Hinweis darauf, daß der »Spiegel«-Titel Nr. 28 »Völkergefängnis Jugoslawien/Terror der Serben« ein Lichtblick zwischen zwei anderen war. Davor gab's den zerquetschten kleinen Mann im Würgegriff und die bange Frage: »Steuer-Opfer für den Osten/Wieviel noch?«, danach Gorbatschow mit der Schlagzeile »Teurer Gast«.

Nicht nur hatten die Wirtschaftsdaten sich gravierend verschlechtert, als die Regierung vom Parlament die Chance zur außenpolitischen Entlastungsoffensive offeriert bekam, sondern unter den Daten hatte auch schon das Nationalbewußtsein gelitten, und es breitete sich wieder einmal Endzeitstimmung aus. Die »Stuttgarter Zeitung« vom 11. Juli kommentierte unter dem Titel »Das Ende des Wunders«: »Vierzig Jahre lang war die Bundesrepublik das Land des Wirtschaftswunders, stabil und fast immer voller Dynamik. Es waren die anderen, die sich mit Inflation und Defiziten herumschlugen. Das droht sich zu ändern: Jetzt werden die Deutschen vom Ausland zu soliderer Wirtschaftspolitik ermahnt. Und in Bonn dämmert es den ersten: Hat man sich, so reich man auch ist, an der DDR verhoben? ... Auch wenn wir es nicht wahrhaben wollen: Nach der Einheit sind wir nicht mehr 'Supermann'. Die Franzosen haben die Deutschen in puncto Leistungsfähigkeit übertroffen.« Die »FAZ« vom gleichen Tag berichtete: »Tiefe Sorge bereitet der Bundesbank außerdem der Ansehensverlust Deutschlands im Ausland, der am Devisenmarkt seine Entsprechung in einer stetigen Aufwertung des Dollars findet.« Und zum Beweis dafür, daß dergleichen Sorgen keineswegs nur die gebildeten und die wohlhabenden Stände plagten, sei auch noch die »Bild-Zeitung« vom 16. Juli mit der Balkenschlagzeile »Angst um die D-Mark«, Untertitel »Die Inflation nimmt zu, Steuern steigen, Zinsen rauf« zitiert: »Was ist nur mit unserer D-Mark los? Vier Jahrzente lang war sie strahlendes Symbol unseres Fleißes, garantierte Wohlstand für uns alle. Seit Anfang des Jahres wird die harte Mark beinahe täglich weicher.«

Zwar wäre dies alles ein logisch zwingender Grund gewesen, nun von Jugoslawien erst recht die Finger zu lassen, nachdem man sie sich an der DDR schon einmal verbrannt hatte. Hinlänglich war mittlerweile belegt und bewiesen, daß die Destabilisierung des Ostblocks ein Spiel ohne Gewinner ist. Auch die überzeugtesten Großraum- und Geopolitiker hätten inzwischen erkennen müssen, daß das Streben nach politischen Macht- und Einflußsphären im Osten eines nach dem eigenen ökonomischen Ruin geworden war. Daß die deutsche Öffentlichkeit sich dennoch einmütig zur Intervention im innerjugoslawischen Konflikt entschied, muß wohl damit zusammenhängen, daß die Landsleute nur den Endsieg oder die totale Niederlage, aber keinen geordneten Rückzug kennen - wirklich ganz begreifen kann man diese Entscheidung zunächst nicht.

Nicht, daß man für die Empfindungen der Geschichtsbewußten unter den Landsleuten absolut kein Verständnis aufbringen könnte, schließlich ging Jugoslawien aus dem Zweiten Weltkrieg als antifaschistische Siegermacht hervor, und die Unbeliebtheit ehemaliger Siegermächte hatte sich schon im Golfkrieg gezeigt. Ferner gehört es sich, daß man alten Freunden und Verbündeten hilft, und das waren eben in diesem Fall die wieder zur Macht drängenden kroatischen Klerikalfaschisten. Außerdem steht der Zerfall Jugoslawiens für das Scheitern einer Politik, unter welcher die Deutschen seit fast 100 Jahren immer litten, wenn sie einen Krieg anfingen und ihn nicht gewannen. Während die linksliberale »Frankfurter Rundschau« das Ende Jugoslawiens als Überwindung von Jalta - Stichwort: Teilung Deutschlands - feierte, blickten konservative Blätter noch weiter zurück. Die »Welt« erinnerte an eine »uralte Kultur-, Religions- und Nationengrenze«, die angeblich immer schon durch Jugoslawien ging, und schrieb: »Das System der Pariser Vorort-Verträge - Versailles, Saint-Germain, Trianon , das nach dem Ersten Weltkrieg entstand, versuchte, diese Grenze aufzuheben. Es hat Völker und Länder in einen gemeinsamen Staat gepreßt, die in ihrer über tausendjährigen Geschichte niemals zueinander gehörten. ... Jetzt allerdings zeigt sich, daß tausend Jahre Geschichte mehr wiegen als siebzig Jahre Einheitsstaat und vierzig Jahre Kommunismus.« Auch die »FAZ« vom gleichen Tag erwähnte die »Pariser Vorortverträge« - zu Deutsch: das Versailler Diktat - und meinte: »Durch sie wurde die Staatenförderation aus Serben, Kroaten und Slowenen geschaffen; Amerika und die westeuropäischen Mächte waren dabei Taufpaten und stehen bis heute, in falsch verstandener Verantwortung, zu der historischen Mißgeburt.«

Das Wort von der Mißgeburt, ausgerechnet im Kampfblatt der Abtreibungsgegner, deutet schon darauf hin, daß man den Landsleuten unrecht täte, würde man in ihren antijugoslawischen Gefühlen ausschließlich Rachegelüste sehen. Vielmehr flößt dieses Land ihnen auch bei unvoreingenommener Betrachtung ästhetisches Unbehagen ein. Allerdings fällt die Unterscheidung zwischen Rachegelüsten und ästhetischem Unbehagen in der Praxis nicht ganz leicht, weil die auslösenden Objekte stets Anlaß für beides sind. In einer Fernsehkritik aus der »Stuttgarter Zeitung« vom 5. Juli über die ARD-Sendung »Amerika '91« war beispielsweise zu lesen: »Daß es um die amerikanische Wirtschaft nicht zum besten bestellt ist, flüstert man sich schon lange. Dafür geht es mit dem Nationalgefühl wieder aufwärts, und das spielt für eine künstlich

zusammengefügte Nation eine große Rolle. ... Hier kündigt sich das Ende des lange Zeit liebevoll gehegten (angelsächsischen) Wunschbildes vom Schmelztiegel der Nationen an. Heutzutage lassen sich die ethnischen Minderheiten nicht mehr so willenlos unterbuttern. Die Kehrseite der Medaille ist nur angedeutet: das mentale Zerbrechen eines Kunstgebildes.« Auch in der »Hamburger Morgenpost« vom gleichen Tag findet man ein Kunstgebilde, welches nur diesmal nicht Amerika, sondern Jugoslawien heißt: »Der Bundesstaat Jugoslawien war ein ziemlich widernatürliches Kunstgebilde und zerbröselt folgerichtig.« Ferner kommt das »Kunstgebilde Jugoslawien« in der »Süddeutschen Zeitung« vor, während die »FAZ« vom 29. Juni es diesmal etwas anders nennt: »Das 'Königreich der Serben, Kroaten und Slowenen', wie Jugoslawien bis 1929 hieß, war von vornherein ein Mißgebilde.« In der »Nationalzeitung« vom 19. Juli schließlich wächst dann wieder zusammen, was zusammengehört, das Rachegelüst gegen die Siegermächte und ein Kunstverständnis, dem Mißgeburt, Mißgebilde, Kunstgebilde und Kunstgeburt Synonyme sind: »Die Kunstgeburt der Sieger des ersten Weltkriegs und zugleich das Verbrechersystem des Massenmörders Tito, Jugoslawien, geht unaufhaltsam dem verdienten Ende entgegen.«

Gewiß mochte es eine Rolle für die Entwicklung von Sympathien spielen, daß die Gebildeten unter den Landsleuten etwas Artverwandtes an den slowenischen und kroatischen Unabhängigkeitsbestrebungen zu erfühlen meinten, die Sehnsucht nach dem ethnisch homogenen oder rassereinen Staat. Und sicherlich ist es stets eine Genugtuung für sie, wenn andere scheitern am von ihnen selbst gar nicht erst unternommenen Versuch, die Menschen aus jenen Naturzusammenhängen herauszulösen, die inzwischen ohnehin nur noch eingebildete, die sozialen Gegensätze überkleisternde sind. Denn unter ethnischen Gesichtspunkten sind nach 45 Jahren friedlichen Zusammenlebens und Heiratens als Gastarbeiter in Deutschland die Jugoslawen ungefähr so kroatisch oder serbisch, wie ein deutscher Arier arisch war - Tudjmans Schwiegersohn ist Serbe. Gewiß begleiten die meinungsführenden Deutschen mit der gleichen Ranküne, mit den gleichen gehässigen Ressentiments, die sie gegen die von ihnen gern als 'künstliche Nation' abgewerteten Vereinigten Staaten richten, jede zivilisatorische Anstrengung, das Zusammenleben der Menschen wenigstens innerhalb gewisser größerer Grenzen auf eine vernünftigere Basis als Herkunft und Hautfarbe zu stellen. Gewiß ist ihnen alle Emanzipation, aller Fortschritt auf dem Wege zu einer solidarischen Menschheit verhaßt, und wo ein Rückfall in die Barbarei droht, wo sich ein völkisches Erwachen regt, wird man sie immer auf dessen Seite finden.

Doch kann auch die leidenschaftlichste Sympathie nicht erklären, warum sich Bürger von ihr zu einer Entscheidung bewegen lassen, die ihren Ruin bedeuten muß. Geht man nun weiter der Frage nach, ob nicht vielleicht doch ein Motiv oder ein Kalkül übersehen wurde, so bietet sich noch die Vermutung an, daß die Entscheidung für Kroatien und Slowenien vielleicht eher eine gegen konkurrierende westliche Industrieländer war. In seiner Kolumne vom 4. Juli hat te Reißmüller in der »FAZ« sich beklagt über »französische Ansichten, die das deutsch-österreichische Engagement allen Ernstes als Streben nach einer Einverleibung Sloweniens und Kroatiens in eine 'germanische Einflußzone' darstellen«. Das seien, fährt er fort, »genau die Stichworte, auf die Serbiens Generäle gewartet haben, um ihren Krieg gegen zwei Völker zu rechtfertigen«. Noch deutlicher war Reißmüller in seiner Kolumne vom 2. Juli geworden, wo es über die drei von der EG mit Schlichtungsbemühungen beauftragten Außenminister De Michelis, van den Broek und Poos hieß: »Schon die Zusammensetzung der 'Trojka' mutet an wie das Ergebnis einer bösartigen Spielerei. Der italienische Außenminister hatte mit immer neuen Reden für die unbedingt zu bewahrende Einheit Jugoslawiens vor aller Welt bewiesen, daß ihm die Einsicht in das fehlte, was in dem zerfallenden Belgrader Staat vorging. ... Vom niederländischen Außenminister war nichts bekannt, was hinreichende Offenheit für den Willen der slowenischen und kroatischen Nation hätte erkennen lassen, in Freiheit und Würde zu leben.«

Ein Hauch von Balkankrise aus den alten Tagen vor 1914 lag schließlich in der Luft während des deutsch-französischen Propagandakleinkriegs, der in der Form eines Billardspiels abgewickelt wurde: Wenn die französische Regierung der deutschen die Meinung sagen mochte, wurde der österreichische Botschafter in Paris einbestellt; wenn die deutsche Regierung der französischen eine Rüge verpassen wollte, drohte sie Serbien für den Fall weiterer unartiger Zeitungsartikel mit Konsequenzen. Statt aber das Rätsel zu lösen, fügen solche Überlegungen nur ein weiteres hinzu: Welches Interesse konnten die deutschen Bürger daran haben, sich nicht nur die bankrotten Slowenen und Kroaten aufzuhalsen, sondern es obendrein auch noch mit ihren wichtigsten Handelspartnern zu verderben?

Ganz anders freilich verhält es sich, wenn man die Motive der Regierung betrachtet, die längst angekommen war an dem Punkt, wo Rückzug Rücktritt bedeutet. Lange dauerte es nicht, bis sie begriff, daß sie von der Öffentlichkeit und vom Parlament förmlich gedrängt wurde zu einer Politik, die gegen Öffentlichkeit und Parlament durchzusetzen ihr natürliches Ziel hätte sein müssen, weil es das natürliche Ziel jeder Regierung ist, durch außenpolitische Manöver von einer innenpolitischen Krise abzulenken, die ihren Sturz bedeuten muß. Einer solchen Versuchung widersteht der Stärkste nicht, und so konnte die »Welt« am 2. Juli schon zufrieden melden: »Endlich hat sich der Kanzler klar zum Selbstbestimmungsrecht der Völker auch im Fall Jugoslawiens bekannt. Dies war überfällig - die Bundesregierung hat sich mit ihrer bisher primär auf die Bewahrung der Einheit Jugoslawiens gerichteten Politik zunehmend in der deutschen Öffentlichkeit isoliert. Es mußte Kohl zu denken geben, daß im auswärtigen Bundestagsausschuß Politiker aus Koalition und Opposition übereinstimmend eine Kurskorrektur verlangt haben.«

Während normalerweise der Diktator die Gefolgschaft mit der Parole »Ich oder die Anarchie« einzuschüchtern sucht, war es in diesem Fall so, daß freie Bürger mit der Parole »Du oder das Chaos« vor die demokratisch gewählte Regierung traten und ihr dringend schärfere Maßnahmen zum Erhalt ihrer Macht empfahlen, koste es, was es wolle. In viel größerem Maße noch, als den sich häufenden demoskopischen Hiobsbotschaften, den pessimistischen Kommentaren und den Katastrophenmeldungen vom verwaltungstechnischen wie ökonomischen Zusammenbruch der Ostfront ohnehin schon abzulesen gewesen war, hatte sich unter den meinungsführenden Deutschen offenbar die Stimmung eingenistet, daß man vor einem Abgrund stehe. Hinter Kohl, so die Perspektive, kam das Nichts; nicht mal ein Sozialist, sondern einfach gar nichts. Und wenn es brennt, kann man beim Löschen keine Rücksicht auf entstehenden Wasserschaden nehmen. Begreiflich wird die Entscheidung für eine Intervention im Jugoslawienkonflikt, wenn man sie als Panikreaktion einer Gesellschaft betrachtet, die jedes Vertrauen in die eigene Stabilität verloren hat, weder Perspektiven noch Alternativen sieht.

Am 2. Juli also hatte die Bundesregierung sich frohlockend der öffentlichen Meinung gebeugt, der Außenminister spielte den strammen Max und spuckte große Töne. In Bonn drohte man für den Fall, daß das jugoslawische Militär die Macht im Staat übernehmen sollte, mit »harten Reaktionen« und »ernstesten politischen und wirtschaftlichen Konsequenzen«, meldete stolz die »FAZ« vom 4. Juli. »Bonn stärkt die Slowenen und Kroaten« titelte gar die »Welt« tags darauf, und der arglose Leser mußte aus dem Bericht den Eindruck gewinnen, eine Weltmacht verliere allmählich die Geduld und lasse sich Insubordination nicht länger bieten: »Zwischen allen Parteien und der Bundesregierung hat sich ein grundsätzlicher Konsens darüber entwickelt, daß Deutschland mit Nachdruck für das Selbstbestimmungsrecht der Slowenen und Kroaten eintreten müsse. Dies ergab sich gestern aus allen Stellungnahmen in Bonn. ... Der Bundesaußenminister, dessen Haltung sich in der Jugoslawienfrage deutlich verhärtet hat, betonte in einem Fernseh-Interview weiter: ‘Deutschland wird sich nicht übertreffen lassen, wenn es darum geht, die Menschenrechte, das Selbstbestimmungsrecht der Völker und die Minderheitenrechte zu wahren.’«

Etwa zur gleichen Zeit berichtete die »FAZ« aus Prag, daß dort französische und englische Rundfunkprogramme ausgestrahlt würden, aber: »Nach Sendungen in der dritten Weltsprache, der des deutschen Nachbarn, sucht man vergebens.« Und wie die Presse, offensichtlich unter dem Eindruck der katastrophalen Wirtschaftsentwicklung, allmählich den Sinn für Proportionen ganz verlor, so hatte auch die deutsche Diplomatie jeden Sinn für die Realitäten und für das Schickliche eingebüßt. Es grenzte an Sabotage, daß ein deutscher Außenminister öffentlich versprach, Deutschland werde sich nicht übertreffen lassen, denn zu seinen Pflichten gehört es in diesem besonders gelagerten Fall mit Sicherheit nicht, die Welt an wirklich unübertroffene Leistungen seiner Landsleute zu erinnern. Und es kam fast schon außenpolitischem Selbstmord gleich, eine drohende Haltung einzunehmen gegenüber einer Nation, die bereits 1941 von den Deutschen überfallen und zerstört worden war.

So leichtfertig handelt in der Regel nur, wer nichts mehr zu verlieren hat, und es bestätigte sich wieder die Erfahrung, daß die Deutschen sich umso siegesgewisser geben, je näher sie einer Niederlage sind. Vom EG-Außenministertreffen am 5. Juli, auf welches die »Welt« so große Hoffnungen setzte, berichtete die »Frankfurter Rundschau« einen Tag später: »Die Meinungsverschiedenheiten zwischen den EG-Regierungen über die Zukunft Jugoslawiens sind von den Außenministern der zwölf jetzt mühsam überbrückt worden. Die Haager Sondersitzung war auf Wunsch der Franzosen einberufen worden, um ‘die Deutschen an die Gemeinschaftsdisziplin zu erinnern’. ... Nicht nur in Frankreich, sondern auch in den kleineren EG-Staaten hatten schon die Reise Genschers nach Belgrad und die Kontakte mit Slowenen und Kroaten Mißtrauen geweckt. Daß die großen Bundestagsfraktionen bereits offen die Anerkennung der Unabhängigkeit der beiden nördlichen Teilrepubliken des Vielvölkerstaats fordern, wird als Zeichen deutschen Großmachtstrebens ausgelegt. ... Deutsche Alleingänge jedenfalls sind gefährlich, auch wenn die Stimmung im Land sie erfordert.«

Er war aus, der kaum eine Woche dauernde Traum von der Rolle Deutschlands als glorreicher Schutzmacht der Kroaten und Slowenen. Verbittert erinnerte sich Reißmüller in der »FAZ« vom 12. Juli an den schwarzen Tag: »Genscher, der sie (die völkerrechtliche Anerkennung Sloweniens) nach dem Überfall auf Slowenien ins Auge faßte, fand sich ziemlich allein und sogar noch beargwöhnt.« In Paris dachte man, laut »Libération«, über die »Zone eines erneuerten germanischen Einflusses« nach, »welche Deutschland, Österreich und das sich nach dem österreichisch-ungarischen Kaiserreich der Zeit vor dem Ersten Weltkrieg zurücksehnende Slowenien« vereinigen solle, und natürlich brachte man die Sympathie für das heutige Unabhängigkeitsstreben der Slowenen und Kroaten mit der Politik der Nazis in Verbindung, deren erste Sorge es nach dem Einfall in Jugoslawien gewesen war, ein unabhängiges kroatisches Faschi- sten-Regime unter deutscher Vormundschaft zu errichten.

IV. Die zweite Balkan-Offensive: Verwandlung der anti-serbischen in eine profaschistische Kampagne und Übergang zum Stellungskrieg

Die Klärung der Mehrheitsverhältnisse in der EG und damit der Machtverhältnisse in Europa vom 5. Juli in Den Haag hätte auch das Ende der Medienkampagne bedeuten müssen, sofern ihr einziges Ziel die Ermunterung der Bundesregierung zu

außenpolitischen Profilierungsversuchen war. Sie wurde weitergeführt, in der »FAZ« sogar mit unverminderter Schärfe, und das hieß, daß sie ihre Funktion gewechselt hatte oder daß eine frühere Nebenfunktion nun in den Vordergrund trat. Zwangsläufig nahm sie nach dem 5. Juli zunächst einen subversiven Charakter insofern an, als man sich vorläufig keine Einflußnahme auf die offizielle Politik der Bundesregierung mehr von ihr erhoffen durfte. Reißmüller zog die Konsequenz daraus, in der zweiten Julihälfte verabschiedete er sich von seinem Schreibtisch und geisterte fortan als Kriegsberichterstatter im Troß irgendwelcher bewaffneter Banden in Kroatien herum. Von dort setzte er Berichte ab, die in der »FAZ« eigentlich nur erschienen, damit der Zagreber »Vjesnik« sie als einflußreiche Stimme aus einem befreundeten und mächtigen Land zitieren konnte, im innerkroatischen Meinungskampf gegen eine Opposition, welche den selbstmörderischen, kriegstreiberischen Kurs des Tudjman-Regimes, seine diktatorischen Praktiken und seine faschistoiden Tendenzen kritisierte.

Nicht mehr um den Versuch einer Einflußnahme auf die deutsche Öffentlichkeit und auf die Politik der Bundesregierung, sondern um unmittelbare Pogromhetze handelte es sich, als Reißmüller in seinem Bericht vom 26. Juli aus Sisak die in Kroatien lebenden Serben pauschal, en bloc, als Volksgruppe beschuldigte, sie würden allesamt Waffen besitzen und nur danach lechzen, Kroaten zu überfallen: »Die Gefahr droht nicht aus der Stadt. Hier sind die Kroaten bei weitem in der Mehrheit, und die Serben vermeiden Auffälliges. Wahrscheinlich haben viele, wahrscheinlich sogar die meisten von ihnen daheim Waffen; und vielleicht würde mancher in der Nacht gern sein nationalistisches Mütchen kühlen. Doch da käme er nicht weit - Sisak ist nachts von Sicherheitskräften der Republik Kroatien sorgfältig bewacht.«

Schon die Fortdauer der Hetze über den Tag hinaus, wo alle Hoffnungen auf einen außenpolitischen Blitzsieg aufgegeben werden mußten, lieferte den Beweis dafür, daß in der Bundesrepublik neben dem nur instrumentellen Interesse an der Unterstützung für Kroatien und Slowenien auch ein substanzielles an der Errichtung faschistischer Herrschaft existierte, das Interesse an einem Ziel, welches sich derzeit in der Bundesrepublik selber noch nicht erreichen läßt, weshalb seine Protagonisten ihre Tätigkeit ins Ausland verlagerten, nicht ohne die Hoffnung, dort Erfahrungen zu sammeln und Verbündete zu gewinnen, die im Falle eines Falles hilfreich sein könnten. Nahm man die deutschen Waffenlieferungen nach Kroatien und Slowenien hinzu, die von der Bundesregierung so überzeugend dementiert wurden wie damals die Lieferung der Giftgasfabrik nach Rabda, so verdichtete sich das Bild von einem Land, worin nicht ganz einflußlose Kräfte mit aller Macht faschistische Bestrebungen unterstützen, wo immer sie sich regen.

Obendrein bekam die Kampagne Mitte Juli abermals eine neue politische Qualität, denn mit dem Beschluß der jugoslawischen Zentralregierung vom 18. Juli, alle Truppen aus Slowenien abzuzie- hen, verlor die Unterstützung der Separatisten-Regimes ihren besten Vorwand. Konnte man die Autonomiebestrebungen im ethnisch homogenen Slowenien noch als Ringen um Demokratie und Völkerfreiheit verkaufen, so sah die Lage in Kroatien ganz anders aus, wo das Staatsvolk mit der Bevölkerung nicht identisch war und kroatische Souveränität gleichbedeutend wäre mit der Unterdrückung von 600.000 Serben durch einen völkischen Staat, über dessen Führer immerhin sogar der »Spiegel« vom 16. April 1990 angesichts der damals bevorstehenden Wahlen geschrieben hatte: »Die größten Aussichten hat die ‘Kroatische demokratische Gesellschaft’ (HDZ), eine extremistische Gruppe, die offen von ‘Groß-Kroatien’ träumt, Gebietsforderungen an die Nachbarrepublik Bosnien-Herzegowina stellt und fanatischen Haß auf die Serben verbreitet. Ihr Anführer ist der ehemalige General Franjo Tudjman, 68, der Mitte der 60er Jahre wegen der nationalen Frage mit Tito brach und im Gefängnis landete. Buchautor Tudjman (Titel: ‘Große Ideen und kleine Völker’), dessen Gedankengut mitunter dem des faschistischen Ustaschen-Staates Kroatien nahekommt, fordert ein souveränes Kroatien unter Anschluß der Bosnier. Gemessen an Tudjmans Janitscharen, die ihren Führer mit gezogenem Colt bewachen, wirkt die stärkste Konkurrenz der ‘Koalition der nationalen Verständigung’ nahezu zivil.«

Konnte die Kampagne anfangs zur Not noch als Ausdruck einer blauäugigen, romantisch gefärbten Begeisterung für das Streben kleiner ethnischer Gruppen nach Souveränität und Autonomie passieren, so stand spätestens seit dem 18.7. fest, daß das ordnungspolitische Ziel nicht die kompromißlose völkische Selbstbestimmung war, sondern die völkische Diktatur eines faschistoiden Regimes über die ethnischen Minderheiten innerhalb seines Herrschaftsbereichs. War die radikal pro-slowenische Haltung bei angestrengt gutwilliger Auslegung noch zu begreifen als Versuch, auf billige Weise im Golfkrieg verspieltes Ansehen bei den Westmächten zurückzugewinnen, die grundsätzlich bis zum Beweis des Gegenteils jede Installation völkischer Tyrannei im Ostblock als Sieg der Demokratie über den Kommunismus begrüßen, so stellte die pro-kroatische Parteinahme einen Affront gegen die westlichen Länder dar, die schließlich im zweiten Weltkrieg zunächst mit den Cetniki und später mit den Partisanen gegen das Dritte Reich und sein Vasallenregime in Kroatien verbündet gewesen waren, und wo man heute seine Schlüsse daraus zieht, daß Tudjman von Le Pen besucht wird und keine Notwendigkeit sieht, sich anderer Embleme, Wappen und Fahnen als sein Vorgänger Pavelic zu bedienen.

Umso erstaunlicher daher, daß auch die formell pro-kroatische und faktisch profaschistische Medien-Kampagne wieder unmittelbaren Ausdruck in der Politik der Bundesregierung fand, die Ende Juli dazu überging, die offene Parteinahme für das Tudjman-Regime mit anmaßenden Invektiven gegen die EG und ihre Gremien zu verbinden. »Sicher werden wir bald wissen, wer in der EG die Fäden so gezogen hat, daß beim Außenministertreffen in Brüssel kein Bevollmächtigter Kroatiens sein wird«, kommentierte die »FAZ« vom 30. Juli, und der drohende Ton war diesmal kein Eigenprodukt,

sondern dem Außenminister abgelauscht, über den das Blatt zu berichten wußte: »Genscher sagte, es müsse festgestellt werden, wer die Verantwortung dafür trage.« Und wie schon am 4. Juli, so mußte genau einen Monat später das Publikum aus den Verlautbarungen von Regierung und Medien abermals den Eindruck gewinnen, als wäre die Vorstellung von einem Europa beherrschenden Vierten Reich schon Wirklichkeit. Zwar scheiterte auch diesmal der Versuch, der EG Termine und Beschlüsse zu diktieren, doch während die erste Balkan-Offensive noch die Form eines kurzen Vorstoßes hatte, dem ein schneller Rückzug folgte, waren nun offenbar Interessen und Positionen im Spiel, welche die Bundesregierung zu größerer Beharrlichkeit ermutigten oder zwangen, denn ohne Rücksicht auf die Beschlußlage vom 6. August in Den Haag fuhr das Außenministerium fort, Serbien mit Sanktionen zu drohen. Der Bundeskanzler tat dies sogar an seinem Urlaubsort, wo er in einem ORF-Interview am 6. August etwa den folgenden Gedankengang entwickelte: Serbien werde, wenn es nicht pariere, keineswegs nur von der Bundesrepublik, sondern von der ganzen EG mit dem Entzug von Wirtschaftshilfe bestraft. Gewiß, noch teile die EG nicht die deutsche Position, aber sie werde sich dazu durchringen müssen, denn schließlich gebe es keine Währungsunion ohne eine politische Union, und die harte D-Mark sei es doch, was alle wollten.

Am gleichen Tag erschien zwar die »Frankfurter Rundschau« mit zwei nebeneinander stehenden Schlagzeilen, denen das Motiv für die Aggression abzulesen war. »Bonn schlägt gegen Serbien harten Ton an«, hieß die eine, und die andere: »Mehr als eineMillion Arbeitslose im Osten«. Doch wäre es falsch, ein seine innere Schwäche nach außen aggressiv überspielendes Land für harmlos zu halten, und außerdem verlieren Begriffe wie Sieg oder Niederlage ihren herkömmlichen Sinn in einer geschichtlichen Phase, deren Ablaufschema die fortschreitende Destruktion und deren Ziel der Rückfall in die Barbarei ist. Fast scheint es, in Deutschland kümmere man sich um die Meinung der westlichen Verbündeten nicht mehr, welche die Libanonisierung des Balkans verhindern wollen, weil man sich mit einer stärkeren Macht, der des Zerfalls, im Bunde weiß. Nicht auszudenken, wenn die Deutschen in diesem Sinn ein weiteres Mal erfolgreich wären.

V. Entscheidung in Jugoslawien

Bekümmert darüber, daß Jugoslawien, das neben der Sowjetunion als einzige Nation Kontinentaleuropas Wehrmacht und SS aus eigener Kraft bezwang, sich jetzt durch sinnlose innere Streitigkeiten ruiniert, wünschte man seinen Bewohnern im Zorn manches Mal, sie würden wieder von den Deutschen heimgesucht; dann kämen sie ganz schnell zur Vernunft und wüßten, was sie wollen. Zeitweilig schien es dann jedoch, als hätten schon die diplomatischen Interventionen aus Bonn genügt, um den gleichen Effekt zu erzielen. Die Belgrader Zeitungen waren voll von Artikeln über die Partisanenzeit, man erinnerte sich wieder an die Jahre, als im gemeinsamen Kampf aller Völker Jugoslawiens gegen das deutsche Terrorregime eine Nation entstand, auf die stolz zu sein man solange gute Gründe hatte, bis mit einem 5-Milliarden-Kredit der Bonner sozialliberalen Koalition der wirtschaftliche Niedergang begann. Auch in Zagreb, wo die Presse im Unterschied zur lebendigen, fast anarchistischen von Belgrad wie gleichgeschaltet wirkte und der Sound so penetrant an den Verlautbarungsjournalismus aus der späten Tito-Zeit erinnerte wie Tudjman selbst immer mehr zu einer Karikatur seines verleugneten Vorbilds wurde, auch in Zagreb also wurde Tudjmans ‘selbstmörderischer Kurs’ kritisiert, man rügte, daß abweichende Meinungen vom immer autokratischer regierenden Präsidenten als Vaterlandsverrat betrachtet würden. In Ljubljana, Zagreb und Belgrad, Novi Sad und Sarajewo fanden Friedensdemonstrationen statt - die ersten seit 20 Jahren, über die kein deutscher Fernsehsender berichtet hat. Die Mutter eines getöteten Kroaten schrie nicht nach Serbenblut, sondern sie sagte weinend: »Wenn wir Jugoslawen nicht aufhören können, uns gegenseitig umzubringen, dann soll uns doch alle eine Bombe treffen.« In Belgrad liefen dem völkischen Demagogen Draskovic auch noch die vergleichsweise wenigen Anhänger davon, von völkischer Gesinnung, gar Kampfeslust, war dort erstaunlich wenig zu spüren. Vergleicht man den Propagandaaufwand des kroatischen Tudjman-Regimes mit dem erzielten Ertrag, so könnte man folgern, daß völkische Ideologien nicht mehr die befürchtete Kraft besitzen. Trotz pausenlos öffentlich inszenierter Kriegsvorbereitungsrituale; obgleich das Radio zeitweilig nur noch ernste Musik und Nachrichten brachte; obwohl der Präsident selbst immer wieder mal mitten in der Nacht in von allen Sendern direkt übertragenen Ansprachen das letzte Gefecht verkündete und dabei aussah, als habe er es schon hinter sich - trotz alledem drängten sich in Zagreb nicht die Freiwilligen vor den Rekrutierungsbüros. Auch das Bandenunwesen auf beiden Seiten, welches zur Folge haben könnte, daß Tudjman dereinst bei der Bundesarmee Schutz vor seinen eigenen Anhängern suchen muß, erlaubt den Schluß, daß völkische Ideologien nicht mehr den Zusammenhalt größerer organisierter Gebilde bewirken können.

So trostlos die neuerdings sich aufdrängende Vermutung grundsätzlich ist, daß die Geschichte sich immer nur wiederholt - in diesem Fall gab sie Anlaß zur Zuversicht. Schon einmal kamen die deutschen Faschisten von ihrem Ausflug nach Jugoslawien nicht als Sieger zurück, ganz im Gegenteil. Nicht, daß man es von den Jugoslawen, die wirklich andere Sorgen haben, hätte verlangen können, aber es wäre schön gewesen, wären Reißmüller oder die ZDF-Hetzer Michael Schmitz und Francis Best aus dem Kampfgebiet so geläutert zurückgekommen wie die Wehrmacht 1945.

Tatsächlich hatten die Fronterfahrungen Reißmüller schon so schlau gemacht, wie die Nazis Ende 1944 geworden waren, als mancher von ihnen auf den Gedanken kam, nun sei es höchste Zeit, sich mit den westlichen Kriegsgegnern zu verbünden und gemeinsam die Sowjetunion zu besiegen. Weil das Tudjman-Regime Ende Juli innenpolitisch,

außenpolitisch und militärisch bankrott war, forderte er am 30. Juli: »Die westliche Welt muß Kroatien (ebenso wie Slowenien) als Staat anerkennen und es dann solange mit allen, notfalls auch mit bewaffneten Kräften, schützen, bis es sich selber großserbischer Gewalt erwehren kann.« Tags darauf wiederholte er: »Die Rettung für die gequälte kroatische Nation kann nur von draußen kommen: von der westlichen Welt.«

Dies zu verhindern wäre die Aufgabe aller Linken und Antifaschisten hier, wenn es noch welche gäbe. Es könnte sein, daß die Entwicklung in Jugoslawien entscheidend nicht nur dafür ist, ob eine vom Baltikum bis zum Kaukasus reichende Kette völkischer Diktaturen entsteht oder ob die Planer beizeiten die Lust an diesem Projekt verlieren. Dort wird sich vielmehr im kommenden Winter schon die Frage stellen, wie die gesellschaftliche Produktion des materiellen Reichtums zu organisieren sei, nachdem der Kapitalismus einschließlich seiner staatsbürokratischen Spielarten sich als unfähig erwies, die Menschen auch nur von der schlimmsten Not zu befreien. Ein weiteres Mal in der Geschichte heißt die Alternative Sozialismus oder Barbarei, welch letztere bedeuten würde, daß vom Hunger und vom Elend verdummte und fanatisierte Massen sich mit modernen Waffen wie wilde Stämme niedermetzeln.

Wolfgang Pohrt schrieb in KONKRET 8/91 über die Sympathie westdeutscher Linksintellektueller für ostdeutsche Neonazis

Konkret 09/91, S. 40

Gerhard Henschel

Im Ofen der Gänsemagd

Die Uelzener Psychagogin Christa Meves denkt jahrein, jahraus bei Tag und Nacht immer nur an das Eine und wie sie es den Leuten verleiden kann

»Hier soll politisch verhetzt und gleichzeitig Anarchie gefördert werden.«
Christa Meves

Kürzlich kam ein eigenartig abgezehrter junger Mann in meine Schundliteraturdetektei. Er zitterte und ächzte und berichtete mir unter Tränen, daß er immer und immer wieder in folgende furchtbare Situation gerate: Er sitze erwartungsvoll auf dem Sofa neben einer umwerfend gebauten und gebildeten Frau; sie sprächen gemeinschaftlich dem Amselfelder zu und zeigten sich auch bereits ihre Blinddarmnarben; dann komme man zwanglos auf das Thema Doktorspiele, Sexualität und Psychagogik zu sprechen, und es dauere nicht lange, bis zwangsläufig oder versehentlich der Name Christa Meves falle. Sobald dieses jedoch geschehen sei, zucke die umwerfend gebaute und gebildete Frau wie vom Blitz getroffen zusammen, glotze glasig in die Ferne und sondere tagelang mit Grabesstimme die abscheulichsten Christa-Meves-Zitate ab. An die Liebe u.ä. sei da überhaupt nicht mehr zu denken.

Da ich dieser Sache zunächst keinen rechten Glauben schenken mochte, begleitete ich den jungen Mann in seine Wohnung, und tatsächlich, auf dem Sofa kauerte eine offensichtlich unter Schock stehende junge Frau. Sie hockte vollkommen reglos da, aber ihr Puls flog, und der Schweiß brach sich in breiten Bächen Bahn durch ihr Gesicht. »Eine fundamentale Fähigkeit zum Gehorsam«, krächzte sie, »das Vermögen zu einem konstruktiven Engagement, das den Menschen festlegt und ihn letztlich zu einem überpersönlichen Ja, zu einer überpersönlichen Bindung nötigt, das ist es, was fehlt.«

Es war entsetzlich.

»Jede Hausfrau, die sich um schöne, maßvolle Ordnung müht«, röhrte die junge Frau, »jede Mutter, die die ihr durch Wasch- und Spülmaschine geschenkte Zeit dem Spiel und dem Umgang mit ihren Kindern widmet, jeder Ehemann, der das mit Fleiß verdiente überschüssige Geld zu einer die Partnerschaft vertiefenden Urlaubsreise mit seiner Frau verwendet, vollzieht Schöpfung.«

Und das sei nun schon die vierte in Folge, jammerte der junge Mann; die anderen habe er in die Besenkammer gestellt. Er öffnete die Tür. Drei schreckensbleiche Frauen standen da zwischen Aufnehmern und Bohnergeräten und blickten wächsern und starr aneinander vorbei. »Was überweiblich war, bedarf der logischen Durchdringung, was übermütterlich war, bedarf der Entdeckung des eigenen Lebensanspruchs, was im Begriff stand, männlich zu entarten, bedarf der Betonung weiblichen Fühlens«, schnaufte die eine. »Sexualität ist im Erwachsenenalter eine großartige Möglichkeit, gewissermaßen im verleiblichten Gleichnis das Wunder der Ergänzung, der Erfüllung des Eins- und Ganzwerdens am und mit dem Partner zu erfahren, ein Erleben, das Vorbereitung sein kann, später auf vielen anderen neuen Ebenen zu Ergänzungen zu kommen, zur Ergänzung der eigenen Seelenteile in der zweiten Lebenshälfte oder gar in Kommunikationsmöglichkeiten mit Gott auf den Stufen höchster Reife«, schnarrte die andere. »Denn ob man in der Lage ist, lebendige Frucht zu tragen, hängt von der Bereitschaft ab, diesen Kampf der Selbsterkenntnis im Ofen der Gänsemagd, d.h. allein mit sich, im Schmelztiegel innerer Verwandlung auszutragen«, grunzte die dritte, und ich knallte betroffen die Tür zu.

Das hätten sie alles von Christa Meves, greinte der junge Mann. Er vermute, daß brutale Indoktrination und hochtraumatische Erlebnisse aus verjährten Kirchentagen und Religionsstunden für dieses Grauen verantwortlich seien. Das sei doch nicht mehr normal, daß sich rundherum ausgewachsene und geschlechtsreife Frauen 1991 noch von den greisinnenduttgrauen und krückstockreaktionären Kinderkircheküchesprüchen irgendeiner hergelaufenen Uelzener Psychagogengranate am Vollzug des Wunders der Erfüllung des Eins- und Ganzwerdens mit jungen Männern hindern ließen, und ob ich Christa Meves nicht vermittels eines kleinen essayistischen Rufmordanschlags ihr bestialisch durchgeknalltes Maul- und Handwerk legen könne, bevor es endgültig zu spät sei?

»Nein so einfach ist menschliches Glück nicht erreichbar«, keifte es aus der Besenkammer. »Das ist es allein deshalb nicht, weil Lustgewinn, auch in bezug auf sexuelles Glück, kein eigentlich menschliches Lebensziel ist, eine Tatsache, die Mädchen meist sehr bald, wenn auch oft nur dumpf, empfinden.«

Ich übernahm den Job.

*

»Ein stilles, fast ein Madonnengesicht von Zuhörern wartet mir entgegen ... Dieses Riesenantlitz der zweitausendköpfigen Menge dort unten hat große Ohren und helle Augen - es will wirklich etwas lernen, es will etwas wissen. Oh, ich werd's

ihnen schenken, mit Freude, mit Eifer. Schaut doch, ich war so fleißig, ich habe mich so für euch bereitet. Es wird ein Fest, ein großes herrliches - und meine Schutzengel sorgen dafür, daß es um kein Jota getrübt wird« (Christa Meves).

*

»Christa Meves, geb. 1925, Studium der Germanistik, Geographie und Philosophie an den Universitäten Breslau und Kiel, Staatsexamen in Hamburg, dort zusätzlich Studium der Psychologie, Psychagogen-Ausbildung an den Psychotherapeutischen Instituten Hannover und Göttingen. Freipraktizierend in Uelzen, Arztfrau und Mutter zweier Töchter. 1974 Wilhelm-Bölsche-Medaille«, heißt es auf den Umschlagseiten ihrer zahlreichen Herderbüchereibücher, die verheißungsrauhe Titel tragen wie »Seelische Gesundheit und biblisches Heil«, »Freiheit will gelernt sein«, »Macht Gleichheit glücklich?«, »Ehe-Alphabet« oder »Ich reise für die Zukunft - Ernste und heitere Vortragserlebnisse«. Ob außer ihrem Werk noch etwas von ihr lebt, weiß ich aktuell nicht; falls ja, reist Christa Meves wahrscheinlich auch heute noch wie eine Wilde in Sachen Zukunft durch die Volkshochschulen und »das wogend vernebelte Meer von Rauchlust und Pensionsberechtigung«, um uns das Rauchen, das Vögeln, das Abtreiben sowie »das Wesen der Entartung« aus- und irgendwas heillos Schräges über »das religiöse Mysterium Ehe« einzureden: »Ich reise in Sachen Zukunft. Ich sprach jahraus, jahrein auf den ‘Märkten’, um meine Hörer davon zu überzeugen, daß wir unser Leben ändern, unsere Kinder anders erziehen müssen. Ja, ich wage es, mitten in die gekrausten Stirnen meiner psychoanalytischen Kollegen hinein, die so genau über ‘Scheinmotivationen’ unterrichtet sind, zu behaupten, daß ich allen Ernstes wie Don Quichotte ausgezogen bin, um zu retten, was sich bei aller Gefährdung noch retten lassen will.«

Rette sich wer kann!

*

»Danach in zügigem Tatendrang aufs Podium. Unversehens stoße ich angesichts des menschenvollen Riesensaales einen meiner verstohlenen Initialseufzer aus - und lausche verstört: Aus den mäuligen Lautsprecherkanälen an den Wänden jammert ein Wind, schwillt an, entlädt sich säuselnd über der Menge wie der Auftakt zu einem Orkan« (Christa Meves).

*

Worin aber bestehen bei aller Gefährdung die uns gefährdenden Gefährdungen, die lt. Christa Meves schnurstracks »von Gammler- und Rockergruppen zu beziehungslosen Massenmorden« führen und »eine gefährliche Schwächung gesunder Lebenskraft unseres Volkes« heraufbeschwören, dieweil sie niederträchtigerweise »eine Ausbeutung der Starken durch die Schwachen« begünstigen und dafür Sorge tragen, daß wir alle eines schönen Tages »in den trägen Strudel unbedachten Genusses geraten«, ohne zuvor das von Christa Meves abgestempelte und beglaubigte Genußstrudelfreischwimmerzeugnis um die Segelohren geschlagen bekommen zu haben?

Nun, da wäre wohl zuvörderst die verbreitete »Gebärunwilligkeit« zu nennen; sodann »die Dämonie des Bösen« in der Gestalt von »Frühsexualität und Rauschgift«; dicht gefolgt von der »Macht der Finsternis« über »undifferenzierte Gefühlsausbrüche in Beat-, Sex- und Fußballrummel«; nicht zu vergessen »das Tier aus dem Abgrund« namens »Nikotin-, Alkohol- und Rauschgiftmißbrauch« sowie die »naturferne Zerrissenheit vieler Männer« und der munter spukende »Geist der Vernichtung«, der uns immer so abscheulich anfällig macht »für betäubende Süchte (Alkohol, Nikotin, Rauschgift, Lärm- und Sexorgien)«.

Ob es aber in der großen weiten Welt weißgott so prachtvoll orgiastisch zugeht, wie frau sich das als verkniffene Psychagogin in der vollends unglaublichen Stadt Uelzen unentwegt freipraktizierend vorzustellen versucht?

»Die Gewöhnung an rasch genossenes Glück beschwört die Gefahr herauf, die Fühlfähigkeit für Freude generell einzubüßen«, behauptet Christa Meves, und das sieht ihr ähnlich. »Wenn das Dämonische in uns die Oberhand gewinnt - als Herrschsucht, als Geltungs- und Ruhmsucht, als Geiz, als Sexualsucht, als Trink- und Freßsucht, als Schlaf- und Gammelsucht«, dann ist es in Uelzen mit der Fühlfähigkeit für Freude unwiderruflich vorbei; »und seitdem stehen wir in einem Entvaterungsprozeß, in einem noch immer nicht beendeten Verfall geistiger Wertstrebungen und sittlicher Normen«, schön wär’s!, und »aus dem Volk der Dichter und Denker wird als Folge falscher Früherfahrung ein Volk von jugendlichen Dieben werden«, wer hätte das zu hoffen gewagt! »Aber was hier - vermischt mit Technisierung und Intellektualisierung - als Befreiung zur Lust in Erscheinung tritt, vermag den Menschen heute genausowenig zu erlösen wie Beat-Ekstase und LSD-Rausch.« Gar nicht auszubrüten, was Christa Meves ihren unschuldigen Kindern so von kleinauf alles ins Poesiealbum und hinter die knallroten Ohrfeigen geschrieben haben mag. Oder doch? »Eine rechtzeitige, bewußte, wahrheitsgemäße Unterscheidung zwischen schöpfungsförderndem und schöpfungsminderndem, lebensfeindlichem Tun im Sinne einer psychischen und somatischen Hygiene wäre gewiß in der Lage, die Frauen in den Dienst für das Gute mit Eifer einzuspannen, statt sie der Gefahr auszusetzen, durch Indoktrination bösartig hyänen- und terroristenreif zu werden.« So einfach ist das.

Denn also steht es in Uelzen geschrieben: »Nimmt man den Frauen eine ihrer letzten Bastionen der Pflege des Gefühls in der ungestörten Mutterschaft, so werden Schillers Hyänen, die mit Entsetzen Scherz treiben, bald nicht mehr legendär sein.«

Sondern vergessen.

*

»Diese Menge hat einfach kein Antlitz - sie zeigt die Trostlosigkeit einer unbewohnten, verlassenen, von der Natur überwucherten, einstigen Kulturlandschaft. Mich packt Ursiedlerlust, Rodungsbedürfnis. In der ersten Viertelstunde meiner Rede hängen die Jungen noch obszön in ihren strammen, dreckigen Hosen über den Sitzkanten ihrer Stühle, dann rutschen immer mehr der kleinen Hintern in eine Sitzhaltung hinein, Oberkörper werden sichtbar, Augen fangen an zu blicken« (Christa Meves).

*

Gottesdienst und Maßhaltepolitik und der schambeinharte Ringkampf mit dem »Urvieh Sexualität«, das sind so Christa Meves ihre Astralleib- und Labmagenthemen. Da kennt sie sich aus; da hängt sie sich voll rein; da schreckt sie auch vor Mord und Totschlag nicht zurück: »Die Schlange, die alte Verführerin zur Eigenmächtigkeit, zum Hochmut des Alleinmachen-Könnens, die den Pakt mit der Materie, mit dem dialektischen Materialismus anbietet, reckt sich mir als ein feistes Reptil entgegen, füllt den Raum mit behäbigen Windungen - füllt ihn aus! Aber ich bin schließlich auch immer noch die Eva, die einstmals hereinfiel, der der ganze Schrecken der Verdammnis, der Schrecken der Fesselung in das Elend der Materie, der Veränderungsnot und der Wehen, der Geburten, der Entwicklungen und Fehlentwicklungen noch in den Knochen sitzt! Ich ergrimme. In mir wächst eine Kraft, die mit mir selbst überhaupt nichts mehr zu tun hat; und ich nehme diese Schlange, zertrete ihren Kopf und hämmere ihn gegen die Wand, schlage ihn, schlage, schlage.«

So sieht sie nämlich aus, die »Befreiung zur Verantwortung«, die der dubiosen »Entglückung des Menschen durch das Egalitätsprinzip« mit Hilfe der in Uelzen ausgeheckten »Konterreformen« schlußendlich »mit dem sperrigen Pflugeisen der Not« den auch in der Höhe verdienten Einhalt gebietet, indem sie »dem kosmischen Kampf zwischen Trieb und Geist« eine überraschende Wendung verleiht und uns die gänzlich unwillkommene Gelegenheit verschafft, »neu aufzubrechen in das Land eines maßvollen und verantwortungsbewußten Erwachsenenlebens hinein«. Denn? »Denn der sichere Umgang mit Freiheit setzt die Fähigkeit zum Verzicht, zu Gehorsam und Selbsterkenntnis voraus.« Selbsterkenntnis im Ofen der Gänsemagd, alles klar. Denn? »Denn der seelisch-geistige Status von Frauen im abendländischen Kulturkreis ist im allgemeinen wesentlich höher als der von Frauen in einem Negerkral oder einem orientalischen Harem.« Und so fortan über den Flüsterasphalt von Ewigkeit zu Ewigkeit: »Ewigkeit fängt zu flüstern an, wenn Krankheit und Not uns trennen vom Tand«, als da wären die »Vergottung sexueller Lust«, »Pensionierungskrisen und Altersbresthaftigkeit« plus »zwanghaftes Onanieren«, wer bietet mehr?

Christa Meves natürlich. »Niemals werden die Entwicklungsländer aus ihrem kümmerlichen und krisenreichen Dasein herauskommen, wenn wir ihnen nur unser Geld, nicht aber jenen Geist vermitteln, der die Kultur des Abendlandes zur Blüte brachte: den christlichen.«

Ist das nicht irre? Da haben wir nun alle Welt jahrhunderte-, ja jahrtausendelang mit Boden-Boden-Raketen, Daumenschrauben, Scheiterhaufen, Büstenhaltern, Napalm, Dioxin und Bibelarbeitskreisen und ähnlichen Erzeugnissen und Flächenbrandbomben aus der Giftküche der christlich-abendländischen Atompilzkultur überzogen und gepflastert und beschossen, und Betschwester Christa hat die Faxen noch immer nicht dicke und weigert sich harthirnig, der gebeutelten Menschheit auch nur die winzigste aberglaubensfreie Pinkelpause einzuräumen: »Der Mensch, der sein Leben als verantwortlichen, als antwortenden Dienst für Gott erleben lernt, gewinnt eine neue Standfestigkeit, eine Kraft, die von innen leuchtet.« Das sagen sie alle. Und was sagt Christa Meves? »Sich dazu bekennen, ein Religionslehrer zu sein, erfordert stummes Heldentum.«

Aber warum schreit sie dann so?

*

»Atemlose Begeisterung; es echot Resonanz in breitflächig dahinwallenden Hornstößen durchs Telefon« (Christa Meves).

*

Ganz besonders verheerende Auswirkungen auf das postmoderne Liebesleben zeitigt Christa Meves(rüpelhafte Angewohnheit, ihren erhobenen Zeigefinger permanent in die Hosenställe wildfremder Menschen zu stecken und von dort aus allen, denen das Vögeln mehr Vergnügen bereitet als ihr, die im Traktatort Uelzen ausgekochten Warnungen vor dem

»Über-Mut sexuellen Abenteurertums«, der »Verabsolutierung der Lust« und dem berüchtigten »Orgasmuszwang« ins Gehirn zu pflanzen: »Besonders verheerende Auswirkungen auf das Orientierungsvermögen des Menschen hat unser Tanz um eines der größten Urtiere der Bibel, um Behemoth, hat die Vergottung der Sexualität.« Wäre die Dame meine Großmutter, würde ich ihre sofortige Entmündigung veranlassen. Öffentlich zwanghaft an der Intimsphäre unbescholtener Bürger schnüffelnden und nörgelnden und nestelnden Neidhammeln und Schreckschrauben und Drachentöterinnen kann man ja überhaupt nicht scheißfrech genug in die Parade fahren. Christa Meves: »Sexualität im Jugendalter ohne eine verpflichtende Liebesbindung ist ein schädigender Eingriff in die sich noch entfaltende Gefühlswelt der Mädchen.« »Die sexuelle Libertinage für Jugendliche,die auf dem Boden des Gleichheitswahns entstanden ist, schaltet die Suche nach dem einen erstrebenswerten Hauptteilziel des Lebens aus: nach harter Mühsal sein Mädchen heimzuführen. Heute hingegen ist meist sehr rasch zu haben, was man sexuell begehrt. Die rasche Triebsättigung aber führt generell keineswegs ins große Glück, sondern zu lebensmüdem Überdruß«. »Die Versexualisierung der Liebe bedeutet für die Frau eine Entartung.« »Exklusive Liebe ist letztlich Egoismus zu zweit.« Reicht das?

Für die Horrorvision einer von Christa Meves in Zusammenarbeit mit der Hanns-Seidel-Stiftung und dem Bund deutscher Mädel lackierten und furnierten Puppenstubenwelt reicht das allemal: Wer onaniert, kriegt Hausarrest und Rückenmarksentzug; Mutti und ihr reaktiviertes Lenor-Gewissen kuschen wieder und vollziehen beim Staubspülen und Geschirrwedeln kochgradig saubere Schöpfung; die Selbsterkenntnis im Ofen der Gänsemagd läuft auf Hochtouren; Frühsexualität und Rauschgift sind durch kalte Duschen, verschärften Häkelunterricht und die Zwangsernährung mit Oblaten und Diabetikermarmelade rückstandslos ausgemerzt worden; artig faltet man die Hände, bis das Frühgebet zu Ende; auf den knorrigen Natureichenbänken in den kastrierten Vorgärten ihrer blitzblanken Elternhäuser sitzt mit ihren rehbraunen Zopfschnecken stocksteif die erzkeusche Jungfrauenschar, welche »die Gefahren der Verwöhnung maßvoll abwehrt«, Trockenerbsen auspult und geduldig auf den vom Diözesanrat persönlich terminierten Vollzug des Wunders der Erfüllung des Eins- und Ganzwerdens am und mit dem von der Kurie freundlicherweise zugeteilten jeweiligen Lebenspartner wartet, der ihr dann endlich den patschnassen »Schmelztiegel zur Sittlichkeit« stopft.

Noch Fragen?

Ja, Frau Meves?

»Seine Familie verantworten - ist das überhaupt noch möglich?«

Nein, Frau Meves.

»Wird die Diffamierung der Schwarzen dazu führen, daß die weiße Rasse in Zukunft ausgelöscht und ‘eingefärbt’ unter der Fahne der schwarzen Rasse marschieren wird?«

Was? Blödsinn, Quatsch, Quark.

»Von der zur Bosheit entarteten Schlange, diesem Geist des Niedrigen, Materialistischen, Oberflächlichen, der auf absolute Zerstörung sinnt, werden wir uns, so sagt die Genesis prophetisch, in die Ferse stechen lassen. Ist es heute soweit?«

Papierschlangen stechen nicht, Frau Meves.

»Sitzen die Bundesbürger mit ihren feschen, emanzipierten, ausgemergelten, kühl berechnenden, infertilen Berufsfrauen im Wohlstands-TEE zum Untergang? Trifft auf uns in dieser Zeit jene alte germanische Prophezeiung zu, daß das Nahen des Weltendes daran erkannt werden könne, daß Männer in Wagen ohne Pferde führen und die Frauen keine Kinder mehr bekämen?«

Was weiß ich. Ist mir auch scheißegal. Überhaupt nicht egal ist mir hingegen der Gemüts- und Geisteszustand der zeitgenössischen Frauenwelt; und wenn es mir mit meinem kleinen essayistischen Anschlag auf Christa Meves inzwischen gelungen sein sollte, die Durchseuchung und Durchrassung der Frauenwelt mit dem verknöcherten und vermottenkugelten psychagogischen Gebetsmühlengeknatter Marke Meves ein für allemal abzuwürgen oder wenigstens in die schwarzbraunen Uelzener Stadtgrenzen zu verweisen, habe ich nicht ganz und gar umsonst gelebt, und meine »Drachensaat« (Christa Meves) ist »aufgegangen« (Christa Meves), und mehr bedarf’s nicht.

*

»Die Lichter verlöschen, eine halbe Stunde mit teurem Geschwätz ist vorbei« (Christa Meves).

Das aber war es mir wert.

Gerhard Henschel lebt als freipraktizierender Bibelforscher jenseits von Eden und Uelzen

Konkret 09/91, S. 43

Ernst Kahl

Ernst macht Kahl

Kontra: Die Erde ist eine Hämorrhoide am Arsch des Universums (Galileo Galilei)

Pro: And I think to myself, what a wonderful world (Louis Armstrong)

Alles starrt auf Bob Beaman, den Achtmeterneunzigmann von Mexico. Würde diese menschliche Sprungfe-der heute eine ähnliche Weite erreichen, sie vielleicht gar übertreffen? Bob setzt seine Muskelmasse in Bewegung, hebt ab und landet auf dem Absprungbrett, wo er niederkniet, um mit dem Zeigefinger die Temperatur des Landebahnsandes zu prüfen. Zu kalt. Anderntags Sportveranstaltung in Düsseldorf. Beaman springt. Ein Raunen geht durchs rekordverwöhnte Publikum. Man schaut auf die Anzeigetafel: 1,83 m. Beaman reißt die Arme hoch.

Walter Jens, der große Gestiker, in einer Talkshow. Verteidigungsminister Stoltenberg holt gerade weit aus, als ein Pffffft seine Rede unterbricht. Das war kein Tornado eben gerade, erklärt Walter Jens, das war Rethorik aus meinem hinteren Pförtchen.

Lesung mit Günter Grass. Der Dichter gibt was aus seinen Kalkutta-Tagebüchern zum besten. In der Pause dann zeigt uns Günter seine Urlaubsdias von indischen Stränden.

Der Freischütz, inszeniert von Loriot. In der Wolfsschluchtszene verliest Max nach Erhalt der Freikugeln eine Erklärung der Hafenstraßenbewohner. Vorhang. Vorhang auf. Fruchtbarkeitsfest auf dem Dorfplatz. Die Brautjungfern umtanzen einen mannshohen Holzphallus, tirilieren: Wir winden dir den Jungfernkranz aus feilchenblauer Seide. Im Vordergrund treibt□s der Dorftrottel mit einem ausgestopften Schwein.

Evelyn Hamann in der Kleinen Komödie. Ein Gag jagt den anderen. Da wird die eben noch so lustige Evelyn plötzlich ganz ernst, tritt an den Bühnenrand und sagt, daß wir die Hungernden in der Sahelzone nicht vergessen sollen und nicht die Armen und Kranken in unserer Gesellschaft. Danach jagt wieder ein Gag den anderen.

H.L. Gremliza liest in der Buchhandlung Gegenwind aus Frau Schwarzer ihr Haus seine Lieblingswurst. Mittendrin legt er das Buch zur Seite, zieht ein Schiefertäfelchen aus der Aktentasche, um dem Publikum mit wenigen Kreidestrichen die Ähnlichkeit zwischen den Konstruktionen von Hängebrücke und Damenfahrrad zu verdeutlichen, der passionierte Rennradler.

Heute fahren wir mal Geisterbahn. Die Schwingtürflügel öffnen sich, und schon rollt unser Wägelchen durch sonnenbeschienene Gärtchen, links ein Wetterhäuschen, rechts wird Bambi vom Gartenzwerg gekrault.

Müssen wir uns so was bieten lassen? Wofür haben wir schließlich Eintritt gezahlt?

Und darum rate ich Ihnen vom Erwerb meines neuen Buches ab. Es hat keine Linie. Sie haben sich grad an meine Schokoladenseite gewöhnt, blättern um und kriegen□s mit Rübenmus zu tun. Hier das entzückende Landschaftsbild, dort die primitive Kohlezeichnung, hier der triviale Fotoroman, dort, sag mal, du willst mich wohl verarschen?!

Der Mensch ist ein Gewohnheitstier. An meinen Haß auf Nazis, Dummheit, Bequemlichkeit können Sie sich gewöhnen, sonst aber an gar nichts, da bleibe ich unzuverlässig. Sie suchen ein Weihnachtsgeschenk in Buchform? Wie wär□s mit einem schönen Satireband?

Ernst Kahls Kahlschläge. Cartoons, Strips und Hully Gully, Verlag am Galgenberg, Hamburg 1991, 44.80 Mark

Ernst Kahl stellte in KONKRET 8/91 »Die goldenen Zitronen« vor

Konkret 09/91, S. 44

Karl Anton & Vororth

Ein Mischgebiet

Wie die Auseinandersetzungen um »Nutzung« und »Neupositionierung« der KZ-Gedenkstätten Buchenwald, Ravensbrück und Sachsenhausen zeigen, sind die Deutschen mit der Entsorgung ihrer Vergangenheit nach der Wiedervereinigung bereits ein gutes Stück vorangekommen

Der Supermarkt fiel ins Sommerloch. Hätte das Timing besser geklappt, wäre das Gebäude für Kaiser's Kaffee zwei, drei Monate früher fertiggestellt worden - kein Mensch hätte sich darum gekümmert, daß da, wo jetzt Käse verkauft wurde, sich einst die Tischlerei und eine Kartoffelmiete des Konzentrationslagers Ravensbrück befunden hatten. Und niemand hätte Notiz von ein paar unverbesserlichen Demonstranten in gestreiften Hemden genommen.

So aber sickerte die Nachricht vom Bau des Einkaufszentrums auf dem ehemaligen KZ-Gelände und den Protesten dagegen ausgerechnet in die nach Journalistenkriterien nachrichtenarme Periode. Und so wuchs sich »der pietätlose Umgang mit geschichtsträchtigem Boden« neben der Sondersteuer für Dicke und der Namensgebung für Tiefdruckgebiete zu einem der diesjährigen Sommerhits unter »Vermischtes« aus. Es entstand so etwas wie öffentlicher Hochdruck. Hatte die Firma Tengelmann zwischendurch noch geglaubt, das Problem durch einen »grünen Wall« zwischen Markt und KZ-Gelände lösen zu können, sah sie sich schließlich gezwungen, einen Rückzieher zu machen. Der Supermarkt wurde zur Bibliothek - eine Selbstverständlichkeit, die alles andere als das ist.

Denn so wie diese Geschichte vor fast fünf Jahren ihren Anfang genommen hatte, war ein anderer Ausgang wahrscheinlich. Für eine »Neubewertung der deutschen Geschichte« hatten die Historiker Nolte, Stürmer und andere damals gestritten, und gemeint hatten sie, daß die Deutschen nur ungern immer wieder daran erinnert würden, daß etwa bestimmte deutsche Worte in anderen Sprachen auch nach mehr als fünfzig Jahren ihre ganz besondere Bedeutung behalten haben: Sport, Appell, Rampe, Selektion, schnell, schnell.

Das Unterfangen der Historiker hatte 1986 in der Bundesrepublik viel freundliche Resonanz gefunden. Doch nun, da die Neubewertung der deutschen Vergangenheit praktisch werden konnte, zeigte sich: Noch ist die laute, spektakuläre Umwidmung nicht immer durchzusetzen, ist der bedächtige Weg - Neukonzeptionierung, Etatgestaltung, Personalentscheidungen - erfolgversprechender. Das Ziel bleibt das von Nolte vorgegebene: Deutsche Geschichte soll auf Normalgeschichtsmaß zurechtgestutzt werden.

Doch zunächst ist davon zu reden, was da eigentlich neubewertet werden soll, ist immer wieder ganz von vorne anzufangen, in diesem Land, wo alle glauben, von allem viel zu lang zu gut genug zu wissen.

*

Am 28. Februar 1933 war Schluß mit den »juristischen Kinkerlitzchen«. Die »Notverordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat« trat in Kraft. Nun war es der Polizei und ihrer SA-Hilfstruppe auch formaljuristisch möglich, zeitlich unbegrenzt und ohne richterliche Einmischung »Schutzhaft« zu verhängen. Die Gefängnisse reichten bald nicht mehr aus, am 22. März 1933 wurde in Dachau das erste staatliche Konzentrationslager errichtet.

Geprügelt und gefoltert worden war auch schon zuvor in Kellern und Sturmlokalen der SA, zahlreiche »wilde« Lager waren eingerichtet worden, im Juli 1933 saßen offiziell 26.789 Gefangene in »Schutzhaft«. Brutalität sollte in der Bevölkerung keine Zweifel daran lassen, was diejenigen erwartete, die sich gegen die Errichtung eines tausendjährigen Reichs zu stellen gedachten.

Diese erste Welle des Terrors hatte bald ihren Zweck erfüllt, 1935 wurden die kleineren Konzentrationslager geschlossen, die anderen einer einheitlichen Bewachung und Leitung durch die Totenkopfverbände der SS unterstellt. Ab 1936 wurden neue, größere Lager gegründet, der Krieg warf seine Schatten voraus, der Kampf gegen die innere Front setzte ein. Zu den politischen Häftlingen der Anfangszeit, vornehmlich Kommunisten, Sozialdemokraten und Gewerkschafter, kamen zunehmend »Minderwertige«: Zeugen Jehovas, »Asoziale und Arbeitsscheue«, »Berufsverbrecher«, Homosexuelle, Zigeuner. Nach dem Pogrom im November 1938 wurden 30.000 Jüdinnen und Juden eingeliefert.

80.000 Häftlinge saßen Anfang 1942 in den Konzentrationslagern, mehr und mehr von ihnen Ausländerinnen und Ausländer aus den besetzten Gebieten. Mit zunehmender Dauer des Krieges gingen die Nazis dazu über, die Arbeitskraft der KZ-Häftlinge, deren Zahl rasch wuchs, intensiver auszubeuten, Rüstungs- und andere Industriebetriebe wurden bei und in den Lagern angelegt, für die Insassen jedoch ergaben sich dadurch nur selten Erleichterungen: Der »Nachschub an Arbeitsmaterial« schien den Nazis unbegrenzt, Vernichtung ging vor wirtschaftliche Effizienz.

22 Konzentrationshauptlager mit 1202 Außenkommandos sind bekannt. Und doch waren sie nur ein Teil des umfangreichen Netzes von Lagern, das von den Nazis installiert wurde. »Die empirische Untersuchung hat 16 verschiedene Kategorien und 10.005 nationalsozialistische Lager ergeben, in denen Menschen verschiedenen Alters, verschiedenen

Geschlechts, verschiedener Nationalität, verschiedener ethnischer oder konfessioneller Herkunft gefangen gehalten wurden. Es waren dies: sechs 'Euthanasie-Anstalten', 29 Psychiatrische Anstalten und 30 Kinderfachabteilungen, in denen Patienten durch Medikamenten-Vergiftungen ermordet wurden; 26 Anstalten in den besetzten Ostgebieten, in denen der Mord durch Kraftfahrzeug-Gaskammern, Vergiftungen und Erschießungen praktiziert wurde; 11 Sammelstellen für unheilbar geisteskranke Ostarbeiter und Polen; acht Todeslager; 59 frühe KZ; 399 Ghetto-Lager in Polen (heutige Grenzen); 34 Ghetto-Lager in Ost-Galizien, 16 Ghetto-Lager in Litauen, drei Ghetto-Lager in Lettland und 60 Ghetto-Lager in Transnistrien; 941 Zwangsarbeitslager für männliche und weibliche Juden, 230 Sonderlager für ungarische Juden im tschechoslowakisch-ungarischen Grenzgebiet Österreichs, 78 Polizeihaftlager; 106 Arbeitserziehungslager, acht Jugendschutzlager, das SS-Sonderlager Hinzert mit 33 Außenkommandos, das Sicherungslager Schirmeck-Vorbruck mit sechs Außenkommandos, 40 Strafgefangenenlager im Emsland und 1.303 in Polen, 21 Haftanstalten der Wehrmacht und Kriegsgefangenenlager in Berlin, acht in Hessen, acht im Emsland und 2.197 in Polen; 645 Lager für ausländische Zivilarbeiterinnen und Zivilarbeiter in Berlin, 532 in Hessen und 1.798 in Polen, 136 'Aussiedlungslager', 'Übersiedlungslager', 'Germanisierungslager', Lager für Personen, die von Polen aus zur Industriearbeit nach Deutschland verschleppt wurden.« (Gudrun Schwarz)

Nur fünf bis zehn Prozent aller Häftlinge waren gegen Ende des Krieges Deutsche. Über die Hälfte der bekannten Lager befand sich in Polen, darunter die Todeslager, in die die jüdische Bevölkerung aus den Judenhäusern, Ghettos und Sammellagern abtransportiert wurde: Chelmno. Belzec. Sobibor. Treblinka. Auschwitz-Birkenau. Lublin-Majdanek.

Die Zahl aller Lager ist ebensowenig bekannt wie die aller Häftlinge, aller Ermordeten. Geschrieben wird von 18 Millionen Eingesperrten, von elf Millionen Umgebrachten.

Buchenwald

1937 wurde auf dem Ettersberg bei Weimar von Häftlingen des KZs Sachsenhausen ein Konzentrationslager für Männer errichtet. 35 Holzbaracken auf einer Fläche von 40 Hektar, 15 zweistöckige Steinblocks, Krankenhaus, Küche, Desinfektion, Gärtnerei, Appellplatz, Elektrozaun, 23 Wachtürme. In 129 Außenkommandos arbeiteten Häftlinge in Hütten und Bergwerken, als Bombensucher und für die Reichsbahn. In einer Genickschußanlage wurden 8.483 sowjetische Soldaten ermordet. Experimentiert an Menschen wurde mit Fleckfieber, Pockenviren und Giften. Im Oktober 1939 waren im Lager 12.000, im September 1944 84.000 Häftlinge. Am 11. April 1945 befreiten die 21.000 Verbliebenen sich selbst. Von einer Viertelmillion Häftlingen aus 35 Nationen starben 65.000.

Mit der Befreiung endete die Geschichte des Nazi-KZs, nicht aber die von Buchenwald. 1945 gingen auf dem Gebiet der späteren DDR die sowjetischen Besatzungstruppen entsprechend einer Direktive des Alliierten Kontrollrats daran, ehemalige Nazis hinter Gitter und Stacheldraht zu stecken. Sie nutzten dazu die Lagerbauten von Buchenwald. Die Amerikaner im Westen taten dasselbe mit Dachau. 30.000 Menschen wurden während der kommenden fünf Jahre in Buchenwald in dem »Speziallager 2« inhaftiert, darunter auch Personen, die den Sowjets lediglich politisch mißliebig oder unzuverlässig schienen, und unter den Unschuldigen vereinzelt solche, die schon vor 1945 in Buchenwald eingesperrt gewesen waren. Gefoltert wurde nicht, Zwangsarbeit war nicht angeordnet. Etwa die Hälfte der Inhaftierten starb an Krankheiten und Unterernährung.

1950 schloß man das Lager. Die Jahre nach dem Krieg wurden aus dem öffentlichen Gedächtnis gestrichen. Auch in der 1958 eröffneten Nationalen Mahn- und Gedenkstätte Buchenwald erinnerte nichts an sie. 1983 wurden Massengräber entdeckt, offensichtlich aus der Zeit nach 1945 - und Stillschweigen befohlen.

Ein nach der Wiedervereinigung von der Stadt Weimar eingesetzter Ausschuß für Amtsmißbrauch und Korruption wirft den Wissenschaftlern der Gedenkstätte jetzt »historische Einseitigkeit« vor. Die erklären, die Periode 1945-50 nachdrücklicher erforschen zu wollen und präsentieren ihre Ergebnisse auch in einem eigenen Raum. Doch den Wortführern der Weimarer Honoratioren, dem CDU-Stadtverordneten Haufe und dem Pfarrer Kranz, genügt das nicht. Im Sommer 1990 wird die Leiterin der Gedenkstätte, Dr. Irmgard Seidel, abgesetzt, ihre Stelle ausgeschrieben. Das Thüringer Ministerium für Wissenschaft und Kunst entscheidet sich für den einzigen westdeutschen Bewerber, den Historiker Ulrich Schneider. Der tritt am 1. März 1991 sein Amt an und zwei Wochen später bereits wieder von ihm zurück. Das»Thüringer Tageblatt« hatte »Zweifel an der Lauterkeit« bekundet, zum einen, weil er beim Einstellungsgespräch seine ehemalige DKP-Mitgliedschaft verschwiegen habe - er war danach gar nicht gefragt worden , aber auch, weil er »schützend die Hand über seine neuen Untergebenen« halte, sich also schlicht weigerte, auszuführen, was Mitglieder des Weimarer Ausschusses von der Landesregierung verlangten: die zur stellvertretenden Leiterin ernannte Irmgard Seidel hinauszuwerfen. Am 12. April treffen sich ehemalige Häftlinge des KZs, um wie jedes Jahr ihrer Befreiung zu gedenken. Erstmals nehmen keine Vertreter der Stadt Weimar an dem Treffen teil.

In ihrem Mitteilungsblatt »Die Glocke vom Ettersberg« wehren sich die Internationalen Buchenwald-Komitees gegen alle Versuche der »Vermischung der Opfer des Nazi-Terrors mit ihren Folterern«: »Wir verwahren uns dagegen, daß die

Bedeutung und der Charakter der Mahn- und Gedenkstätte geschmälert oder gar verdeckt wird durch die Gleichsetzung der Vorbereitung und Durchführung des Hitlerkriegs mit den Folgen, die er heraufbeschwor.« Die Präsidenten der Internationalen Lagerkomitees fordern, Buchenwald der UNESCO zu unterstellen, als »Gedenkstätte des europäischen Kulturerbes« anzuerkennen und »deren Veränderung oder Verfälschung« zu verhindern. Buchenwald ist keine deutsche Angelegenheit.

Im Mai tagt der Ausschuß für Amtsmißbrauch und Korruption in Weimar öffentlich. Weimar will sich »zu Buchenwald neu positionieren«. Die »Einseitigkeit« müsse ein Ende haben. Zu einer »Gedenkstätte aller Opfer menschlicher Diktaturen« soll Buchenwald nach dem Willen der örtlichen CDU werden und damit der jüdische Muselman zu einem Opfer wie der SS-Sturmbannführer, der ihn mit Eiswasser begoß und in der Kälte stehenließ.

Im Juni 1991 wird die Stelle des Leiters mit dem Lehrer für Germanistik und Geschichte, Thomas Hofmann, besetzt. Hofmann, der bis dahin Kulturreferent des hessischen Städtchens Lauterbach gewesen war, führt sich in einem Interview mit der »taz« ein: »Die Frage der Aufarbeitung des sowjetischen Internierungslagers ist meiner Ansicht nach vordringlich ... Als Historiker bin ich der Meinung, daß Buchenwald ein Zentralpunkt bei der deutschen Identität ist. Da muß man sich drum kümmern, weil das ist ein Geschichtszeichen ... Es geht auch in Buchenwald darum, wie man mit Geschichte öffentlich umgeht und wie man auch mit dem Antifaschismus-Mythos der DDR umgeht und solche Dinge.«

Am 10. Juni besucht Bundeskanzler Kohl die Gedenkstätte »solcher Dinge«. Er betet 55 Sekunden vor den Holzkreuzen, die an die im »Speziallager 2« Gestorbenen erinnern, und sagt: »Die Erinnerung an das Grauen wird uns allen immer frisch im Gedächtnis bleiben.« Er lehnt es ab, sich in das Goldene Buch der Gedenkstätte einzutragen. Die Gedenkstätte neuen Zuschnitts wird auch ein neues Besucherbuch anbieten müssen. Nicht juden-, aber kommunistenfrei.

Ravensbrück

In Ravensbrück bei Fürstenberg in Brandenburg gab es kein sowjetisches Internierungslager. Nur ein deutsches Konzentrationslager.

500 Gefangene aus Sachsenhausen errichteten im Herbst und Winter 1938 Mauern und Baracken, in die ab Mai 1939 Frauen zunächst aus dem KZ Lichtenburg eingewiesen wurden: politische Häftlinge, Bibelforscherinnen, Straffällige, Jüdinnen, Frauen der Sinti und Roma. Nach 1943 wurde Ravensbrück hauptsächlich mit Ausländerinnen aus 23 Nationen belegt, von denen die Polinnen mit 35.000 die stärkste Gruppe stellten. Zeitweise wurden in den für 270 Menschen geplanten Baracken bis zu 2.000 Frauen zusammengepfercht, lebten an die 400 Kinder im Lager. Ein kleineres Männerlager war ab 1941 angeschlossen. Die Frauen arbeiteten in der Schneiderei, der Rohrmattenflechterei, der Kürschnerei und Weberei oder in einem der 60 Außenlager. Ab 1941 selektierten Dr. Mennecke und die Lagerärzte Frauen für Transporte nach Auschwitz und Bernburg. Im Lager selbst wurden Häftlinge in einem umgebauten Duschwagen vergast, Ende 1944 wurde eine Gaskammer gebaut, in der bis zum Mai 1945 fast 6.000 Frauen ermordet worden sind. Registriert wurden in Ravensbrück 107.753 Frauen und 20.086 Männer. Etwa 90.000 von ihnen wurden umgebracht.

Im Mai 1945 wurden die Lagerinsassen von sowjetischen Truppen befreit. Die Rote Armee belegte das Gelände. In die Baracken zogen Soldaten, die Offiziere in die ehemaligen Wohnungen der SS-Mannschaften. Auf einem kleinen Teil des Platzes wurde 1959 eine Mahn- und Gedenkstätte eingeweiht.

Folgende Lehren zog eine 1986 in der 5. Auflage in der DDR erschienene Broschüre aus Ravensbrück: »Besonders für die jungen Menschen ist das Gesehene Vergangenheit, ist es Geschichte. Aber Geschichte, die von den Bürgern der DDR bewältigt wurde, eine Vergangenheit, die sich nie wiederholen wird. Denn vor den jungen Menschen liegt eine glückliche und sichere Zukunft. Dafür lernen und arbeiten sie, stärken und festigen sie die Deutsche Demokratische Republik, den Staat, in dem das Hoffen und Sehnen Tausender gequälter, geschundener und erschlagener Ravensbrücker Häftlinge zur Wirklichkeit wird: Wir wollen mit allen Menschen für alle Menschen unseres Staates die sozialistische Gesellschaft immer vollkommener gestalten. Dazu gehört auch die allseitige Entwicklung zur sozialistischen Persönlichkeit, die bedingt, daß ‘Freude, schöner Götterfunken’ nicht ein Traum genialer Künstler bleibt, sondern zum Alltag, zur Selbstverständlichkeit des Lebens wird. So erfüllen wir am besten das große Vermächtnis unserer teuren, unvergessenen Toten, der gequälten, geschundenen, ermordeten Kinder, Mädchen und Frauen von Ravensbrück.« (Autorenkollektiv: »Frauen-KZ Ravensbrück«, VEB Deutscher Verlag der Wissenschaften, Berlin)

Ganz in diesem verordneten Sinne wurde das 1983 eröffnete Museum gestaltet. Gegen Goebbels, Göring und das Monopolkapital die Ausstrahlung der Oktoberrevolution und die Kampfkraft der Arbeiterbewegung: »Ihre Reihen wurden dezimiert, aber sie konnte nicht vernichtet werden.« Analyse. Erstarrt in den einst ehernen Formeln. Geschichte in Merksätzen. Weiß auf schwarz. Frauen im KZ, ein KZ für Frauen? »Die KPD verband den Kampf und die rechtliche und soziale Gleichstellung der Frau nach dem Vorbild der Sowjetunion mit den aktuellen Tagesfragen des politischen Kampfes gegen den Imperialismus und gegen den aufkommenden Faschismus.«

Drei Räume haben die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte inzwischen symbolisch geschlossen. »Nicht grundsätzlich falsch« seien die Aussagen, meint Monika Herzog, Leiterin der wissenschaftlich-historischen Abteilung der Gedenkstätte, »aber so einseitig plakativ, durcheinander und ungeordnet, daß sie Besucher nicht dazu anregen, sich mit den Wurzeln des Faschismus zu befassen«.

Im »Zellenbau«, dem ehemaligen Lagergefängnis, dessen Räume Angehörige verschiedener Nationen und Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Gedenkstätte in den letzten vier Jahren hergerichtet haben, finden sich endlich auch Dokumente von Jüdinnen, Nonnen, Roma-Frauen und Pazifistinnen. Ein Anfang, so Monika Herzog. Die Existenzbedingungen im Lager sollen in Zukunft in den Mittelpunkt der Darstellung rücken, viele Besucherinnen und Besucher hätten die Behandlung auch noch anderer Themenbereiche gefordert: »Die Täter«, »Neofaschismus«, »Verfolgte in Diktaturen«. Bestehe da nicht die Gefahr, daß durch eine solche Ausweitung die politische Aussage des Mahnmals verwässert wird, in Allgemeinplätze abgleitet, die Darstellung ausfasert? »Nicht, wenn man über das Lagerleben korrekt berichtet, über die Brutalität, die Grausamkeiten. Wir müssen dann Stellung nehmen zur Rüstung, zur Vernichtung durch Arbeit, zu den Todestransporten, das kann man dann nicht umgehen und das wird auch nicht verdrängt.«

Wenn die Rote Armee bis 1994 abgezogen ist, wird ein großer Teil des ehemaligen KZ-Geländes frei. Die Diskussion um den Bau des Supermarkts hatte zur Folge, daß das ursprüngliche Bebauungskonzept für dieses Areal fallengelassen werden mußte. Vorgesehen war zunächst, das Gebiet bis zum See als Mischgebiet auszuweisen, für Wohnungen und Gewerbebetriebe, schließlich besteht da noch ein Gleisanschluß aus alten Zeiten. »In der Konzeption war, daß vor unserer Haustür ein Yachthafen entstehen sollte, eine Villengegend an dem See, an solchen Stellen, wo die Asche der Frauen ausgeschüttet wurde. Wir können markieren, wie weit die Verschmutzung des Sees ging, es gibt Dokumente, es gibt eine Beschwerde der Stadt, mit Anfragen, in denen von ‘Unrat und Abfällen’ gesprochen wird. Wir wissen aber, daß da die Asche der Häftlinge, die ab 1943 im Krematorium verbrannt wurden, in diesen See geschüttet wurde« (Herzog).

Ein Mischgebiet. Schließlich, befand Fürstenbergs Bürgermeister Engler, als er noch frei von der Leber reden durfte, schließlich könne die Stadt »sich nicht von der Gedenkstätte erdrücken lassen«. Doch das war vorher. Mittlerweile soll eine Historikerkommission ein Gesamtkonzept für Ravensbrück, Sachsenhausen und Oranienburg erarbeiten.

Sachsenhausen

In Sachsenhausen bei Oranienburg gab es, wie in Buchenwald, ein sowjetisches Internierungslager, »Speziallager 7 des MWD«. Die Schätzungen, wieviele Häftlinge in dieses Lager gesteckt wurden, reichen von 30.000 bis 50.000. 3.000 Jugendliche waren darunter. Es gab zwei Zonen. In der einen wurde, wer angeblich »den Zielen der Alliierten gefährlich« war, auf unbestimmte Zeit interniert, in der anderen wurde eingesperrt, wer von Sowjetischen Militärtribunalen verurteilt worden war. Die Häftlinge trugen Zivilkleidung, arbeiteten nicht, durften Briefe weder schreiben noch empfangen. Ihre Angehörigen wußten nicht, wo sie waren, und erhielten meist auch keine Nachricht bei ihrem Tod. Über 10.000 starben, geschwächt, erkrankt. Sie wurden in Massengräbern beigesetzt. 1950 kamen die letzten Häftlinge frei oder ins Zuchthaus oder wurden deportiert.

Auch in Sachsenhausen gab es, wie in Buchenwald, ein sowjetisches Internierungslager nur, weil es dort zuvor ein deutsches Konzentrationslager gegeben hatte. Ein KZ, in dem offiziell 140.000 Häftlinge registriert wurden. »Arbeit macht frei« stand am Tor des 1936 errichteten Lagers, gearbeitet wurde in 74 Außenkommandos. Anfang 1940 befanden sich 12.000 Häftlinge in Sachsenhausen, 17.000, vorwiegend Polen, wurden von März bis September desselben Jahres eingeliefert. Von September 1941 bis November 1941 wurden etwa 18.000 sowjetische Kriegsgefangene umgebracht. Im Mai 1942 wurde eine Genickschußanlage, im März 1943 eine Gaskammer in Betrieb genommen. Im Dezember 1944 hatte das KZ 50.000 Häftlinge, vom 20. bis 22. April 1945 wurde es evakuiert, 6.000 Gefangene erschoß die SS auf den Märschen. Anfang Mai wurden die Insassen des KZs Sachsenhausen von sowjetischen Truppen befreit. Von den wahrscheinlich 200.000 Menschen, die durch das Lager gingen, starben hier 116.000. Ihre Leichname wurden verbrannt.

1961 wurde Sachsenhausen zur Nationalen Mahn- und Gedenkstätte erklärt. Auch in Sachsenhausen klingt »das Heldenlied des Widerstands«, dessen »Seele die Kommunisten waren«, »von ihrer Partei zu selbstlosen Kämpfern erzogen«. So ausschließlich klingt es, beinahe schrill, daß beispielsweise die Rom und Cinti Union 1990 am Gebäude der einstigen Pathologie, von der aus deutsche Universitäten mit Schädeln und Gliedmaßen beliefert wurden, eine eigene Gedenktafel für ihre ermordeten Landsleute anbrachten.

Der Ort KZ-Sachsenhausen ist nicht zum Denkmal frisiert worden. Das dreieckige Lagergelände wurde in der einstigen Größe belassen, der Appellplatz ist da, wo er war, Granitblöcke erinnern an jede Baracke. Da stehen die Mauer, das abgeschlossene Areal des Zellenbaus und in der Pathologie noch die weißgekachelten Tische. Nichts ist museal. Es ist immer noch zum Weinen und zum Kotzen.

In Sachsenhausen hat der Besucher zu lernen, was das heißt: Erinnerung braucht Raum. Mindestens der Anstrengung des Gehens und der dazu nötigen Zeit bedarf es, um das Wissen über die Vorgänge an diesem Ort herauszulösen aus der

Schachtel im Kopf, in der es wohlsortiert abgelegt ist. Nur so wird die Erfahrung möglich, wie sehr ein solcher Ort sich dagegen sperrt, »absolviert« zu werden. Nie wird es ein einfaches »Gedenken« der Opfer der Konzentrationslager geben.

Eine kleine Ausstellung erinnert in Sachsenhausen an das »Speziallager Nr.7«. Sie nennt Ursachen: »Es war ein Feindstaat zu besetzen, der einen erbarmungslosen Krieg geführt und sich über alle Normen des Völkerrechts hinweggesetzt hatte. Vorübergehend sollte deshalb ein Teil der auf mehrere Millionen zu schätzenden Nazifunktionsträger festgesetzt und entnazifiziert werden.« Und der Text windet sich durch: »Zum geringeren Teil handelte es sich bei den Internierten um schwerbelastete Nazi-Verbrecher.« Berichtet wird über Grabungen im Schmachtenhagener Forst, unmittelbar hinter den Mauern der Gedenkstätte, wo im März 1990 Gräber entdeckt worden sind. Holzkreuze wurden dort aufgestellt, im August 1990 ein Gedenkstein eingeweiht. Bücher werden gezeigt, Entlassungsurkunden, Briefe mit der Bitte um Suchhilfe, einige Biographien von Häftlingen: Christen, Nazis, Sozialdemokraten.

Auch in Sachsenhausen werden nach dem Abzug der Roten Armee Gebäude der ehemaligen KZ-Verwaltung frei. Auch in Sachsenhausen wird über deren künftige Nutzung diskutiert. Von einem Busbahnhof war die Rede, von einer Abteilung des Finanzamts, und auch davon, daß die Räume für Asylbewerber geeignet wären. Letzteres allerdings dünkte einige doch noch zu »geschmacklos«.

*

Gedenken von Staats wegen ist immer Interessenssache. Es steht im Dienst der Aufrechterhaltung der bestehenden Ordnung, die DDR machte da keine Ausnahme. Anders als ihr Nachbar BRD hielt sie die Erinnerung an die Zeit des 3. Reiches und die Greuel der Nazidiktatur im Bewußtsein der Bevölkerung stets lebendig - instrumentalisierte dabei aber die Nazi-Opfer bedenkenlos im Sinne der Staatsraison.

Die DDR-Erklärung des Faschismus war die richtigere. Zwar nie vollständig und so zurechtgebürstet, daß sie den eigenen Bürgern den Umgang mit den Grausamkeiten des NS-Regimes leichter machte, konnte sie darauf verweisen, daß jenseits der westlichen Grenze schon wieder und immer noch das Kapital regierte, das den Faschismus erst ermöglicht hatte, daß dort Kriegsverbrecher nach wie vor hohe Ämter bekleideten und Monopole bereits wieder an der Rüstung verdienten. Im eigenen Land aber wurde die Befreiung 1945 »Befreiung« genannt. Hier hatten die Opfer der Nazis, die Widerstandskämpfer und Märtyrer, den Arbeiter- und Bauernstaat aufgebaut, in dem ihre Nachkommen jetzt leben durften. Hier waren erprobte Antifaschisten an der Macht, hier dienten gewissermaßen die Greuel der Nazis als Ansporn und Verpflichtung bei der Erfüllung des Fünfjahresplans.

Eine Erklärung mit einem großen wahren Kern und einem praktischen Nutzen zudem. Die Vergangenheit der Täter hatte danach mit der Gegenwart der DDR-Bürger nichts zu tun. Diesen war die Absolution mit der Staatsangehörigkeit zugesprochen worden.

So festgelegt der Inhalt, so erstarrt die Rituale der Erinnerung. Ein krampfhafter, pädagogisierender Blick nach vorn zog sich durch alle Gedenkreden und -schriften. Als kleinbürgerliche Sentimentalität galt jede Trauer, die nicht bereits ein vorwärtsgerichtetes Element des Widerstands enthielt, den Keim der Entschlossenheit zur Gegenwehr. Anders als in der BRD, wo es für einen Schulabschluß stets wichtiger war, die Thronfolge der Staufer hersagen zu können, wurden die Jugendlichen in der DDR mit der Nase auf die deutsche Vergangenheit gestoßen, klassenweise durch die Gedenkstätten geschickt und mit »Lehren aus der Vergangenheit« eingedeckt. Müßig, heute zu streiten, welche der Methoden letztendlich mehr dazu beigetragen hat, ein nunmehr vereintes Volk von Ignoranten zu schaffen: der verordnete Antifaschismus der DDR oder der beiläufige Antiantifaschismus in der BRD.

Mit dem Staat DDR verschwand auch die institutionalisierte Art des Gedenkens. Plötzlich gilt die bisherige Freistellung für DDR-Bürger nicht mehr. Erinnerung und Verantwortung wachsen zusammen, die gesamte Geschichte des 3. Reiches ist wieder die aller Deutschen. Doch an dieser Stelle läßt der Westen den Osten einmal nicht allein. Da sind endlich Altlasten, die sich ideologisch nutzen lassen. Diese einzigartige Chance der Entsorgung der deutschen Geschichte läßt Bonn sich nicht entgehen. Ein Aufwasch wird das: Mitsamt dem DDR-Mythos um den Antifaschismus, der ja nie nur Mythos war, ist man ganz unverhofft die Geschichte des Antifaschismus selbst los. Und ganz gelassen kann wieder ein Stückder eigenen Geschichte neu ausgerichtet werden.

Zweierlei nährt nun die Hoffnung auf einen Erfolg des langfristigen Unternehmens, das Habermas vor fünf Jahren »Entsorgung der Vergangenheit« genannt hat. Da sind die »Sachzwänge«, in denen die neuen Bundesländer stecken, in die sie gesteckt wurden: Gewerbegebiete auszuweisen, Arbeitsstellen heranzuholen, Platz zu schaffen für acht Sorten Kaffee-Sahne... Sachzwänge treffen in Deutschland allemal auf Verständnis, Sachzwänge entheben Politiker jeder persönlichen Verantwortung, im günstigsten Fall nimmt die Bevölkerung es ihnen sogar ab, lauthals Forderungen zu stellen, die zu artikulieren für sie noch nicht opportun wäre: Schluß mit der Gefühlsduselei, »das« ist schließlich schon ein Menschenleben her. »Das berührt mich nicht mehr. Bei all den Problemen, die wir jetzt haben.« Sagt eine in Fürstenberg

dem Deutschen Fernsehen. Und wenn dann nur ein Feilschen daraus wird um die Größe des andersweitig zu nutzenden Geländes oder die Höhe des Walls, hat die Diskussion schon ihren Zweck erfüllt: »Enttabuisierung«.

Und da sind die Gräber in den Internierungslagern, deren Entdeckung gerade zur rechten Zeit kam. Endlich eröffnet sich die Möglichkeit, ganz ungeniert einzugestehen, daß es die Millionen von Nazi-Opfern, die nicht wegzudiskutieren sind, selbstverständlich gab - und sie flugs umzudefinieren zu Opfern »des Totalitarismus« schlechthin. Mehr: Unter die Millionen und Abermillionen von »Verfolgten in Diktaturen« lassen sich ohne großes Aufheben auch die ehemaligen Täter schieben, Opfer am Ende ja auch sie, und wer so zum Opfer wird, kann eigentlich zuvor kein schlechter Mensch gewesen sein, ein rücksichtsloser Nazi schon gar nicht.

So ist der Supermarkt die Fortführung des Historiker-Streits mit anderen Mitteln. Vor seinem endgültigen Ausgang stand zwischendurch nur noch ein grüner Wall, jetzt ist er wieder ein Stück weiter weg gerückt. Die Fachleute werden sich dabei diesmal wohlweislich bedeckt halten, wissen sie doch, daß jeder Versuch, eine Gleichsetzung von Nazi-KZs und sowjetischen Internierungslagern wissenschaftlich zu untermauern, lächerlich geraten muß und den Verlust jeder Reputation bedeuten kann. Das Terrain wird Bürgermeistern, Redakteuren und dem bekannten Taxifahrer überlassen und die Floskel, daß man keinesfalls die Taten der Nazis mit denen der sowjetischen Truppen gleichsetzen wolle, abgegeben als Zulassungsvoraussetzung, um genau dies in allen Variationen zu unternehmen. Da wird gefordert, in Buchenwald »beide Seiten der historischen Stätte, das Nazi-KZ wie seine Fortführung nach 1945 als sowjetisches Straflager« darzustellen (»taz«). Und schwadroniert: »Von den Nazis als Konzentrationslager für mißliebige Mitbürger eingerichtet ... überlebten diese menschenverachtenden Institutionen auch die faschistische Ideologie. Die Sowjets übernahmen Sachsenhausen 1945 nahtlos« (Vorspann eines Artikels von Rolf Schneider in »Merian«). Und glattgebügelt: »Eine Stätte, die der Opfer zweier Gewaltdiktaturen gedenken will ...« (»Thüringer Tageblatt«). Und jeder kennt doch schon jetzt das Ergebnis ganz genau: Lager ist Lager. Häftling ist Häftling. Und der Deutschen Massenmord ist nur ein weiteres Symptom des Abgründigen im Menschengeschlecht.

Einer ahnte, was kommt, und schrieb im Juni in das Besucherbuch von Ravensbrück: »Am 3.10.1990 ist das ‘Neue Deutschland’ entstanden. Wartet einige Jahre, und seine Geschichte und Vergangenheit werden ‘umgeformt, angepaßt’ und viel, viel bequemer sein.«

Literaturhinweis:

Gudrun Schwarz: Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt/M. 1990, Campus Verlag

Karl Anton &Vororth schrieben in KONKRET 5/91 über das ruhige Landleben im Kreis Gifhorn

Konkret 09/91, S. 49

Hans Jacobus

Unsre Ehre heißt Treuhand

Deutschlands Zusammenwachsen macht Fortschritte. Schon sind dem Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand die Konten gesperrt

Die Treuhand ist, so scheint es, der Moral nicht verpflichtet, wenn sie nach Geld die Hand ausstreckt. Wenn sie beispielsweise jetzt den Todestunnel des KZ-Außenlagers Dora vermarkten will, fordert sie eben Geld auf ihre treue Hand - was haben da Gefühle über zehntausende ermordete KZ-Häftlinge zu stören? Pietät und Geldbewegung gehen da wohl nicht zusammen, das wird fast jeder Banker bestätigen, sei er auch privat noch so verständnisvoll mitfühlend mit den Opfern, den Gemordeten wie den Überlebenden.

Es gibt in den östlichen Anschlußländern noch etwa 8.000 Überlebende des Holocaust, der Vertreibung, der Vernichtungslager, des illegalen Kampfes gegen die braunen Henker, gegen ihre Peitschen oder ihre Robenträger. Diese Überlebenden sind meist im siebenten Lebensjahrzehnt oder älter, ihre Gesundheit hält keinem Vergleich mit der Lebensqualität der großzügig berenteten Nazi-Schreibtischtäter und ihrer Vollzugs-Unterführer stand.

Die Überlebenden von Ravensbrück oder Auschwitz hatten in den Nachkriegsjahren einen Verbund für die gegenseitige Hilfe geschaffen. Zwar waren nicht alle Wunden heilbar, aber die Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) konnte Heilkuren und soziale Absicherung ihres Lebens bewirken, während die Überlebenden, anstatt sich zu schonen und zu pflegen, gleich nach der Befreiung an die Arbeit gingen, eine tägliche mühevolle Nachkriegsarbeit. Die VVN gab es damals in jedem Kreis Ostdeutschlands. Sie war eine geachtete Organisation jüdischer und christlicher und gottloser Überlebender und Hinterbliebener. Sie verfügte über Schreibtisch und Büro. Arzt, Finanzamt und Bürgermeister standen der VVN zur Seite.

So war das bis zum 12. Februar 1953. Da befand die SED durch ihren Generalsekretär Walter Ulbricht, daß die VVN nicht mehr benötigt würde, und ließ sie auflösen. Einfach so. Sie habe ihre Aufgabe erfüllt, sie könne verschwinden. Geld und Gut, Büros und Besitz, Archive und Aktenmaterial nahm die SED großzügig in Besitz.

Es dauerte Jahre, bis die inzwischen erheblich weniger gewordenen Überlebenden neue Möglichkeiten zur Selbstbeteiligung an Hilfe und Rat für ihresgleichen erhielten - aber: von der SED eingesetzt, von ihrem Generalsekretär Honecker abgesegnet. Erst zu Anfang des geschichtsträchtigen Jahres 1990 schafften es Antifaschisten, ihre Bevormundung durch die offizielle DDR-Politik zu beenden. Sie schickten das Komitee der Antifaschistischen Widerstandskämpfer, als Sachwalter der SED, nach Hause und wählten sich eine durch Delegierte aus dem ganzen Land legitimierte Interessenvertretung. So heißt sie inzwischen auch: Interessenverband ehemaliger Teilnehmer am antifaschistischen Widerstand, Verfolgter des Naziregimes und Hinterbliebener (I.V.VdN e.V.). Diese gewählten Sachwalter benötigten natürlich für ihre inzwischen nicht jünger oder kräftiger gewordenen Kameradinnen und Kameraden in den neuen Leitungen ihrer neuen Organisation Schreibzeug und Büro.

Diejenigen, die hauptberuflich tätig wurden, nahmen die Arbeit auf in den Städten und Wohnbezirken, wo Widerstandskämpfer, Verfolgte der Nazis und Hinterbliebene noch lebten. Diese hatten ihre Gesinnung und ihre Moral nicht aufgegeben, wo andere sie verraten und belastet hatten. So ging man als legitimer Rechtsnachfolger der 1953 aufgelösten VVN zu der Partei, die der SED nachfolgte und damit ein schweres Erbe übernahm. Erläuterte denen, die aus Altersgründen von der damaligen »Abwicklung« der VVN nur wenig wußten, die Situation und klagte Entschädigung für die Enteignung des VVN-Vermögens ein. Nach einiger Wartezeit zum Studium der belastenden Affäre nahm die PDS diese Wiedergutmachungsforderung an. Die vielen Einrichtungen, Arbeitsmittel, Verlagsvermögen und wissenschaftlichen Unterlagen der damaligen in SED-Besitz übernommenen Werte waren zwar kaum im vollen Umfang zu begleichen, aber der PDS-Vorstand wollte mit 2,6 Millionen Mark wenigstens das legitime Anliegen des I.V.VdN anerkennen. Der Betrag lag allerdings erheblich unter den möglichen Forderungen und berücksichtigte auch nicht wesentliches Archivgut oder wissenschaftliche Dokumentationen.

Der Zeitzeuge erkennt anhand dieser Darlegungen unschwer, daß hier Vorgänge skizziert wurden, die nicht mit Gewinnstreben, sondern mit Moral zu tun haben. Das zu begreifen, war die Treuhand bislang nicht fähig. Was gingen sie Sorgen, Gesundheit und Überlebenshilfe von Hitlergegnern an - hier ging’s doch um Geld, Geld von der PDS zumal. Da schlug die treue Hand zu: Es sei doch diese Interessengemeinschaft gar nicht Nachfolgerin der VVN, erklärten die Allwissenden, und die PDS dürfe doch nicht, und der I.V.VdN dürfe auch nicht, hieß es in Briefen der treuen Hand vom 4. und 9. Juli 1991. Dem I.V.VdN wurde das Konto einfach gesperrt, es sei einer Genehmigung durch die treue Hand unterworfen - Schluß, aus, keine Widerrede!So mußte der I.V.VdN den Mitarbeitern kündigen, Arbeitsräume und dringende Aufgaben sozialer und damit moralischer Art mußten aufgegeben werden. »Plattwalzen«, wie das jetzt auf Neudeutsch angesichts täglicher Praxis der treuen Hand heißt - »plattwalzen« des I.V.VdN war offenkundig das Ziel der Mitteilungen und Bekundungen und Verbote treuhandlicher Macht. Nichts nutzten bisher Proteste lauterer Persönlichkeiten, geduldige

Erläuterungen der Historie dieser Vorgänge, Schreiben an Politiker, nichts nutzten bislang Anwaltsbemühungen: Was ging denn die treue Hand der Macht die Moral an, deren Sinn die Sorge um die noch lebenden Hitlergegner und Opfer bestimmte.

Es ist nachzutragen, daß die Treuhand schon im März tätig wurde, um das Bankkonto der Antifaschisten zu sperren, ohne denen das mitzuteilen. Erst über die Bank erhielt der I.V.VdN Kunde von diesem Vorgang, der ihm dann etliche Wochen später von der Treuhand im Auftrage der »Unabhängigen Kommission zur Überprüfung des Vermögens der Parteien und Massenorganisationen der DDR« mitgeteilt wurde.

Dieser Bericht kann am Schluß kein Fazit vorweisen, er kann nur den gegenwärtigen Stand von Vorgängen beschreiben, welche Anwälte, aufgrund der geschichtlichen Wahrheit, den Kontosperrern noch zu erläutern bemüht sind.

Hans Jacobus lebt in Berlin und ist Mitglied im Vorstand des I.V.VdN

Konkret 09/91, S. 50

Jürgen Elsässer

Freispruch für den Volksgenossen

Mehr als 40 Jahre hat es gedauert, bis die Bundesrepublik Deutschland, die zwar die Rechtsnachfolge des NS-Staates angetreten ist, für dessen Untaten dennoch aber nicht haften will, damit begann, einem der grausamsten Nazi-Verbrecher den Prozeß zu machen: Seit Juni wird in Stuttgart der Fall des ehemaligen KZ-Kommandanten Josef Schwammberger verhandelt

Schon die Festnahme des Massenmörders war spektakulär. Nach seiner Flucht war er in Argentinien untergetaucht, hatte unter falschem Namen gelebt und mehrfach den Wohnsitz gewechselt. So machten bereits die Ermittlung seines aktuellen Aufenthaltsortes und die Prüfung seiner Identität eine mehrmonatige Fahndung durch Geheimdienstagenten erforderlich. Weil bekannt war, daß die argentinischen Behörden einem Auslieferungsantrag nicht zustimmen würden, wurde man ohne deren Genehmigung aktiv. Ein mehrköpfiges Sonderkommando reiste - selbstverständlich auf verschiedenen Routen - nach Buenos Aires und mietete dort konspirative Wohnungen an. Unter der persönlichen Leitung des Geheimdienstchefs trat die Operation in ihre entscheidende Phase: Der Mörder wurde auf offener Straße gekidnappt und unverzüglich in ein gut getarntes Appartement gebracht - nicht unähnlich den ‘Volksgefängnissen’ der Tupamaros. Obwohl die ‘alten Kameraden’ des Verschleppten Alarm auslösten und eine peronistische Jugendgruppe bei der Suche nach den Entführern half, konnte der SS-Mann schließlich - als Schwerkranker getarnt und in Begleitung eines Arztes - an Bord einer Sondermaschine gebracht werden. Strenge, aber gerechte Richter nahmen ihn jenseits des Ozeans in Empfang.

Dieser Bericht über die Verhaftung eines NS-Verbrechers klingt wie ein Märchen und ist doch die reine Wahrheit. Allerdings hat er nichts mit dem Fall Schwammberger zu tun und noch viel weniger mit der Bundesrepublik Deutschland. Kurz zusammengefaßt wurde hier vielmehr der Coup, mit dem es dem israelischen Geheimdienst Mossad 1960 gelang, Adolf Eichmann festzunehmen und nach Israel zu bringen. So eben handelt ein Staatsapparat, der ein echtes Interesse an der Überführung und Aburteilung von Nazis hat. Der einzige an Eichmanns Verhaftung beteiligte Deutsche ist der hessische Generalstaatsanwalt Fritz Bauer gewesen, selber ein Verfolgter des Hitlerregimes. Er hat sich damals mit seinen sachdienlichen Hinweisen gleich an die Israelis gewandt, wohl wissend, daß von deutschen Behörden sonderliche Anstrengungen zur Verfolgung von NS-Tätern nicht zu erwarten waren. Der Fall Schwammberger zeigt, wie recht er damit hatte.

Josef Schwammberger wurde im Juli 1947 in Innsbruck festgenommen. Wenige Monate später, im Januar 1948, gelang es ihm, aus der Haft zu entkommen, und obwohl er gegenüber der österreichischen Bundespolizei bereits den Mord an 35 Häftlingen gestanden hatte, löste seine Flucht keinerlei polizeiliche Aktivitäten aus. Weder wurde ein Haftbefehl erlassen - das sollte noch 15 Jahre dauern! , noch wurde gegen die konspirative Organisation ODESSA ermittelt, die ihm und vielen anderen Nazis bei der Flucht aus Europa mutmaßlich geholfen hat. Bis heute ist gegen ODESSA kein zentrales Ermittlungsverfahren eingeleitet worden, nie hat sich ein Generalbundesanwalt dafür interessiert, nie hat sich der BND um Aufklärung bemüht.

Fast 40 Jahre lang hat Schwammberger unbehelligt in Argentinien leben können, obwohl sein Name ganz weit oben auf jener Liste stand, die die Namen der von Simon Wiesenthal gesuchten Nazi-Mörder enthielt, und obwohl bekannt war, daß viele von ihnen sich in Südamerika niedergelassen hatten. Im Unterschied zu Eichmann arbeitete er sogar unter seinem eigenen Namen, beispielsweise mehrere Jahre bei einer Niederlassung der Firma Siemens. Noch vor Gericht prahlt er mit seinen Kontakten zum Präsidenten von DKW-Argentinien und zu einem leitenden Angestellten von Porsche.

Die deutsche Botschaft in Buenos Aires hat in diesem Fall eine besonders bemerkenswerte Rolle gespielt. Geflissentlich ignorierte man dort, daß Eichmann 1960 praktisch vor der eigenen Bürotür verhaftet worden war und in der Folge Leute wie Schwammberger nun auch von der bundesdeutschen Staatsanwaltschaft offiziell gesucht wurden. Als Schwammberger 1963 in der Vertretung auftauchte, um seinen Reisepaß verlängern zu lassen, behandelte man ihn jedenfalls höflich und zuvorkommend - dabei hätte schon ein routinemäßiger Blick ins Fahndungsbuch zu seiner Festnahme führen müssen. Oder wollte man bloß dem »Ansehen der Bundesrepublik« nicht schaden, indem man einen weiteren Nazi-Prozeß vereitelte, der ebenfalls weltweit Aufsehen erregt hätte?

Von einer merkwürdigen Berufsauffassung zeugte auch das Verhalten der bundesdeutschen Ermittlungsbehörden, die darauf verzichteten, Schwammbergers Frau während eines mehrjährigen BRD-Aufenthalts zu überwachen, und damit die Chance vertaten, eine mögliche Kontaktaufnahme mit ihrem Mann zur Feststellung seines Aufenthaltsortes zu nutzen. Rücksichtsvoll nahm man auch davon Abstand, ihr bei ihrer Rückreise zu folgen und sich so zum Versteck des Angeklagten führen zu lassen. Ein dazu erforderlicher internationaler Haftbefehl wurde erst Jahre später, 1972, ausgestellt.

Angesichts dieses offenbaren Boykotts der Fahndung nach einem prominenten NS-Verbrecher von »Fahndungspannen« zu sprechen, wie Sozialdemokraten dies in der Regel tun, ist ziemlich albern. Vielleicht sollten wir einfach davon ausgehen, daß beispielsweise der Bundesnachrichtendienst überfordert war. Man darf schließlich nicht zuviel von ihm verlangen: Anders als der Mossad ist er nämlich nicht von Leuten aufgebaut worden, die von den Nazis gejagt worden sind, sondern

im Gegenteil von NS-Spezialisten, von der »Organisation Gehlen«. Wieso hätte die einen Schwammberger energischer verfolgen sollen als einen x-beliebigen Scheckbetrüger?

Wenn auch nur ein Bruchteil der Vorwürfe stimmt, die gegen ihn erhoben werden, dann ist Josef Schwammberger eine wahre Bestie gewesen. Als Unter- bzw. Oberscharführer der SS versah er 1941/42 seinen Dienst bei der SS-Polizeiführung in Krakau, leitete anschließend bis Dezember 1942 das Zwangsarbeitslager Rozwadow, dann das Ghetto A in Przemysl und kommandierte schließlich von Februar bis Sommer 1944 das KZ Mielec. Er soll 307 Jüdinnen und Juden selbst und teilweise besonders grausam ermordet haben, bei weiteren 3260 Morden geht die Staatsanwaltschaft von seiner Mittäterschaft aus. Laut Anklage hat Schwammberger seine Opfer je nach Laune durch Genickschuß getötet oder von seinem Schäferhund zerfleischen lassen, hat Müttern ihre Kinder entrissen und vor dem Massengrab erschossen, hat bei »Umsiedlungsaktionen« geholfen, die Züge nach Auschwitz und Belzec zu füllen.

Viele Zeugenaussagen stützen die Annahme, daß Schwammberger seine SS-Karriere dazu nutzte, seine psychischen Defekte auszuagieren. Er, der aus bescheidensten Verhältnissen und Arbeitslosigkeit zur NSDAP gestoßen war, fand Gefallen an den Privilegien eines »Herrenmenschen«. »Ich bin euer Gott - wenn ich sage: du stirbst, dann stirbst du«, soll er gesagt haben. Seinen Bluthund »Prinz« hat er laut Zeugenaussage mit den Worten »Mensch, töte diesen Hund« mehrfach auf jüdische Häftlinge gehetzt. Immer wieder werden vor Gericht Momente beschrieben, die sich den Gepeinigten unauslöschlich ins Gedächtnis gebrannt haben: Schwammberger, der seinen Opfern bei vollem Bewußtsein mit einer Kneifzange die Goldzähne aus dem Mund reißt. Schwammberger, der Kinder, an einem Bein gepackt, gegen eine Wand schlägt und anschließend ins Feuer wirft. Schwammberger, der seinen dreijährigen Sohn - zu Unterrichtszwecken? - an einer Erschießungsaktion teilnehmen läßt. Wachmänner, die auf Befehl Schwammbergers einem Häftling ins Gesicht urinieren. Der Blechnapf, der, gefüllt mit den eigenen Exkrementen, leergegessen werden muß. Im Wortsinn unauslöschlich eingebrannt: Ein Zeuge will vor Gericht die Narben an seinen Geschlechtsteilen zeigen, wo ihn Schwammbergers Wachen mit glühenden Eisen verbrannt haben. »Schwammberger«, bricht es aus dem Gefolterten heraus, »war kein Mensch, sondern ein Menschenfresser.«

Als solcher mag er repräsentativ sein für den Kreis der unmittelbar mit der Durchführung der Tötungsaktionen befaßten NS-Massenmörder, für den NS-Massenmord ist er es nicht. Denn er verkörpert den Exzeßtäter, der zwar ein notwendiger, dennoch aber keineswegs ausreichender Bestandteil jener Vernichtungsmaschinerie war, die die Deutschen geschaffen hatten, um systematisch ganze Völker auszurotten. Das wußten auch die Nazis selbst: »Die Zahl der Leute, die man aus Haß oder aus Lust am Morden töten kann, ist eindeutig begrenzt; aber die Zahl derjenigen, die man kaltblütig und systematisch nach dem militärischen kategorischen Imperativ ermorden kann, ist unbegrenzt.« (Seyss-Inquart). Manches von dem, was im Stuttgarter Prozeß berichtet wird, wirkt wie eine grausig verquere Illustration dieser These. »Auschwitz«, sagt beispielsweise der Zeuge Abraham Secemsky, »war für mich im Vergleich zu Schwammberger und dem Lager Rozwadow wie der Himmel, einen grausameren SS-Mann habe ich nie mehr wiedererlebt.« Und doch sind der kalten Systematik von Auschwitz weit mehr Menschen zum Opfer gefallen als der Mordlust der Nazi-Götter in Rozwado und anderswo.

Diese Systematik ist aber vor deutschen Gerichten kein Thema, und deshalb bleibt das Wesentliche des NS-Staats, seine Bestandsvoraussetzung, in all diesen Prozessen ausgespart: die zum Täterkollektiv geformte Volksgemeinschaft. Niemals belangt worden sind nämlich all diejenigen, die als kleinere oder auch große Rädchen die Mordmaschine am laufen hielten: die verantwortlichen Beamten der Reichsbahn, die in Kenntnis ihrer Zweckbestimmung die Züge in die Vernichtungslager pünktlich und zuverlässig bereitstellten; die Mitarbeiter des »Reichssicherheitshauptamtes«, die die »Endlösung« bis ins Detail vorbereiteten; die Richter, die tausendfach Todesurteile fällten. In der Regel gilt, daß Angehörige der genannten Schreibtischtätergruppen bis zu ihrem Tode in der Bundesrepublik hochdotierte Posten innehatten, Stützen der Gesellschaft waren. Bestraft wurden nur diejenigen, deren Verbrechen die Bestimmungen des Mordparagraphen 211: Grausamkeit, Heimtücke, Mordlust usw. erfüllten.

Auch im Stuttgarter Prozeß konzentriert sich die Anklage ganz auf die eigenhändig von Josef Schwammberger vorgenommenen Erschießungen, immer wieder kreisen die quälenden Fragen an die Zeugen beispielsweise um den Mord an dem Rabbiner Fraenkel. Schwammbergers Funktion und Verantwortung als KZ-Lagerleiter, die völlig unstrittig ist, tritt demgegenüber in den Hintergrund, erscheint als nicht justiziable Lappalie. Gesucht wird das besonders Grausame, vergessen wird das Typische. Verurteilt wird der sadistische Einzeltäter, freigesprochen wird der gehorsame, ordentliche, fleißige Volksgenosse. (Von dieser Sorte befindet sich übrigens an jedem Prozeßtag ein gutes Dutzend im Saal, die Verhandlung kommentierend, mit sich und der Welt offenbar äußerst zufrieden.)

Verurteilt wird der sadistische Einzeltäter? Nicht einmal das. Von den 90.000 NS-Ermittlungsverfahren der bundesdeutschen Justiz führte nur etwa jedes hundertste zu einer Verurteilung. Der Majdanek-Prozeß endete mit »Lebenslänglich« für einen der Täter sowie mit 46 Jahren und 6 Monaten Freiheitsstrafe für sieben weitere - den Angeklagten waren 17.438 Morde nachgewiesen worden.

Aber wie schon die »Fahndungspannen« der Exekutive wollen wir auch diese »Irrtümer« der Judikative unter ‘Überforderung’ verbuchen. In den Worten Ralph Giordanos: »Allerdings gilt es sich einzugestehen, mit der politischen, moralischen und strafrechtlichen Säuberung in diesem Nachkriegsdeutschland etwas Unmögliches verlangt zu haben: nämlich ein verbrecherisches System von denen aburteilen zu lassen, die es zwölf Jahre für ihr eigenes erklärt und es entweder in kennzeichnender Blindheit oder in komplizierter Verstrickung bis fünf nach zwölf getragen haben.«

Mittlerweile trägt der »große Friede mit den Tätern« (Giordano) seine Früchte. Simon Wiesenthal, der zusammen mit dem Ehepaar Klarsfeld einen erheblichen Anteil daran hat, daß Schwammberger im Sommer 1987 endlich verhaftet werden konnte, bekam die Klimaveränderung im wiedervereinigten Deutschland gleich am ersten Prozeßtag zu spüren. Wo bei früheren NS-Verfahren VVN-Mitglieder und andere Antifaschisten demonstriert hatten, standen diesmal die Aktivisten der »Nationalen Offensive«. Wiesenthal wurde beim Betreten des Gerichts rüde angepöbelt: »Seien Sie froh, wenn Sie den Sturm der vereinigten Deutschen über Sie nicht mehr erleben«, brüllte einer der Nachwuchs-Schwammberger. Ein Transparent forderte »Tod allen Gesinnungsrichtern«. Bei einem offiziellen Empfang bemühte sich der Stuttgarter Oberbürgermeister anschließend, Wiesenthal mit dem Hinweis zu beruhigen, daß »die weit überwiegende Zahl der Deutschen anders denkt«. Selbst die konservative »Stuttgarter Zeitung« war am folgenden Tag skeptisch: »So sicher sollte er da nicht sein.«

Jürgen Elsässer schrieb in KONKRET 7/91 über die militärischen Ambitionen der Deutschen

Konkret 09/91, S. 52

Birgit Rommelspacher

Heile, heile, Nazi, es wird schon wieder gut

Obwohl empirische Untersuchungen das Gegenteil belegen, erklären Sozialwissenschaftler den zunehmenden Rechtsextremismus in Deutschland als Effekt eines 'Modernisierungsprozesses`, der immer mehr Menschen in Armut und Vereinzelung treibe. Warum?

Was sagen Sozialwissenschaftlerinnen und Sozialwissenschaftler zu den Gewalttätigkeiten rechtsradikaler Banden gegen ethnische Minderheiten in Deutschland vor und nach der Wiedervereinigung? Wie erklären sie sich die wachsende Brutalisierung und Akzeptanz der Ausgrenzung von Ausländern? Bei der Durchsicht der verschiedensten Publikationen zum Thema stößt man rasch auf ein erstaunliches Phänomen: Die Analysen konzentrieren sich alle auf die Figur des deutschen männlichen Jugendlichen aus den unteren sozialen Schichten. Er scheint der Prototyp für rechtsextremes und rassistisches Verhalten zu sein. In ihm bündeln sich anscheinend alle wesentlichen Risikofaktoren.

Nun sind die tätlichen Angriffe auf Minderheiten, wie sie nahezu alltäglich von Jugendbanden verübt werden, durchaus spektakulär. Sie verlangen tatsächlich nach einer Erklärung ebenso wie nach praktischen Gegenmaßnahmen. War aber nicht auch der hohe Prozentsatz von Rep-Sympathisanten etwa bei der Berliner Polizei auffällig? Warum wurde dieses Phänomen nicht weiter untersucht? Oder warum sind nicht die Phobie von Hausbesitzern gegenüber Flüchtlingen, ein Psychogramm von Betreibern von 'Asylanten'heimen oder die Motive von Zeitungsmachern, die gegen türkische Jugendliche hetzen, von Interesse? Meine Vermutung: Sie passen nicht in ein Konzept, in dem Rechtsextremismus - vor allem Rassismus - als Reaktion der Zukurzgekommenen auf Unterdrückung und Frustration interpretiert wird. Denn das ist die zentrale Annahme aller vorliegenden Analysen.

Neben den 'klassischen' Ursachen wie Wohnungsnot und Arbeitslosigkeit werden heute zur Erklärung rechtsradikaler Einstellungen vor allem die Gefahren des sog. Modernisierungsprozesses beschworen, der mit der Auflösung traditioneller Lebenszusammenhänge wie Familie, Klassenzugehörigkeit und Nachbarschaften eine Individualisierung vorantreibe, die jedes Individuum auf sich selbst zurückwerfe, um es dann vereinzelt und orientierungslos seinem Schicksal zu überlassen. Außerdem, so heißt es, habe uns die Moderne die unsichtbaren Gefahren einer ökologischen Welt-Katastrophe beschert. Das alles löse Ängste aus, die leicht in Fremdenangst umgepolt werden können.

Am nachhaltigsten soll dieser 'Modernisierungsschock' (Heitmeyer)1 die männlichen Jugendlichen treffen, da diese noch um ihr Entree in die Gesellschaft kämpfen müssen. Auf ihnen laste vor allem der Druck der Konkurrenz und die Angst vor einer ungewissen Zukunft. So werden ihre Frustrationen und Ängste als eigentliche Ursache von Fremdenangst und Fremdenhaß und ihre Ressentiments gegenüber Minderheiten als verständlichen Motiven entsprungen gedeutet. Nicht die Opfer ihrer Übergriffe, sondern diese deutschen Jugendlichen erscheinen in den sozialwissenschaftlichen Untersuchungen des Rechtsextremismus als die eigentlichen Leidtragenden unserer Gesellschaft. Ihnen besonders gelten Anteilnahme und Mitgefühl. Und unversehens sind aus den Tätern Opfer geworden.

Das Bedürfnis, die Täter zu entlasten, hat mittlerweile sogar dazu geführt, neonazistische Gewalttäter oder Gewaltbefürworter nicht nur zu Opfern widriger Umstände zu machen, sondern ihr Gewalthandeln gegenüber Schwächeren zum Widerstand gegen soziale Ungerechtigkeit und Benachteiligung zu stilisieren. So spricht etwa der Berliner Sozialwissenschaftler Hajo Funke vom »Aufstand der Modernisierungsopfer«2. Seine Studie ist durchzogen von Hinweisen auf soziale Mißstände und politische Versäumnisse, auf die desolate Situation der Zukurzgekommenen. Lediglich an einer Stelle erwähnt er, daß ein Motiv etwa deutscher Facharbeiter, die Republikaner zu wählen, wohl im Bestreben liege, die eigenen Privilegien abzusichern. Auch kostet es ihn einige Anstrengungen, deutsche Beamte seiner Beschreibung der Deklassierten einzupassen. Da muß er schon zwecks Plausibilisierung ihrer rechtsradikalen Neigungen die Steuer- und Gesundheitsreform aus der Tasche zaubern. Bei den Bauern schließlich müssen Gesetze und Maßnahmen der Europäischen Gemeinschaft herhalten.

Deutschland ist eines der reichsten Länder der Welt. Ist da der Verweis auf Armut als Quelle von Ausländerhaß nicht zynisch - auch wenn natürlich richtig bleibt, daß bei allem Reichtum die Widersprüche in der Gesellschaft wachsen und vor allem die Armut bestimmter Gruppen größer wird? Aber diejenigen, deren Lebensstandard am niedrigsten ist und die unter den Risiken der 'Modernisierung' am meisten leiden, wählten, wie wir sehen werden, nicht häufiger die Republikaner als die Gutsituierten.

Die Problemlagen, die vor allem rechtsextreme Orientierungsmuster provozieren sollen, sind nach Meinung der Sozialwissenschaftler vor allem folgende: ökonomische Ängste, psychosoziale Probleme im Zuge der Auflösung gewachsener Milieus und des familiären Halts und schließlich das Gefühl einer globalen Bedrohung durch ökologische Katastrophen.

1. *Ökonomische Ängste:* Um festzustellen, ob es einen Zusammenhang zwischen Verarmung und der Neigung zu rechtsextremen Orientierungen gibt, zwischen Wohnungsnot, Arbeitsplatzunsicherheit und der Vorliebe für autoritäre

'Problemlösungen', sollte zunächst die Gegenfrage gestellt werden, ob denn auch die Umkehrung stimmt, d.h. ob die Abwesenheit derartiger Mängel vor Rechtsextremismus schützt. Eine Infas-Studie3 hat gezeigt: Die Wählerinnen und Wähler der Republikaner verteilen sich gleichmäßig über alle Einkommensschichten. Wohnungs- und Hausbesitzer sind unter ihnen sogar überdurchschnittlich viele zu finden. Republikaner-Sympathisanten sind mit ihrer wirtschaftlichen Lage zufriedener als SPD-Wähler und Grüne. Sie sind sogar optimistischer als alle anderern Wähler, wenn sie die künftige wirtschaftliche Entwicklung vorhersagen sollen.

Das ökonomische Argument ist also wenig stichhaltig. Wilhelm Heitmeyer4, viel gefragter »Experte für Rechtsextremismus« (»taz«), zitiert selbst eine Reihe von Untersuchungen, die belegen, daß soziale Not Menschen keineswegs besonders anfällig für neonazistische Verhaltensweisen macht. Rechtsextreme Jugendliche kommen eher aus dem mittelständischen Milieu, in dem auch das Vorurteil von der besonderen Nähe der untersten sozialen Schichten zum Rechtsextremismus geboren wurde. Eindrucksvoll bestätigt wird dies durch eine neuere Untersuchung aus Tübingen5, in der repräsentativ die Jugendlichen der Region nach ihrer politischen Orientierung gefragt wurden. Die Forscher stellten fest, daß sozial diskriminierte Jugendliche sich hoch signifikant weniger ausländerfeindlich äußerten als Jugendliche aus prosperierenden Betrieben mit guten Zukunftschancen.

2. *Ängste infolge des Verlusts sozialer Bindungen:* Zweifellos gibt es einen fortschreitenden Individualisierungsprozeß in unserer Gesellschaft, was etwa allein schon an der Zunahme von Einpersonenhaushalten abzulesen ist. In West-Berlin stellen diese mittlerweile mehr als die Hälfte aller Haushalte. Unbestritten ist auch, daß die damit einhergehende Vereinzelung zahllose psychische und soziale Probleme mit sich bringt. In den vorliegenden Untersuchungen wird Individualisierung nun nahezu ausschließlich als Risiko gewertet, nicht aber auch als Befreiung von sozialer Kontrolle und familiärer Gewalt. Frauen z.B. können diese Wertung sicherlich nicht so leicht nachvollziehen, wissen sie oft doch nur zu genau, welchen Preis sie für eine 'heile Familie' zu zahlen hatten.

Demgegenüber erfahren männliche Sozialforscher die Auflösung der Familie offensichtlich überwiegend als Fortfall von sozialer Sicherheit und Versorgung. Diese einseitige Wertung hat insofern System, als sie ein notwendiger Baustein zur Konstruktion jener These ist, derzufolge die Rechtsradikalen in erster Linie Opfer sind. Die Überlegung, ob der Individualisierungsprozeß nicht auch Vorteile und Privilegien mit sich bringt, würde hingegen den Versuch bloß stören, diese These argumentativ zu stützen. Dabei weiß beispielsweise selbst Heitmeyer, daß sie empirisch nicht zu belegen ist. Immer wieder muß er, wie er schreibt, »irritiert« feststellen, daß Jugendliche mit autoritär-nationalistischen Orientierungen sich überwiegend sozial integriert und behütet fühlen, was auch die erwähnte Tübinger Untersuchung bestätigt. Im übrigen hat die deutsche Geschichte wohl zur Genüge gezeigt, daß die Eingebundenheit in Familie, Nachbarschaft, Vereine, Klassen etc. keineswegs ein wirkungsvolles Mittel gegen rechtsextreme Einstellungen ist.

3. *Angst vor der ökologischen Katastrophe:* So sehr es auch zutreffen mag, daß ökologische Risiken inzwischen globale Ausmaße angenommen haben, so wenig sollte jedoch in der Klage darüber die unterschiedliche 'Betroffenheit' der reichen und der armen Länder von den daraus resultierenden Folgen verwischt werden. Wenn etwa Ulrich Beck6 behauptet, daß durch die Nahrungskette jede/r mit jeder/m auf der Welt verknüpft sei und alle Menschen gleichermaßen von globalen Risiken bedroht würden, weil diese eben nicht mehr Halt vor Staatsgrenzen und Klassenschranken machen, dann verschiebt er die Probleme, von denen 'wir' hierzulande vermeintlich gebeutelt werden, von der Armut auf allerlei ungreifbare Risiken, die es plausibel erscheinen lassen, etwa die Frage, warum eines der reichsten Länder der Welt eine der geringsten Aufnahmequoten für Flüchtlinge hat, erst gar nicht mehr zu stellen. Schließlich sind 'wir' so von nachgewachsenen Problemen gebeutelt, daß es allenthalben Grund genug für politische Radikalisierungen gibt, Grund genug für Inhumanität und Arroganz.

Enthistorisierung und Entpolitisierung sind so die Folgen einer Opferthese, die allein im aktuellen ökonomischen und sozialen Problemdruck die Ursachen für Rechtsextremismus glaubt ausmachen zu können. Aber, wie wir sahen, diese These ist falsch. Wirtschaftliche Not und prekäre Zukunftsaussichten prädestinieren keineswegs in besonderer Weise für eine neonazistische Gesinnung.

Es fragt sich also, warum diese These so ungemein populär ist und vielen so plausibel erscheint. Es fragt sich vor allem, wo denn nun die Täter geblieben sind. Bisher war ja nur von Opfern die Rede. Die Antwort der Sozialwissenschaft ist so wortreich wie schlicht: Waren die traditionellen Analysen von einer Oben-Unten-Dichotomie bestimmt (die Herrschenden verführen die Unterdrückten, indem sie deren Mißmut propagandistisch auf die Nochtieferstehenden lenken), so bevorzugen die zeitgenössischen Forscher die Horizontale: Sie sprechen vom »Zentrum« der Gesellschaft, das den »Rand« vermittels ideologischer Beeinflussung in ausländerfeindliche Bahnen lenke. Will man also die 'wahren' Ursachen des Rechtsextremismus untersuchen, müßte man sich dieses »Zentrum« genauer anschauen. Das geschieht in den vorliegenden Untersuchungen allerdings entweder kaum oder nur so, daß sich dieses »Zentrum« in Abstraktionen verflüchtigt, die schwer faßbar sind. Undeutliche Phänomene wie 'Modernisierungsprozeß', 'Entfremdung' und 'allgemeines Konkurrenzverhalten' oder 'gesellschaftliche Widersprüche' werden ihm zugeordnet. Ein zentrales, die Menschen desorientierendes und für rechtsradikale Parolen anfällig machendes Widerspruchsverhältnis ist nach Heitmeyer z.B. die

»hochtourig forcierte Internationalisierung der Märkte einerseits und das Versprechen von Machtgruppen, den Bestand der ethnischen Homogenität der Bevölkerung zu wahren, andererseits«. Ein zweites die »Abnahme nationaler Grenzen bei gleichzeitiger Zunahme innerer Abgrenzung«.

In derartigen Abstraktionen werden mit den konkreten Tätern auch die Interessen des »Zentrums« zum Verschwinden gebracht. Überträgt man beispielsweise das erstgenannte Widerspruchsverhältnis auf die BRD, so bedeutet 'Internationalisierung der Märkte' nichts anderes als das Interesse der deutschen Wirtschaft, weiter von der Ausbeutung der sog. Dritten Welt zu profitieren. Und das Streben nach ethnischer Homogenität der Bevölkerung meint, daß den Ertrag dieser Ausbeute die Deutschen alleine unter sich aufteilen wollen. Ganz ähnlich läßt sich auch der zweite vermeintliche 'Widerspruch' - die »Abnahme nationaler Grenzen bei gleichzeitiger Zunahme innerer Abgrenzung« - in eine Beschreibung realer Interessen auflösen, derzufolge Grenzen nur für Kapital und Wirtschaftsgüter, keineswegs jedoch für - beispielsweise - politische Flüchtlinge durchlässiger werden.

Was die übrigen von der Sozialwissenschaft immer wieder beschworenen Problemlagen angeht, in denen sich das vereinzelte Individuum hilflos den Effekten von ihm nicht beeinflußbarer Vorgänge ausgeliefert sieht, so wäre interessant zu wissen, warum eigentlich das Verhalten der am meisten Benachteiligten am stärksten von jenen bestimmt sein sollte. Sind denn nicht gerade die Protagonisten des »Zentrums« besonders profilierte Vertreter des 'Modernisierungsprozesses` und müßten demnach am ausgeprägtesten die mit diesem zusammenhängenden Eigenschaften aufweisen? Daß mit einer zunehmenden 'Rand'ständigkeit auch eine Distanz zu den herrschenden Werten einhergehen kann, die möglicherweise eine der Ursachen dafür ist, daß Angehörige verarmter Bevölkerungsschichten weniger ausländerfeindlich agieren als sozial integrierte und gutsituierte Wohlstandsbürger, vermögen die Experten für Rechtsextremismus offenbar nicht einzusehen.

Dafür verknüpfen sie Rassismus und Gewalt gegen ethnische Minderheiten so pauschal mit der allgemeinen Lebenslage nahezu aller Menschen in den Industrienationen, daß man folgern müßte, allein die Aufhebung der Industrialisierung könne den Rassismus stoppen. Natürlich meinen sie das nicht, sondern wollen bloß unterstreichen, wie gravierend, umfassend und unabänderlich jene Probleme sind, die sie für Ausländerhaß und -diskriminierung verantwortlich machen. Wer glaubt sich denn nicht gemeint, wenn von 'Entfremdung', 'Konkurrenz', 'Vereinzelung' die Rede ist? Und wer fühlt sich hier nicht in einem irgendwie 'kritischen' Verständnis geborgen? Mir scheint als würden diese Analysen Rassismus gleichsam 'naturalisieren', als würde dieser so unabänderlich mit den Lebensgrundlagen der Gesellschaft verknüpft, daß nur ein Phantast noch dagegen ankämpfen würde.

Wollen wir ihn jedoch tatsächlich verstehen, so müssen unsere Analysen sowohl noch grundsätzlicher als auch sehr viel konkreter werden. Konkreter in dem Sinn, daß wir den realen Interessen vor allem an der Ausbeutung anderer Länder und am Erhalt des eigenen Wohlstands, den man nicht mit anderen teilen möchte, mehr Aufmerksamkeit schenken. Denn dieses Interesse eint die Mächtigen sehr wohl mit den weniger Mächtigen hierzulande. In dem Punkt sind sich die meisten Deutschen einig. Die Tübinger Wissenschaftler sprechen in diesem Zusammenhang richtigerweise von »Wohlstandschauvinismus«. Konkret ist also zu fragen, wie die expansive Ausbeutung der armen Ländern sich in der Psyche der Bundesdeutschen niederschlägt. Wie ihr Selbstbild davon geprägt wird, wie sehr sie also die Prinzipien ihres Wirtschaftssystems internalisiert haben und wie sie mit ihrer Vorteilnahme und ihren Privilegien umgehen7.

Zugleich müssen die Analysen grundsätzlicher werden, denn Rassimus und Jagd auf Ausländer haben ebenso wie das Schweigen der meisten Politiker, Wissenschaftler und Kirchenmänner zu den gewalttätigen Übergriffen bei uns eine lange und schreckliche Tradition. Wie auch der Versuch, die Täter als Opfer zu präsentieren, mit dem die Sozialwissenschaft gegenwärtig sehr erfolgreich um gesellschaftliche Anerkennung sich bemüht. Aber warum ist die These von den Neonazis als Opfer der gesellschaftlichen Entwicklung eigentlich so populär?

Wie bereits erwähnt, konzentrieren sich die Untersuchungen des Rechtsextremismus nahezu ausschließlich auf männliche Jugendliche der unteren sozialen Schichten. Indem so der Rechtsextremismus auf Randgruppen projiziert wird, kann das 'Problem verortet' und der Rest der Gesellschaft gleichsam freigesprochen werden. Diese kann sich in der Hoffnung wiegen, 'das Problem' mit Hilfe von Sozialarbeit (in dem Zusammenhang wird gerne eine Abenteuerpädagogik empfohlen), Wohnungsbau, Arbeitsplatzbeschaffung und nicht zuletzt der Polizei in den Griff zu bekommen. Aufgabe der Sozialwissenschaften ist es dann nur noch, für die Jugendlichen pädagogische Programme zu entwerfen, um mit ihnen ihre 'eigentlichen' Probleme - Einsamkeit und Sinnlosigkeitsempfindungen - zu bearbeiten.

Außen vor bleiben dabei regelmäßig die tatsächlichen Opfer, die ethnischen Minderheiten selbst. Sie sollen keine tragende Rolle in dieser Geschichte spielen, sondern lediglich die Funktion eines Sündenbocks übernehmen. Folgerichtig kommen sie in den pädagogischen Programmen auch gar nicht vor. Diese befassen sich ausschließlich mit den deutschen Jugendlichen, denen der Sozialarbeiter sich helfend zuzuwenden hat.

Eine Sozialwissenschaft aber, die ihre Borniertheit schon dadurch unter Beweis stellt, daß ihr Machthaber und Verantwortungsträger erst gar nicht in den Blick geraten, daß Rechtsextremismus als mutmaßlich reine Männerangelegenheit ihr keine weiteren Fragen aufwirft, daß sie die ethnischen Minderheiten selbst nirgendwo zu Wort

kommen läßt, daß sie das handfeste Interesse der meisten Deutschen am status quo ebenso ignoriert wie die Tradition des Rassismus in Deutschland, diese Wissenschaft hat nicht das mindeste Interesse daran, den eigenen Rassimus etwa an den Hochschulen abzubauen, indem sie ihre Publikationen auf Ethnozentrismus und Rassismus befragt oder beispielsweise die Beschränkungen für nicht-deutsche Studierende aufhebt oder gar sich darum bemüht, Angehörige ethnischer Minderheiten als Lehrende an die Hochschulen zu holen.

Der Blick von der ‘anderen Seite’ scheint den Experten für Rechtsextremismus nicht interessant und keineswegs notwendig zu sein, um Wissenschaft betreiben zu können. Wie sollten sie also z.B. Jugendlichen empfehlen können, anständig mit Minderheiten umzugehen? Das ist aber, wie wir sahen, auch gar nicht ihr Anliegen.

Anmerkungen:

1 Wilhelm Heitmeyer: Wenn der Alltag fremd wird. Modernisierungsschock und Fremdenfeindlichkeit, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 7/91, S. 851-858.

2 Hajo Funke: Republikaner. Rassismus, Judenfeindschaft, nationaler Größenwahn, Berlin: Aktion Sühnezeichen Friedensdienste, 1989.

3 Herta Däubler-Gmelin und Kerstin Kießler: Die Rechtsaußen-Parteien und die Frauen. Warum die Republikaner eine Männerpartei sind, in: Konservative und Rechtsextremismus, München, Seeliger, 1989.

4 Wilhelm Heitmeyer: Rechtsextremistische Orientierungen bei Jugendlichen. Empirische Ergebnisse und Erklärungsmuster einer Untersuchung politischer Sozialisation, München, Juventa, 1989.

5 J. Held, H. Horn, R. Leiprecht, A. Markavic: Du mußt handeln, daß du Gewinn machst... Empirische Untersuchung und theoretische Überlegungen zu politischen Orientierungen jugendlicher Arbeitnehmer, I.f. Erz.wiss., Universität Tübingen, 1991.

6 Ulrich Beck: Risikogesellschaft. Auf dem Weg in eine andere Moderne, Frankfurt, Suhrkamp, 1986.

7 Birgit Rommelspacher: Rechtsextreme als Opfer der Risikogesellschaft. Zur Täterentlastung in den Sozialwissenschaften, in: 1999, Z.f. Soz.gesch. des 20. u. 21. Jhds., Heft 2/1991, S. 75-87.

Birgit Rommelspacher ist Professorin für Mädchen- und Frauenarbeit an der Fachhochschule für Sozialarbeit und Sozialpädagogik in Berlin

Konkret 09/91, S. 56

Werner Hofmann

Der deutsche Charakter

Vorbilder, Voraussetzungen, Mängel und Qualitäten der Studie, die Wolfgang Pohrt über »Elemente des Massenbewußtseins« in der Bundesrepublik des Jahres 1990 erstellt hat

Er werde künftig keine Artikelsammlungen mehr veröffentlichen, kündigte Wolfgang Pohrt im Frühjahr 1989 nach den ersten Wahlerfolgen der Republikaner an. Im Vorwort seines damals erschienen Buches gab er die plausible Begründung: »Vermeintliche Linke, die mit patriotischen Sprüchen und anderen Parolen aus dem Propagandaarsenal der Rechten den sozialen Fortschritt vorantreiben und den Frieden festigen wollen, sind ein Gegenstand der Ideologiekritik. Kein Gegenstand subtiler Ideologiekritik, sondern Zielscheibe härterer Attacken muß hingegen der Rassistenklüngel sein, der ins Berliner Abgeordnetenhaus gewählt wurde.« Zwei Jahre danach hat er nun eine Studie vorgelegt, die in Anlehnung an Adornos »The Authoritarian Personality« (AP) die Empfänglichkeit der Deutschen für faschistische Propaganda mit den überlieferten Verfahren der sozialpsychologischen Einstellungsmessung ermitteln soll, »vorrangig nicht Vorkommen und Verbreitung, sondern Struktur und Qualität des autoritären Syndroms«. Den KONKRET-Lesern ist sie bereits in wesentlichen Teilen durch einen Vorabdruck bekannt, und so kann sich der Rezensent im folgenden auf die Darstellung zentraler Passagen beschränken.

Zum ersten Mal seit Veröffentlichung seiner nur in kleinen Zirkeln zur Kenntnis genommenen Dissertation fordert Pohrt neben der politischen Gegenpolemik auch die akademische Soziologie heraus. Deren Kritik läßt sich vorhersehen. Pohrt wurde bereits vor Jahren vorgeworfen, in den zu großen Stiefeln der Kritischen Theorie zu gehen. In der versuchten üblen Nachrede, daß er nur Adorno imitiere, vermag er jedoch nach eigenem Geständnis keinen Vorwurf zu sehen, und damit dürften gut 90 Prozent der bislang bekannt gewordenen oder noch ausstehenden Reaktionen auf seine Studie als ernstzunehmende Stellungnahmen bereits ausgeschieden sein. Und es ist ungewiß, ob die übrigen 10 Prozent jemals geschrieben und gedruckt werden.

Die Verfahren der Einstellungsmessung sind jedoch zu Recht umstritten. Die schärfste Kritik hat Adorno selbst formuliert, und er hatte offensichtlich die eigene Studie vor Augen, die Vorbild für Pohrts Untersuchung war. »So wird man bei der Anlage sozialpsychologisch orientierter Studien stets wieder beobachten, daß aus dem Forschungsinstrument die Fragen oder Sätze, in denen der fruchtbarste Kern steckt, während der Entwicklung der Studie entfallen, weil sie als gewissermaßen zu fein gesponnen der geforderten Trennschärfe entraten, während die schließlich übrig bleibenden Fragen, die dann in der Tat Gruppen drastisch voneinander abheben, solche sind, die sich mehr oder minder der Oberflächenmeinung annähern und um deren Grobheit willen dann zusätzliche Mittel wie case studies und Tiefeninterviews als keineswegs stets zulängliches Supplement herangezogen werden müssen.«

Es ist kaum ein Zufall, daß Adorno diesen kleinen Text mit dem Titel »Teamwork in der Sozialforschung« nicht veröffentlichte. Pohrt kennt ihn zweifellos, und die letzten Kapitel seiner Untersuchung stellen nebenbei den Versuch dar, durch politische Momentaufnahmen nachzutragen, was case studies und Tiefeninterviews nach Adornos Ansicht zu leisten hätten. Auch Pohrt schließt nach dem Pretest Sätze aus, die keine Trennschärfe besitzen. Die Überlegungen, wieso diese Sätze Vorurteile treffen, die von fast allen Befragten geteilt werden, stellen letztlich das Kernstück der gesamten Untersuchung dar. Aus einem einzigen Satz seiner Testskala folgert er (bei gerade 23 Befragten) eine allgemein verbreitete Disposition für ein Wahnsystem, die er allen Interpretationen zugrunde legt. Und als er in der endgültigen Skala, der M(ichel)-Skala, noch immer eine Reihe von Sätzen findet, »die zwischen Lowscorern und Highscorern oder zwischen Nicht-Autoritären und Autoritären kaum umstritten sind und die sich obendrein außerordentlich großer Zustimmung erfreuen dürfen«, da faßt Pohrt diese zu einer Konsens-Skala zusammen, die nicht nur methodisch eine Neuerung darstellt, sondern ihrem Gehalt nach das erschreckendste Resultat der Studie.

Nun war die oben zitierte Kritik nicht einmal die wichtigste Einsicht, die Adorno nach seinen amerikanischen Erfahrungen über die neuen empirischen Methoden niederschrieb. Schwerer wog, daß der Forscher keine Wahl hatte, als sich den Regeln des modernen Teamwork im administrative social research zu unterwerfen: »One man studies sind stets dubios und meist dilettantisch.« Pohrts Ein-Mann-Studie bietet tatsächlich einige Angriffsflächen (die gerade erwähnte Interpretation eines einzelnen Skalensatzes bei so wenig Befragten ist eine) für Kritiker. Die Entschuldigung, daß die Untersuchung »über weite Strecken strengen wissenschaftlichen Ansprüchen nicht gerecht« wird, sollte der Leser nicht gelten lassen. Denn dadurch geht der Wahrheitsanspruch der empirisch illustrierten Analyse verloren, ohne den sie noch weniger als eine polemische Ideologiekritik darstellte.

Aber soll die Studie nicht ohnehin eine »härtere Attacke« sein? Pohrt kommt selber auf dieses Vorhaben nicht zu sprechen, nur gelegentlich streift er den unmittelbaren Anlaß für seine Untersuchung. Oder hat er sich auch in dieser Hinsicht an Adorno orientiert? Dieser schrieb kurz vor seinem Tode: »In den jüngstvergangenen Dezennien wurden die ‘Studien über Autorität und Familie’, die ‘Authoritarian Personality’, auch die in vielem heterodoxe Herrschaftstheorie der ‘Dialektik der

Aufklärung' ohne praktische Absicht geschrieben und übten doch wohl einige praktische Wirkung aus.« Falls er das politische Bewußtsein der Protestbewegung als praktische Wirkung ansah (gegen ihren gelegentlichen Aktionismus waren die Worte gerichtet), so sei Adorno gegönnt, daß er deren intellektuellen Zerfall nicht selber noch mit den gleichen Methoden analysieren mußte. Weil die praktische Wirkung von Adornos Schriften sich verflüchtigte, ist Pohrts Absicht bescheiden: »Nicht die Wiederkehr des Faschismus als Gemütsbewegung zu verhindern, aber im Falle eines Falles vielleicht wenigstens die Wiederholung jenes Antifaschismus aus der Weimarer Zeit, welcher die Ressentiments seines Gegners in die eigene Propaganda übernahm, sich selber als den besseren Vaterlandsretter empfahl und damit auch noch die letzten Zauderer den Nazis in die Arme treiben mußte.«

Also ist die Studie an dieser Absicht zu messen, und wie so häufig reichen dafür Einwände der Art: 'Schon rein methodisch hat der Autor versäumt ...' nicht aus. Nicht nur, daß die Selbstkritik Adornos und Pohrts da schon gewitzigter ist. Wer bewußt gegen angebliche Standards der Wissenschaft - die scientific community spricht gerne vom methodischen Paradigma, was immer das heißen soll - verstößt, muß dafür Argumente beibringen können. Pohrt kümmert sich nicht weiter um sie, aber es gibt sie:

Ein moralisches Gesetz ist ebensowenig wie eine Erkenntnis in seiner Gültigkeit von empirischen Individuen abhängig. Was einmal als wahr oder gut erkannt wurde, läßt sich nicht durch Mehrheitsbeschluß revidieren - auch wenn dieses Verfahren das aktuelle Ideal der akademischen Geisteswissenschaften darstellt. Praktisch läßt sich das Wahre und Gute jedoch auf vielerlei Arten ruinieren, die intellektuelle Armut mancher soziologischen oder philosophischen Fakultät zeugt von dieser Zerstörung. Einst hieß Bildung der Prozeß, in dem das Naturwesen Mensch unter anderem mit den als wahr erkannten Resultaten der Wissenschaft vertraut gemacht wird, und somit auch die Voraussetzungen erwirbt, zu erkennen, daß der heutige Zustand der menschlichen Gesellschaft jedem moralischen Begriff spottet. Beiläufig lernen die Menschen dann, daß sich wahre Urteile nicht widersprechen können, und daß nach recht einfachen logischen Regeln von einmal als wahr erkannten Urteilen auf die Wahrheit und Unwahrheit anderer Sätze geschlossen werden kann.

Voraussetzung für die Durchführung einer Einstellungsmessung dagegen ist die mißglückte oder verhinderte Bildung der Befragten. Denn von ihnen wird verlangt, was der Sache nach nicht möglich ist: Sie sollen die ihnen vorgelegten Sätze wie eine Kollektion T-Shirts behandeln, nämlich nach »mag ich; mag ich weniger; mag ich nicht usw.« einordnen. Während jedes Urteil nur entweder wahr oder falsch sein kann, wird bei einer Likert-Skala - so heißt das von Pohrt und von Adorno verwendete Verfahren - schon durch die sechs Antwortalternativen (große Zustimmung bis starke Ablehnung der zu beurteilenden Aussage) unterstellt, daß gerade kein Verstand und keine Vernunft zum Zuge kommt, sondern was einstmals in der Philosophie das untere Begehrungsvermögen genannt wurde: der Grad der Lust oder Unlust an der Vorstellung, die durch die Frage vorgegeben wird. Da es nicht um die Vorliebe für Rindfleisch oder Artischocken geht, müssen rein psychische Bedürfnisse angenommen werden, deren Befriedigung die Antworten antizipieren.

Wer offensichtlich falschen, unsinnigen oder verwerflichen Aussagen begeistert oder doch entschieden zustimmt, zeigt, daß er nicht urteilt, sondern ein Vorurteil pflegt. Solche Studien ermitteln also, wie lieb (im wörtlichen Sinne) und teuer den Befragten die ihnen präsentierten Vorurteile sind. Auf zwei Ebenen werden diese Vorurteile vom Sozialforscher zusammengefaßt. Mehrere verknüpfbare Aussagen bildeten zum Beispiel die Grundlage der ersten Skalen in der AP, die zur Einstellungsmessung im damals schon gebräuchlichen Sinne dienten. Den drei untersuchten Einstellungen: Antisemitismus, Ethnozentrismus und politisch-ökonomischer Konservatismus entsprachen die AS-, E- und PEC-Skalen. Das wirklich Neue an Adornos Studie war das Vorhaben, hinter diesen Einstellungen ein Gemeinsames zu suchen (und zu finden), das Charakterstruktur genannt wurde.

Adornos Frage war, wie dieser (autoritäre) Charakter entsteht, und wie er dingfest zu machen ist. Diese Aufgabe wurde mit der berühmten F(aschismus)-Skala gelöst. Pohrt übernimmt die damit implizit gemachte Unterstellung: »Was jeder intuitiv weiß und Dramatiker oder Romanciers hundertfach beschrieben haben - daß höchst fragmentarische Eindrücke oft ein zutreffendes Bild von der ganzen Person vermitteln wird weder als unwissenschaftlich verworfen noch blind übernommen, sondern als sachdienlicher Hinweis für weitere Ermittlungen aufgegriffen. Denn wenn die Einheit der Person eine Tatsache ist, ist die Person auch berechenbar, und wenn die Person berechenbar ist, sind Rückschlüsse legitim.«

Leider stimmt gerade das kaum, wenn irrationale Affekte für die Zustimmung oder Ablehnung zu Skalensätzen den Ausschlag geben. Die Einheit der Person, also ein widerspruchsfreies empirisches Bewußtsein, dürfte nur die Menschen auszeichnen, die Familie, Schule und Hochschule nicht nur unbeschadet überstanden haben, sondern auch noch das Privileg und unverdiente Glück besaßen, zu lernen, was dem Begriff nach die menschliche species von anderen unterscheiden soll. Das Bewußtsein der Menschen, die über keine Privilegien wie freie Zeit, sichere Wohnung, ausreichendes und gutes Essen usw. verfügen, vor allem aber von der Möglichkeit, sich bilden zu lassen, ausgeschlossen sind, ist selten logisch konsistent. Daher ist es kein Gegenstand der Ideologiekritik, neigt zur Weltanschauung - zum Wahn.

So leicht geht Pohrt jedoch nicht in die Falle. Zwar ist ohne Einheit der Person nicht ein einziger Schluß aus den ausgefüllten Fragebögen möglich, und die Einheit ist Fiktion, doch ein redlicher Autor formuliert dieses Dilemma selbst:

»Eine Disposition zu finden aber heißt noch nicht viel, weil Menschen neben der einen Disposition meist auch noch ganz andere besitzen, weil ferner das Subjekt kein blindes Vollzugsorgan der in ihm enthaltenen Anlagen ist und weil es schließlich weitgehend von den Bedingungen und Umständen abhängt, ob einer wird, wozu er die Voraussetzungen hätte. Zu prüfen blieb also, ob neben der Disposition auch schon das Wahnsystem bestand, welches aus der Disposition allein nicht einmal logisch zwingend abgeleitet werden könnte ...« Gerade weil von logischem Zusammenhang keine Rede sein kann, nämlich keine Obersätze des Wahnsystems zur Verfügung stehen, denen die einzelnen Skalensätze subsumierbar wären, fällt die Formulierung der Sätze so schwer.

Pohrt hat mit der zitierten Passage zu dem übergeleitet, was assoziativ bei der Formulierung der Sätze mit herangezogen werden soll und was natürlich ebensowenig wie die behauptete allgemeine Disposition aus der Testskala folgt: dem Nationalcharakter, der deutschen Gestalt des Sozialcharakters. Unter diesem Titel versammelt sich, was aus vielen anderen Analysen Pohrts bekannt ist, mit neuen Einsichten, die einige ausführliche Interviews mit Rechtsradikalen lieferten. Kaum ohne Absicht unterläßt Pohrt jede eindeutige Aussage, ob seine Beschreibung dieses Nationalcharakters alle Deutschen, die Mehrheit oder nur die High-scorer (die Autoritären) treffen soll. Tatsächlich lockt ihn selbst dort, wo er die methodisch geforderte Trennschärfe unter Rückgriff auf theoretische Erwägungen sichern will, der Vorsatz, die dumpfen Gemeinsamkeiten aufzuspüren, nicht die Unterschiede.

Daher ist die zum Ende gefundene Konsensskala kein Zufallsprodukt. Mit ihr kann Pohrt eine fast durchgängig verbreitete Zustimmung zu Sätzen belegen, die in der Summe ein Konglomerat von Weltuntergangsstimmung, Verschwörungsphantasien und Tierschutz bilden, wie es vor 10 Jahren nur im Parteiprogramm der Grünen vorstellbar war. Das Gegenstück, das Pohrt natürlich nicht aus den Augen verliert, bildet die Stimmungsbarometer-Skala, in der er jene Sätze versammelt, die nach einem einfachen methodischen Verfahren jeweils mindestens fünf der Einzelkomponenten des faschistoiden Charakters zugeordnet werden können. Wen wundert es noch, auch hier will sich die gewünschte Trennschärfe nicht einstellen. Die Skala stellt im Gegenteil die ganze Untersuchung in Frage: »Wenn schon die plumpsten autoritären Vorurteile, wie sie im ‘Stimmungsbarometer’ versammelt sind, bei 70 Prozent der Bevölkerung auf Zustimmung oder Duldung stoßen, wenn also ein manifestes faschistoides Syndrom existiert, bedarf es des größeren diagnostischen Aufwandes nicht mehr, der notwendig wäre, um dieses Syndrom schon im Zustand der Latenz aufzuspüren.« Das Recht des Polemikers ist die Übertreibung. In Wirklichkeit kennt Pohrt die quantitative Verbreitung des faschistoiden Syndroms nicht.

Nach der Lektüre drängt sich der Eindruck auf, die Studie sei überflüssig. Denn letztlich fügt sie dem, was sich beobachten läßt und längst beschrieben und vor allem kritisiert wurde, nichts Neues hinzu. Doch es dürfte den Ertappten nun nicht mehr so leicht fallen, die peinlichen Befunde über sich oder die Gefolgsleute als böswillige Unterstellung Pohrts zu denunzieren. Es ist zu befürchten, daß die wenigen Leser, die Pohrt nach der Golfkriegs-Debatte in KONKRET noch lesen, die einzelnen Kapitel als Essays nehmen und die Tabellen und methodischen Ausführungen überblättern, die den empirischen Überbau dokumentieren. Pohrt hat dies nicht zuletzt durch seinen laxen und manchmal verniedlichenden Umgang mit der Statistik und dem Computer und durch entsprechende Anspielungen in einigen Passagen und Fußnoten selbst provoziert. Aber auch wenn er sich um Repräsentativität oder Zufalls-Stichprobe nicht schert: Wer es nicht glauben will, kann ja mit mehr Zeit, Geld und Personal eine umfassende methodisch korrekte Untersuchung durchführen - die freilich nunmehr tatsächlich überflüssig ist.

Kaum voraussehen läßt sich allerdings, was in den nächsten Jahren im neuen Großdeutschland aus dem und durch den ermittelten Charakter werden wird. Unerwartet wurde der von Pohrt zum Anstoß genommene Einzug der Republikaner in die Parlamente zur letzten Episode in der Geschichte der BRD. Die vergangenen Monate bestätigten Pohrts Befunde in den alten Bundesländern, während in den neuen Bundesländern nach wenigen Wochen manifeste faschistische Verbrechen zu beobachten waren. Pohrts eigene Befürchtung, seine Untersuchung könnte nach der Eingliederung der DDR eventuell von bloß historischem Interesse sein, ist selber schon hinfällig geworden.

Ach ja, man kann alles natürlich auch ganz anders sehen wollen: »Die europäische Welt hat keine Angst mehr vor den Deutschen, weil wir 1968 aufgebrochen sind, weil wir das Law-and-Order-Denken herausgeblasen haben aus diesem Land, weil wir, eine andere Generation, diese deutsche Gesellschaft gründlich zivilisiert haben.« (Antje Vollmer, »TAZ« v. 10.8.90). Das ist ein Dokument des oben erwähnten Zerfalls der Protestbewegung; und wenn Pohrt schreibt: »Der Faschismus wird stark nicht aus eigener Kraft, sondern durch seine Widersacher, durch jene Widersacher, die unwissentlich schon zu ihm übergelaufen waren, bevor es ihn auch nur gab«, dann hat er mit diesem gründlich herausgeblasenen Aufbruch der Deutschen schon wieder einen Beleg für seine Behauptung gefunden, der ihn trotzdem nicht froh stimmen wird.

Wolfgang Pohrt: Der Weg zur inneren Einheit. Elemente des Massenbewußtseins BRD 1990, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1991, 317 Seiten, 36 Mark

Werner Hofmann arbeitet am Gesellschaftswissenschaftlichen Institut e.V. in Hannover

Konkret 09/91, S. 58

Horst Tomayer

Tomayers ehrliches Tagebuch

So, Frau ZDF-Unterhaltungsredakteurin Ulrike Koschwitz, Herr IGM-Werbeangestellter Ulrich Oertel und Herr hauptamtlicher Funktionär der IG Metall Detlef Prinz! Vier Wochen sind jetzt herum, seit in diesem Blatte der von Ihnen aus der Tiefe der niedersten Unterhaltungsinstinkte hinaufgebaute bunte Fernsehabend »100 Jahre IG Metall« historisch exakt zugeordnet und I a kritisch hingerichtet wurde. Der Kadaver liegt seither vor Ihrer Haustür, aber das scheint Sie nicht zu stören. Man hat bis dato keinen Mucks von ihnen gehört, kein Naserümpfen, nix. So ein toter bunter Abend stinkt aber doch unmenschlich, erst recht, wenn er verwest. Und dann die Seuchengefahr. Die Kinder. Die Nachbarschaft. Die Polizei. Juckt Sie das nicht? Sie können doch nicht zeitlebens durch diesen Flat waten oder zur Hintertür raus. Also passen Sie auf. Wir von der multikulturellen Abfuhr deutschen Bunteabenddrecks helfen Ihnen bei der Beseitigung der Scheiße, unter zwei Bedingungen:

a) Sie überweisen zwei Drittel, nein: vier Fünftel! des aus Mitgliedsbeiträgen der Gewerkschaft und dem ZDF-Honorar erlösten Schweinegeldes auf das Sonderkonto Waffen für El Salvador und

b) Sie beantworten folgende zwei Haupt- sowie fünf Nebenfragen:

· Sozialisierten Sie sich während der Vietnamdemonstrationen, der Auschwitz- und Majdanekprozesse und der APO, oder leiden Sie an endogener Gehirnverdorbenheit?

· Wer von ihnen (apropos »im Dauerlauf der Geschichte ein bißchen nachspüren«) schlug vor, Deutschland als alleinigen Urheber des II. Weltkriegs zu unterschlagen und die Judenvernichtung den »sendezeitlich bedingten Unterhaltungszwängen« auf dem Schneidetisch zu opfern?

· Wer von Ihnen verbrach den normalerweise acht Tage Formulierungsfreiheitsentzug bei verdünntem Odel und einem Kanten Brot aus küchenschabenkötelversetztem Distelmehl nach sich ziehenden wanzenhaften Satz: »Kurt Tucholsky war übrigens ein bißchen fürwitziger als die Metaller, er erkämpfte sich nämlich ganze vier Monate früher als die Metaller einen Platz auf dieser Welt...«

· Wer von Ihnen erbrach die dreimal täglich nach dem Essen einmal Arschvoll pflichtige säuische Lapidarie »Am 8. Mai ist der Zweite Weltkrieg beendet...«

· Wem von Ihnen war es wurscht, daß man ihm dafür die Ohrlappen ums Knie wickeln würde, textete er denn: »Erich Kästner gehört auch zu dieser Kriegsgeneration, er erlebte, wie seine Bücher verbrannt wurden und wie Dresden, seine Geburtsstadt, in Schutt und Asche versank, seine innere Freiheit aber, die hat er nie verloren, und ich glaube, zu unserer neuen Freiheit gehört, daß gerade die Symbole dieser Stadt Dresden jetzt wieder neu errichtet werden, die Hofkirche und das Schloß...«

· Welcher Dem-Staat-in-den-Arsch-Kriecher unter Ihnen glaubte den Demonstrationen gegen die Notstandsgesetze ungestraft übel nachreden zu dürfen?

· Welcher von Ihnen drei sprachlichen Windhunden ließ die Transparente für die 35-Stunden-Woche im Winde »fliegen« statt flattern?

Erklären Sie sich bis 10. September, oder Sie ersticken in Ihrem bunten Abenddreck!

***

Sehr geehrte ZS 3700833

Auch mich beunruhigen die sinkenden Zitronenfalterzahlen. Auch mich verstören die an die Tore Roms donnernden Albanerhorden. Auch ich stecke immer öfters im Stau und steckete doch mit meiner unwahrscheinlich starken Aufbauleistung lieber in dir, o du zärtlicher, sinnlicher Tittenbär. Komm, laß uns in unsrer kleinen geilen Welt unsere Pfunde umverteilen von 69 auf 96 und vice versa, ohne daß einer des andern Festgeld besitzergreift. Schreib mir noch heute an die Redaktion, du wilde, du!

***

Was wollt ihr sein, ihr vom neuen »Neuen Deutschland«? Eine

sozialistische Tageszeitung

Habt ihr Belladonna gesoffen? Wißt ihr, was das ist? Eine **sozialistische** Tageszeitung? Die kommt aus dem Urknall. Die ist loderndstes Feuer, geschmiedetstes Schwert. Die ist der tägliche in unbestochenstem Deutsch geschriebne Steckbrief des

Kapitals. Ist die ansatzlos in die Fresse der herrschenden Klasse und der mit ihr verbündeten Kriegstreiberei geschlagne publizistische Faust der Avantgarde des herzensgebildeten Proletariats. Ist dem in Wohnungs-, Erwerbs-, Zahn-, Erfolgs-, Chancen-, Mittel- und Hoffnungslosen sowie in die vor die pfäffische Untersuchungskommission gezerrte Leibesfruchtaustragungsunwillige zerrissenen Menschen aufhelfende Hand.

Das ist die sozialistische Tageszeitung. Aber das seid ihr doch nicht, ihr SchlappschwänzInnen vom neuen »Neuen Deutschland«. Aufgrund von euch doch nicht wackeln die Wände der Paläste. In euch doch nicht ist gewickelt Spartakus' Leib. Euer, ihr Laumänner und Laufraun, Blättchen flieht ja selbst der stinkendste Fischschwanz, treibt ihr doch mit dem redaktionell saufeig mit nicht einem Buchstaben in 8 & Bann kommentierten Abdruck der Anzeige eines mit viertausend Prozent Profit zuschlagenden Schlankheitspillenbetrügers eure vom Sättigungsbeilagenterror des Honecker-Regimes aufgeschwemmte Leserschaft gleich nach der nach hinten losgegangnen 89er-Revolution in den Wahn, nach der Teilnahme an einer »Fettabschmelz-Revolution« auf dem Gesindemarkt der Treuhand als Abgespeckte mehr Chancen zur lohnabhängigen Beschäftigtheit zu haben als als Aufgeschwemmte.

Ihr und eine sozialistische Tageszeitung? Ihr seid des Untergangs!

Konkret 09/91, S. 60

Eckhard Henscheid

Ein Poet macht sich bemerkbar

Zu Ror Wolfs drittem und letztem Ratschlägerbuch, einem Nachschlagwerk zur neueren Welt- und Wirklichkeitslehre

»Abszess. Die Haut ist so dünn, daß ein schneller Schnitt keine Schmerzen verursacht, wenn der Abszesssehr groß ist, und seine Entleerung sehr bald und wahrscheinlich während des Schlafs befürchtet wird. Ein Mann kann also durch die Benutzung eines einfachen scharfen Messers sich und der Welt große Erleichterung verschaffen; mit einem winzigen Schnitt, den die Welt kaum spürt. Sie wacht nicht schreiend und mit Entsetzen auf. Sie empfindet allenfalls eine gewisse Genugtuung über die herausfließenden Inhalte.«

So ist es: denn die Welt ist nicht eigentlich böse, sondern legt lediglich Wert auf eine gewisse Ordnung, bis hin zur Insistenz auf Satisfaktion im Falle ihrer Verletzung; aber auch im Fall der Wurst hat, im Zuge seiner zuweilen wie von Magie durchnisteten Satzgespinste, dies stattlich-großformatige und mit vielen Bildmontagen des Autors ausgerüstete Nachschlagwerk zur neueren Welt- und Wirklichkeitslehre Erhebliches, ja Erhellendes mitzuteilen:

»Wurst. Unter Wurst versteht man im allgemeinen ein Erzeugnis der Fleischerei, das trotz aller Verschiedenheiten die gemeinsame Eigenschaft hat, aus einem in dünne Därme gefüllten Gemisch von Fleisch, Fett, Blut, Leber und anderen Dingen zu bestehen. Neben den anderen Dingen wirken wahrscheinlich noch andere Dinge mit, über deren Bedeutung wir noch immer recht wenig wissen. Man sieht jedenfalls: es sind hier noch viele Rätsel zu lösen.«

Derweil sei über den »Zimmerspaziergang« immerhin dies hier schon mal zur Kenntnis gebracht:

»Zimmerspaziergang. Siehe Bewegungsleben«.

Welches Kapitel wir allerdings in der noch immer grassierenden Ära Beckett und also der ohnehinnigen Bewegungslosigkeit vernachlässigen dürfen; ganz im Sinne zumal des Autors Ror Wolf.

In einer Zeit andererseits, in der sich poesiegeschichtlicher Rang und vitale Reputation eines Dichters augen- und ohrenscheinlich entschiedener denn je danach bemessen, wie laut irgendwelche internationalen Gockeln auf sehr finsteren Kongressen und Aufläufen rund um »Lettre« und »Libre« möglichst öffentlich und möglichst laut »Lateinamerika« und neuerdings wieder »Europa« gackern und lärmen, ganz als ob dessen neuerliches Erblühen auch nur das Minimalmindeste mit dem von Literatur zu schaffen hätte; in einer Zeit, da ein poetisch fünft- bis achtrangiges Exempel wie sagen wir Erich Fried nicht allein noch immer als exemplarisch traktiert wird, sondern auch noch z.B. als Vorwand für einen sogenannten Fried-Kongreß (Wien, November 1990), nämlich für das Zusammenfinden derer, die eh immer zusammenfinden, herhalten muß; in einer Zeit, die halt noch immer wie einzementiert in ihre eigene Minderbedarftheit auf Grass und Lenz und Kundera und Christa Wolf hinlauscht und um diese herum die dazugehörigen einschlägigen sog. Großdiskussionen führt und damit das nationale Feuilleton abfüllt; im Kainszeichen einer solchen wahrhaft bleischweren Zeit und ihres mehr oder weniger allseitigen Geistesgauner- oder wahlweise -schläfertums hat es : kurzum ein Ror Wolf nicht so ganz leicht.

Zumal er es jener Szene und ihren Erheischungen auch nicht so ganz leicht und sich nämlich nicht billig macht.

Wenn überhaupt wer, dann ist Ror Wolf Außenseiter. Dabei stand der heute 58jährige Thüringer vor einem Vierteljahrhundert für die literarische Zukunft des Landes; als ein Hoffnungsträger, ja schon als einer der Höchstästimierten. Eine der ersten großen Buch-Rezensionen des »Spiegel« - damals ein Novum - befaßte sich 1964 mit dem Wolfschen Erstling »Fortsetzung des Berichts« - und auch in der Folge war dieser Suhrkamp-Flaggenzeiger der damals gleichnamigen Kultur durchaus sogar eins der Schoßkinder der Literaturkritik, der sich ambitiöser dünkenden zumal; verlor freilich, in paradoxer Divergenzbewegung, wohl eben damit immer spürbarer ein lesendes Publikum und damit letztlich Präsenz; bis endlich Mitte der 70er Jahre sein eben doch mehr für Hermann Hesse zuständiger Frankfurter Großverleger ihn peu à peu, aber doch im Grunde entschlossen, fallen ließ; weil diese allzu kühle Kartoffel sich halt nicht ganz so locker verscherbeln ließ wie der vorher noch minder taxierte Peter Handke aus dem gleichen Nachwuchsstall.

So daß, nach vielen großen Wirren, Wolfs erstes Opus maximum, der dicke »Ratschläger für alle Fälle der Welt«, 1983 beim kleinfeinen Gießener Anabas-Verlag auftauchte, gleichwohl aber faustdickstes Lob einfuhr:

»Ein gewaltiger Sprachkomiker«, befand etwa die »Titanic«, in diesem Buch herrsche »ein leiser, zwischen der Vornehmheitsattitüde Loriots und der Sanftheit Kafkascher Grimassen dünstender Unfug, dessen Pointe wohl daher rührt, daß Wolf Wahnsinn und Ängste des Bourgeois ebenso vernichtend entlarvt - wie er beides ‘affirmativ’ gutheißt: ein wahrhaft diabolischer Trick«. »Der Buchbenutzer«, so ließ die europäische Kulturzeitschrift »Merkur« gleich zweimal (1984/87) drucken, »wird entführt in ein mild Irrlichterndes, Irisierendes, hinterhältig Humoristisches ... zu einem Humor der allerschmelzendsten Reife«. Und schließlich der »Rabe«: »Ein prunkschönes Gesittungs- und Gesinnungsbuch im liebevoll lexikalischen, sanft surrealistisch überdrehten Stil des verflossenen Säkulums. Komik entzündet sich da, wo das

unendlich Viele (an lexikalischem Material) sich am Nichts (seiner etwelchen Bedeutung) reibt, um endlich, nach zierlichem Rauchgekräusel, wieder zu regloser Stille zu verglühen.«

Das alles kann man, falls die windschief oxydierenden Metaphern naturwissenschaftlich einigermaßen der Prüfung des Nobelpreiskomitees standhalten, zwar alles heute noch unterschreiben; denn alle vier kritischen Befunde stammen von mir, dem schon fast zwei Jahrzehnte lang tätigen Propagandisten und Exegeten des Dichters. Aber, um gerecht zu sein, waren über die schon allzu wirren Zeiten hinweg auch etwa Ludwig Harig, Peter Iden, Lothar Baier, Karl Riha und Volker Hage allzeit mehr oder weniger zähe und kundige Künder Wolfens - und zum andern ist aus diesem ersten Ratschlägerbuch inzwischen eine Art Triptychon geworden; wobei der jetzt präsente dritte Wolf-Tranchirersche Band »Welt und Wirklichkeitslehre« nicht nur den frühen eher satirischen Reif des Lexikon- und Knigge-Parodistischen ziemlich abgeschüttelt hat, sondern auch die eigene Poetik noch einmal forciert: den Prozeß des Abhebens, der Entrückung von jedweder Wirklichkeit. Was sich so lebenshelferisch geriert, ist der eher albernen Welt gleichsam längst abhanden gekommen (wie zuweilen sein Autor, den es 1981/83 in ein gewisses und sicherlich nur halbreales Zornheim südlich von Mainz verschlug); und hilft freilich eben dadurch, durch die Konsequenz der Verweigerung, dem Ratsuchenden - eben doch. Etwa beim Denken, als seine eigene negative Dialektik eben:

»Gedächtnis. Das Denken ist eine Notwendigkeit. Aber was nützen die Gedanken, wenn die unser Gedächtnis wieder verlassen.«

Von dieser Paradoxie sozusagen in der Kontinuität des Robert Walser (nicht zufällig einer Wolfschen Leitfigur), gewissermaßen aus der fortschreitenden Amnesie seines Verfassers heraus, bezieht dieser moderne Ratschläger seine Helferkräfte, wenn überhaupt - denn natürlich kommt in diesem Wolfschen Wirklichkeitslexikon nichts, aber auch abernichts vor, was für irgendwelche akuten Wissenssparten von etwa der Antrobiologie bis hin zur Thermonukleardynamik von etwelcher Relevanz wäre - Wolfs Wissenstand ist etwa der von 4000 v.Ch. und zum Teil noch weiter zurück im Magisch-Mythischen daheim, eben in Zornheim - dies eben, die Hartnäckigkeit der Archaisierung von Wissenschaft, bestimmt nun wieder umgekehrt und angesichts der rasend schnell und trotz Richard Wagners Erlaß von 1876 (»Der Welt melden Weise nichts mehr«) stur ins abermals Sinnlose voranjagenden Wissenschaften, den resistenten Rang der Wolfschen Weltoptik. Und garantiert nämlich ein letztes Mal so etwas wie Heil. Noch in der äußersten Negation, dem Verstummen und Verschwimmen eben noch sogar des vorwissenschaftliches Lautes:

»Wort (...) So kommt es, daß, was für den einen ein Buch ist, für den anderen nichts ist, nichts, gar nichts. Sie schütteln wie im Traum ihre Köpfe und wie im Traum entfernen sie sich, um eine Gegend zu erreichen, wo, wie im Traum, kein Buch ist, kein Wort. Nur eine schöne stöhnende Stille (...) Erst in diesem Jahrhundert hat die Menschheit die ganze ungeheure Tragweite meiner Worte begriffen.«

Die Deutschen noch kaum. In einer Periode, da, um nochmals fast wahllos ein paar kurrente Katastrophen herauszuzaubern, gewaltige Säkularkoryphäen wie Reiner Kunze für nichts und sondernichts den Büchnerpreis aus der DDR einrückend sozusagen restepede abgreifen, bleibt natürlich für einen Ror Wolf im 50. Lebensjahr nur mehr der hessische Förderpreis übrig. Weil nämlich zuletzt ein bis kürzlich für die »FAZ« tätig gewesener literaturkundlicher Kathederknallfrosch aus dem Tübinger Rhetoriker-Stammbaum der Jens-Spätfolge den Autor Wolf mit links liquidiert, nämlich mit dem Kernsatz: »Nichts ist so alt wie die Avantgarde von gestern.« Nichts schwärt so alt wie die Neuheit, daß einer mit solchen Raketen Uni-Karriere macht und dann eine zeitlang sogar als Starkritiker durchgeht, indem er umgekehrt die aktuell trübsten Tassen und verschmocktesten Pfeifen zu den neuen postgardistischen Standards erklärt. Und während der Martin Walser heute aus der Hand Th. Waigels 30.000 Mark einstreicht, bloß weil er sich stur einredet, an der Wiedervereinigung seine Freude zu haben, derweil hat Ror Wolfs Wirklichkeitslehre zu Recht eben diese noch nicht mal ignoriert und - -

- kurz: das Gewerbe ist vergammelt, der Betrieb samt seinen Preis- und Korruptionsgremien eh schwachsinnig - und der »große Lesepöbel« (J. v. Eichendorff) ja fast noch doofer. Aber freilich hat ein Volk, das nicht nur erschreckend nachdrücklich den Helmut Schmidt als den erhabensten seiner Denker verehrt, sondern auch noch, demoskopisch erhärtet, ein derzeit führendes Unsäglichkeitsmonstrum namens Rita Süßmuth als sein weiblich-völkisches Ichideal der karrieretüchtigen höheren Tochter, - hat ein solches Volk einen Ror Wolf als ein Wesen wahrlich von einem anderen, besseren Stern eigentlich gar nicht verdient, ja, verflucht sei die ganze verschrumpelte Bagage! -

- aber worum geht’s uns hier im engeren Sinne?

Der eventuell nagenden Sorge, er möchte sich im dritten Teil des vermutlichen Hauptwerks nur noch schön, aber schmerzlich wiederholen, nimmt Ror Wolf rasch Wind aus den Segeln der Bangnis. Natürlich hat’s da wieder auch die lang bekannten und geschätzten Wolfschen Schrullen und Grillen; es hat die von ihm seit dreißig Jahren perfektionierte Poetik des Vorbeischreibens am allfällig Erwartbaren, das Aussparen von planen Pointen, die zarte Irritation bis hin zum rettungsfernen Sichverlieren zwischen Fug und Unfug; für manche Verehrer eher bedauerlicherweise hat es auch wieder die wohl etwas obsolet-angestaubte und quasi unterm eigenen Strich segelnde »Rothändle-Ästhetik« (Dieter Asmus) der

erosionssüchtigen Bildmontagen in der Folge Max Ernsts, deren unverzichtbar bekannte Fremdheitseffekte wohl niemanden so treulich berauschen wie ihren Hersteller Wolf; und es hat selbstverständlich abermals Wolfs - im Leben wie in der Literatur - unverbrüchliche Inklination zu Unglücken und Katastrophen allseitiger Globalpräsenz:

»Man kann sich der Wahrheit der Tatsache nicht entziehen, daß die Kartoffel eine fast unverdauliche Speise ist.«

Es zeigen sich in dieser seltsam schön, oft wie seraphisch schimmernden Prosa Reflexe des frühen, des halluzinatorischen, des einzig erträglichen Thomas Bernhard, mit dem Wolf sich einst auch theoretisch befaßte - manches gemahnt an Robert Walser, über den Wolf um 1970 einen wahlverwandten Film machte - und sehr vieles, klar, an Franz Kafka. Wie bei ihm so bei Wolf ersteht aus dem universell Hinfälligen immer wieder ein Rettendes:

»Ich freue mich über die Kälte, ich verachte die scheinende Sonne, für mich hat die Nacht nichts Unangenehmes, die fallenden Schneeflocken sind mir willkommen; das Eis, der Frost, die beschneiten Hüte, das alles ist schön.«

Radikaler noch hat das Ror Wolf einst in einem säkularen Vierzeiler »wetterverhältnisse« gesagt, den Sie, Leser, zu Ihrem eignen Frommen, sofort auswendig lernen sollten: »Es schneit, dann fällt der regen nieder, / dann schneit es, regnet es und schneit, / dann regnet es die ganze zeit, / dann regnet und dann schneit es wieder«.

Auch dies ist am Ende noch schön,immerhin als sprachlicher Abglanz. Unleugbar andererseits, daß der Autor Wolf seit einem Vierteljahrhundert formal wie thematisch sich stark im Kreise dreht, schmorend mitten im eigenen Lautemelos tendenziell selbst sich abkupfert, zur gelegentlichen zagen Sorge seiner Fans - die ihm gleichwohl kaum zu zürnen imstande sind. Zu unwiderstehlich, zu entrückend immer wieder das Ganze, die zieren Endprodukte; zumal eins als Entsühnendes hinzukommt:

»Außerdem fehlen mir jetzt die Worte. Schon das Wort 'Zungenentzündung' macht mir die unbegreiflichsten Schwierigkeiten (...) Aber was sind schon Worte. Um zu beschreiben, was Worte sind, hätte ich früher ohne Probleme die richtigen Worte gefunden, aber ich finde schon lange nicht mehr die richtigen Worte.«

Eben. Der in seinen Ratgebern ausgezogen war, der willig lesenden Menschheit z.B. »eine vollständige Kontrolle über das Schwanken« qua Weisung zu ermöglichen, eben der hat selber wiederholt die allergrößten Schwierigkeiten, nicht ständig umzufallen; derart Becketts Erbe wohl verwaltend. Und immerhin ist es Wolf mit seinem Werke auch gelungen, abermals »sich bemerkbar (zu) machen« (Stichwort »Schreiben«), - vermutbar die Quintessenz seiner Ästhetik, ja womöglich seiner zarten Entelechie.

»Der enorme, wohl einzig dastehende Erfolg des bis heute in beinahe eintausend Exemplaren verbreiteten 'Ratschlägers'« (von 1983), so spottet Ror Wolf zartest im Schlußwort des neuen Wirklichkeitsführers, »folgt nun ein letztes notwendiges Buch«, welches »in die große verwunderte Welt hinausgetragen« werden solle. Die es weder kapiert noch auch nur halbwegs registriert noch gar die verdienten Bauklötze staunt. Noch auch soll. Die scheint's bittere und (aber mindestens!) dreifache Ironie dieses Epilog-Begehrs hat gewiß nichts mit der Koketterie zu tun, welche Arno Schmidt - und in seiner Nachhut so mancher Narr - in den Wunschbefehl verbrämte: die dritte Wurzel aus der Population eines Volkes (nach der Wiedervereinigung derzeit: ca. 430) rekrutiere die allein angemessene Leser- und Käuferschaft. Was Quatsch. Möge diese meine emphatische Wolf-Hymisierung es erwirken, daß es sofort 1 Million Käufer werden, Wolfs Katastrophenweltbild derart jäh erschütternd.

Na, 1 Mio. ist vielleicht doch zuviel für derart hochselige Gedankenflora. Besser doch nur - sagen wir: dreizehnhundert.

Ror Wolf: Raoul Tranchirers Welt- und Wirklichkeitslehre aus dem Reich des Fleisches, der Erde, der Luft, des Wassers und der Gefühle. Anabas Verlag, Gießen 1990, 203 Seiten, 128 Mark

Eckhard Henscheid machte in KONKRET 6/91 Vorschläge für eine gesamtdeutsche Verfassung

Konkret 09/91, S. 62

Detlef zum Winkel

Pr□dikat: harmlos

Irwin Winklers Film □ Schuldig bei Verdacht□ □ber die Jagd auf Kommunisten im Hollywood der 50er Jahre ist nett gemeint und perfekt inszeniert: □ so daß, genau besehen, einfach nichts stimmt□

Das ist nett: Hollywood hat einen Film gegen den Antikommunismus herausgebracht. Lieblinge der Leinwand demonstrieren ihr politisches Engagement, zerren die McCarthy-Ära aus der Vergessenheit, klagen deren staatliche Akteure an und erledigen sie nach allen Regeln der Kunst, die ihnen zur Verfügung steht. So dienen die Professionalität eines Robert de Niro, das Geld eines Irwin Winkler (Regie), die Erfahrung eines Michael Ballhaus (Kamera) und der Name eines Martin Scorsese (Nebenrolle) einmal einer guten, vernünftigen und demokratischen Sache, der Abwehr politischer Repression oder auch dem Kampf gegen die sogenannten Berufsverbote, wie die neue, in KONKRET 7/91, aber vorher auch schon von Helmut Schmidt gebrauchte Diktion heißt. Von solcher progressiven Breitenarbeit haben der MSB Spartakus, die Jusos und der KB in ihren besten Zeiten geträumt, ich selber natürlich auch. Jetzt, wo wir alle fertig sind, die Kampagnen gegen den Gesinnungsstaat längst vorbei, die Komitees aufgelöst, die arbeitslosen Akademiker in Scharen auf Computer umgeschult, d.h. auf frühes Aufstehen, pünktliches Erscheinen, Kurzhaarschnitt, Bügelfalten und regelmäßiges Kantinenessen, jetzt also, wo die ehemalige Erregung bedeutungslos erscheint, haben sich Weltstars des Themas angenommen, denn das wird das verständige Kinopublikum doch hoffentlich noch assoziieren können, daß es unter dem Patrioten Willy Brandt mal ein Remake des amerikanischen Vorbilds in der BRD gegeben hat. Sicher bin ich mir allerdings nicht.

»Schuldig bei Verdacht« handelt davon, daß Anfang der fünfziger Jahre auch Hollywood ins Fadenkreuz des Komitees zur Aufspürung unamerikanischer Machenschaften (»House Un-American Activities Commitee«) geraten war. Da hörte der Spaß auf, nicht für alle, wie das Beispiel Ronald Reagan zeigt, aber doch für viele, die nicht in der B-Liga spielten. Ihre Schicksale bringt Winkler uns nahe am Beispiel der befreundeten Ehepaare Merrill (sie Lehrerin, er Regisseur) und Nolan (sie Schauspielerin, er wiederum Regisseur) und ihres Kumpels Bunny Baxter (Drehbuchautor). Sie waren glücklich, sie waren erfolgreich, wir sehen sie auf heiteren Urlaubsfotos in Liegestühlen sitzen, Cocktails trinken und in den Fotoapparat lachen. Nur Gutes haben sie gewollt, nämlich anderen Menschen zu helfen, als sie in den Vierzigern an ein paar Veranstaltungen der kommunistischen Partei teilnahmen, wo sie bald wieder herausflogen, weil sie mit ihrer kritischen Fragerei den richtigen Kommunisten auf die Nerven fielen. Trotzdem, ein typischer Fall für McCarthys Untersuchungsausschuß.

Larry Nolan wird weich und denunziert, um die eigene Haut zu retten, seine Freunde und sogar seine Frau Dorothy. David Merrill (de Niro), jung, selbstbewußt, erfolgsverwöhnt, glaubt zunächst an eine Macke, als ihn der Studioboß der 20th Century Fox auffordert, vor dem Untersuchungsausschuß auszusagen, und das zur Bedingung für den nächsten Auftrag macht. Eines Schlechteren wird er rasch belehrt, so daß er dann doch den Anwalt Felix Graff (Sam Wanamaker) aufsucht, der darauf spezialisiert ist, seine Klienten aus der Traumfabrik auf die politischen Verhöre vorzubereiten. Graff jedoch entpuppt sich als der verlängerte Arm des Ausschusses und will Merrill dazu bewegen, durch die Denunziation von Freunden und Kollegen seine staatsbürgerliche Gesinnung zu beweisen. Unser Regisseur hat den Ernst der Angelegenheit immer noch nicht begriffen. Er weigert sich mitzuspielen und darf die weniger sonnigen Seiten westlicher Freiheit kennenlernen. Kein Film, kein Auftrag, schließlich gar kein Job. Auch keine Villa, kein Familienglück, kein Weihnachtsgeschenk für Sohn Paulie und keine Freunde mehr. Noch schlimmer ergeht es Dorothy Nolan (Patricia Wettig). Ihr Mann Larry läßt sich scheiden, und so einer linksverdächtigen Mutter wird dann natürlich auch noch das Sorgerecht für ihr Kind abgesprochen. Als Schauspielerin ist sie erledigt, verfällt dem Alkohol und bringt sich schließlich um. Daß dies vor den Augen von David und Ruth Merrill geschieht, ist ein dramaturgischer Kunstgriff, der den Schluß des Streifens routiniert vorbereitet.

David fängt nämlich an zu resignieren und ist am Ende bereit, auf einer öffentlichen Sitzung des Untersuchungsausschusses auszusagen, eine reine Propagandashow, mit der die Kommunistenjäger ihr Treiben legitimieren. Doch in Robert de Niro haben sie sich getäuscht. Als die Ausschußmitglieder, dargestellt als reine Ekel - und das ist das Erbaulichste an diesem Film , die tote Dorothy durch den Dreck ziehen, wird unser Held sehr trotzig und sehr standhaft. Baxter, der als nächster Zeuge geladen und zum Verrat eigentlich entschlossen ist, nimmt sich Merrills Vorbild zu Herzen und verweigert die Aussage. Im Abspann erfahren wir, daß Leute wie David, Ruth und Bunny anschließend ins Gefängnis mußten.

Wer also, um einen Bezug zur Gegenwart herzustellen, wegen seiner Vergangenheit oder Gegenwart in einer aufgelösten oder noch nicht aufgelösten linken Organisation befragt werden sollte, wobei man den Kooperationswilligen vielleicht eine Stelle oder einen lukrativen Auftrag in Aussicht stellt, der wende sich nicht nur an einen Anwalt, sondern auch an ein halbwegs liberales Medium zwecks Veröffentlichung. Und besuche diesen Film, welcher in dieser Hinsicht aufbaut und bestärkt. Seltsam ist immerhin, daß es bei uns viele Linke gibt, die früher organisiert waren, aber keine Entlassungen bei

den Diensten, die für ihre Beobachtung zuständig waren, und gar keine Informationen darüber, womit sich die beschäftigungslos gewordenen Verfassungsschützer denn jetzt die Zeit vertreiben. Auch müßte bei den mannigfachen Verdächtigungen einer Zusammenarbeit mit dem Staatssicherheitsdienst der DDR der eine oder andere Unschuldige zu finden sein, aber diese Leute haben zur Zeit wohl keine Chance, bei irgendjemandem Gehör zu finden.

»Schuldig bei Verdacht« behandelt den Stoff mit der Perfektion, die man von den Profis erwarten kann. Da sind keine Hänger, keine holprigen Dialoge, in die man politische Belehrungen über gute Demokraten und schlechte Bürokraten verpackt hätte, da ist alles Spannung und alles Unterhaltung. Genau im richtigen Moment wird die Tränendrüse gereizt, und genau im richtigen Moment kann man befreit aufatmen, jedes kleinste Detail haut einfach hin. So daß, genau besehen, einfach nichts stimmt.Die Wahrheit beugt sich keiner perfekten Inszenierung. In Wahrheit weiß man vorher nie, daß das Ende schon irgendwie gut sein wird, daß Davids kaputte Ehe sich in der Bedrängnis wieder kitten läßt und daß sich die Freundschaft zu Baxter behauptet. Und in Wahrheit ist der Fall desjenigen, der bloß zufällig auf zwei, drei linksliberale Versammlungen geraten ist, um sich alsbald zu besinnen, der am wenigsten interessante. Das Stück entzieht sich der Frage, was sich die Betreffenden in ihrer seligen Jugend über Politik vorgestellt haben, und auch jener, welche meinungsbildende Wirkung McCarthys Arbeit auf ihre politischen Überzeugungen ausübt. David hat nur »seine Arbeit« im Kopf, wünscht sich ein sorgenfreies Auskommen für seine Familie und möchte ansonsten in Ruhe gelassen werden. Das heißt, er hat wenig bis gar nichts im Kopf, ein reflexionsarmer Mensch, der sich nicht mit Gedanken darüber aufhält, womit er sein Leben verschwendet.

Das bessere, das demokratische Hollywood, das der Film präsentiert, muß einem trist erscheinen, wenn man noch nicht alle Ansprüche aufgegeben hat. Winkler kriegt als Produzent von »Rocky« und »New York, New York« einen moralischen Rappel und führt zum ersten Mal höchstpersönlich Regie, de Niro stellt seine weltberühmte Vielseitigkeit einer progressiven Sache zur Verfügung, und Scorsese ist mit einem Sekundenauftritt dabei... Sie sind ja so gut zu uns, daß man ihre Heuchelei und vor allem ihren Selbstbetrug als ihre größte künstlerische Leistung bezeichnen möchte.

Prädikat: harmlos.

Detlef zum Winkel schrieb in KONKRET 5/91 über die Logik des Kriegs am Golf

Konkret 09/91, S. 64

Diedrich Diederichsen

DER ANHANG

Spike Lee/David Lee (Hrsg.): Five By Five; Simon & Schuster/Michele Wallace: Invisibility Blues - From Pop to Theory; Verso

Gerüchteweise ist jetzt auch bei »Spiegel« und »FAZ« angekommen, daß sich an amerikanischen Hochschulen etwas tut, dessen Dimensionen und Militanz wie das Heraufdämmern einer neuen Studentenbewegung sich ausnehmen. Doch da seien Gott und die Toleranz vor: die vor allem sei bedroht von dem, was der hier immer als erster gedropte Begriff »Politically Correct« und die ihn tragenden (vor allem) antirassistischen und antisexistischen Bewegungen meinen. Amerika drohe zu zerfallen in nur an sich selbst interessierte Communities, bibbert der »Spiegel«, und in der »FAZ« diagnostiziert man, daß, von ein paar irren radikalen Jungnegern abgesehen, die Bewegung eh eher von altmarxistischen Dozenten ausgehe und nicht von der netten neuen Jugend.

Doch hat das, was unsere »alternative« Öffentlichkeit bislang noch überhaupt nicht und die liberale wie konservative allenfalls als »Rückzugsgefecht des Marxismus« wahrgenommen hat, längst alle Bereiche des kulturellen Lebens der USA erreicht. Zumindest in den Städten hat sich die Einsicht durchgesetzt, daß die diversen Minderheiten nur noch Chancen haben, wenn sie sich militant schützen, was auf allen Ebenen, von Hip-Theorie und Bildender Kunst bis zu Sport und Pop-Musik zur Radikalisierung der minoritären Position geführt hat, oft genug (leider? - aber genau da setzt auch die scheinaufgeklärte konservative Abwehr von Tribalismen in »FAZ« und »Spiegel« an) auf der Suche nach einem Mythos der jeweiligenethischen, sexuellen Gruppen-Identität. Dabei herrscht dort - anders als in hiesigen intellektuellen Kreisen - eine aufgeladene, hitzige Atmosphäre politischer Auseinandersetzung (»Streitkultur« würde man das hier nennen: die Existenz dieses Begriffs beweist, daß es dergleichen nicht gibt), eine physisch spürbare, hohe Betroffenheitsfeuchtigkeit der kursierenden Gedanken. Doch anders als unsere, zurecht vielgeschmähte »Betroffenheit«, verdankt jene sich nicht dem Reklamieren von »richtigen« Gefühlen (einem rein behaupteten und durch Lyrik und andere Tränen ggf. zu untermauernden Auf-der-richtigen-Seite-Stehen - der der Natur oder der der »unterdrückten Menschen«), sondern dem tatsächlichen Gemeintsein, von welcher politischen Lage auch immer, durch die Selbstbestimmung als Angehöriger einer sozialen, »rassischen«, sexuellen Minderheit im Kampf gegen deren vielfältige Bedrohungen.

Mit anderen Worten: Wir haben es zu tun mit der Rückkehr des politischen Subjekts - in jedem Sinne. Und egal als was für ein verwirrtes Wesen dieses Gespenst auch auftaucht: »FAZ« und »Spiegel« hatten sich gerade so über seine endgültige Beerdigung in der Gruft eines transsylvanischen Schlosses gefreut. Mittlerweile entwickeln in den USA selbst Gruppen, die nicht nicht oder nur beschränkt zur Macht zugelassen sind, ein entsprechendes Bewußtsein: (weiße) Männer suchen, von einer bedrohlichen Massenvervolkerelispilgrimisierung erfaßt, ihr wahres Wesen (vorzugsweise in Wäldern und überall sonst, wo Bäume und andere lange aufrecht stehende Gebilde aus dem Boden wachsen, zur Begleitung von Bongotrommeln und anderen rührenden vulgärtribalistischen Accessoires). Tribalismus, das klassische Jugend- und Subkultur-Programm, ist über alle normalerweise von ihm errichteten Grenzen hinaus attraktiv.

In dieser Lage versuchen Intellektuelle im Kulturleben Amerikas gerne, sich über die Überdeterminiertheit ihrer Repräsentationsfunktion und Kompetenz durch Betroffenheit zu profilieren. Dies hat zwar einerseits dazu geführt, daß es neue intellektuelle Stars gibt (Gayatri Charkravartti Spivak, Henry Louis Gates jr., Cornel West u.v.m. - hoffentlich bald ins Deutsche übersetzt), denen ihr (teilweise mehrfach) minoritärer Status geholfen hat, geläufige, im postmodernen Theorie-Angebot frei kursierende, scheinbar bezugslose Theorien mit konkreter Lebensmasse aufzuladen, bzw. teilweise auch vom Kopf auf die Füße zu stellen, und so etwas mehr Rederecht in der akademischen Welt für minoritäre Positionen zu erkämpfen, aber die Lage derer, die sie repräsentieren oder die zu repräsentieren sie behaupten und damit auch ihr eigenes Gewicht erhöhen, hat sich nicht nur nicht geändert. Was in gewissen Reservaten des akademischen Konkurrenzkampfes zu einem kulturellen Kapital, wie Bourdieu sagen würde, geworden ist, als Vertreter einer Minderheit zu gelten, entwertet sich natürlich, je häufiger es nur noch als kulturelles Kapital eingesetzt wird, ohne einzugreifen (wobei die Herausforderung der akademischen Gepflogenheiten, die Jörg von Uthmann soviel Sorge macht, sicher schon ein Teilerfolg ist - andererseits verdankt sie sich der allgemeinen Theorie-Konjunktur außerhalb der Akademien als fast schon Pop-Musik-Ersatz (vgl. Mark Terkessidis im neuen SPEX über ABC, vgl. folgendes New Yorker Klo-Graffito: »Hi, I'm Dave, I'm into semiotics. It hurts«), die im akademischen Leben die Regeln der Unterhaltungsindustrie - variatio delectat, Exotismus - installiert hat).

Eingriffe verlangen aber zunächst mal, die eigene Repräsentationsfunktion in Frage zu stellen, ohne sozusagen community-orientiertes, um nicht zu sagen notwendig »solidarisches« Handeln zu gefährden. Gates schreibt in seinem Beitrag zu Spike Lees Buch, wie sehr Überdeterminiertheit das entscheidende Merkmal des »american rassism« sei. Michele Wallace hat in ihrem Buch versucht herauszufinden, wer sie nach der Repräsentationslogik eigentlich ist. Schwarze, aber schwarze

Akademikerin. Schwarze Akademikerin, aber Frau in einer schwarzen Kultur, die ihrer Meinung nach, gerade auch bei ihren weiblichen Schriftstellerinnen, das Patriarchat immer noch mit einer halb-nostalgischen, halb-utopischen Idylle verwechselt, Autorin eines erfolgreichen und (gerade in der community und bei schwarzen Schriftstellerkolleginnen und -kollegen) umstrittenen Buches (»Black Macho And The Mythos Of Superwoman«, 1978) und dann plötzlich ein psychiatrischer Fall, dem ein typisch schwarzes Irrenschicksal zugedacht scheint, dann wieder akademischer Erfolg etc. Aber auch die sonst eher vernachlässigte Kategorie der Klasse spielt bei ihr eine Rolle: die Mutter ist die erfolgreiche Malerin und politische Aktivistin Faith Ringgol, der Vater stirbt, als sie 13 Jahre alt ist, als Junkie, der Stiefvater ist Gärtner mit Uni-Abschluß, ein Onkel stirbt als Leader einer Straßengang etc. Ist diese Gefährdetheit einer Mittelklassen-Existenz an sich schon typisch »schwarze Mittelklasse« etc.? Aus dieser immer wieder unternommenen Situierung inmitten von widerstrebenden sozialen Determinanten versucht Michele Wallace die wieder so populären Mythen rund um »Black Nation« daraufhin zu untersuchen, was sie, obwohl Mythen, dennoch für African-Americans (strategisch) zu leisten imstande sind, bzw. inwieweit sie dann doch keine Mythen sind. Die Übereinstimmung darüber, daß der Weg der »Integration« ein liberal-optimistischer und simplifizierender Irrtum war, ist nicht nur innerhalb der schwarzen Community ziemlich groß.

Der »Spiegel« zieht daraus den völlig irren Schluß, mit Malcolm X sei man sich zwischen konservativen Weißen und diversen schwarzen Leaders einig, daß ein Zurück zur Familie und den (verbliebenen) Selbstheilungskräften der Community der richtige Weg sei. Nicht nur, daß die politische Radikalität von Malcolm X, den mittlerweile vom neu ernannten schwarzen, konservativen Bundesrichter bis zu wieder mal den Black Muslims, die ihn seinerzeit ausgeschlossen und möglicherweise sogar beseitigt haben, alle für sich vereinnahmen wollen, und der in der HipHop-Kultur unumstrittenes Idol ist, hier völlig falsch verstanden wird. Malcolm X sah - vor allem gegen Ende seines Lebens - die schwarze Kultur in einem Kampf gemeinsam mit den Völkern der 3. Welt, dachte zunehmend internationalistisch, fing an, chinesisch und arabisch zu lernen, akzeptierte weiße Hilfskomitees im Kampf gegen den Rassismus (die sich allerdings aus vielerlei Gründen nicht mit den eigenen Organisationen mischen sollten) und wurde vom Black Muslim (der den Besitz der ursprünglichen Religion des Schwarzen für sich beansprucht und alle Weißen »Devils« nennt: die Kongruenz dieser Sprachregelung mit der Alltagsempirie junger African Americans ist zu einem nicht unwesentlichen Teil verantwortlich für die Popularität der Black Muslim im HipHop) zum orthodoxen, linksradikalen Moslem.

Spike Lee (»der nicht unbegabte, aber von den Medien über Gebühr verhätschelte Regisseur«, so der notorische Rassist von Uthmann), dessen »Jungle Fever« hierzulande allenthalben als Plädoyer für Toleranz gedeutet und verharmlost wird - teilweise ist es das Gegenteil , obwohl doch ein Künstler, der so nahe an Brecht ist, in Deutschland verstanden werden müßte - eben nicht, eben nicht , hat jetzt mit der Verfilmung des Lebens von Malcolm X angefangen. Ihm ist am ehesten von allen Regisseuren zuzutrauen, daß er dessen Widersprüchlichkeit und Komplexität ebenso gerecht wird wie der Bedeutung, die der Name in der heutigen schwarzen Jugend und Streetkultur hat. Lee, beileibe kein Freund von Integration und liberaler Händeschüttelei, hat in seinem neuesten Buch zu seinen 5 Filmen erstmals von den Gemeinsamkeiten der Kämpfe von Frauen und Schwulen mit dem der Schwarzen gesprochen. Das zu tun und gleichzeitig seine Dreharbeiten von der Fruit of Islam bewachen zu lassen, die mit Frauen allenfalls als mystische afrikanische Mütter der Zivilisation, mit Schwulen gar nichts zu tun haben will, macht seine Position so wichtig und der von Malcolm X nicht unähnlich. Weil in all seinen Filmen die Widersprüchlichkeit schwarzer Kultur Thema war, sieht er sich heute massiven Angriffen aus den Reihen der alten Kämpfer ausgesetzt. Amiri Baraka (= LeRoi Jones) organisiert Protestveranstaltungen und der Vorwurf wurde wiederholt laut, daß einer, »der unsere Frauen als Nymphomanninen zeigt« (in »She's Gotta Have It«) nicht die Gelegenheit erhalten soll, das Andenken von Malcolm X zu beschmutzen. Das schwarz-amerikanische Establishment verlangt nämlich vor allem nach positiven role models. NWA (vgl. letztes Heft), die ihre letzte Platte (»Efil4Zaggin« also Niggaz for Life) mit dem paraphrasierten Malcolm X-Zitat bewerben, daß für den weißen Amerikaner ein promovierter Schwarzer auch nichts anderes als ein »Nigger« sei, nur halt »ein Nigger mit Ph. D.«, haben genug Schlagzeilen gemacht, positive Helden müssen her.

Schwarze Intellektuelle (und parallel dazu die der anderen minoritären Communities, wo ähnliche Entwicklungen sich abzeichnen) haben hier eine zusätzliche Front, vor allem, wenn sie vom nationalistischen Ansatz die nützlichen Komponenten aufrecht erhalten wollen, ohne seine patriarchalen und traditionalistischen Seiten mitzukaufen. Speziell die HipHop-Nation, sofern sie nicht schon bei den Muslims ist, versucht sich gerade als eigenständige Unter-Nation zu definieren (vgl. die Monatszeitschrift »The Source«), was zur Folge hat, daß Weiße anklopfen und mitmachen (und vor allem auch mitkassieren wollen). Die Angst vor Vanilla Ice als neuem Elvis ist die eine Seite, auf der anderen Seite wird eine in jeder Beziehung »korrekte«, massiv antirassistische, musikalisch innovative weiße HipHop-Band wie 3rd Bass in den Spalten von »The Source« gelobt. Eine Seite weiter ist ein anderer Journalist dann wieder völlig d'accord mit anderen HipHoppern, die 3rd Bass »Devils« nennen. Michele Wallace macht am Ende von einem ihrer Essays drei Schreibpositionen aus: universell (weißer Mann, von KONKRET bis »FAZ«, von mir bis Jörg von Uthmann), komplementär (weiße Frau) und »the other« (schwarzer Mann) - für sie, die an anderer Stelle auch Spike Lee feministisch kritisiert, bleibe ein Nichtort.

Um diesen Ort aber geht der Kampf und es ist klar, daß man dort von der Psychiatrie ebenso bedroht ist wie von Nostalgie und Religion, besonders aber von Zweck-Bündnissen mit falschen Freunden. Ihr Verdienst ist aber auch, daß eine Übertragbakeit auf andere, denen ebenfalls keine Position zugedacht ist, möglich wird (negativ universell). Hören kann man dazu Platten von den Poor Righteous Teachers, 3rd Bass, Brand Nubians, Main Source, Leaders Of The New School and Son Of Bazerk.

Konkret 09/91, S. 66

Hermann L. Gremliza

Gremlizas express

Allein die rhetorischen Fragen der »Frankfurter Allgemeinen« sind es, die eine Antwort lohnen:

Kann das gewollt sein? Im französischen Verteidigungshaushalt wird es tiefe Einschnitte geben. Viele der aus Deutschland abziehenden Heeresverbände werden aufgelöst, Beschaffungsprogramme gestreckt, andere Pläne ganz aufgegeben. Das betrifft auch die nukleare Rüstung, in die seit Jahren - bei sträflicher Vernachlässigung der konventionellen Streitkräfte - viel Geld geflossen ist: so ist fraglich, wann und wie die landgestützten Raketen auf dem »Plateau d`Albion« modernisiert werden sollen. Auch die Glaubwürdigkeit

(und Betroffenheit?)

der luft- und seegestützten Komponenten der nuklearen Abschreckung wird immer geringer. Obwohl es also andernorts Bedarf gibt, scheint man in Paris an der Produktion und Aufstellung nuklearer Raketen mit geringer Reichweite (»Hades«) festzuhalten. Es sind Waffen, die bis nach Prag oder Berlin reichen; ihre Entwicklung wurde zu einer Zeit beschlossen, als die Verhältnisse in Europa ganz anders waren. Überdies ist die Funktion dieser früher taktisch, heute »prä-strategisch« genannten Waffen in der französischen Abschreckungsdoktrin nebulös. Von ihren Einsatzoptionen können eigentlich nur Nachbarn und Partner Frankreichs abgeschreckt werden. Kann das gewollt sein?

Ja.

Und warum? Weil es auf dem Plateau d`Albion Leute gibt, die mitlesen, wenn die treuesten Abonnentinnen ihrer »Frankfurter Allgemeinen« Briefchen schreiben wie dieses der Gertraud Loitz, Celle, was aber, leider, bloß eine Stadt ist, in der solche Hyänen frei herumlaufen:

Schlesien war bis 1945 ein blühendes, von Reichsdeutschen besiedeltes Land,

eine richtiggehende reichsdeutsche Kulturlandschaft eben, in der bis 1945 auf zwei Kirchen wenigstens eine Außenstelle eines Konzentrationslagers kam bzw. blühend besiedelt war.

Oder darum:

Der Fürst zu Salm-Horstmar, Wild- und Rheingraf, gibt im eigenen sowie im Namen seiner Schwägerin Susanne Prinzessin zu Salm-Horstmar, Wild- und Rheingräfin, geb. Jantsch, seiner Nichte Alexandra Reichsfreifrau von Herman-Wain, Prinzessin zu Salm-Horstmar, Wild- und Rheingräfin, deren Gemahl Richard Reichsfreiherr von Herman-Wain, deren Kindern Johanna und Richard, seiner Schwester Prinzessin Ludwig-Ferdinand zu Sayn-Wittgenstein-Berleburg, Prinzessin zu Salm-Horstmar, Wild- und Rheingräfin, seiner Schwester, der Prinzessin Reuss, Prinzessin zu Salm-Horstmar, Wild- und Rheingräfin, und seines gesamten Hauses geziemend Nachricht, daß es Gott dem Herrn gefallen hat, seinen Bruder

Seine Durchlaucht

Karl-Walrad Prinz zu Salm- Horstmar

Wild- und Rheingraf

Oberst a.D.

Träger des Ritterkreuzes zum Eisernen Kreuz

am 2. August 1991 im 81. Lebensjahr zu sich zu rufen.

Einen Gott, dem es gefällt, eine Durchlaucht zu sich zu rufen, deren bucklige Verwandtschaft damit angibt, daß der vom Herrn Gerufene ein vom Führer Ausgezeichneter gewesen sei, gibt es zwar nur im Familienanzeigenteil der »Welt«, aber auch den könnte der Feind auf dem Plateau d`Albion mitgelesen und sich gedacht haben, daß bei einem Gott, der sowas wachsen läßt, kein Ding unmöglich sei und man deshalb sein Geld nicht geziemender ausgeben könne als für die Produktion und Aufstellung von Raketen, die bis Prag oder Berlin bzw. Schlesien und Salm-Horstmar-Wittgenstein-Berleburg reichen. Oder auch bis Lippstadt, aus welchem Kaff diese jede nukleare Verteidigung legitimierende Drohung kommt:

»... Es ist ein Irrtum, zu meinen, daß die Toten fortgehen. Keiner geht weniger fort als die Toten.«

Ernst Wiechert

In memoriam

Lothar Siegfried Engel

Doktor der Medizin, Militärärztliche Akademie Berlin, (Crew 36/Marine), Träger des EK II, EK I und des U-Boot-Abzeichens 1939-45

Seine Frau

Um die Endlösungsmedaille scheint ihn einer betrogen zu haben. (Vielleicht eine jüdische Intrige?)

Zum 30. Jahrestag des Mauerbaus durfte in der »Tageszeitung« ein Betroffener den Gastkommentar verfassen. Gleich nannte er Honecker den

gefügigen Atlatus Ulbrichts

aber wer wollte das einem Bedroffenen fertenken - und fuhr dann fort:

Selbstredend trug der 13. August 1961 dieselbe krakelige Handschrift. Immer war er dabei, das kußfreudige Mündchen bedeutsam und siegessicher lächelnd gespitzt. Der nun im Exil befindliche Wiebelskirchner war von Anfang an kein würdiger Führer.

Hoppla.

Wie wäre er, der ständig heiß war auf den Jubel und die Verehrung der Millionen, wirklich geliebt worden, hätte er erklärt: »Dieser von mir zwar offiziell ständig dominierte, aber eigentlich im innersten meines Herzens stets gehaßte Kotzbrocken Mauer, mitten durch Land und Volk, ist aus den damaligen Zeitläuften heraus unumgänglich gewesen. Aber nun vorrangige revolutionäre Aufgabe, seine Überwindung.« Statt dessen die alljährliche Heerschau. Gleich siegreichen, antiken Helden über einen fürchterlichen Feind rollten die Mauermatadoren mit dem Himmel geballter Faust...

Der siegreiche, moderne Held über einen zwar ständig dominierten, aber im innersten stets gehaßten Kotzbrocken: die deutsche Sprache, heißt Henning Pawel. Die »Tageszeitung« verbittet sich alle diesbezügliche Kritik, denn

der Autor ist Vorsitzender des thüringischen Schriftstellerverbandes.

Also keine ausländerfeindlichen Bemerkungen, bitte!

Ein offener Brief aus Bonn, von

wir, Frauen der während des Golfkrieges entstandenen weltweiten Frauenfriedensaktion Scheherazade,

an den Botschafter der Republik Ägypten:

Frieden ist unvereinbar mit der Knebelung des Selbstbestimmungsrechtes der Frauen als ein Menschenrecht.

Was die Schwestern im Übersetzungsbüro der Botschaft mit diesem Satz gemacht haben mögen?

Nichts gegen die Sinnesfreuden der alternativen Party-Kultur, also nichts gegen Frascati, Kraut- und Nudelsalat. Und doch wünschte man sich, daß sie für ihre wahnsinnig verfeinerten Bedürfnisse etwas weniger aufdringlich Reklame machten:

Vielleicht sind die West-Bellizisten Fußgänger. Wenn sie Öl hören, müssen sie an Olivenöl für den Salat denken. Dafür Blut herzugeben, käme den Amerikanern auch dann nicht in den Sinn, wenn sie statt »Heintz salad-dressing« die Raffinessen der nouvelle cuisine zu schätzen wüßten,

dröhnt der Professor Elmar Altvater in einem Beitrag gegen die

Verbalbelligerenten

die so klingen wie Nudelsalat schmeckt. Ich aber glaube, daß Leute, welche die »Raffinessen der nouvelle cuisine«, also eine sinnlose Melange aus Finesse (= der Qualität einer Speise) und Raffinement (= der Art ihrer Zubereitung) gegen die kulturlosen Amis in Stellung bringen, mit einem Schlag French Dressing von Heintz auf ihre kalten Hörnli in den Kochkunsthimmel zu heben wären. Zum Nachtisch Eingemachte Verbalbelligerenten an Knabbermischung flambiert - und der Herr Professor schmölze dahin.

Was, Herr Schmierer, ist eigentlich in Jugoslawien los?

Im jugoslawischen Bürgerkrieg beißt die europäische Integrationsfähigkeit auf Granit.

Ach, interessant.